

Archiv der Gossner Mission

im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

Gossner_G 1_1850

Aktenzeichen

ohne

Titel

Arbeitskreis Frieden und Abrüstung der Christlichen Friedenkonferenz (CFK)

Band

Laufzeit 1962 - 1978

Enthält

u.a. Protokolle des Arbeitskreises; Rundbriefe der CFK und Mitteilungen; 30 Jahre UNO - ein Informationsangebot der Studiengruppe UNO der CFK in der DDR; Verschiedene Vorträge: u.a. Zusammenarbeit der Weltreligionen für Frieden; Protesresolution gegen di

Außenrufen des Evangelischen Kirche zu Deutschen Frage.

27. 3. 1947 Kanzelrede im Rat des EKD zu Friedenskonferenz in Moskau
Es wird die Hoffnung auf Rückbesinnung des deutschen Landes, auf Bereitigung der Zonengrenzen und auf eine deutsche Offenheit ausgesprochen, die in eigener Verantwortung dem Chaos entloren und den Frieden schaffen soll.
8. 8. 1947 Wort des Bruderrates des EKD zum politischen Willen des Volkes.
Das Wort ist getragen von den theologischen Begriffen Befreiung und Versöhnung
4. 12. 1947 Schreiben der Evangel. Kirchenleitung Berlin-Brandenburg an den Kontrollrat für Deutschland
Antrag: Friedenskonferenz in London
Ein deutscher Friede ist in der Welt nur möglich, wenn die alliierten Kräfte geeinigt sind. Es wird von einer innerstaatlichen Grenzziehung im Osten und im Westen gesprochen. vor der Beseitigung Deutschlands und vor einem Willen, der sich darin, dass die Deutschen wieder ein freies Volk werden, geweckt. Man sieht die Folge der wirtschaftlichen Verschlechterung und der gegenwärtigen politischen Differenzierung Kreuzfahrten.
10. 3. 1948 Wort christlicher Kirchen in Deutschland für einen gerechten Frieden und gegen die Zerstörung des deutschen Volkes.
"Friede kann nur dort sein, wo die Völker die Verhältnisse, unter denen sie leben, als gerecht und gesund oder wenigstens als erträglich empfinden." Es wird gegen eine willkürliche Grenze durch das Sichtat ausdrückliches Mitleid Haltung geworfen. Als Begründung für die Notwendigkeit der Einheit Deutschlands werden angeführt
1.) natürliche und geschichtliche Bindungen (Verwandtschaft, Sprache, Geschichte, Kultur).
2.) Erhaltung der Freiheit
3.) Wirtschaftlichkeit festgestellt.
20. 5. 1948 Wort der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg an die Pariser und Gemeinden
Antrag: Volksbefreiung.
Es wird befürchtet, dass ein klares Ja zur Fragestellung für eine Politik, die keine Angst hat, missbraucht wird.
13. 7. 1948 Wort der Kirchenleitung des EKD zum Frieden.
Vor Gewalt am nordeuropäischen Frieden gewarnt.
13. 7. 1948 Wort der Kirchenleitung des EKD zur deutschen Not.
Das Wort wandt sich gegen eine endgültige Abspaltung Deutschlands.

12. 10. 1949

Wort des Rates des EKID an die evangelische Christenheit

- 2 -

* Die Bildung einer Bundesregierung des Bundesrepublik Deutschland und ein Vatikan und eine provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Osten haben aufs neue die Zerrissenheit Deutschlands in zwei Teile sichtbar gemacht, die aus der Unzulänglichkeit der Besatzungsziele entstanden ist.¹⁴

Es wird die Erwartung ausgesprochen, dass die Regierungen aller demokratischen, dem deutschen Volk, mit neuen Freiheit, neuen staatlichen Einigung freizugeben.

13. 10. 1949

Schreiben des Evangel. Bischofs von Berlin an den Präsidenten der DDR

Der Bischof zweifelt die Rechtmäßigkeit der Wahlen vom 15. 5. 1949 an und hält es für eine Fertigstellung, dass die Regierung ihre Legitimität aus diesen Wahlen herleitet.

17. 1. 1950

Erklärung des Rates des EKID.

- 1.) Der Genuß des deutschen Volkes darf nicht mit der Preisgabe der Freiheit und Recht des Menschen verbunden werden.
- 2.) Der "Eiserne Vorhang" darf nicht anerkannt werden, weil er den Frieden und die Freiheit des Menschen bedroht.

27. 4. 1950

Botschaft des Synode des EKID

- 1.) Der "Eiserne Vorhang" bestimmt den Tod unseres Volkes und stellt ~~die~~ ~~die~~ ~~die~~ ~~die~~ einen Hoffnungslosen dar.
- 2.) Forderung nach einem Friedensvertrag
- 3.) Forderung nach Bestätigung der "Zonengrenzen" und nach der Möglichkeit für das deutsche Volk, mit der Freiheit, einer gerechten Rechtsordnung zu leben und nicht in das zu verzagen.

27. 8. 1950

Wort des Rates des EKID zur Wiederaufrüstung

Es ist eine Frage des Friedens, ob die gewaltsame Aufspaltung Deutschlands beendet oder beibehalten wird.

Es ergibt der Aufruf an die Autoren: „Lidet nicht voneinander, auch über den Eisernen Vorhang hinweg! Vertraut einander und habt Gemeinschaft miteinander! Das Deutsche muss auf Deutsche schließen, muss Frieden lebenbleiben!“¹⁵

Stellungnahme gegen die Wiederaufrüstung in Deutschland.

17. 11. 1950

Erklärung des Rates des EKID bei Fragen des öffentlichen Lebens.

Der Rat wird die Sitz gegen das schärfste verbotene Niemöllers bei der Rüstungsfrage.

6.-12. 12. 1950
Gössner Mission

Wort des Rates des EKID an die christlichen Kirchen der Welt

Die Aufteilung Deutschlands durch den "Eisernen Vorhang" ist eine

Gefahrenquelle für Europa, die durch die Rüstung verschärft wird.

8. ~~F~~. 2. 1951 Entschließung des Synode Berlin Brandenburg.
Ruf des Synode des Evangel. Kirche Berlin-Brandenburg an die Regierungen
in Ost und West.
Aufsatz seines Wagnis für den Frieden mit gegen die Rüstung.
10. 10. 1952 Kündigung des Synode des EKD.
10. 10. 1952 Telegramm des Synode des EKD an die Regierungen der vier Besatzungsmeistere
durch Vier-Mächte-Resolutions mögliche Wege zur Wiedervereinigung festgestellt
zu tun.
24. 6. 1953 Schreiben des Konferenz des Evangel. Kirchenkreis im Gebiet der DDR
an den Stellvertreter des KGB, Herrn Botschafter Semjonow.
Zu den Ereignissen vom 17. Juni 1953
26. 6. 1953 Schreiben des Evangelischen Bischof von Berlin an die vier alliierten Hohen
Kommissare für Deutschland.
12. 2. 1954 Telegramm des Kirchenkonfenz des EKD an die vier Außenminister
Autobahn Aufbau im Westen in Berlin.
1. Es wird die Wünsche nach Wiedervereinigung mit dem Aufruf
wiederholt, daß die einzige deutsche Frage wäre ferner für den Frieden
darstellt.
2. Die Wiedervereinigung ist auf Grundlage freier Wahlen geachtet
3. Es wird der Zusammensetzung mit konstruktiven Lösungen für das
Sicherheitsbedürfnis des Nachbarvolker betont.
18. 3. 1954 Entschließung des Synode des EKD zu der Not der nunmer noch
andauernden Zersetzung unseres Volkes
3. 2. 1955 Entschließung des Rates des EKD zur Wiedervereinigung des deutschen Volkes
11. 3. 1955 Wort des Synode des EKD an die Regierungen in Ost und West.
6. 5. 1955 Erklärung des Generalsynode des EKD zur Wiedervereinigung
Es wird die Bedeutung der Möglichkeiten für ein gemeinsames Leben im Frieden
aufgezeigt und darzulegen und durchzufordern, damit eine freie Willensbestimmung
möglich wird.
"Besatzungsmeistere, die ein halbes Land wie ein Faustpfand sind ein
halbes Volk wie Geister in das Land halten, führen nicht, vor dessen Folgen
die Kirche kann nichts."

29. 6. 1956

Entscheidung des Synode des EKID

auf der Synode besteht die folgenden Punkten Einigkeit:

1.) Die politische Ordnung im jetzigen Deutschland ist ein Provisorium.

2.) Es wird von jeder Kriegsführung gewarnt

3.) Es werden freie Wahlen gefordert.

Die Abstimmungen wurden vorgetragen: Predigtung des Propaganda, Angriff von Spionage und Sabotage, mit Verlust, Aufhebung der Beschränkungen im Persone und im Literaturaus tausch und gegen alle Frieden der Worte.

13. 8. 1959

Netzwerk der Synode des EKID

1.) Gegen die Ausweitung von Militärbündnissen - gegenperialistisch

2.) Für eine kontrollierte Regierung des militärischen Wettspiels.

3.) Verzicht auf Atomwaffen

4.) Gute deutsche Regierung soll das Nutzen von verschiedenen Weltanschauungen und Lebensformen in Ruhe ermöglichen.

5.) Beendigung des kalten Krieges

Die Verantwortung liegt bei den Weltmächten.

Der Staatspolitik der Friedensvereinigung soll die menschliche Wiedervereinigung voraus gehen. Das Selbstbestimmt als Menschenrecht und für die Deutschen gefordert und die Friedensschaltung der einzugsbereichen Kommunikation werden gefordert.

26. 2. 1960

Entscheidung der Synode des EKID zur Atomfrage und zur Abertumung

15. 12. 1961

Handreichung des theologischen Ausschusses des Rates des EKID zur Friedensfrage

Es wird die Forderung zum Ausdruck gebracht, dass ein Friedensvertrag zu politischen Waffen wird und damit Frieden steht.

"Sinnvoll wäre hierfür ein Friedensvertrag, der die Teilung Deutschlands respektiert, kein Schlag zum Frieden sein!"

Die Handreichung enthält ~~die~~ Thesen zur Existenz. Dort heißt es u.a. zum "deutschen Reich":

"Wer Existenz sagt, versteht nicht, dass die beiden zur Zeit bestehenden deutschen Staaten Provisorien sind und keinesfalls als staatsrechtlich allgemeiner Ausdruck für die Einheit unseres Volkes gelten können."

- 1 -

Einzelne Positionen zur Beibehaftenfrage.

Dez. 1965 Prof. Robert Reinmann „Vorläufe zur deutschen Wiedervereinigung“

Eingangspunkt: Eine deutsche Wiedervereinigung als Konföderation ist auf dem Wege einer zentralisierten Einheitserung möglich. Dazu ist eine Politik nötig, die ~~dass~~ beide Seiten beiden deutschen Staaten respektiert. Diese Politik dient der Vorbereitung auf einen Zeitpunkt, ~~bei~~ dem sich beide Staaten gegenseitig als Gesprächspartner akzeptieren. Der Begriff der Gegenseitigkeit zu einem zentralen Punkt hinzu.

- Bestandteile solcher Politik sind:
- 1.) Absege an den Krieg
 - 2.) keine gegenwärtige Einheitsübereitung
 - 3.) Absege an die Politik der Stärke
 - 4.) Regierungsschlandungen.

Es ist dazu nötig, daß die gegenwärtigen Beschränkungen abgebaut werden, von westlicher Seite durch:

- 1.) Vereinbarkeitsanträge
 - 2.) Mitteln fürstbegrenzender Maßnahmen
 - 3.) keine unklare Beteiligung
 - 4.) Erklärung zur Grenzfrage
 - 5.) Einstellung des Propaganda
 - 6.) Positive Beklönungen zu Ostdeutschland
- von östlicher Seite durch:
- 1.) plausible Koexistenzpolitik
 - 2.) Reduzierung des militärischen Potentials
 - 3.) keine aggressiven Töne
 - 4.) keine Kopplung des Kontaktes mit dem Westen unterstreichen.
 - 5.) Auskennung eines Zweiheitsstaates.
 - 6.) Förderung der Selbständigkeit des Landes und Modifizierung der Wahlen.

Es ist weiter notwendig, daß die gegenwärtige moralische Verstärkung beendet wird.

1965

Erich Müller-Gangloff „mit der Teilung leben“ List-Verlag München.

Der Verfasser legt sieben Thesen für ein neues Bewußtsein der Deutschen vor.

- 1.) Die Wiedervereinigung ist verpielt
- 2.) Wir müssen mit der Teilung leben
- 3.) Wir sind kein Volk an einer einzigen Nation
- 4.) Wir waren nie mehr oder weniger als eine Nation
- 5.) Unsere Aufgabe heißt: Recht als Friedensordnung
- 6.) Wir haben die Geschichte auf Zukunft zu befragen
- 7.) Wir brauchen ein politisches Konzept.

1966

Hans-Joachim Enzenberger, Walter Eichler, Gert Schäfer, Sieker Seugnagel
»Katholiken und der deutsche Träger« Kürschner 4

Eine Lösung muss sich auf die Voraussetzungen einer künftigen
Dienstleistungspolitik gründen, die die Interessen der Westdeutschen Berücksichtigt.
Diese Interessen sprechen überzeugend für eine sozialer Stabilisierung Europas.
Die Verfechter fordern eine Politik der Kooperation oder der aktiven Neutralität, deren
Ziel eine Konföderation ist, die durch einen deutschen Rat repräsentiert wird.
Bedingungen wären auf der Seite des SRD:

- 1.) Aufgabe von politischen, juristischen und militärischen Doktrinen
- 2.) Respektierung des DDR
- 3.) Verzicht auf territoriale Forderungen

auf der Seite der DDR:

- 1.) Respektierung des Status von Berlin
- 2.) Verzicht auf formelle diplomatische Auseinandersetzung.

Als konkrete Schritte werden zwei Reihen von Maßnahmen empfohlen: Finanzielle Hilfe
der SRD für die DDR, Wirtschaftliches in einem Kompromiss zwischen Ost und West,
Bildung gemeinsamer Zusammengesetzter Kommissionen aus den Parteien unter
gemeinsame Projekte der Entwicklungshilfe, Einrichtung der Propaganda,
Fest Herzogsgeschichtekunst.

Voraussetzung für solche Politik ist eine internationale Entspannung. Der deutsche
Beitrag kann in folgenden Punkten bestehen:

- 1.) Entmilitarisierung
- 2.) gemeinsame militärische Kontrolle der DDR, SRD, Polen und der LSSR
- 3.) Nichtkampfspektrum
- 4.) Abzug der Besatzungstruppen.

(Entwurf)

Blage CF

UNSER BEITRAG IM BÜNDNIS ALLER FRIEDENSKRÄFTE

Als Mitarbeiter der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) in der DDR leben wir auf einem Kontinent, dessen atomare Vernichtung im Rahmen der gegenwärtigen US-Strategie einkalkuliert ist. Angesichts dieser Politik am Rande eines nuklearen Infernos, einer zunehmenden Bedrohung allen Lebens auf der Erde, halten wir keine Aufgabe für dringlicher als die Bewahrung des Weltfriedens.

Wir - Mitarbeiter der CFK in der DDR - versuchen gegenüber den heraufziehenden Gefahren aus der Gegenwartskraft der Christus-Hoffnung zu leben. Wir sehen unsere christliche Existenz heute durch nichts so herausgefordert wie durch die Verantwortung für die Rettung der "Heiligen Gaben des Lebens". In Abwehr einer gigantischen Gotteslästerung: der Spekulation mit thermonuklearem Völkermord, stehen wir in einer Front mit denjenigen Mitchristen, die den Einsatz für Abrüstung und Frieden als Bekanntheitsfrage erkannt haben.

Wir - Mitarbeiter der CFK in der DDR - sehen uns als Glieder unserer Kirchen vor die Frage nach Gehorsam oder Ungehorsam der Gemeinde Jesu Christi ihres Herrn gegenüber gestellt. Mit der existentiellen Beantwortung dieser Frage steht oder fällt unsere Evangeliumsvorkündigung.

In Aufnahme einer biblischen Grundkonntnis, die - aus Ps. 24,1 stammend - von Paulus (1.Kor.10,26) als unverzichtbarer Bestandteil des Evangeliums entdeckt wurde, konzentrieren wir unsere Aktivitäten auf die ökumenischen (die gesamte bewohnte Erde einbezehenden) Konsequenzen des göttlichen Heils handelns. Das heißt für uns: Wenn dem Herrn, an den wir glauben, "die Erde und ihre Fülle" gehört, bedeutet dies für uns Befreiung und Verantwortung zugleich, diese Erde mit zu bebauen und mit zu bewahren.

In dem Maße wie es uns gelingt, eine Existenz zu leben, die das Evangelium der mit Gott in Jesus Christus versöhnten Welt transparent macht, werden wir die uns möglichen und unserer Umwelt nötigen eigenständigen Beiträge zur gemeinsamen Friedensbewegung aller humanistischen Kräfte leisten können.

Wir - Mitarbeiter der CFK in der DDR - verstehen uns als Sachwalter des ökumenischen bzw. kirchengeschichtlichen Erbes des Weltbundes für die Freundschaftsarbeit der Kirchen, des bruderschaftlichen Flügels der Bekennenden Kirche und des Religiösen Sozialismus - traditionell - t r a d i - t i o n s l i n i e n , die uns in Namen wie Friedrich Siegmund-Schultze, Dietrich Bonhoeffer, Werner Schmauch und Emil Fuchs präsent sind.

Zugleich sehen wir uns eingereiht in die weltweite Bewegung von Menschen unterschiedlicher Kulturen, Weltanschauungen, Bekenntnisse, die sich dem Einsatz für eine Erde verschrieben haben, auf der die Menschheit in Gerechtigkeit und Frieden leben kann.

Wenn Gottes Gnädige Befreiung uns Souveränität zu verantwortlicher Mitgestaltung der Erde verleiht, dann fordert das von uns vor allem Sachkunde. Erst aus beharrlicher informatorischer und analytischer Kleinarbeit erwächst fundierte Parteilichkeit für alle friedensfördernden und lebenswährenden Elemente wie gegen alle unsere Welt versichernden Kräfte.

Wir - Mitarbeiter der CFK in der DDR - sehen einen untrennbaren Zusammenhang zwischen dem Befreiungskampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und unserem Ringen um die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz, das sich gegenwärtig auf den Kampf gegen die Stationierung neuer US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa konzentriert, die für 1983 vorgesehen ist. Die Massaker in den Flüchtlingslagern von Beirut, die Massaker in Angola, Südafrika, El Salvador und Guatemala sowie die tödliche Bedrohung Nicaraguas lassen dieselbe Handschrift erkennen, in der auch die Konzeption für ein nuklares Menschheitsmassaker entworfen ist: die Handschrift derer, die von einer "Position der Stärke" aus die unumschränkte Herrschaft über die Welt zurückerobern wollen.

In diesem Zusammenhang kommt der aufarbeitung der lebensgefährlichen Demagogie des Antikommunismus in all ihren Spielarten entscheidende Bedeutung zu. In dem wir den Antikommunismus als ideologisches Manipulationsinstrument der Rüstungskräfte benennen, erklären wir zugleich unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen, deren Lebensinteressen nicht mit denen der Rüstungskonzerne identisch sind, auch mit denen die unser JA zum realen Sozialismus nicht nachvollziehen, für die vielleicht sogar "Sozialismus" bzw. "Kommunismus" Reizworte darstellen. Unsere Bündnisbereitschaft umfaßt alle, die den Frieden brauchen und dafür bereit sind

konkrete Schritte zu unternehmen.

Die hauptaufgabe der nächsten monate bestehst für uns darin, in der breiten Einheitsfront aller Weltfriedenskräfte die von der US-Regierung in Gang gesetzte neue Rüstungsrunde zu bremsen. Es darf den auf Spaltung der einheitlichen Friedensbewegung ausgehenden Kräften nicht gelingen, unsere gegen die Stationierung neuer Nuklearraketen in Westeuropa und auf ein allgemeines Kernwaffenatorium zielende Kampfrichtung zu verändern.

"Unser Fernziel: die Allgemeine und Vollständige Abrüstung" Erreichbar : nur in Geduldigem Ringen, das keine Umwege schaut, um Zeit zu gewinnen für Töchter und Söhne.

Die Parole "Alles oder Nichts!" dient allein dem Krieg. Der Frieden geht weite Wege. Ihm dient auch der kleinste Schritt."

Sub-Kommission "Abrüstung"
West Berlin, 2.-4. April 1974

AUFGABENKATALOG FÜR DIE WEITERARBEIT DER CFK-SUBKOMMISSION
FÜR ABRÜSTUNG

Der Moskauer Weltkongress der Friedenskräfte hat erneut und unübersehbar deutlich gemacht, dass die weitere Entwicklung der Weltsituation im Zeichen der friedlichen Koexistenz und der antiimperialistischen Solidarität steht. Der Moskauer Weltkongress hat einmal mehr unterstrichen, dass nicht der Alleingang, sondern die immer enger werdende Kooperation aller Friedenskräfte die angestrebten Erfolge auf dem Wege zu einem weltumspannenden System der Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen zeitigen wird.

In diesem Kontext erweist sich der Komplex der Abrüstung als ein unumgängliches Durchgangsstadium aus dem Vorfeld der Menschheitsgeschichte in die wahrhaft menschliche Geschichte einzutreten, nicht mehr bestimmt durch imperialistisches Profitstreben, Aggressionen, Interdependenz der Krisenherde, Wettrüsten und Eskalation der Angst.

Auf diesen Hintergrund ergeben sich für die Arbeit der Subkommission "Abrüstung" der CFK folgende Schwerpunkte:

Komplex I: Kenntnisnahme, Analyse und Unterstützung konkreter Vereinbarungen zwischen bzw. Massnahmen durch Regierungen auf dem Gebiet der Abrüstung

1. Die Abschaffung der nuklearen Massenvernichtungsmittel steht immer noch an vorderster Stelle der notwendigen Abrüstungsmaßnahmen. Die Einberufung einer Konferenz der 5 Atom-Mächte zur Vereinbarung der universellen Nichtanwendung und schliesslichen Vernichtung aller Kernwaffenbestände sollte unablässig von allen Friedenskräften gefordert und durch Mobilisierung der Weltöffentlichkeit durchgesetzt werden.
2. Nach dem universellen, vertraglich und völkerrechtsverbindlich vereinbarten Verbot der biologischen Waffen kommt es auf die entsprechende Achtung und Ausschaltung der chemischen Waffen an. Die baldige Vereinbarung des Verbotes der Anwendung, Lagerung und Herstellung von C-Waffen würde eine zweite Kategorie von Waffensystemen aus dem Vernichtungsarsenal der Menschheit beseitigen.
3. Sechs Jahre nach der Unterzeichnung des Nonproliferationvertrages, kurz vor dessen erneuter Überprüfung, müssen alle Staaten, deren Regierungen die Ratifizierung noch nicht haben vollziehen lassen, auf die Dringlichkeit der universellen Inkraftsetzung dieses wichtigen Vertragswerkes im Interesse auch ihrer Völker hingewiesen werden. Im Zusammenhang damit ist die vertraglich vereinbarte Bildung kernwaffenfreier Regionen von grosser effektiver und psychologischer Tragweite.

4. Die Erhöhung der Zahl der Unterzeichnerstaaten wie die Erweiterung des Anwendungsbereichs der bestehenden Abkommen ist anzustreben, wobei insbesondere der Teststop-Vertrag auf die unterirdischen Kernwaffenversuche zu erweitern und die Forderung nach Ratifizierung des Genfer Protokolls von 1925 durch alle Staaten und seine Anwendung, wie dies in der Resolution 2603 der XXIV. UN-Vollversammlung erneut ausgedrückt wurde, geltend zu machen ist.
5. Nach dem Anfangserfolg der SALT-Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA in Wien und Helsinki blieben die Verhandlungen in der Fortsetzung hinter den allgemeinen Erwartungen zurück. Dennoch ist allein das Zustandekommen dieser Verhandlungen bereits als ein Erfolg zu werten. Und es muss alles zur Fortsetzung der SALT-Gespräche Notwendige unternommen werden.
6. Die Wiener Verhandlungen über beiderseitige Truppenreduzierungen in Europa sind als erster konkreter Ansatzpunkt der Abrüstung konventioneller Waffensysteme von grosser Bedeutung. Als Ziel dieser Bemühungen müssen die Friedenskräfte den Abzug aller auf fremden Territorien stehenden Verbände darstellen und fordern. Die seit 1962 in Genf tagende Konferenz des 18 bzw 25 Staaten-Ausschusses der UNO sollte zur Verarbeitung und Weiterführung der positiven Ergebnisse der Wiener MFR-Verhandlungen angeregt werden.
7. Die Auflösung militärischer Stützpunkte ausserhalb der Souveränitätsbereiche hochgerüsteter Staaten ist ein dringendes Erfordernis sowohl der internationalen Entspannungspolitik als auch des Programms einer allgemeinen Abrüstung in aller Welt.

Komplex III: Beiträge zur Schaffung von kollektiven Sicherheitssystemen aus der Erkenntnis der Interdependenz der Krisenherde und dem Wissen um die Unteilbarkeit des Friedens

1. Kollektive Sicherheitssysteme, die in Übereinstimmung mit der UN-Charta errichtet werden, ersetzen die von den bisherigen Stützpunkten aus aufrechterhaltene Strategie der Abschreckung und Devormundung ganzer Völker und Kontinente durch kooperative Gewährleistung abgegrenzter und vertraglich vereinbarter Interessen und Lebensgrundlagen aller betroffenen und beteiligten Völker.
2. Alle Militärblöcke wie NATO, SEATO, CENTO, Warschauer Vertragssystem, die seit 1949 im Zusammenhang des Kalten Krieges entstanden sind, sollten nach der Einigung über kollektive Sicherheitssysteme in den jeweiligen Weltregionen aufgelöst werden. Die Universalität der Sicherheitspolitik aller Staaten steht im Widerspruch zu den exklusiven Posi-

tionen und nachpolitischen Strukturen der Militärbündnis-systeme. Die Rolle der Neutralen muss auch von den Friedenskräften entsprechend positiv gewürdigt und in Richtung auf Bildung kollektiver Sicherheitssysteme unterstützt werden.

- 3 Für die möglichst baldige erfolgreiche Durchführung der 3. Runde der KSZE auf höchster Regierungsebene sollten alle Kräfte mobilisiert werden. Die Wiener MTR-Verhandlungen besitzen in diesem Kontext ihren Stellenwert.
4. Jeder Schritt auf dem Wege zur Schaffung eines Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien sollte der vollen Unterstützung der Friedenskräfte sicher sein. In diesem Zusammenhang muss auch die Vorbereitung und Durchführung der Asiatischen Christlichen Friedenskonferenz in diesem Jahr gesehen werden.
5. Als Ausdruck kollektiver Sicherheitspolitik und der universellen Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Staaten sollte der Plan zur Schaffung von "Meeresregionen des Friedens" von allen Friedenskräften unterstützt und verbreitet werden. Da über 2/3 der Erdoberfläche dem Bereich der Weltmeere angehört, kommt dieser Friedensinitiative sowohl quantitativ wie qualitativ eine nicht unwe sentliche Bedeutung zu.

Komplex III: Entfaltung von Masseninitiativen

1. Im Rahmen der Moskauer Kongressbewegung, in engster Zusammenarbeit mit allen Friedenskräften liegt hier das Hauptbetätigungsfeld der CFK. Abrüstung ist nicht nur eine Angelegenheit der hochgerüsteten Staaten. Alle Völker sind von den direkten Wirkungen des Wettrüstens bedroht und von den indirekten Wirkungen betroffen. Darum ist die Einberufung einer Weltabru stungskonferenz im Rahmen der UNO unter Beteiligung aller Staaten und Regierungen unerlässlich und dringlich. Das Universalitätsprinzip der UNO-Friedenspolitik muss auch für die Abrüstungsverhandlungen der Gegenwart und Zukunft uneingeschränkt Anwendung finden.
2. Es geht vor allem darum, ein klares Verständnis der Abrüstungsprobleme zu erreichen und in die Massen zu tragen. Der imperialistischen Manipulierung durch Parolen wie "Gleichgewicht des Schreckens - Garant von Frieden und Sicherheit!" oder durch Unterstützung von Gleichgültigkeit, Resignation und Pessimismus im Blick auf die Einwirkungsmöglichkeiten der Massen ist durch verstärkte und detaillierte Friedenspropaganda zu begegnen.
3. Die psychologische Kriegsführung, insbesondere das ideologische Waffenarsenal des Antikommunismus muss ständig ent-

larvt werden, ebenso die Manipulierung der Rüstungsstatistiken als Alibi für eine ständige Eskalation der Rüstung.

4. Die Aufklärung der Völker über die von den militärisch-industriellen Komplexformationen imperialistischer Staaten sowie von den multinationalen Konzernen ausgehenden Gefahren für Frieden und Abrüstung ist ein wichtiges Element der Friedensarbeit auch von Kirchen und Christen. Die Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses haben dem Bündnis von Militär und Industrie noch nichts von seiner Gefährlichkeit für den Weltfrieden genommen, wenn auch sein Wirkungsbereich eingeschränkt werden konnte.
5. Die positiven Folgen der Abrüstung für die Entwicklungsländer sollten hervorgehoben werden. In diesem Zusammenhang verdient der Vorschlag der Regierung der UdSSR auf eine 10%ige Rüstungskosten-Reduzierung zugunsten der Entwicklungsländer vor den Vereinten Nationen hervorgehoben zu werden.
6. Die positiven Folgen der Abrüstungsmassnahmen für den Umweltschutz, der sachgemäßen Verwendung der Naturressourcen, der Bildung, der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wachstums der Weltbevölkerung mit den Massnahmen auf das Gebiet der Abrüstungsmassnahmen sind durchsichtig zu machen.
7. Die CFK sollte in allen von ihr erreichbaren ökumenischen Gremien darauf dringen, dass allgemeine und spezielle Fragen der Abrüstung ständig auf die Tagesordnung dieser Institutionen und Körperschaften gesetzt werden. Der Gedanke, einen Weltabrustungstag /17. Juni ab 1975/ zu proklamieren und inhaltlich gefüllt zu begehen, sollte sowohl ein Anliegen der Ökumene und regionaler kirchlicher Zusammenschlüsse werden als auch durch UN-Mitgliedsstaaten vor dieses Weltforum gebracht werden, nachdem er bereits vom Moskauer Weltkongress der Friedenskräfte angenommen worden ist.
8. Die Abrüstungswoche /erstmalig in diesem Jahr vom 22.-28. April/ sollte als eine Möglichkeit für die Propagierung des Abrüstungsgedankens auch in unseren Gemeinden benutzt werden.
9. Der Unterstützung einer Weltabrustungskonferenz im Rahmen der UNO sollte die Durchführung einer christlichen Weltkonferenz dienen.

X-11-20.4.1975

ANHANG

zum Aufgabenkatalog für die Weiterarbeit der CFK-Subkommission
für Abrüstung.

EMPFEHLUNGEN

1. Jeweilige Aktualisierung und Ergänzung der 14 Punkte der Tagung von Bremen 1973, siehe Protokoll der Tagung der Sub-Kommission 1974 in West-Berlin,
2. Zusammenarbeit mit dem Fortsetzungsausschuss und den Trägergruppen des Moskauer Weltkongresses der Friedenskräfte 1973 in Fragen der Abrüstung,
3. Konzipierung einer Initiative zur Einberufung einer Weltkonferenz von Christen und Kirchen sowie unterschiedlicher Religionsgemeinschaften zur Unterstützung der Bemühungen um Abrüstung,
4. Ausarbeitung konkreter Schritte zur Gestaltung des ersten Weltabrüstungstages am 17. Juni 1975, z.B. einer Konferenz in Genf zur Würdigung des 50. Jahrestages des Genfer Giftgas-Verbotsprotokolls vom 17.6.1925, der ersten effektiven Teil-Abrüstungsmassnahme, Kranzniederlegungen auf den Giftparkfeldern des Ersten Weltkrieges, Erarbeitung einer Informationsbroschüre über die aktuellen Abrüstungsbemühungen von Kirchen und Christen, darunter der CFK, Empfehlungen zur Durchführung von Gottesdiensten am 17. Juni,
5. Entwurf eines Briefes des CFK-Generalsekretärs an den WCC-Gen. Sekr. Dr. Potter bezüglich des CCIA-Dokuments von Visegrad /s. Entwurf Geyer im Protokoll/,
6. Entwurf von Briefen des CFK-Präsidenten an die Kirchenleitungen in Frankreich und Belgien /Kanonikus Goor/, die Kranzniederlegungen am 17.6.75 gemeinsam zu vollziehen. /Prof. Bassarak/,
7. Bitte an den Reg. Ausschuss Westberlin, ein Memorandum zur Umwandlung des Senders RIAS in eine Radio-Station der Vereinten Nationen als Folge des 4-Mächte-Abkommens und als Beitrag Westberlins zur Unterstützung der Friedenspolitik der UNO zu entwerfen, das die CFK als NGO der UNESCO und des ECOSOC weiterleiten kann,
8. Permanente Beachtung der Tatsache, dass zur Zeit die Abrüstung die bedeutendste allgemeine Friedensfrage ist.

V. AUS DER LITERATUR ZUR ABRÜSTUNGSPROBLEMATIK

- 1) Zur Geschichte der Abrüstungsbemühungen:
 - a) Einzelne Stappen der Abrüstungsverhandlungen
(Prof. Truchanowski)
 - b) Geschichte der Abrüstung seit 1945 (Minister a.D. J. Moch)
 - c) Der gegenwärtige Stand und die Erfolgsaussichten der Abrüstung (Prof. Inglis, in "Wissenschaft und Frieden", Wien, 1971)
- 2) Abrüstung und Friedensforschung (E. Forndran, Gütersloh 1972)
- 3) Zu einzelnen Problemen: ABM - yes or no? (California 1969)
- 4) Die lautlose Waffe gesichtet (N. Arkadjev in "Neue Zeit", 17 April 1972)
- 5) Stellungnahmen von Nichtgouvernementaler Seite: Es geht ums Leben (Hamburg, 1967)
- 6) Christliche Ferspektiven: "Christian Nuclear Perspective"
(J. Vincent, London 1964)
- 7) Disarmament: An Analysis for Quakers, (London 1967)

Einige Abkürzungen

- ENCD = Eighteen Nations Commission on Disarmament
CCD = Conference of Committee on Disarmament
ABM = Anti Ballistic Missiles
MIRV = Multiple Independently targeted Reentry Vehicles
SALT = Strategic Arms Limitations Talks

THESEN

DES VERTRETENS DER RUSSISCHEN ORTHODOXEN KIRCHE
IM AUSSCHUSS DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ
"FRIEDEM UND ABRÜSTUNG"

(Zweite Sitzung - Februar 1964)

Theologische Gründe

"Daran ist erschienen die Liebe Gottes gegen uns, daß Gott seinen eingeborenen Sohn gesandt hat in die Welt" (1. Joh. 4,9).

Mit diesen Worten bestimmt der geliebte Jünger Christi und Evangelist das Verhältnis des Schöpfers und des Vorsehenden zur Welt, das Verhältnis der Liebe und der Vorsehung.

An anderen Stellen der Heiligen Schrift wird gesagt: "Du sollst nicht töten" (2. Mose 20, 13), und "Du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst" (Markus 12, 31). In diesen Geboten des Alten und des Neuen Testaments gibt es eine göttliche Aufforderung an den Menschen und werden die Gründe seiner Aufführung in der Gesellschaft bestimmt. Die Widerstrebung diesem göttlichen Gesetz und der göttlichen Liebe verwandelt die Welt in das Jammertal des Schmerzens und Seufzens und erzeugt das Laster.

Aber also hat Gott die Welt geliebt, daß er seinen eingeborenen Sohn gab, den Friedefürsten, den Herrn Jesus Christus. Und wir, "die auf den Friedefürsten sehen" sind fähig, die Sünde zu besiegen, Sühne des Königreiches zu werden, worum wir täglich beten "Dein Reich komme!" und den Willen des himmlischen Vaters erfüllen, von welchem wir bitten, damit er "auf Erden wie im Himmel geschehe".

Wir wissen, daß der Dienst der christlichen Kirchen ist dazu berufen, die göttlichen Ideen des Lebens durch die Erklärung der Liebe Gottes an die Welt und an den Menschen und durch die Erweckung der Menschen zur Gegenliebe an Gott und einander zu bezeugen.

Die Teilnahme der Kirchen, der christlichen Vereinigungen und Gruppen am Kampf um den Frieden in der ganzen Welt ist eine Bekundung dieser tiefsten Gründe der Beziehungen zwischen Gott und Mensch.

Der gegenwärtige Zustand

Im Lichte der vorsehenden Werke Gottes sehen wir mit Freude eine wahrlich allgemeine Anerkennung der Ideen des Weltfriedens als die kostbarste Frucht der menschlichen Weisheit in dieser Welt. Diese Ideen werden heute vom Munde vieler religiösen, öffentlichen und politischen Funktionäre ausgesprochen. Sie finden einen warmen Wiederklang in den Herzen der Menschen. Darin sehen wir sichtbares Zeugnis der vorsehenden Fürsorge Gottes um die Welt, ein spürbares Zeichen der Gegenwart unseres Herrn und Heilands in der Welt, Seine lebensschöpferische Sorge für das Schicksal der Menschheit.

Die Teilnehmer am Ausschuß der CFK "Frieden und Abrüstung", die dazu berufen sind, über die Probleme der theologischen Begründung der friedfertigen Tätigkeit und über Wege zur Verwirklichung der Idee vom Weltfrieden zu denken, wozu vor allem und ganz vollkommen die allgemeine und vollständige Abrüstung dienen kann, sehen einen bestimmten Fortschritt auf dem Wege zum Weltfrieden, womit das vergangene Jahr gekennzeichnet wurde. Zum Zeichen dieses Fortschritts wurde die Unterzeichnung des Moskauer Vertrags von einer überwältigenden Mehrheit der Staaten über die teilhaftige Einstellung von Atomwaffentests, das Erreichen der UNO-Resolution über ein Verbot der Entsendung von Massenvernichtungsmitteln in den Weltraum, die Annahme von der 18. Sitzung der Generalversammlung der UNO einer Resolution an die Teilnehmer der Genfer Abrüstungskonferenz von 18 mit dem Aufruf, so bald wie möglich die Frage zu beurteilen, um eine internationale Konferenz einzuberufen für die Unterzeichnung einer Konvention über das Verbot der Kernwaffen, und endlich, eine starke internationale Unter-

stützung des Neujahrsvorschlags des Oberhauptes der Sowjetregierung N.S. Chruschtschow über die friedliche Lösung der territorialen Grenzfragen unter den Staaten.

Die Teilnehmer der christlichen Friedensbewegung wissen, daß die angebahnte internationale Entspannung das Resultat eines wahrlich allmenschlichen Kampfes um Frieden ist, worin die christlichen Kirchen, Gemeinden und einzelne Christen eine wesentliche Bedeutung hatten, haben und haben werden.

Der Aufruf zur Abrüstung

Der Aufruf zur Abrüstung folgt aus der Forderung des Humanismus und aus dem Antrieb des natürlichen sittlichen Gesetzes. Die reale Gefahr einer unerwarteten, tragischen zufälligen Entfesselung eines Atomkrieges mit Katastrophfolgen für das Leben der Menschheit, für die Früchte ihrer wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften veranlaßt die Völker den entschiedensten und schnellsten Aktionen um der Abrüstung willen.

Zur Abrüstung aufrufend, ist es notwendig, diesen Aufruf mit dem Aufschließen jenes kolossalen ökonomischen Gewinns zu vereinigen, den die Menschheit als Ergebnis haben wird.

Die technisch hochentwickelten und wirtschaftlich mächtigen Staaten geben heute einen großen Teil ihres Nationaleinkommens auf die Rüstung aus und belasten damit ihre eigene Wirtschaft. Dabei herrschen in vielen Ländern der Welt Armut und kulturelle Rückständigkeit. Diese Ungerechtigkeit könnte in gewissem Sinne abgeschafft werden, wenn nur ein Teil der Mittel, die von den wirtschaftlich mächtigen Staaten für die Rüstung ausgegeben werden, für eine uneignen-nützige Hilfe den schwach entwickelten Ländern überlassen würde.

Der Aufruf zur Abrüstung ist zugleich eine politische Forderung. Es ist allgemein bekannt, daß das so genannte "Gleichgewicht der Mächte" auf der Weltbühne keine Panazee von der Entfesselung, des Weltkrieges ist. Die Tatsache, daß die Staaten megatonnenstarke Atom- und Wasserstoffbomben haben, macht die internationale Lage nicht sicher. Und die einzige vernünftige Politik unserer Zeit ist und bleibt die Politik der friedlichen Koexistenz der Staaten mit verschiedenen sozial-politischen Ordnungen in einer waffenlosen Welt. In der Tat kann nur die Abrüstung in Weltbeziehungen solche Atmosphäre einer friedlichen Mitarbeit aller Staaten auf Erden schaffen, die das Ziel der Bemühungen aller friedliebenden Mächte ist. Nur die allgemeine und vollständige Abrüstung ist im Stande, alle Kriege zu beseitigen als Methode der Lösung der Streitigkeiten unter den Staaten.

Eine bevorstehende Notwendigkeit

Aber die Aufrufe zum Frieden sind noch nicht genügenderweise in die Tat umgesetzt. Außerdem ist es bekannt, daß sich manche Staaten dem Moskauer Vertrag nicht angegeschlossen haben; man erwartet französische Atomwaffentests in der Atmosphäre, manche Länder streben mit Begierde nach den zerstörenden Atombomben. Das menschliche Blut fließt in Angola und Südafrika, in Südvietnam und Südkorea, auf dem Zypern, in Panama und in anderen Orten der Erdkugel; die Elementarrechte des Menschen werden unterdrückt.

Das ganze macht es immer nötiger für Christen, nach dem schleunigsten Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger Weltkontrolle zu streben. Alles das fordert von Christen, im Namen unseres Herrn und Heilands jene Glaubensbrüder zur friedfertigen Tätigkeit zu bewegen, die bis jetzt noch vom Suchen nach Friedenswegen abseitsstehen. Von den Bemühungen der

Christen in aller Welt, die unter dem Wirken des allumfassenden Gnadens des Heiligen Geistes vollbracht werden, von der Konsolidierung ihrer friedensstiftenden Bestreben, von ihrer Solidarität mit anderen aktiven friedliebenden Kräften hängt, wie wir glauben, am meisten die Zukunft der Menschheit, ihr Leben in der abgerüsteten Welt, unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz und der Mitarbeit der Staaten ab.

Indem die Christen danach streben, brauchen sie immer tiefer in die Evangeliumsbegründung des Weltfriedens einzudringen und die Ursachen der gegenwärtigen ungelösten internationalen Fragen immer deutlicher zu begreifen.

Die Aufgaben

Der Ausschuß der Christlichen Friedenskonferenz "Friede und Abrüstung" hat es nötig, das folgende zu unternehmen:

- a) die Wichtigkeit eines schleunigsten Abkommens unter den Staaten über ein Verbot unterirdischer Atomversuche, sowie auch die Notwendigkeit des Anschlusses an den Moskauer Vertrag aller Staaten, die sich noch nicht daran angeschlossen haben, und vor allem Frankreichs, zu betonen;
- b) die Gefahr der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen von einem Staat an den anderen oder der Koalition der Staaten hervorzuheben;
- c) dem Arbeitsausschuß der CFK vorzuschlagen, vor dem Abrüstungsausschuß der 18 vorzusprechen mit der Forderung der tütigen Bemühungen im Ausarbeiten weiterer konstruktiver Schritte auf dem Gebiet des Verbotes der Kernwaffen und anderer Massenvernichtungsmittel, in der Richtung der Erleichterung des Erreichens einer allgemeinen

und vollständigen Abrüstung unter einer effektiven Weltkontrolle und der Sicherung des dauerhaften und gerechten Friedens auf Erden;

- d) für die Gruppe "Frieden und Abrüstung" der bevorstehenden Zweiten Allchristlichen Friedensversammlung klare und konkrete Vorschläge vorzubereiten, die der Zweckmäßigkeit ihrer Arbeit helfen würden und der Aktivisierung aller Teilnehmer der christlichen Friedensbewegung zum Kampfe um die allgemeine und vollständige Abrüstung beistehen würden;
- e) mit eigener Arbeit mitzuwirken, damit jeder Christ, jede christliche Gemeinschaft, jede Kirche, im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit vor der Menschheit für die Sache des Weltfriedens, alle Mühe dran setzen, um die Regierungen ihrer Länder zu den konkreten Schritten in der Richtung des Abkommens von der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter der Weltkontrolle zu bewegen. Unter den praktischen Schritten dazu soll man eine günstige Atmosphäre für das künftige Abrüstungsabkommen schaffen, das durch eine allmähliche Einschränkung des Rüstungsrennens erreicht werden kann. Diesem Zweck könnten dienen: die Schaffung der atomwaffenfreien Zonen auf dem Meere und auf dem Lande in verschiedenen Teilen der Erde, ein Nichtsangriffspakt zwischen den NATO-Ländern und den Ländern des Warschauer Abkommens, ein Verbot der Weitergabe von Atomwaffen, ein Abkommen über das vollständige Verbot ihrer Tests, eine Konvention vom Verbot ihrer Erzeugung, eine Minderung der Regularstreitkräfte und der Militärausgaben, eine Minderung der Truppen auf dem fremden Boden und so weiter.

Früchte des Friedens

Indem die Christen nach dem Weltfrieden streben, müssen sie sich die Schlußergebnisse dieses Kampfes vorstellen; es ist gerade, was der ersehnte Frieden mit sich bringt.

Frieden unter den Menschen ist eine der Hauptbedingungen der Versöhnung des Menschen mit Gott.

Frieden unter den Nationen ist die wichtigste Grundlage für das Gedeihen der Freundschaft und Mitarbeit der Völker.

Frieden auf Erden ist diejenige Atmosphäre, in der die menschliche Persönlichkeit die allseitigste Entwicklung haben kann.

Frieden auf Erden ist die notwendigste Bedingung für den wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Fortschritt der Menschheit, für das Wachsen des Wohlstandes der Völker.

Frieden und Abrüstung sind eine Grundlage der friedlichen Koexistenz der Staaten mit verschiedenen sozial-politischen und wirtschaftlichen Systemen.

Frieden auf Erden ist die beste Bedingung für die Botschaft der christlichen Kirchen, für ihre ökumenischen Verbindungen und für ihren allseitigen Dienst an die Menschheit.

"A B R Ü S T U N G "

A/ Analyse der Situation:

I. Rüstung, Motive und Folgerungen:

Der Christliche Standpunkt zu den Menschenbeziehungen hat zu seiner Ausgangsbasis das Gebet Jesu Christi und sein Beispiel der Nächstenliebe. Diese Liebe befreit uns vom Suchen unserer eigenen Angelegenheiten und zum Dienst für das Leben aller derer, denen Gott das Leben geschenkt hat. Es ist unser Auftrag dieses Leben zu schützen und zu unterstützen, und zu seiner Erfüllung beizutragen. Die radikalste Gefährdung dieses Lebens und damit auch unseres Auftrages zum Lebensdienst ist der Krieg; aber nicht nur er allein, sondern auch jede Verbereitung und alles, was dazu führt. Darum ist es notwendig, daß wir alles tun, was den Krieg verhindern oder wenigstens Kriegsgefahr vermindern kann.

Diese Kriegsgefahr (d.h. des heißen Krieges) wird in der gegenwärtigen Welt durch einige Faktoren gesteigert. Es ist vor allem der Kalte Krieg, mit dem sich eine Kommission der CFK befaßt, das Wettrüsten und auch einige ungelöste internationale Probleme (West-Berlin usw.) die zum Kriegsherd werden könnten.

Unsere Kommission soll sich mit dem zweiten von den genannten Problemen befassen, nämlich mit der Abrüstung. Welche sind die Motive der Rüstung vom theologischen Standpunkt aus gesehen?

1. Motive der Rüstung: Die Rüstung, die durch das Bestreben getragen wird, seinen Gegner in der Ausrüstung zu überholen, militärisches Übergewicht über ihn zu gewinnen und mit ihm von der Machtposition aus zu handeln, das alles hat folgende Motive:
 - a) In der Rüstung als der Bestrebung um militärische Übermacht kommt der Glaube an Gewalt zum Ausdruck. Das Wert Gottes entheilt jedoch den Glauben an Gewalt als Gützendienst. Damit werden wir von diesem schädlichen Aberglauben zum wahren Glauben an die Verschöhnungs- und Liebemacht befreit.

- b) Rüstung als Bestrebung um militärisches Übergewicht ist ein Ausdruck der Angst vor dem dämonisierten Gegner. Das Wort Gottes enthält jedoch diese Angst als falsch und unnötig (überflüssig) und auf diese Weise werden wir zum ersten Schritt auf dem Weg des Vertrauens befreit.
 - c) Rüstung als Bestreben um militärisches Übergewicht ist ein Ausdruck des Strebens nach eigener Sicherstellung und eigenem Durchsetzen zum Nachteil der Gerechtigkeit und Freiheit des Anderen (vgl. unterdrückte Nationen, Rassen und Klassen). Das Wort Gottes enthält diese Bestrebung als schädlichen Egoismus und befreit uns zum Liebesdienst allen Menschen ohne Grenzen und irgendwelche Unterschiede.
- 2/ Im Zusammenhang ergeben sich folgende Motive der Abrüstung:
- a) Die Abrüstung, und die Bereitwilligkeit zur Abrüstung die sich in konstruktiven und realen Abrüstungs-Vorschlägen gestalten, sind Ausdruck der Überzeugung, daß die Macht der Wahrheit durch Gewalt nicht unterdrückt werden kann. Es handelt sich hier um eine Wahrheit die nicht nur im religiösen Sinne des Wortes zu verstehen ist. Diese Wahrheit erkennen wir auch durch das Studium der Natur- und Gesellschaftsgesetze, in deren Hintergrund das Schöpfergesetz Gottes ist und die respektiert werden müssen (z.B. Gesetzmäßigkeit der Entwicklung zur Gleichheit aller Menschen, Geschlechter, Rassen und des sozialen Standards, Ausgleichung der Unterschiede zwischen den Menschen usw.). In allen diesen Dingen haben die Christen ihren Glauben an die Macht der Wahrheit, sie sollen in den ersten Reihen ihrer Verteidiger sein.
 - b) Die Abrüstung und die Bereitwilligkeit zur Abrüstung ist der Ausdruck des Vertrauens an die hoffnungsvolle Entwicklung der ganzen Menschheit in deren Hintergrund die Fürsorge der Vorsehung Gottes steht. Die Mächte des Bösen sind schon in Kristus überwunden worden, darum ist es nicht notwendig sich vor der Zukunft zu fürchten, sondern im Gegenteil sie durch Mitarbeit an jedem guten und positiven Werk vorzubereiten.

- c) Die Ausrüstung, und die Bereitwilligkeit dazu, ist endlich der Ausdruck der Ehrfurcht vor dem Leben, der Freiheit und Individualität der anderen Seite. Auf diese Weise ist die Ausrüstung im Einvernehmen mit der Liebe Gottes, die uns auch nicht zwingt, nicht vergewaltigt und nicht gleichschaltet, sondern die uns von unserem Egoismus befreit und uns in die Freiheit der Liebe stellt.
- d) Darum ist es klar geworden, daß der Ruf der Christen zu Frieden, der aus dem Gehorsam des Liebegebotes Christi springt, zum unerlässlichen Ruf nach Abrüstung werden muß.

Andererseits dürfen wir uns nicht verschweigen, daß der Weg zur Abrüstung ein schwieriges politisches und wirtschaftliches Problem ist, das man mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage untersuchen muß. Der Weg, der dazu führt ist nicht leicht und stellt große Ansprüche. Bedenken wir deshalb vor allem die politischen, wirtschaftlichen und sittlichen Konsequenzen der Aufrüstung, wie sie dazu beitragen, ja im bestimmten Ausmaß die heutige Weltlage bedingen und formen.

3. Konsequenzen der Aufrüstung.

- a) Politische: Aufrüstung als Bestreben um militärisches Übergewicht führt international-politisch von Verhandlungen zu Drohungen, zur Bildung aggressiver militärischer Fakte, zur Schaffung von Stützpunkten und Basen (besonders auf fremden Gebieten) u.ä.; innerpolitisch zur Militarisierung des öffentlichen Lebens, zum Missbrauch der Wissenschaft und Technik für militärische Zwecke u.ä.
- b) Wirtschaftlich: die steigenden Ausgaben für Rüstungszwecke wirken sich innerpolitisch aus: Herabsetzung des Lebensniveaus, besonders der sozial schwächeren Schichten. Die Lebenskosten steigen, die Ausgaben auf Kulturdas Schulwesen, Gesundheitswesen und solche Investitionen werden beschränkt, die zur Hebung des Lebensniveaus beitragen könnten. International-politisch: sie machen die wirksame Hilfe für wenig entwickelte Länder unmöglich, durch die Politik des Embargos bedrohen sie ihr Lebensniveau; sie machen wirksame internationale Zusammenarbeit auf sozialem (Hilfe bei

Naturkatastrophen usw.) und wissenschaftlichem Gebiet unmöglich.

- c) Sittlich: Die Atmosphäre der Drohungen, der Gewalt und Angst tötet die politische Verantwortung und letztthin auch das politische Interesse der Einzelmenschen und Gruppen. Die militaristische Propaganda bewirkt dass sachliche Informationen schwer erreichbar sind und die Menschen als fast wehrlose Objekte in die Hand der Strategen des "psychologischen Krieges" ausgeliefert sind.

Der psychologische Krieg ist bestrebt, die militärische Ausrüstung durch "innere Ausrüstung" aufzufüllen - durch Bereitschaft zum Krieg. Deshalb ist sie bestrebt, die Kriegshysterie durch Ausbreitung von Glauben an Gewalt, Dämonisierung des Gegners und so durch Ausbreitung der Angst vor ihm usw. zu-zuspitzen. Sein Ziel ist, die Überzeugung auszulösen, daß alles, was die andere Seite sagt, taktische Propaganda ist, und deshalb nicht ernst genommen werden darf. Der Grund aller Schwierigkeiten und allen Übels in der Welt ist angeblich der böse Wille der anderen Seite.

Zin solcher Standpunkt führt zur Verleugnung der eigenen Fehler, zerstört die Verantwortung und macht letztthin jede Verhandlungsmöglichkeit unmöglich.

- II. Abrüstung, ihre Hindernisse und Konsequenzen.
1. Der bisherige Stand der Verhandlungen:
 - a) Resolution der Vollversammlung der UNO über Abrüstung
 - b) Verhandlungen im Rahmen der UNO: vereinbarte Richtlinien über Abrüstung - bestehende Unterschiede im Standpunkt besonders der Großmächte.
 - c) Genfer Verhandlungen: einzelne Vorlagen, Vorschrift in der Annäherung der Standpunkte, die Rolle der Neutralen.
 - d) Weltkongresse und Friedensbewegungen und ihre Arbeit. Einfluss der öffentlichen Weltmeinung, Wachstum verschiedener Friedensbewegungen, Konzession der Politiker unter ihrem Druck. (Bes. Japan, England usw.)

2. Hindernisse der Abrüstung und Wege zu deren Abschaffung:

- a) Problem der Kontrolle und des Vertrauens. Beides ist notwendig. Die Kontrolle kann aber zur Spionage missbraucht werden. Fachmänner sind darin übereingekommen, daß zur Kontrolle von Atomexplosionen aller Arten nationale Mittel genügen. Deshalb ist das Problem der Inspektion an Ort und Stelle besonders ein Problem der Bereitschaft zu konstruktiven Kompromissen.
- b) Problem der Verteidigungs- und Angriffswaffen: Wo ist die richtige Grenzlinie zwischen beiden? Welche Arten sollen erhalten und welche sollen zerstört werden? Welche sollen in wessen Kompetenz stehen? Hier ist eine besonders brennende Frage der Atomwaffen und deren Träger.
- c) Problem der (fremden) Basen und der demilitarisierten (atomfreien) Zonen. Welche Basen können defensiven Charakter haben? Unter welchen Umständen und Voraussetzungen können demilitarisierte Zonen errichtet werden? (Vergl. Rapacki-Plan und Standpunkt der DDR die Sehnsucht der Völker Afrikas und Lat. Amerikas, dass diese Kontinente zu solchen Zonen werden u.ä.)

3. Konsequenzen der Abrüstung

- a) Wirtschaftliche und soziale (siehe 1,3 b): Wie kann man der Gefahr der Arbeitslosigkeit und anderer Krisensituationen bei der Einstellung der Kriegsindustrie wahren? Wie können die freigewordenen finanziellen Mittel benutzt werden? Möglichkeit einer Hebung des Lebensniveaus, wissenschaftlicher Forschungen, der Hilfe weniger entwickelter Länder?
- b) Gesundheitliche: die Fortsetzung der Atomwaffenversuche bedroht die genetische Perspektive der Menschheit. Die Abrüstung, die selbstverständlich und in erster Linie die Beendigung der Versuche und Herstellung aller Atomwaffen einschliessen muss, bedeutet eine Gesundung der Atmosphäre der ganzen Welt und die Atomenergie, die für Friedenszwecke benutzt wird, verspricht eine neue mächtige Entwicklung der Produktionskräfte der Menschheit.
- c) Sittliche: Gegen die Angst vor einer Weltkatastrophe oder Abstumpfung aus Angst öffnet die Abrüstung und die damit zusammenhängende Verminderung der internationalen Spannung hoffnungsvolle Perspektiven der Lebenssicherheit und Freude.

4. Die vorgelegte Analyse der Schwierigkeiten und Möglichkeiten der Abrüstung führt zu diesen Konsequenzen.

Es ist nötig, daß wir auf Grund unseres Glaubens als auch unseres Blickes auf die gegenwärtige Situation um diese Schritte in der Abrüstungsfrage bestrebt sind.

- a) Einstellung aller Versuche mit nuklearen Waffen
- b) Verbot der Erzeugung aller Massenvernichtungswaffen und die Umformung aller bisher erzeugten zu Friedenszwecken.
- c) Die Zahl der Mächte, die mit Atomwaffen disponieren, und die Anzahl derer, die Einfluss auf deren Anwendung hätten, nicht auszuweiten.
- d) Errichtung von atomfreien Zonen.
- e) Abschluß von Friedensverträgen durch die Probleme der Streitigkeitsherde, wie zum Beispiel der Westberlin- und Deutschlandfrage und die Frage einiger Länder in Asien (Korea, Laos u.ä.) gelöst werden könnten.
- f) Abschluß einer Weltweiten Vereinbarung
- g) Abschluß eines Übereinkommens über totale, allmäßliche, kontrollierte Abrüstung in der ganzen Welt.

Prager Vorschlag

- B. Aufgaben der Kommission
- I. Sammlung und Verarbeitung der Informationen:
 - 1. Politische und diplomatische Verhandlungen über Abrüstung (UNO, Genf usw.)
 - 2. Abrüstungskongresse, deren Materiale und Widerhall in der Welt (z. B. Moskau, Acera, Tokio usw.)
 - 3. Kirchliche Materiale über Abrüstung (CPK, CGIA, Genfer Verhandlungen von Kirchenvertretern mit Politikern, Vatikan-Konzil usw.)

II. Übergabe von Informationen und Entfaltung der Initiative von Christen in der Abrüstungsfrage (wo - wem - wie).

1. Innerhalb der CFK a) der Leitung der CFK - Elaborate und Beratungsschliisse
- b) den Kommissionen der CFK - Übergabe von Materialien und Anregungen
- c) den Konferenzen der CFK - Referate der Kommissionsmitglieder
2. In den Kirchen: a) der ganzen kirchlichen Öffentlichkeit - vor allem schriftlich; durch Ausnutzung der Pressemöglichkeiten und zwar sowohl selbständige Publikationen als auch Zeitschriften. (Verschiedene kirchliche und die Zeitschrift der CFK)
- b) den einzelnen Gemeinden - durch Schulung der Gemeindemitarbeiter im Rahmen von Pfarrerkursen, Pfarrerversammlungen usw., und direkt durch Vortragreisen und Predigten in den Gemeinden durch Mitarbeiter der CFK
- c) den Kirchenleitungen - durch Veranstalten von Beratungen mit leitenden Kirchenrepräsentanten, durch Anregungen verschiedener kirchlicher Aktionen (Hiroshima-Tag usw.)
- d) weltweiten kirchlichen Gremien - verschiedene Formen zur Unterstützung der Bestrebung eine weite Front des Abrüstungsbestrebens zu bilden
- e) Vatikan mit Hinsicht auf die letzten Kundgebungen von Papst Johannes XXIII. (Siehe Enzyklik *pacem in terris*) und auf die wachsende Aufgeschlossenheit des Vatikans gegenüber der ganzen friedens-ökumenischen Problematik.

3. In der ganzen Welt (auf internationalem und zwischen-kirchlichen Forum);
 - a) Veranstaltung gemeinsamer Beratungen, Treffen, Konferenzen mit Abrüstungsthematik oder auch Teilfragen (z.B. Atomwaffen u.s.w.)
 - b) Organisieren von Aktionen, Manifestationen (auch in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen die für Abrüstung arbeiten).
 - c) Appelle an Staatsmänner und Regierungen.

Man muß sich dessen bewußt sein, daß es sich um eine schwierige und langwierige Arbeit handelt, in der wir uns nicht durch zeitweiligen Mißserfolg abschrecken lassen dürfen. Das Wort Gottes enthüllt jede Kleingläubigkeit, Skepsis und Gleichgültigkeit in der Frage von Krieg und Frieden und damit in der Frage der Abrüstung als Absage der Verantwortung und Hoffnung. Dadurch befreit es uns dazu, ohne Rücksicht auf augenblicklichen Erfolg und im Vertrauen an die Macht des Herrn, der der Friedensfürst ist, in diesem Dienst der Liebe auszuhalten.

I.

Bau und Einsatz der Atombombe

Winter 1938/39

Entdeckung der Spaltbarkeit des Atomkern
beim Uran (Konsequenz: Kettenreaktion -
Atombombe) durch den deutschen Chemiker
Otto Hahn, Berlin

2.2.1939

Briefwechsel des Amerika-Ungarn Leo Szilard
mit dem französischen Atomphysiker Joliot-
Curie über Fragen eines Publikationstops
für den Fall, daß die Forschung dazu führt,
daß Neutronen in genügender Zahl freiwerden,
um eine Kettenreaktion zu erzeugen, was die
Voraussetzung für den Bau einer Atombombe
wäre.

17.3.1939

Erste Information über die Möglichkeit einer
A-Bombe (Unterredung Admiral Hooper (USA)
und Nobelpreisträger Enrico Fermi (USA))

11.10.1939

Brief Szilards und Albert Einsteins an Präsident
Roosevelt, Versuch, die USA-Regierung
auf die Möglichkeit der A-Bombe und auf die
Gefahr, die Amerika im Falle eines deutschen
Vorsprungs auf diesem Gebiet drohe, aufmerk-
sam zu machen.

Die Uranforschung wurde nun der Unterstützung
durch die Regierung für würdig befunden. Sie
spendete den Universitätslaboratorien bis
Ende März 1940 für diesen Zweck ganze 6 000
Dollars.

6.12.1941

Entschluß Amerikas, mit aller Macht und allum-
fassendem Einsatz an die Herstellung der A-
Bombe heranzutreten (wissenschaftlicher
Kriegsrat)

2.12.1942

In einem Atommeiler wurde die erste sich selbst
erhaltende Kettenreaktion ausgelöst (Enrico
Fermi).

Geburtsstunde des Atomzeitalters !
Bis zu 300 000 Personen arbeiteten in den USA
an diesem Projekt. Der finanzielle Einsatz
betrug 2 000 Millionen Dollar.

November 1942

Begegnung Heisenberg/Niels Bohr im besetzten
Dänemark.

Heisenbergs väterlicher Freund Bohr ließ Hei-
senberg erbarmungslos fühlen, daß sich sein
Land mit Deutschland im Krieg befand.

"Wir dachten, wir könnten ihm noch als Heisen-
berg und Weizsäcker gegenüberstehen - aber
damit war es vorbei."

Heisenberg verzichtete darauf, das große Angebot - wir bauen sie nicht, baut ihr sie auch nicht - bei Bohr vorzubringen, der es leicht nach USA hätte weiterleiten können.

1939 ff.

Gründung des deutschen "Uranvereins" (Hahn, Heisenberg, v. Weizsäcker, Geiger, Bothe, Bagge, Biebner, Gerlach). Kaiser-Wilhelm-Institut, Berlin-Dahlem, Zentrum der deutschen Atomforschung (Leiter: Nobelpreisträger W. Heisenberg)

1942

wurde das Problem erörtert, ob in Deutschland das Atombombenprojekt im großen Stil aufgenommen werden soll.

O.F. v. Weizsäcker:

"Im Kriege blieb den deutschen Physikern die letzte Härte der Entscheidung erspart. Wir erkannten, daß wir keine Bombe machen konnten."

Von 1942 an wurde in Deutschland nur noch das Projekt eines Atomreaktors - nicht mehr das einer A-Bombe verfolgt.

12. April 1945

Ted Roosevelt

Truman wußte nicht vom A-Bomben-Projekt.

51. Mai 1945

Sitzung des "Interim Committee" mit dem wissenschaftlichen Beirat (Kriegsminister Stimson, Oppenheimer, Lawrence, Compton, Fermi) General Marshall, Generalmajor Groves.

1. Juni 1945

Ergebnis der Konferenz: Einstimmige Empfehlung an den Präsidenten:

- 1.) Die Bombe soll so bald wie möglich gegen Japan eingesetzt werden
- 2.) Das Ziel soll eine militärische oder kriegswichtige Anlage sein
- 3.) Die Bombe soll ohne jede Warnung eingesetzt werden -- sofort danach "Aufstand des Gewissens"

Forscherkommission: Leitung James Franck, Nobelpreisträger. Verfaßte mit 6 Gleichgesinnten nach tagelangen Debatten einen Bericht, den Franck-Report. Er ist das 1. Dokument, in dem ein Gremium von Wissenschaftlern die Politik vor der A-Bombe warnt.

(Wortlaut bei Jungk: Heller als 1000 Sonnen, S. 348 - 362)

16. Juni 1945

Die vier Forscher des "Wissenschaftlichen Beirates" lehnen Franck-Report ab.

(Entweder, so sagte man ihnen, würde die Bombe geworfen, was voraussichtlich 20 000 Japanern mit einem Schlag töten würde, oder Japan müßte durch eine militärische Invasion besiegt werden, was voraussichtlich 2 Millionen Japanern und 500 000 Amerikanern das Leben kosten würde).

Die Alternative war verfälscht.

Bereits im September 1944 und März 1945 hatten die Japaner versucht, die alliierten Friedensbedingungen kennenzulernen.

Churchill: "Die Annahme, Japans Schicksal sei durch die A-Bombe besiegelt worden ist falsch. Die Niederlage war als Folge der überwältigenden maritimen Macht seiner Gegner schon vor dem Abwurf der 1. Bombe eine Gewißheit."

20. Juni 1945 erteilt der Tenno den Auftrag, den Frieden herbeizuführen um jeden Preis - außer um den des Kaisertums.
16. Juli 1945 Beginn der Potsdamer Konferenz
Explosion der 1. Atombombe in der Wüste von Neu Mexiko.
67 Wissenschaftler unter Leitung von Szilard versuchen durch Petition den Einsatz der Bombe zu verhindern. Aber die 4 Wissenschaftler des "Scientific Panel" taten auch diesmal nur ihre Pflicht.
- 6.8.1945 9,15 Uhr Abwurf der Atombombe über Hiroshima
Präsident Truman erhielt die Nachricht an Bord der "Augusta" auf seiner Rückreise von Potsdam
8. August 1945 Die Sowjetunion erklärt Japan den Krieg
9. August 1945, 12,00 Uhr Abwurf einer Atombombe über Nagasaki
9. August 1945 Erklärung Trumans über Hiroshima.
Truman stellt fest, daß die neue Waffe gegen diejenigen verwendet worden sei, die längst jeglichen Anspruch fallen gelassen haben, den internationalen Gesetzen der Kriegsführung zu gehorchen.
Hans Haug (Schweiz), Zentralsekretär des Schweizer Roten Kreuzes sagt dazu:
"Völkerrechtlich bedeutet diese Feststellung, daß die USA das Recht der Repressalie geltend machen, d.h. das Recht, vergangene Verletzungen des Völkerrechtes mit Gleichen zu beantworten."
10. August 1945 Japan gibt seine Kapitulationsbereitschaft bekannt.
2. September 1945 Japan unterzeichnet an Bord des Schlachtschiffes "Missouri" vor Tokio die Kapitulation.
Das Kaisertum blieb erhalten.

III.

Kampf um die Kontrolle der Atomenergie

"Wenn nicht gleich nach der ersten Demonstration ein internationales Abkommen zustande kommt, bedeutet dies einen fliegenden Start zu einem hemmungslosen Aufrüstungswettlauf."

(aus Frank-Report)

1946

Baruchplan (USA legten ihn der UNO vor)
a) Atomenergie soll einer internationalen Behörde unterstellt sein,
b) Verbot jeden kriegerischen Mißbrauchs
c) wirksame Kontrolle soll Atombombenherstellung verhindern
d) Schaffung einer internationalen Behörde
Plan zerschlägt sich,
da die USA sich weigern, vor Beginn einer Kontrolle die amerikanischen Bomben zu vernichten
(Forderung der UdSSR)

Der amerikanische Vorsprung begann dahinzuschwinden.

Ende 1945

Die US-Armee versucht, die Kontrolle endgültig an sich zu reißen (durch Gesetz: May-Johnson-Bill)

30.11.1945

Truman verlangt, daß der May-Johnson-Entwurf im Sinne einer zivilen Kontrolle der Atomenergie abgeändert werde, aber Kriegsministerium versteigt sich auf militärische Kontrolle.

"Nun aber strömten die Wissenschaftler in großer Zahl aus ihren Elfenbeintürmen zusammen, um sich mit Energie, leidenschaftlicher Überzeugung, glühendem Elfer ----- in den Kampf zu werfen."

Der Sonderausschuß des Senats erhielt über 76 000 Zuschriften, die überwältigende Mehrzahl sprachen sich gegen die militärischen Bestimmungen des Gesetzes aus.

Juli 1946

Anstelle der May-Johnson-Bill wird ein von Mac Mahon verfaßtes Gesetz vom Präsidenten unterzeichnet.

1947

Ab Beginn des Jahres liegt die gesamte Kontrolle über die Atomenergie für friedliche und militärische Zwecke in den Händen einer rein zivilen 5-köpfigen Behörde (Atomenergikommission).

Dieser Kommission wurde ein beratender Ausschuß (9 Wissenschaftler und Wirtschaftler) beigegeben.

Vorsitzender der Atomenergiekommission : D.E.
Lilienthal

Vorsitzender des beratenden Ausschusses : J. R.
Oppenheimer

Der Kampf um die nationale Kontrolle der Atomenergie war vorläufig gewonnen.

III.

Kampf um die Wasserstoffbombe

1942/43

Edward Teller hatte bereits zu diesem Zeitpunkt entsprechende Berechnungen angestellt und hätte am liebsten gleich die Superbombe hergestellt.

Sommer 1945

Bericht Tellers an das "Interim Committee" über die theoretische Möglichkeit einer Wasserstoffbombe.

Oppenheimer hatte diesen Bericht gutgeheißen, aber nach der Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki wurde das Superprojekt vom Entwicklungsprogramm gestrichen.

Juni 1946

E. Teller übersreicht Präsident Truman ein neues Memorandum über die Super-Waffe. Dieses Memorandum landet bei Oppenheimer. Er lässt es in einem Aktenschrank verschwinden und das Projekt blieb für 3 Jahre vergessen.

August 1949

In der Sowjetunion explodiert eine Atombombe (Versuch). Lewis Strauss fordert von den USA ein sofortiges Programm zur Herstellung der H-Bombe. Er fand Bundesgenossen in E. Teller und MacMahon. Der Vorsitzende des Atomenergieausschusses (Lilenthal) und die 3 anderen Kommissionsmitglieder weigern sich, diese Potenzierung des atomaren Schreckens mitzusehen.

29.10.1949

Truman schob die Sache zunächst von sich. Er könnte solch Programm nicht annehmen, ehe nicht der beratende Ausschuss der Atomenergiekommission die Frage der Realisierbarkeit dieses Projektes geklärt habe. Die Sitzung des beratenden Ausschusses fand am 29.10.1949 statt (Oppenheimer, Conant, DuBridge, Rabi, Rowe, Buckley, Smith, Fermi).

Der Auschuß kam zu der einstimmigen Empfehlung, die USA solle sich nicht in ein H-Bomben-Programm von kriegsmäßigen Ausmaße einlassen. Die Einzelheiten jener denkwürdigen Sitzung blieben geheim.

2 Mitglieder des Ausschusses (Fermi und Rabi) schränkten ihre ablehnende Stellungnahme durch einen Minderheitenbericht ein.

(Erst wenn der Versuch einer wirksamen internationalen Kontrolle fehlgeschlagen sei, sollte mit dem Bau der Wasserstoffbombe begonnen werden). Fast alle bedeutenden Atomphysiker Amerikas schlossen sich der Stellungnahme des beratenden Ausschusses an.

Die Atomenergiekommission entschied am 9.11. mit 3 : 2 Stimmen gegen das H-Bomben-Programm.

Aber Strauss, MacMahon und Teller gaben sich nicht zufrieden.

27.1.1950

Es wird bekannt, daß die UdSSR über die Einzelheiten des A- und H-Bombenbaus informiert waren (Fuchs).

31.1.1950

Der von Präsident Truman einsetzte Sonderausschuß des Nationalen Sicherheitsrates (Kriegsminister Johnson, Außenminister Acheson, Vorsitzender der Atomenergiekommission Lilienthal) empfahl mit 2 gegen 1 Stimme (Lilienthal) das Dringlichkeitsprogramm für die Herstellung der H-Bombe. Trumans endgültiger Entscheid fiel noch am gleichen Tage.

Der Entscheid rief eine Sturm der Entrüstung bei den führenden Wissenschaftlern des Landes hervor. Es kam zu einem Feldzug gegen die Bombe.

Auch Albert Einstein nahm öffentlich gegen die H-Bombe Stellung.

Oppenheimer beteiligte sich, da der Entscheid des Präsidenten gefallen war, nicht an diesem neuen Feldzug, setzte sich aber ebenfalls für eine bessere Unterrichtung der Öffentlichkeit ein.

IV.

Der Angriff auf das Gewissen

Im Fall Robert Oppenheimer erreichte das Drama zwischen Wissen und Gewissen der Atomforscher seinen tragischen Höhepunkt.

Er hatte mehrmals Summen für Rotspanien gespendet. Am 7.11.1953 wurde er offen angeklagt, sowjetischer Agent zu sein.

Strauss, der neue Vorsitzende der Atomenergiekommission stellte Oppenheimer vor die Wahl, entweder von seinem Beraterposten zurückzutreten oder sich einem Personal-Sicherheits-Ausschuß der Atomenergiekommission zur gründlichen Durchleuchtung zu stellen. Oppenheimer wählte die 2. Möglichkeit.

Am 12.4.1954 begann das Verhör gegen Oppenheimer, ein Prozeß, der in der Geschichte seinesgleichen sucht.

Im 6-wöchigen Verhör kam kein belastendes Material zutage. Oppenheimer wurde freigesprochen, aber trotzdem seiner beratenden Schlüsselstellung entheben.

V.

Kampf gegen die Testexplosionen

Vor

- 1951 1. Versuch mit einer H-Bombe im Pazifik (USA)
- 1.11.1952 Explosion der 1. H-Bombe im Pazifik (USA).
Energie 5 Millionen to TNT
- August 1953 Explosion der 1. sowjetischen H-Bombe
- 1.3.1954 Erneuter USA-Versuch auf Bikini (Energie 15 Millionen to TNT)
- 1956 - 1958 Fortsetzung der H- und A-Bombenexplosionen im beschleunigten Rhythmus.
Bis Ende 1958 wurden rund 250 A- und H-Bomben zu Versuchszwecken zur Explosion gebracht.
- Okt. 1958 bis
1.9.1961 Einseitige Einstellung der Versuche durch die UdSSR.
Die Westmächte folgten diesem Beispiel nicht,
so lösten z.B. die Franzosen in der Sahara 4 Atomexplosionen aus.
- Herbst 1961 Wiederaufnahme der Kernwaffenexperimente durch die UdSSR, danach Einstellung und erneute Aufnahme im Juli 1962 als Reaktion auf amerikanische Versuche, Sprengladungen in einer Höhe von mehreren 100 km zur Explosion zu bringen und damit das Wettrüsten in den kosmischen Raum zu tragen.
- April 1957 Botschaft Albert Schweitzers an die Welt.
12. April 1957 Die Erklärung der 18 deutschen Atomphysiker.
- Juni 1957 Aufruf von 2000 USA-Wissenschaftlern (der die

Einstellung der A-Waffenversuche auf dem Wege eines internationalen Abkommens fordert).

Oktober 1957

Die Göttinger 18 sprechen sich erneut gegen die Atomrüstung aus.

Januar 1958

Petition an die UNO von 9235 Wissenschaftlern aus 44 Ländern, darunter 36 Nobelpreisträger (Forderung: Abschluß eines internationalen Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche).

April 1958

Albert Schweitzer warnt in 3 Reden vor dem Atommord (Sonderheft: Stimme der Gemeinde).

September 1958

Die Göttinger 18 treten mit der Wiener Erklärung der 3. Pugwashkonferenz erneut vor die deutsche Öffentlichkeit.

Juni 1961

Die Unterzeichner der Göttinger Erklärung von 1957 bekräftigen in einer Umfrage der "Physikalischen Blätter" ihre Stellungnahme.

5. August 1963

Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser (Moskau)

17.10.1963

Resolution 1884: Keine Kernwaffenträger in den Weltraum (XVIII. Tagung der UNO-Vollversammlung vom 17.9. - 17.12.1963 in New York)

Philip Noel-Baker:

wettlauf der waffen

Vorbererkenntnis:

Der Verfasser

Philip Noel-Baker ist Engländer. Er war Vorsitzender der Labour-Party. 1945 wurde Noel-Baker Kabinettsminister, später übernahm er verschiedene Ministerien. Der international anerkannte Politiker hat sein Leben der Weltabrustung und dem Frieden gewidmet. Bereits als Dreißigjähriger erarbeitete er gemeinsam mit Lord Cecil eine Konzeption der Abrüstung. Außerdem erwarb er sich große Verdienste als nächster Berater Arthur Hendersons, des Präsidenten der Abrüstungskonferenz von 1932.

Augenblicklich ist er Mitglied des Schattenkabinetts der Labour-Party und engster Berater Harold Wilsons, des Vorsitzenden dieser Partei und möglichen neuen Regierungschefs Englands.

1959 wurde ihm in Oslo der Friedens-Nobelpreis verliehen.

1961 erschien sein aufschenerregendes Buch, dem er den Nobelpreis verdankt, "Wettlauf der Waffen" in deutscher Sprache. Das Werk wurde mit dem Albert-Schweitzer-Buchpreis 1961 ausgezeichnet.

1963 erschien, allerdings bis jetzt nur in englisch, ein weiteres Buch von ihm: The way to world disarmament - now!

Sein Buch: Wettlauf der Waffen

Aufgrund eingehenden Materialstudiums (UNO-Protokolle, Veröffentlichungen der engl. Regierung) schildert Noel-Baker die Geschichte der Abrüstung von 1932 - 1960, äußerst spannend, zugleich aber auch zutiefst erschütternd wegen der Tragik der verpausten Gelegenheiten und des menschlichen Versagens.

Das Buch umfasst ca. 750 Seiten und enthält außer einem Nachwort 8 Teile.

Im 1. Teil schildert er den Wettlauf der Waffen und legt die entscheidenden Gründe für die Abrüstung dar.

Die Teile 2 - 4 beschäftigen sich mit der Kernwaffenrüstung und den Abrüstungsvorschlägen auf nuklearem Gebiet.

Teil 5 gibt Einblick in die Herstellung und Verwendungsmöglichkeit von chemischen Waffen und biologischen Kampfmitteln.

Teil 6 bringt praktische Vorschläge zur Abrüstung auf konventionellem Gebiet.

Der 7. Teil enthält Maßnahmen, die alle Rüstungen und Streitkräfte betreffen.

Im 8. Teil bringt Noel-Baker eine kurze Zusammenfassung unter der Überschrift: Die beste militärische Verteidigung.

Das Nachwort umfasst außer Erklärungen und Auszügen aus Reden verschiedener UNO-Delegierten den vollen Wortlaut des sowj. Vorschages vom 2. Juni 1960 (das wohl beste, bis jetzt vorgelegte Dokument) sowie die darauf erfolgten Abrüstungsvorschläge der USA vom 27. Juni 1960.

Es ist unmöglich, das hier vorgelegte Material in ein Referat zusammenzufassen. Außerdem ist für unsere Weiterarbeit wohl eine umfassende Sachkenntnis in der Abrüstungsfrage unerlässlich.

Ich will versuchen, etwa in 3 Teilen eine Übersicht über das umfangreiche Buch Noel-Bakers zu geben.

I Rüstungswettlauf und Abrüstungsverhandlungen

II Die sogenannten A-B-C-Waffen

III Möglichkeiten der Abrüstung

I. Rüstungswettlauf und Abrüstungsverhandlungen

A. Rüstungswettlauf

1. Konventionelle Waffen

Der Rüstungswettlauf ist erst in den letzten 70 Jahren zum beherrschenden Faktor im internationalen Leben geworden. Viele verschiedenartige politische Kräfte und Ereignisse haben dazu beigetragen, das Wettrüsten voranzutreiben. Von besonderer Bedeutung war der Erfolg von Bismarcks Armee von Wehrpflichtigen in den Jahren 1866 und 1870 gegen die Berufssoldaten aus Österreich und Frankreich. Fast über Nacht übernahm das übrige Europa daraufhin die Einführung der Wehrpflicht und das System kurzfristigen Diensts. Technische Fortschritte ermöglichten es den Regierungen immer größere Streitkräfte aufzustellen, sie mit stärkeren, komplizierteren und kostspieligeren Waffen auszurüsten.

Jedoch ist die wahre und eigentliche Ursache der ununterbrochenen Steigerung der Rüstung seit 1870 das Wettrüsten selbst. Wie bei einer Kettenreaktion erweckte die Rüstung Angst. Und die Angst führte wiederum zu erhöhter Rüstung.

Gleichsam in 3 Zeiträumen wurden immer neue Kettenreaktionen ausgelöst: 1884 - 1914, 1919 - 1939, 1945 -

a) 1884 - 1914

Diese erste große Periode des Wettrüstens begann mit der sogenannten "Flottenpanik" in England, die sich gegen Frankreich richtete. 1884, 1889, 1892 sah sich jeweils die britische Regierung veranlasst, ihr Programm des Schlachtschiffbaus zu erweitern. Immer antwortete Frankreich mit dem Bau zusätzlicher Schiffe. In Deutschland führte diese Entwicklung zu den Flottengesetzen unter Tirpitz. Als 1884 Frankreich und England begannen, Kriegsschiffe zu bauen, überredete 1889 Tirpitz den Kaiser dazu, daß Deutschland dasselbe tun müsse. Widerstrebend nur nahm der Reichstag das erste, bescheidene Flottengesetz an. Als im Bürgerkrieg von England ein deutsches Schiff beschlagnahmt wurde, erregte dies einen Sturm der Entrüstung in der deutschen Presse. Diese Gelegenheit nahm Tirpitz wahr, um ein zweites Flottengesetz durchzusetzen, angeblich um Küsten und Kolonien zu schützen. Aber die britische Admiralität war trotz aller Versicherungen, daß sich dieser Flottenbau nicht gegen England richte, beruhigt. 1907 brachte sie deshalb den Typ des "Dreadnoughts" heraus, ein Schlachtschiff, das schneller und stärker gepanzert war und Geschütze von größerer Reichweite besaß, als alle anderen Kriegsschiffe bisher. Bei seiner Fertigstellung verkündete die Presse, daß das neue Schiff in der Lage sei, die ganze deutsche Flotte zu versenken. Daraufhin sah sich die deutsche Regierung gezwungen, mit dem Bau von Schiffen eines ähnlichen Typs zu beginnen. Zwei Jahre später waren England und Deutschland fieberhaft damit beschäftigt, "Dreadnoughts" und "Super-Dreadnoughts" zu bauen.

Beunruhigt über das Anwachsen der deutschen Flotte verbündete sich 1904 England mit Frankreich. Tatsächlich wurde Großbritannien aber zum Verbündeten von Frankreich und Russland und man sprach daher von der "Triple-Entente". Innerhalb dieses Bündnisses drängte eine Regierung die andere, ihre kriegerischen Verbereitungen zu Lende wie zur See zu verstärken.

Das Anwachsen der Rüstungen veranschaulichen am deutlichsten 2 Tabellen, die über Mannschaftsstärke und Verteidigungsausgaben Auskunft geben.

Tabelle I

Mannschaftsstärke - Armee und Marine (in Tausenden)

	1884	1900	1908	1914
England	281	327	375	397
Frankreich	556	659	657	834
Rußland	806	938	1260	1253
Deutschland	458	629	653	864
USA	37	126	128	165
Japan	43	273	256	301

Tabelle II

Verteidigungsausgaben in Pfund Sterling (Millionen)

	1883	1900	1908	1913
England	28	89	59	77
Frankreich	31	39	44	82
Rußland	36	47	60	92
Deutschland	20	40	59	100
USA	11	40	53	64
Japan	0,5	5	4,5	12

Bemerkenswert ist, daß in einer Periode von dreißig Jahren des Ausbau der milit. Stärke gleichmäßig verlief, das Tempo jedoch gegen Ende stark beschleunigt wurde. Während der letzten 5 Jahre vor dem 1. Weltkrieg gab es in den Parlamenten so gut wie keinen Widerstand mehr gegen Steuererhöhungen zugunsten von Verteidigungsausgaben. In jenen Jahren stiegen die Rüstungsausgaben in England um mehr als 50%, in Rußland um mehr als 55%, in Deutschland um mehr als 69%, in Frankreich um 86%.

Diese Rivalität war so groß, daß sich alle Beobachter darüber einig waren, daß die Spannung nicht mehr lange zunehmen könne, ohne zu einem Zusammenstoß zu führen. Als Folge des Wettrüstens hatten sich die Regierungen aller Mächte in den Gedanken verzerrt, der Krieg sei unvermeidbar, obwohl es unter den politischen Führern niemand oder nur wenige gab, die den Ausbruch eines Krieges wünschten. Lediglich die Generalstäbe in Deutschland und Österreich waren anderer Meinung!

Ausgelöst wurde der Krieg durch eine große Anleihe, die Frankreich Rußland gewährt hatte. Sie wurde dazu benutzt, um die russ. Armee neu auszurüsten und Eisenbahnlinien von strategischem Wert zur deutschen Grenze zu bauen. Die Einleitung dieser Maßnahmen war für den deutschen Generalstab das alarmierende Zeichen, sofort loszuschlagen, um eine weitere Stärkung Rußlands zu verhindern. So schlitterte, lediglich als Folge des Wettrüstens, Europa in den Krieg.

b) 1919 - 1939

Der Krieg von 1914 führte zu so hohen Verlusten und zu Zerstörungen in einem solchen Ausmaß, wie ihn die Geschichte bis dahin nicht gekannt hatte. Er war in der Vorstellung aller Beteiligten zum "Krieg zur Abschaffung des Krieges" geworden.

Zweifellos hatten die führenden Politiker der Siegermächte die offizielle Absicht, diese Verpflichtung zu erfüllen.

Sie entwaffneten Deutschland und seine Verbündeten und gaben die formelle Zusicherung ab, dieser Entwaffnung würde eine allgemeine Rüstungsbegrenzung aller Nationen folgen. Der Völkerbund wurde gegründet, dessen Tätigkeit sich sogar besser bewährte, als seine Gründer es erhofften. Vier Kriege wurden innerhalb einer Woche nach Ausbrauch zum Stillstand gebracht, zahlreiche internationale Streitigkeiten geschlichtet. Der Internationale Gerichtshof und das Internationale Arbeitsamt wurden ins Leben gerufen und eine internationale Zusammenarbeit in der Wirtschaft, im Sozialwesen, im Verkehr und auf andoren Gebieten ermöglicht.

Einzig die Abrüstung schlug fehl. Zwar setzte die Vollversammlung Ausschüsse ein, um einen Vertragsentwurf auszuarbeiten. Diese legten auch sachliche Lösungen für alle technischen Probleme der Abrüstung vor. Lediglich England und Frankreich zögerten zu lange, um ihre Verschläge zu unterbreiten. Denn in Wirklichkeit setzten die siegreichen Alliierten, entgegen der abgegebenen Versicherung, ihre kriegerischen Vorbereitungen im Wettstreit miteinander- und gegen-einander - fort. Die Mannschaftsstärken ihrer Armeen und Militärausgaben sanken niemals unter den Stand von 1914 ab, obwohl damals der Höhepunkt des Wettrüstens erreicht war. Sie führten ständig fort, ihre Waffen zu "verbessern". Allerdings verlief bis 1933 dieses "innerbetriebliche" Wettrüsten noch relativ gemäßigt. Erst nach dem Scheitern der Abrüstungskonferenz 1932 gab Hitler das Tempo an. Die Aufrüstung nahm in allen Ländern, diesmal auch in den kleineren Staaten, Ausmaße an wie niemals zuvor.

Zwei Tabellen geben wiederum ein anschauliches Bild.

Tabelle I

Mannschaftsstärke	1914	1924	Lufttruppe 1932	1939 (in Tausenden)
England	597	549	515	460
Frankreich	834	835	690	864
UDSSR	1254	678	562	2269
Deutschland	864	114	114	1182
USA	155	251	237	551
Japan	301	407	354	900

Tabelle II

Verteidigungsausgaben in Pfund Sterling (Millionen)

	1913	1924	1932	1939
England	77	121	106	383
Frankreich	62	64	110	164
UDSSR	92	49	198	1575
Deutschland	100	26	43	1000
USA	54	118	132	267
Japan	12	40	54	107

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen besaßen der französische und der deutsche Generalstab einen großen, zuweilen offenen, zuweilen heimlich ausgeübten Einfluß. Sie hatten ihre Verbindungen zu den mächtigen Kreisen der privaten Rüstungsindustrie und den Organen der Presse, des Rundfunks und des Films, die von ihnen beherrscht wurden. Der französische Generalstab widersetzte sich ständig jeder dem Völkerbund günstigen Politik. Zweitweise übte er seinen Einfluß bis zum äußersten aus, um eine Befolgung der Beschlüsse des Völkerbundes zu verhindern. Vielleicht wäre die Geschichte anders verlaufen, wenn Frankreich von 1919 an eine andere Politik im Sinne des Völkerbundes verfolgt hätte.

Noch eindeutiger trifft allerdings den deutschen Generalstab die Schuld für eine gewisse Entwicklung, die 1939 zum Ausbruch des 2. Weltkrieges führte. Bis 1932 erfüllten die deutschen Regierungen die Bestimmung des Versailler Vertrages, einschließlich der Bedingungen für die deutsche Abrüstung. Lediglich der deutsche Generalstab war nie damit einverstanden, obwohl die Arbeiterklasse die Politik ihrer Regierungen unterstützte. Die Generäle verabscheut die Abrüstung und versuchten Deutschland durch jede mögliche Umgehung des Vertrages zu stärken. Sie ermutigten und finanzierten mit Hilfe der großen Rüstungsmagnaten die halbmilitärischen Organisationen - den Stahlhelm, die SA, die SS - , die schließlich Hitler zur Macht brachten. Hitler selbst haben sie bezahlt und ausgenutzt. Wieder gewann der Generalstab wie vor 1914 große Macht und nutzte sie in einer Weise aus, daß noch heute die Furcht vor dieser Militärkaste sehr lebendig ist.

Innerhalb von 6 Jahren steigerten Hitler und der deutsche Generalstab nach 1933 die Truppenstärke um das Zehnfache und erhöhten die Rüstungskosten um das Zwanzigfache. 1939 war Deutschland neben Italien und Japan das am meisten gerüstete Land.

1939 begann Hitler's Blitzkrieg gegen Polen, kurz darauf überrollten seine Panzer ganz Europa.

Wieder einmal mussten die Völker für ein sinnloses Wettrüsten einen blutigen Preis bezahlen.

Zugleich brachte der 2. Weltkrieg auch die Einführung vieler neuartiger Waffen, indem Wissenschaftler in großer Zahl zur Unterstützung herangezogen wurden. Seit 1939 erkannten die Regierungen in der wissenschaftlichen Forschung einen wesentlichen Faktor ihrer Rüstungspolitik. Die Ergebnisse waren erstaunlich. Brandbomben wurden entwickelt, die neuen Tabungäse wurden entdeckt, Radar und Elektronen fanden vielfache Verwendung. Magnetische Minen, ballistische und ferngesteuerte Raketen kamen hinzu. Mit der V 1 und V 2 begann eine neue Art der Kriegsführung. Schließlich wurden 1945 die ersten Atombomben geworfen.

Mehrere dieser Waffen ^{wider} sprachen ganz eindeutig den "anerkannten Regeln des Völkerrechts".

c) 1945 - ?

Trotz der 1945 durchgeföhrten Demobilisierung der westlichen Streitkräfte - England von 5 Mill. auf 770 000, USA von 12 Millionen auf 1,4 Mill. - blieben sie fast dreimal so groß wie diejenigen, die sie am Vorabend von Hitlers Krieg unter Waffen hatten. Bereits von 1948 an wurde der Umfang der Streitkräfte und ihre Bewaffnung wieder rasch erhöht.

Genau wie in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg liegt die Ursache in der nicht erfolgten Abrüstung.

So hat z.B. die UdSSR nicht so demoliert, wie es zunächst der Westen tat. Sie behielt weiter 5 - 6 Mill. Mann bei der Truppe. Dazu kamen 50 000 Panzer und 20 000 Flugzeuge. Außerdem begann sie, die Kriegsflotte auszubauen. Die Zahl der U-Boote überragte dabei die der Flotten der Welt zusammen. Hinzu kam die Ausdehnung ihres Herrschaftsgebietes, die im Westen mit großem Misstrauen beobachtet wurde. Außerdem hat die UdSSR von 1946 bis 1955 die Abrüstungsgerüchte bei der UNO durchkreuzt.

Die Intensität des heutigen Wettrüstens veranschaulichen die folgenden Tabellen.

Tabelle I

Mannschaftsstärke - Armee, Marine, Luftwaffe - (in Tausenden)

	1939	1949	1955
England	460	770	803
Frankreich	864	589	950
USA	2269	4000	4500
UdSSR	524	1616	2935

Tabelle II

Verteidigungsausgaben (in Mill. Pfund Sterling)

	1939	1949	1955
England	382	779	1569
Frankreich	164	380	1125
UdSSR	1575	3900	9900
USA	267	2302	15749

So erschreckend vor allem die letzten Zahlen, besonders bei der USA wirken, zeigen sie doch nichts von dem, was bei weitem das wichtigste ist. Es handelt sich um die unheilvolle Handlung seit den Tagen der Verkriegszeit, nämlich um die Erhöhung der Ausgaben für die milit. Forschung und für die Entwicklung neuer Waffen.

2. Nukleare Waffen.

Hier soll zunächst nur eine kurze Übersicht des Rüstungswettlaufes auf diesem neuen Gebiet milit. Forschung und Waffentechnik gegeben werden. Ufassend wird dieser ganze Fragenkomplex der sogenannten ABC-Waffen in Teil II dargestellt.

a) 1939 - 1945

Im Winter 1938/39 entdeckte Otto Hahn die Spaltbarkeit des Atomkerns. Sofort waren den Eingeweihten die möglichen Konsequenzen klar: Kettenreaktion - Atombombe.

Als im Frühjahr 1939 die deutschen Truppen die Tschechoslowakei besetzten und kurz darauf die Ausfuhr von Uranerz aus diesem Gebiet verboten wurde, berichteten die aus Deutschland und Italien vertriebenen Atomphysiker (Einstein, Teller, Born, Fermi), dass Hitler den Bau einer solchen Bombe plante.

Sie unternahmen größte Anstrengungen, um die amerikanische Regierung ebenfalls zum Bau der Bombe zu veranlassen.

Während in Deutschland dieser nicht stattfand, wurden in Amerika in der Zeit von 1939 - 1945 3 Atombomben hergestellt.

Am 16. Juli 1945 explodierte in der Wüste von New Mexiko die erste Atombombe. Die zweite Bombe zerstörte am 6. August 1945 die japanische Stadt Hiroshima, die letzte wurde am 9. August über Nagasaki abgeworfen.

Zur gleichen Zeit wurde von amerikanischen Wissenschaftlern auch ein Bericht über die theoretische Möglichkeit einer Wasserstoffbombe vorgelegt.

Allerdings unternahmen die amerikanischen Atomphysiker alles, um nach Hiroshima den Bau dieser Bombe zu verhindern.

Dies gelang ihnen bis 1949. Im August 1949 explodierte in der UdSSR die erste Atombombe.

Dies war das Startzeichen für den unheilvollen Beginn des nuklearen Wettbewerbs der Großmächte.

1952

Am 1. November explodierte die erste amerik. Wasserstoffbombe.

In August 1953 folgte die russ. H-Bombe, die der amerik. Bombe überlegen war. Eine größere H-Bombe wurde von den USA am 1.3.54 auf Bikini getestet.

Daraufhin wurden die Versuchsexplosionen in einem stets beschleunigterem Rhythmus fortgesetzt. Bis Ende 1958 wurden bereits insgesamt 250 Atom- und Wasserstoffbomben zur Explosion gebracht.

Infolge der weltweiten Proteste erfolgten von Ende Oktober 1958 bis 1.9.1961 keine weiteren Versuchsexplosionen. Die UdSSR nahm an diesem Tag die Atomtests wieder auf.

Am 5.8.63 wurde in Moskau von der UdSSR, der USA und England ein Test-Stop-Abkommen unterzeichnet, das Versuchsexplosionen in der Atmosphäre verbietet.

Die folgende Tabelle zeigt das unheimliche Anwachsen der Rüstungsausgaben auf nuklearem Gebiet, allerdings spiegelt sie nur die Entwicklung in England und den USA wieder.

Ausgaben f. milit. Forschung und Entwicklung

	England Mill. Pfund	USA Mill. Dollar
1938 - 39	5,7	-
1959 - 40	7,9	26,4
1945 - 46	-	-
1947 - 48	40,0	592,2
1951 - 52	80,0	821
1953 - 54	100,0	1.569,2
1954 - 55	150,0	1.550,3
1955 - 56	160,0	1.450,6
1956 - 57	204,0	1.407,9

B. Abrüstungsverhandlungen

1. Völkerbund

a) Versailler Vertrag

Durch den Artikel V des Vertrages sollte es Deutschland unmöglich gemacht werden, seine Politik der militärischen Aggression wieder aufzunehmen. Deshalb wurde Deutschlands Truppenstärke einschneidend herabgesetzt und Deutschland verboten, Angriffswaffen zu besitzen. (Geschütze über 105 mm, Panzer, Giftgas, Kriegsschiffe über 10 000 Tonnen, Flugzeugträger, U-Boote, Luftwaffenstreitkräfte.)

Zugleich sollte dieser Vertragsteil noch einen anderen wichtigen Zweck erfüllen, nämlich "die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbegrenzung aller Nationen zu ermöglichen".

b) Washingtoner Flottenkonferenz

1921 berief die Regierung der USA eine Konferenz nach Washington ein in der Absicht, sich mit der Rüstung, zu Wasser, zu Lande und in der Luft zu befassen.

Da die Luftrüstung einem Ausschuss milit. Sachverständiger überlassen wurde, die die Abrüstung für undurchführbar und gefährlich erklärten, kam es nur Abschluss eines vorläufigen Flottenbertrages zwischen England, USA und Japan, sowie Frankreich und Italien. In diesem Vertrag wurde die Gesamttonnage von Schlachtschiffen und Flugzeugträgern begrenzt und zwar, um ein Gleichgewicht der Kräfte herzustellen, auf der Grundlage des Verhältnisses

5 : 5 : 5 : 1,75 : 1,75.

Ungefähr 40% des Bestandes an Großkampfschiffen wurden tatsächlich verschrottet. Dies führte zu einer auffallenden Entspannung zwischen Japan und den USA, da jeglicher Angriff jetzt ausgeschlossen war. Außerdem hat dieser Vertrag ein drohendes Ringen um die Vorherrschaft zur See im Keim erstickt und damit auch die Möglichkeit eines Krieges aus der Welt geschafft. Lediglich wurde durch den Vertrag die Gesamttonnage von Kreuzern, Zerstörern, U-Booten usw. nicht beschränkt, weil Frankreich dies kategorisch ablehnte. Doch trotz dieser Einschränkung kann der Vertrag als hervorragender Erfolg betrachtet werden.

c) Londoner Flottenvertrag

Dieser Vertrag vollendete das Werk der Washingtoner Konferenz

durch die Vereinbarung über die Herabsetzung und Begrenzung der Kreuzer, Zerstörer und U-Boote, die England, USA und Japan unterhielten.

Italien und Frankreich wären diesen Vertrag beigetreten, wenn ein allgemeiner Abrüstungsvertrag abgeschlossen worden wäre.

d) Vorbereitende Abrüstungskommission des Völkerbundes 1925 - 1930

Als 1926 diese Kommission ihre Arbeit aufnahm, begann sie ernsthaft, die in Washington 1921 abgelehnte Abrüstung in der Luft zu erörtern. Sie legte einen bis in technische Einzelheiten ausgearbeiteten Plan vor, durch den die Zahl der Flugzeuge und der Luftstreitkräfte herabgesetzt und begrenzt werden konnte.

Die Maßnahmen der Abrüstung zur See wurden weiter oben erwähnt.

In Versailler Vertrag wurde für Deutschland die Wehrpflicht abgeschafft und lediglich ein Heer von 100 000 Mann freiwillig dienender Soldaten erlaubt. Dieses Vertragspunkt ließ sich nicht generell anwenden, da die Mehrheit der Nationen nicht bereit war, die allgemeine Wehrpflicht aufzugeben. So schlug man vor, die Dienstzeit zu verkürzen und zu begrenzen. Ferner war vorgesehen, nicht nur das stehende Heer, sondern auch alle anderen halbmilitärischen Formationen zu begrenzen, wie auch die kolonialen Streitkräfte. Besondere Beschränkung sollten in bezug auf Zahl und langfristig dienende Berufssoldaten gelten.

Auf dem Gebiet des Kriegsmaterials war die Vorbereitende Abrüstungskommission weniger erfolgreich. Am Ende kam es nur zu einem Vorschlag der Begrenzung des Budgets.

e) Abrüstungskonferenz 1932

An ihr nahmen Vertreter von über 60 Regierungen teil.

Viele Delegierte waren bereit, viel weiter zu gehen, als die Vorbereitende Abrüstungskommission. So schlug eine große Zahl von Delegationen die totale Abschaffung der Luftstreitkräfte vor, andere die Abschaffung der Bomber, der damals als entscheidende Waffe für einen Angriffskrieg angesehen wurde. Ferner wurde die Überwachung oder Internationalisierung der Zivil-Luftfahrt diskutiert.

Für die Abrüstung der Landstreitkräfte wurden die Vorschläge der Vorbereitenden Kommission erläutert und ergänzt. Panzer und Geschütze über 105 mm wurden als "spezifisch offensiv" bezeichnet.

Die wichtigsten Marinenvorschläge zielen darauf ab, schrittweise die Schlachtschiffe, Flugzeugträger und U-Boote abschaffen. Während die britische Delegation zwar die Abschaffung der U-Boote forderte, war sie nicht bereit, einer Begrenzung der Schlachtschiffe zuzustimmen. Hier stand die britische Admiralität im Weg. Durch diese Einstellung Englands wurde verhindert, daß die Geplante Abrüstungskonferenz zu einem raschen Abkommen gelangte.

Fast 9 Monate später legte sie ihren Plan vor. Doch da war es bereits zu spät. Hitler hatte in Deutschland die Macht übernommen und den Versailler Vertrag gekündigt. Zugleich nahm er mit dem deutschen Generalstab und den Rüstungskonzernen die Wiederaufrüstung Deutschlands in Angriff.

So scheiterten die Bemühungen des Völkerbundes an einer einseitig erzwungenen Abrüstung und zu langen Zögern, Vereinbarungen für eine allgemeine, totale Abrüstung zu treffen.

Auf diese Weise schlitterte 1939 Europa in den Krieg, den die Staaten hätten durchaus verhindern können.

Nach Beendigung des 2. Weltkrieges stellte es sich dann heraus, daß Englands Schlachtschiffe durchaus eine geringe Rolle spielten, da Hitlers U-Boote England fast auf die Knie zwangen.

1945 erklärte Flottenadmiral Lord Chatfield: "Wenn der Feind kein Großkampfschiff hat, brauchen wir auch keins."

Doch diese Einsicht kam zu spät!

2. Vereinte Nationen

a) Kommission der Vereinten Nationen.

Bereits am 27.12.1945 wurde von Stalin mit Bevin und Byrnes in Moskau vereinbart, daß eine Kommission der Vereinten Nationen gebildet werden sollte, um Atomwaffen aus den nationalen Rüstungen auszuschliessen. Am 24.1.46 nahm die UNO-Vollversammlung eine Entschlüsselung an, diese Kommission zu bilden. Sie sollte aus einem Vertreter jedes States bestehen, der im Sicherheitsrat einen Sitz hat, und von Kanada.

Im Juni 1946 tagte diese Atomenergie-Kommission, auf der die USA und UdSSR ihre Vorschläge einbrachten.

Der amerikanische Plan sah die Bildung einer Internationalen Behörde für atomare Entwicklung vor (IADA). Zu ihren Aufgaben würden gehören:

Schützung der Lagerstätten von Uran und Thorium, Gewinnung dieser Rohstoffe, Herstellung von Reaktorstäben und Verkauf, Bau und Betrieb von Atomreaktoren, Forschungsarbeit auf dem Gebiet der nuklearen Sprengstoffe, Bau und Betrieb von Atomkraftwerken.

Der sowj. Vertreter lehnte diesen sogenannten Baruchplan ab, da er die Souveränität der einzelnen Nationen einschränke und das Vetorecht im Sicherheitsrat begrenze.

Stattdessen schlug die UdSSR vor: 1) Verbot der Herstellung und Verwendung nuklearer Waffen, 2) Vernichtung aller Kernwaffen, 3) Komitee zur Überwachung wissenschaftlicher Information, 4) Komitee zur Verhinderung der Anwendung der Atomenergie zum Schaden der Menschheit. Die UdSSR war von Anfang an ein erbitterter Gegner des Vorschlags über die Bildung der IADA. Außer den schon genannten Gründen lehnten sie auch den Vorschlag ab, die Inspektion ausschließlich durch internationales Personal durchführen zu lassen. Allerdings lenkte 1947 die UdSSR ein, mit dem Vorschlag, eine internationale Kontrollkommission in periodischen Abständen zu bilden.

Doch konnte der tote Punkt in den Gesprächen nicht überwunden werden. 1950 bestimmt die UNO-Vollversammlung einen Ausschuß von 12 Mitgliedern, der festlegen sollte, wie die Arbeit in der Frage der Abrüstung fortgesetzt werden könnte.

Dieses Komitee empfahl eine Abrüstungskommission der Vereinten Nationen zu bilden, die sich mit allen Rüstungen, - mit denen der Kernwaffen wie auch der konventionellen Waffen - befassen sollte.

Im Januar 1952 billigte die Vollversammlung einstimmig diesen Vorschlag.

b) Abrüstungskommission der Vereinten Nationen.

Diese Kommission hatte praktisch nur eine Sitzung von Bedeutung, auf der sie ihre Arbeit einem Unterausschuß übertrug, dem England, Frankreich, Kanada, die USA und die UdSSR angehörten. Dieser Unterausschuß nahm 1954 seine Arbeit auf.

Leider wurden keine in's einzelne gehende Pläne vorgelegt, so daß nach 6 Jahren nicht ein einziger Artikel eines Vertragsentwurfes formuliert war.

Lediglich die USA legten "Grundsätze eines Abrüstungsprogramms" dar, sowie gemeinsam mit England und Frankreich einen Vorschlag für zahlenmäßige Begrenzung der Truppenstärken, der für die USA, die UdSSR und China je 1 - 1,5 Mill., für Frankreich und England je 700 000 - 800 000 vorsah.

1954 legten England und Frankreich ein Memorandum vor, dessen wesentliche Abschnitte lauten:

- 1) Totale Verbot der Herstellung und Verwendung von Kernwaffen.
- 2) Wesentliche Herabsetzung aller bewaffneten Streitkräfte und konventionelle Waffen.
- 3) Bildung eines Kontrollorgans, das die Befolgung der Verbote und Herabsetzungen gewährleistet.

Außer der UdSSR stimmten alle anderen Mitgliedsstaaten zu.

Schließlich drängten diese die russ. Delegation mit einem klaren Ja und Nein zu antworten, da sie sonst die Verhandlungen als ge-

Am 10.5.1955 legte die UdSSR dem Unterausschus ein Dokument vor, in dem sie akzeptierten:

- 1) Begrenzung der Truppenstärke auf 1 - 1,5 Mill.
- 2) Herabsetzung der konventionellen Waffen
- 3) Vereinbarung über 75% für die Beseitigung der Kernwaffenvermöge.
- 4) Begrenzung der Budgets
- 5) Einsetzung eines ständigen Internationalen Kontrollorgans.

Dieses sowj. Dokument stellte eine geradezu sensationelle Änderung der bisherigen russ. Haltung dar. Zunächst fand dieser Vorschlag bei den Westmächten eine günstige Aufnahme. Jedoch bestanden sie auf eine Vertagung der Sitzung. Obwohl die russ. Delegierten sofort einen Vertragsentwurf zusarbeiten wollten, über dessen wesentliche Bestimmungen jetzt Einigkeit bestand. Während dieser Pause fand die Gipfelkonferenz im Genf statt. Auf ihr legte Präsident Eisenhower seinen Plan "Freie Himmel" vor, der die Luftphotographie der gesamten Gebiete der USA und der UdSSR beinhaltete.

Als der Unterausschus im August 1955 wieder zusammentrat, bestanden die westlichen Delegierten auf diesen Plan der Luftinspektion und meideten Vorbehalte für alle wesentlichen Positionen an, die sie vor dem Genfer Gipfel gefordert hatten. Praktisch wurden damit alle Vorschläge der westlichen Regierungen (6 Grundsätze - Anglo-Franz. Memorandum) zurückgezogen. Während eindeutig bis 1955 die UdSSR die Schuld für das Scheitern der Abrüstungskonferenzen trifft und Chrustschow dies auch offen zugab, indem er vor allem Molotow dafür verantwortlich machte, steht ebenso sicher fest, daß ab 10. Mai 1955 die Westmächte die volle Verantwortung dafür tragen.

1956 machten die Russen weitere Verschläge, um dem Westen entgegen zu sein. 1957 legten sie ihren Plan vom 1955 noch einmal vor, dem folgten sie im März 1957 einen Abschnitt über die völlige Abschaffung der Raketen hinzu, - einer bemerkenswerten Zusatz.

Die westlichen Regierungen erklärten jedoch daraufhin: sie wären zu dem Schluß gelangt, daß eine umfassende Abrüstung nicht zu erreichen sei und vertraten Maßnahmen einer teilweisen Abrüstung. Die UdSSR lehnte verständlicherweise diesen westlichen "Paketplan" ab.

So fand die Arbeit des Unterausschusses der Abrüstungskommission ein tragisches Ende.

Um das Abrüstungsgespräch weiterzuführen, beschloss die Vollversammlung der Vereinten Nationen Ende 1957 die Abrüstungskommission durch 14 Mitglieder zu erweitern. Die Hoffnung auf einen neuen Anfang schien nicht unbegründet.

c) 1958 - Nichte - Ausschuß.

Von 10.5.57 bis März 1960 trat in den Abrüstungsverhandlungen der UNO volliger Stillstand ein.

Im Februar 59 trafen sich die Außenminister der 4 Großmächte und kamen überein, Verhandlungen über die Abrüstungsfrage wieder aufzunehmen. Sie einigten sich auf die Bildung eines Zehner-Ausschusses, in dem paritätisch je 5 Vertreter der Nato und des Warschauer Paktes vertreten sein sollten.

An 15. März 1960, dem Auftakttag, legten die Westmächte ein Dokument vor, das viel Ähnlichkeit mit dem Paketplan vom 1957 hatte. Das war ein schlechter Anfang.

Lediglich der franz. Delegierte entwarf einen Vorschlag, die Beförderungsmittel nuclearer Waffen zu verbieten, also Satelliten, Raketen, Flugzeuge, U-Boote, Abschußrampon. (Hier wird deutlich wie eng die konventionelle mit der nuclearen Abrüstung gekoppelt ist).

Aber die Reaktion des amerikanischen Delegierten war nicht ermutigend. Er verworf diesen Vorschlag und warnte vor übereilten Schritten.

Während anfangs die 5 Delegierten des Verschauer Paktes sehr entgegenkommend waren und einen Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung erarbeiten wollten, bestanden die westlichen Delegierten auf Vereinbarungen über Teilmäßignahmen.

Nach einer Sitzungspause trat der Zehner-Ausschuß erneut am 7. Juni zusammen. Während jener Sitzungsperiode legte der russ. Delegierte ein Dokument der UdSSR vom 2. Juni 1960 vor, das große Konzessionen gegenüber dem westlichen Standpunkt enthielt.

(Wird als Anlage beigefügt)

Es ist tief zu bedauern, daß dieses Schriftstück, bedingt durch den U2-Zwischenfall, nicht auf dem Pariser Gipfeltreffen im Mai 1960 erörtert wurde. Denn es war das bei weitem beste und sorgfältig vorbereitete Dokument in der Abrüstungsfrage.

Der amerikanische Delegierte widersetze sich zunächst den neuen russ. Vorschlägen hartnäckig, bis ihn seine westlichen Kollegen zwangen, nach Washington zurückzukehren, um neue Instruktionen zu holen.

Er kam zurück mit dem Vorschlag der USA vom 27. Juni 1960, der längst nicht so umfassend war und so weit ging, wie Chruschtschows Plan vom 2. Juni.

Leider kam dieser neue Plan zu spät. Bevor er vorgelegt werden konnte verließ die östliche Delegation den Ausschuß, um nie wieder zurückzukehren. Die Gründe dafür sind nicht bekannt.

Wieder, wie schon am 10. Mai 1955, zerschlug sich eine Gelegenheit in ernsthafte Verhandlungen über die Abrüstung einzutreten.

Es ist seltsam, daß damit zum dritten Mal in unserem Jahrhundert (1952 - 1955 - 1960) alle Hoffnungen der Menschen Jahre ganz kurz vor greifbarem Erfolg zerstört wurden.

Ein britischer Delegierter des Unterausschusses fand dafür folgende Erklärung:

"Betrachtet man aufmerksam diesen scherlichen Teil der Geschichte, muß man sich ständig dessen bewusst sein, daß sich hinter jeder Abrüstungsdelegation jener unheimliche, graue Riese in den Beratungen der Menschen und Nationen erhebt - das Verteidigungsministerium."

Und Noel-Baker fügt hinzu:

"Vielleicht stellen diese Worte eine Erklärung für vieles dar, was sich während der letzten 15 Jahre bei den Abrüstungsverhandlungen ereignet hat. Die Ereignisse von 1960 zeigen, daß die Verhandlungen nur dann mit einiger Wahrscheinlichkeit zu praktischen Ergebnissen führen können, wenn die öffentliche Meinung unterrichtet ist, die entscheidende Bedeutung des gegenwärtigen Rüstungswettlaufes erkennt und, von diesem Wissen getragen, selber in die Ereignisse eingreift."

Besonders an diesem Punkt müssen wir die Bedeutung und Verantwortung unserer Arbeit in und als CFA erkennen und sie danach ausrichten.

"Vorbereitung für den Frieden" - Unter dieser für die USA-Monopol-presse ja durchaus ungewöhnlichen Aufforderung setzte sich am 1. August 1963 die "New York Herald Tribune", die maßgebende Wirtschaftskreise der USA vertritt, für eine, wie sie sagt, rechtzeitige ökonomische Umorientierung der Vereinigten Staaten ein. "Nehmen wir an", heißt es im Zusammenhang mit dem Moskauer Teststoppvertrag, "daß sich der kalte Krieg wirklich seinem Ende nähert - sind wir dann auf diese Änderung vorbereitet? Obwohl es einige bestreiten, ist es eine Tatsache, daß wir mehr in einer Kriegswirtschaft leben als in einer Wirtschaft des Wohlstands. Da 60 Prozent des Dollars der Steuerzahler für die Rüstung und die Verteidigung verwendet werden, kann man nicht leugnen, daß gewisse Sektoren der amerikanischen Wirtschaft an schlechte internationale Beziehungen gebunden sind."

Vier Wochen später nahm auch eins der großen britischen Blätter, der "Guardian", zu diesem Thema Stellung und erinnerte daran, daß Großbritannien momentan 1,74 Milliarden Pfund im Jahr für militärische Zwecke ausgibt. Über 1,1 Millionen Mann würden zur Zeit in den Streitkräften und Unternehmen für deren Versorgung gebunden, nicht gerechnet jene, die in den Waffen, Ausrüstungen, Treifstoff, Strom und Transportmittel produzierenden Betrieben für die Rüstung arbeiten.

Wie ist das nun mit dieser jetzt tatsächlich viel erörterten Abhängigkeit der kapitalistischen Wirtschaft von den Militäraufträgen? Sind sie nun etwa zu einer unentbehrlichen Stütze jener Wirtschaft geworden, so daß an ihrer Aufrechterhaltung in den imperialistischen Ländern ein allgemeines Interesse besteht?

Am deutlichsten läßt sich dieses Problem am Beispiel der USA veranschaulichen, die mit 54 Milliarden Dollar im Jahr das meiste Geld unter den kapitalistischen Mächten für militärische Zwecke ausgeben. Bei einer Analyse der Rolle, welche diese gewaltige Summe für die USA-Wirtschaft spielt, kommt man zu dem überraschenden Resultat, daß die Aufträge des Pentagons eigentlich nur für vier Wirtschaftszweige von entscheidendem bzw. bedeutenden Gewicht sind. Die Munitionsindustrie hängt natürlich ganz von den Bestellungen des Kriegsministeriums ab, der Flugzeug- und Raketenbau zu 93 Prozent, die Werften zu 60 Prozent und die elektrotechnische Industrie zu 21 Prozent. Für den zuletzt genannten Zweig kommt dieser Prozentsatz nur dadurch zustande, daß das Pentagon knapp 2/5 der radioelektronischen Fertigung in Anspruch nimmt.

In allen anderen Industriezweigen jedoch ist der Anteil der Produktion für militärische Zwecke weitaus geringer. Der Hauptberedek ihrer Interessen liegt eindeutig in der zivilen Produktion, und auf sie kommen auch über 90 Prozent aller Beschäftigten.

Mit den weiteren Veränderungen der Kriegstechnik und mit der verstärkten Konzentration der Rüstungsaufträge wird zudem der Kreis der von der Militarisierung profitierenden Kapitalisten immer enger. Während die Flugzeug- und Raketenproduzenten heute bereits 50 Prozent aller Aufträge des Pentagons erhalten, ist der Anteil vieler anderer Industriezweige rapide gesunken. Die drei Automobilgiganten General Motors, Ford und Chrysler z.B. erhielten 1961 nur noch 2,3 Prozent dieser Aufträge, gegenüber 12,8 Prozent im zweiten Weltkrieg, die drei größten Stahlkonzerne weniger als 1 Prozent, die Kautschukfabrikaten nur noch 0,5 Prozent. Fast ganz ausgebootet wurden die Produzenten von Eisenbahnaufrüstungen. Der als Rüstungsfabrikant ehedem führende Chemiekonzern Dupont ist in den Listen der Pentagonlieferanten auf einen hinteren

- 2 -

Platz zurückgefallen. 76 Prozent aller Rüstungsaufträge konzentrierten sich 1961 auf nur 100 aller amerikanischen Firmen und 27 Prozent auf die ersten fünf, obwohl die Gesamtzahl der USA-Unternehmen mehrere hunderttausend beträgt. Natürlich sind diese hundert an schlechten internationalen Beziehungen in erster Linie interessiert. Wenn etwa der USA-Senator Jackson Sturm gegen den Moskauer Teststoppvertrag lief, so wundert das niemanden, der um seine intimen Beziehungen zum Boeing-Flugkonzern weiß. Doch der überwältigende Teil der amerikanischen Bourgeoisie, darunter auch ein großer Prozentsatz der Monopolisten, profitiert tatsächlich heute am Wettrüsten wenig oder gar nicht.

Was aber – so muß man nun fragen – veranlaßte sie dann eigentlich, bisher relativ willig einen beträchtlichen Teil ihrer Gewinne – in Gestalt von Steuern an den Staat – für militärische Ausgaben abzuführen, die ihnen nur wenig oder gar keine wirtschaftlichen Vorteile einbringen?

Ihre Handlungsweise entspringt offenbar politischen Erwägungen, vor allem dem gemeinsamen Interesse aller Kapitalisten, ihr System der Ausbeutung dadurch abzusichern, daß sie den gesellschaftlichen Fortschritt in der Welt bekämpfen. Insbesondere verband die amerikanische Bourgeoisie mit dem Wettrüsten die Hoffnung, sich damit ein Übergewicht gegenüber dem aufkommenden Sozialismus zu sichern, sei es, um ihn militärisch ersticken oder ihn doch wenigstens von einer "Position der Stärke" aus fesseln zu können. Auch erwartete man, die sozialistischen Staaten in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu stören, ja vielleicht aufzuhalten, indem man sie in einen Rüstungswettlauf verwickelte. Hauptsächlich deswegen fand sich bis jetzt die Majorität der Bourgeoisie im wesentlichen damit ab, daß sich die kleine Zahl der Rüstungsbosse auch auf ihre Kosten bereicherte, eben weil diese Rüstungsbosse sich im Interesse der ganzen Klasse zu betätigen schienen.

Das heißt also: Nicht vorwiegend ökonomische Gründe, nicht, wie manche Leute meinten, etwa die unerlässlichen Bedürfnisse der kapitalistischen Reproduktion diktieren die Militarisierung der Wirtschaft in den imperialistischen Staaten. Sie erwies sich auch keineswegs, wie die wiederholten Nachkriegskrisen speziell in den USA zeigten, als Lebenselixier, das eine dauernde Konjunktur gewährleistet.

Nein, diese Militarisierung war und ist – ohne das das Profitinteresse der Rüstungsbosse übersehen werden darf – in erster Linie ein von politischen Gesichtspunkten bestimmter Prozeß. Und darum ist es nach unserer Auffassung (der Marxisten-Leninisten) eben auch möglich, die allgemeine Abrüstung noch innerhalb jener Periode durchzusetzen, in der der Kapitalismus fortbesteht.

Insofern ist es nun natürlich recht bemerkenswert, daß, wie zahlreiche Stimmen beweisen, immer weitere Kreise der Bourgeoisie einzusehen beginnen, daß sich ihre an das Wettrüsten geknüpften Erwartungen nicht erfüllen. Schon vor über einem Jahr sprach der USA-Präsident Kennedy davon, daß im militärischen Bereich heute ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen den beiden Systemen entstanden ist. Und die "New York Times" traf erst unlängst wieder die melancholische Feststellung, der Westen hätte die UdSSR trotz dem Embargo nicht zu hindern ver sucht, ihre einstige Unterlegenheit im gewissen Waffenarten in eine Überlegenheit zu verwandeln.

Ebensowenig ist es gelungen, der sozialistischen Welt wirtschaftliche Fesseln anzulegen. Ihr Wirtschaftspotential hat vielmehr heute eine Stufe erreicht, wo nun auch die Mehrheit der bürgerlichen Ökonomen damit rechnet, daß in relativ kurzer Zeit selbst die entwickeltesten kapitalistischen Länder wirtschaftlich eingeholt und überflügelt werden.

Auf der anderen Seite erweist sich die Militarisierung gerade in den Ländern, wo sie den höchsten Grad erreichte, ganz offenkundig als ein immer lästigeres Hindernis bei der Lösung der übrigen wirtschaftlichen Aufgaben.

Der hochangeschene Professor Seymour Melman von der Columbia Universität argumentierte im vergangenen Juli in der "New York Herald Tribune": "Ich bin sicher, daß sehr wenige Amerikaner zuschreiben wollen, wie Amerika auf Grund der Verschwendungen lebensnotwendiger nationaler Ressourcen für die Produktion von überflüssigen Zerstörungswaffen unversehens eine zweitrangige Position in bezug auf seine Sicherheit einnimmt."

Prof. Melmann wählte als Motiv für seine Forderung auf Rüstungsbeschränkung den Aspekt der Sicherheit offensichtlich deshalb, um denen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die jeden Abrüstungsschritt mit dem hysterischen Geschrei über eine "gefährdete Sicherheit" der USA zu vereiteln trachten.

Melman äußert die Befürchtung, daß der amerikanische Imperialismus sowohl im Wettbewerb der beiden Systeme als auch im Konkurrenzkampf auf dem kapitalistischen Weltmarkt unterliegen könnte. Das Wettrüsten, auf das sich die USA bis jetzt konzentrierten, entziehe erstens der zivilen Industrie Kapital und technische Kräfte, ohne die sie ihre Stagnation nicht überwinden könne. Zweitens gefährde das Wettrüsten den Wert des Dollars im internationalen Maßstab. Der Abfluß von Gold aus dem amerikanischen Staatsschatz, der sich innerhalb von acht Jahren um ein Drittel verminderte, habe, so betont Professor Melman, in erster Linie im Zusammenhang mit den militärischen Ausgaben der USA im Ausland so alarmierende Ausmaße angenommen.

Als weitere Passiva in der Bilanz der Militarisierung nennt Melman auch den bedrückenden Nachzuwachs der Bürokraten, die heute bereits über einen bedeutenden militärisch-industriellen Komplex gebieten, sowie die Vernachlässigung von dreißig bis vierzig Millionen Amerikanern mit einem Familieneinkommen von weniger als 1000 Dollar jährlich. Dies könne sich für das amerikanische Gesellschaftssystem ebenso als Zündstoff erweisen, meint Melman, wie die Ignorierung jener Hälfte der Weltbevölkerung, die dem nackten Elend preisgegeben ist. Solche Überlegungen, die, wie der New Yorker Korrespondent der "Frankfurter Rundschau" berichtet, gegenwärtig überall in den Vereinigten Staaten angestellt werden, sind in der Regel mit der Frage verknüpft, welche wirtschaftlichen Folgen eine allgemeine Abrüstung nach sich ziehen wird, ob sich die Arbeitslosigkeit dann vergrößern oder verringern, die Auslastung der Produktionskapazitäten verbessern oder verschlechtern werde usw.

Eine exakte Antwort auf diese Frage ist außerordentlich wichtig, weil gerade die Unklarheiten über die möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Abrüstung bestimmte Schichten der werktätigen Bevölkerung in den westlichen Ländern noch von der aktiven Teilnahme am Friedenskampf

zurückhalten. Erinnert sei hier an die im vergangenen Jahr von den Vereinten Nationen organisierte Untersuchung dieser Frage durch Wirtschaftswissenschaftler aus beiden Lagern. Übereinstimmend kam man dabei zu dem Schluß, daß der Verzicht auf den militärischen Konsum eines bedeutenden Teils der Produktion keine Katastrophe für die kapitalistische Wirtschaft bedeutet.

Natürlich wird die Abrüstung als solche dem Kapitalismus keine Garantie für eine anhaltende Prosperität gewähren. Genauso wenig, wie die Aufrüstung Krisen und Arbeitslosigkeit abwendet, genausowenig werden beide etwa durch eine auf Friedensproduktion orientierte Wirtschaft hervorgerufen. Die Quelle der Krisen und Unterbeschäftigung ist das kapitalistische System selber. Daher hüten wir uns zu behaupten, mit der Abrüstung ließen sich jene Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise etwa beseitigen. Nein, das gewiß nicht.

Eine andere Frage ist jedoch, ob sich - innerhalb der dem System gezogenen Grenzen - nicht einer Friedenswirtschaft heute sehr viel vorteilhaftere (und zudem gesunde) Entwicklungsperpektiven eröffnen, als sie die Aufrüstung bietet, die in Wahrheit nur ein Narkotikum darstellt, unter dessen Schleier sich die wirtschaftliche Zerrüttung ausbreitet.

Man könnte einwenden, daß die Staatsaufträge in den westlichen Ländern trotz der eingangs erwähnten Konzentration auf wenige Zweige und Unternehmen einen beträchtlichen Umfang der industriellen Produktion und damit der Beschäftigung gewährleisten. Zugegeben. Aber müssen es denn unbedingt Aufträge für Vernichtungsmittel sein?

Gehen wir dieser Frage einmal auf den Grund. Nach offiziellen Angaben schätzen UNO-Experten die Mittel, die in allen Ländern für militärische Zwecke verwendet werden, gegenwärtig auf etwa 120 Milliarden Dollar jährlich.

Diese kolossale Summe entspricht etwa 8 - 9 Prozent der Weltproduktion aller Waren und sämtlicher Dienstleistungen. Sie gleicht mindestens zwei Dritteln des Nationaleinkommens aller Entwicklungsländer. Sie deckt sich ungefähr mit dem Wert des jährlichen Weltexports an allen Rohstoffen und beträgt rund die Hälfte der Summe, die in der ganzen Welt jährlich zum Anlagekapital geschlagen wird. Die Streitkräfte aller Länder zählen gegenwärtig an die 20 Millionen Mann. Rechnet man diejenigen hinzu, die in sämtlichen mit der Rüstung verbundenen Zweigen eingesetzt sind, so kommt man nach der Schätzung des UNO auf weit über 50 Millionen Personen, nach anderen Schätzungen sogar auf über 100 Millionen.

Die Hilfsmittel, die durch die allgemeine und vollständige Abrüstung freigestellt werden würden, könnten nun für die verschiedensten friedlichen Zwecke verwendet werden:

Höherer persönlicher Verbrauch von Waren und Dienstleistungen; Erweiterung oder Modernisierung der Produktionskapazitäten; durch Investitionen in die wichtigsten Produktionen; Förderung des Wohnungsbaus, Modernisierung der Städte, Abbruch der Slums, Entwicklung der ländlichen Gebiete; Verbesserung und Erweiterung des Bildungs-, Gesundheits- und sozialen Fürsorgewesens, der kulturellen Entwicklung, der Forschung usw.

Dank den Vorteilen, die die Abrüstung bietet, könnten die Werk-tätigen mehr Freizeit haben. Es wäre z.B. möglich, die Arbeitszeit ohne Verminderung des Realeinkommens zu verkürzen oder

längerer bezahlten Urlaub zu gewähren.

Ein besonders wichtiges Problem ist der Wohnungsbau. Die Bevölkerung der Erde nimmt jährlich um 50 - 60 Millionen zu, die hauptsächlich auf die Städte entfallen. So lebten im Jahre 1960 bereits 40 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung in 62 Städten mit je mehr als 100 000 Einwohnern. Der Wohnungsbau und sämtliche Sparten der Kommunalwirtschaft bleiben weit hinter der raschen Bevölkerungszunahme in den Städten zurück.

In den Entwicklungsländern führt das chaotische Wachstum der Städte zum Zurückbleiben der Wasserversorgung, der Kanalisation, der sanitären Verhältnisse, der öffentlichen Verkehrsmittel usw. Alles das macht das Leben dort sehr schwer und verstärkt die Seuchengefahr.

Um die Städte so auszubauen, daß sie den Bedürfnissen der wachsenden Bevölkerung entsprechen, sind enorme Mittel erforderlich. So müßten z.B. in Indien allein jährlich 1 Milliarde Dollar ausgegeben werden, um für die neu hinzukommenden Bewohner der großen Städte Wohnungen zu schaffen.

Der Ausbau der Kommunalwirtschaft, der Kraftwerke und des städtischen Verkehrswesens würde gewaltige Investitionen erfordern. Um in Lateinamerika einen dem Bevölkerungszuwachs entsprechenden Wohnungsbau in den Städten zu sichern, nicht mehr bewohnbare Häuser abzureißen und an ihrer Stelle neue zu bauen, müßten im Laufe von 30 Jahren jährlich 1,4 Milliarden Dollar verausgabt werden.

Nicht geringere Aufwendungen erfordert die Erhaltung der natürlichen Ressourcen (wasser, Luft und Wälder). Angesichts des Wachstums der Industrie und der Städte steigt die Nachfrage nach Wasser viel rascher als die Möglichkeit ihrer Befriedigung. Dabei sind die leicht nutzbaren und billigeren Wasserversorgungsquellen in einer Reihe von Ländern bereits erschöpft, und die Erschließung neuer wird große Investitionen erfordern.

Nicht minder groß ist der Bedarf an Mitteln für das Gesundheitswesen. Fast in allen Staaten fehlen viele Krankenhausbetten. In den Vereinigten Staaten, in Kanada und verschiedenen westeuropäischen Ländern macht sich ein erheblicher Mangel an Ärzten bemerkbar, und qualifizierte ärztliche Hilfe ist dort z.T. außerordentlich kostspielig. Noch schlechter ist es um die jungen Länder mit ihrer großen Kindersterblichkeit, den häufigen Seuchen usw. bestellt.

Soll das Gesundheitswesen hier auf den gebührenden Stand gebracht werden, so können die dafür erforderlichen gewaltigen Mittel nur beschafft werden, wenn die Ausgaben für militärische Zwecke fortfallen. Durch allgemeine und vollständige Abrüstung könnten viele Kasernen in Krankenhäuser umgewandelt werden, was eine rasche Zunahme der Zahl der Krankenhausbetten sichern würde.

Ähnlich ist die Lage im Volksbildungswesen, dessen Bedürfnisse immer rascher wachsen. Es müssen viele neue Schulen gebaut, viele Lehrer ausgebildet werden. In den meisten Entwicklungsländern sind immer noch weit mehr als 50 Prozent aller Einwohner über 15 Jahre Analphabeten. Für ein UNESCO-Programm zur Entwicklung des Bildungswesens in 35 afrikanischen Ländern müßten viele Milliarden Dollar ausgegeben werden.

Allgemeine und vollständige Abrüstung würde strukturelle Veränderungen verschiedener Wirtschaftszweige erheischen. Ein Teil der Kräfte, die von den Streitkräften und der Rüstungsindustrie freigestellt werden würden, müßte erst umgeschult werden, ehe er in

den Friedenszweigen der Wirtschaft verwendet werden könnte. In manchen Zweigen müßten die Produktionskapazitäten verringert, in anderen erweitert werden. Wo die Rüstungsproduktion in bestimmten Landesteilen konzentriert ist, wäre eine gewisse Umgruppierung unvermeidlich.

In den sozialistischen Ländern können solche Probleme auf der Basis der laufenden Planung und der Planung auf weite Sicht verhältnismäßig leicht gelöst werden.

Die unabhängigen jungen Länder würden sich den neuen Verhältnissen umso leichter anpassen können, je rascher ihre wirtschaftliche Entwicklung voranschreitet.

In vielen Fällen könnten Industriebetriebe unter Verwendung der selben Ausrüstungen und Arbeitskräfte auf Friedensproduktion umgestellt werden, so etwa Panzerfabriken auf den Traktorenbau, Flugzeugfabriken vom Bau von Militärflugzeugen auf den von Zivilflugzeugen, Werften vom Bau von Kriegsschiffen auf den von Handels-schiffen, Betriebe, in denen elektronische Anlagen für militärische Zwecke hergestellt werden, auf den Bau von Ausrüstungen zur Automatisierung von Betrieben, den Bau von Fernsehgeräten u. dgl. m. All das würde nur neue Zeichnungen, neues Werkzeug und eine gewisse Umschulung der Belegschaften erfordern.

In verschiedenen Fällen müßten größere Umstellungen vorgenommen werden. Während die Produktion einzelner Zweige vollkommen eingestellt oder kraß verringert werden müßte, würde in anderen eine entsprechende Erweiterung eintreten. Viele Rüstungsbetriebe müßten geschlossen werden. Andererseits wäre es notwendig, bedeutend mehr Zement, Gläs und andere Baustoffe zu erzeugen.

Derartige Umstellungen würden neue Ausrüstungen, die Umschulung von Arbeitskräften und infolgedessen etwas mehr Zeit erfordern. Nach Berechnungen der amerikanischen Volkswirte W. Leontjie und M. Hoffenberg würden durch Abschaffung der Rüstungsausgaben der USA 1 320 000 Arbeiter freigestellt werden, davon vier Fünftel durch vier Wirtschaftszweige; die Rüstungsindustrie (100 Prozent), den Flugzeugbau (90 Prozent), die radioelektronische Industrie und den Schiffbau. Außerdem würden 2,5 Millionen Mann der Streitkräfte und 790 000 Zivilangestellte des Heeres frei. Insgesamt würden 4,5 Millionen Personen, d.h. etwa 6 - 7 Prozent aller Arbeitskräfte des Landes, "arbeitslos".

Zugleich könnten durch Erweiterung der Zivilzweige 3,9 Millionen Arbeiter in die Produktion einbezogen werden. Man brauchte also nur die staatlichen oder privaten Aufwendungen während der Ab-rüstung um 1 Prozent zu vergrößern, um den früheren Beschäftigungsgrad beizubehalten zu können.

Für England hat Prof. J. Stone ähnliche Berechnungen angestellt. Wie die Regierungen mehrerer sozialistischer Länder Europas (Polen, der Tschechoslowakei, Bulgariens und Ungarns) mitteilten, würde die allgemeine und vollständige Abrüstung es gestatten, die Investitionen in diesen Ländern gegenüber 1962 um 9 - 12 Prozent zu steigern.

In den sozialistischen Ländern würde es keine Mühe machen, die freiwerdenden Arbeitskräfte in die friedliche Produktion einzugliedern. Die UNO-Experten stellten in ihrem Bericht fest: "Da die Entscheidungen, die die Militärproduktion, die Investitionen und die Konsumgüterproduktion betroffen, durch den nationalen Wirtschaftsplan koordiniert werden, wäre die Ersetzung der Ausgaben einer Kategorie durch Ausgaben einer anderen Kategorie zur Aufrecht-

erhaltung der zahlungskräftigen Nachfrage kein besonderes Problem." (S. 51) Dieses Ziel kann in den sozialistischen Ländern durch entsprechende Umstellungen in den laufenden Wirtschaftsplänen erreicht werden.

Kommen wir zu den Auswirkungen der allgemeinen und vollständigen Abrüstung auf die wirtschaftliche Entwicklung der unabhängigen jungen Staaten, in denen fast zwei Drittel der Erdbevölkerung leben. Gegenwärtig ist der Anteil dieser Länder an der Weltproduktion gering, und es liegen einstweilen auch keine Anzeichen dafür vor, daß die notwendige Beschleunigung ihres wirtschaftlichen Entwicklungstempos eingesetzt hätte.

Die durchschnittliche Zuwachsrate des Nationaleinkommens pro Kopf der Bevölkerung betrug in den jungen unabhängigen Staaten im letzten Jahrzehnt nicht einmal zwei Prozent jährlich. Der absolute Abstand zwischen dem Nationaleinkommen in den Industrieländern und dem in den jungen Ländern vergrößert sich. Das Durchschnittsniveau der Einkünfte pro Kopf der Bevölkerung beläuft sich in den ehemaligen Kolonialländern auf weniger als ein Sechstel, in vielen von ihnen sogar nicht einmal auf ein Zehntel des Pro-Kopf-Nationaleinkommens in Ländern wie England, Belgien, Dänemark und Norwegen. Steigt das jetzige Wachstumtempo (2 Prozent jährlich) nicht, so würde es viele Jahrzehnte dauern, bis die ehemaligen Kolonien sich in dieser Hinsicht an den Stand der industriell entwickelten Länder herangearbeitet hätten.

Der wichtigste Faktor, der eine rapide Beschleunigung des wirtschaftlichen Entwicklungstempos sichern könnte, wäre die allgemeine und vollständige Abrüstung.

Nach den vorliegenden Angaben sind die Ausgaben aller Staaten der Welt für militärische Zwecke fünfmal so groß, wenn nicht gar noch weit größer als die alljährlichen Investitionen in allen Entwicklungsländern. Würde nun ein Teil dessen, was jetzt für militärische Zwecke ausgegeben wird, dazu verwandt, den neuen Staaten produktive Hilfe zu leisten, so könnte das deren Ressourcen rapid vergrößern und das Tempo der industriellen Entwicklung sowie die Zunahme des Nationaleinkommens pro Kopf der Bevölkerung dort stark beschleunigen. Ein bedeutender Teil der militärischen Bewilligungen in den industriell entwickelten Ländern wird gegenwärtig der Schwerindustrie, namentlich verschiedenen Zweigen des Maschinenbaus, zugeführt. Gerade diese Zweige könnten, auf friedliche Zwecke umgestellt, mit ihren Erzeugnissen besonders viel dazu beitragen, die Industrialisierung der neuen Staaten zu beschleunigen.

Eine gewisse Rolle würde auch die Freistellung der Mittel spielen, die gegenwärtig von den jungen Staaten selbst für militärische Zwecke verwendet werden. Da der Bedarf dieser Länder an militärischen Ausrüstungen hauptsächlich durch den Import gedeckt wird, würde die Abrüstung vor allem Devisenressourcen für den Ankauf industrieller Ausrüstungen verfügbar machen. Auch würden auf diese Weise bedeutende Kader von Arbeitern frei, die in der Armee bestimmte Fertigkeiten und Berufe erworben haben. Diese Kader könnten in der aufstrebenden Industrie wie auch beim Bau von Straßen, Bewässerungsanlagen, Schulen, Wohnungen usw. verwendet werden.

Höchst günstig wäre der Einfluß der Abrüstung auf die Entwicklung des Welthandels, die internationale Arbeitsteilung und die wirksame Nutzung der Hilfsquellen. Die internationale Entspannung schüfe Voraussetzungen für die Beseitigung der Hindernisse, die jetzt dem Handel zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern im Wege stehen. Der Anteil dieses Handels am Ge-

3

samtvolumen des Welthandels ist immer noch gering.

Wie bekannt, stellt die Sowjetunion der Politik der **Bildung abgekapselter Gruppierungen** wie des Gemeinsamen Marktes die Idee einer umfassenden Entwicklung des Welthandels ohne jegliche **Diskriminierung** entgegen. Die Sowjetunion hat beantragt, auf der internationalen Handelskonferenz, die am Montag in Genf beginnt, die Gründung einer Welthandelsorganisation vorzunehmen.

Eine der wichtigsten Folgen der Abrüstung wäre die Freistellung der wissenschaftlichen und technischen Kader, die jetzt in der Rüstungsproduktion beschäftigt sind. Durch die restlose Abschaffung würden die Mittel für die friedliche Entwicklung von Wissenschaft und Technik, besonders für die Grundlagenforschung, beträchtlich vergrößert werden. Man könnte ein gewaltiges Potential wissenschaftlicher Kräfte zur Lösung der überaus wichtigen Probleme aufbieten, die die Menschheit auf verschiedenen Gebieten der Medizin, der Technik, des wirtschaftlichen Aufschwungs der Entwicklungsländer u. dgl.m. zu lösen hat.

Viele wissenschaftliche Probleme, vor denen die Menschheit steht, können nicht durch ein Land allein gelöst werden, sondern erheischen ihrem Wesen nach eine internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit. Das gilt z.B. für die Schaffung eines weltumspannenden Netzes von Wetterwarten und dazugehörigen Fernmeldemitteln, besonders in den jungen unabhängigen Ländern. Ein solches Netz ist für die Landwirtschaft, den Ausbau des internationalen Luftverkehrs und viele andere friedliche Zwecke erforderlich.

Man könnte die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit in der Arktis und der Antarktis, bei der Aufstellung von Projekten zur Veränderung des Klimas in großen Räumen der Erde und schließlich bei der Raumforschung für friedliche Zwecke vertiefen. Die Nutzbarmachung der Kernenergie für friedliche Zwecke, besonders durch die Kernsynthese, würde wesentlich beschleunigt werden, wenn sich Wissenschaftler verschiedener Länder gemeinsam um sie bemühen würden. Ebenso könnten gemeinsame Maßnahmen zur Erforschung der tiefen Schichten der Erdkruste bald zu Entdeckungen von gewaltigem Wert für die Menschheit führen.

Gegenwärtig wird in den USA die Forschung fast zur Hälfte durch den Rüstungshaushalt finanziert und dient daher der Kriegsvorbereitung.

Die Umstellung aller Forschungen auf friedliche Zwecke würde Wissenschaftler und Techniker nicht arbeitslos machen, da ein gewaltiger Bedarf an Forschungen für friedliche Zwecke besteht. Bisher konnte er hauptsächlich deswegen nicht gedeckt werden, weil es dazu an Mitteln, Ausrüstungen und vor allem an hochqualifizierten Kadern mangelte, die mit militärischen Forschungen beschäftigt sind. Unter allen ernstzunehmenden Ökonomen in West und in Ost herrscht Übereinstimmung darüber, daß alle mit der Abrüstung verbundenen Probleme und Schwierigkeiten der Übergangszeit durch zweckentsprechende nationale und internationale Maßnahmen behoben werden können. Somit kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Umstellung der Ressourcen, die gegenwärtig zu militärischen Zwecken verwendet werden, auf friedliche Zwecke so vorgenommen werden kann, daß sie sich segensreich auf alle Länder auswirken und zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der ganzen Welt führt. Die allgemeine und vollständige Abrüstung wäre dann nach ein absolutes Wohl für die gesamte Menschheit.

Ergänzender Bericht zur Konferenz in ACCRA im Juni 1962

"Welt ohne die Bombe"

In seiner Eröffnungsansprache erklärte der Präsident der Republik Ghana, Dr. Nkrumah u.a.: Die Abschaffung der Sklaverei wurde möglich, als ihre wirtschaftliche Bedeutung schwand. So wird auch der Krieg verschwinden, da er keine "praktische ökonomische Politik" mehr ist. Darum sind heute diejenigen Realisten, die Abrüstung und Beendigung des kalten Krieges fordern und die Geschichte ist auf ihrer Seite.

In fünf Arbeitsgruppen überlegten die 130 Teilnehmer, die aus allen Teilen der Welt kamen - mit Ausnahme der Volksrepublik China - wie der Krieg als "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" überwunden werden kann.

- | | |
|-----------------|--|
| Arbeitsgruppe 1 | - Verminderung internationaler Spannungen |
| " 2 | - Der Abrüstungsprozeß |
| " 3 | - Umwandlung militärischen Kernmaterials
in friedliches |
| " 4 | - Ökonomische Probleme der Abrüstung |
| " 5 | - Abrüstung und die Fundamentalprobleme
Hunger, Krankheit, Unwissenheit |

Arbeitsgruppe 1

Verminderung internationaler Spannungen

vertrat die Ansicht, daß die Menschheit leben kann, ohne zu Mitteln zuflucht zu nehmen, die einer vergangenen Menschheits-epochen angehören. Da der heiße und der kalte Krieg, sowie die existierenden Nachtblöcke nicht unvermeidbar sind, sollten alle Völker und Staaten folgende Prinzipien streng respektieren:

1. Der Friede in der Welt ist unteilbar.
2. Die Politik der Koexistenz zwischen Völkern mit unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ideologischen Systemen ist von vitaler Bedeutung für die Erhaltung des Friedens.
3. Der Krieg muß als Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte ausgeschaltet werden.
4. Alle Völker und Nationen haben das Recht auf Selbstbestimmung.
5. Alle Völker und Nationen haben das Recht, ihre wirtschaftlichen Hilfsquellen so zu verwenden, wie sie es für richtig halten, um wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zu überwinden, die eine Gefahr für den Frieden darstellen, indem sie die wirtschaftliche und politische Einmischung reicherer Staaten in die inneren Angelegenheiten der ärmeren hervorrufen.

6. Es darf keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates geben.
7. Der Krieg ist der gemeinsame Feind der Menschheit.
8. Keine einzelne Macht oder Machtgruppe kann das Problem der Friedenssicherung allein lösen. Daher ist es wesentlich, die schon bestehende internationale Organisation der UN zu stärken, sie zu einem wirklich repräsentativen WeltForum zu machen und ihre Abrüstungsempfehlungen praktisch durchzuführen.

In Anerkennung dieser Prinzipien, sollte jede Regierung "feindliche und lügnerische Propaganda, Falschinformation, Diskriminierung, Hasspropaganda gegen Staaten, Rassen und Völker und offene Kriegspropaganda" unterlassen und derartige Praktiken durch Gesetzgebung Einflußnahme und gutes Beispiel überwinden. Die UN sollten die Initiative zu positiver Friedenspropaganda ergreifen.

Zum Abbau internationaler Spannungen sollten persönliche Kontakte auf allen Ebenen unterstützt und brauchbare Programme für den Austausch von Personen und Gruppen auf kulturellem, pädagogischen, wissenschaftlichem und sportlichem Gebiet weit ausgebaut werden.

Zum Problem des Disengagements und der Weiterverbreitung von Atomwaffen erklärte Arbeitsgruppe 1: "Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es außerordentlich wichtig, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern und ausbalanzierte Atomwaffen freie Zonen in großen Teilen der Welt zu schaffen, in Afrika, Südostasien, im mittleren Osten und Lateinamerika. In Europa sollten ausbalanzierte Zonen des Disengagements errichtet werden.

Zur Realisierung dieser Ideen wird eine internationale Konvention aller Staaten empfohlen, die folgende feierliche Verpflichtung eingehen sollen:

1. Keine atomaren, bakteriologischen oder chemischen Kampfmittel zu besitzen oder anzunehmen.
2. Die Stationierung von Atomwaffen oder anderer Kampfmittel auf ihren Territorien zu verbieten.
3. Keine Atomwaffenträger (Raketen oder Luftstützpunkte) auf ihren Hoheitsgebieten zuzulassen.
4. Atomwaffen weder selbst herzustellen noch bei ihrer Herstellung in irgendeinem Staat mitzuhelfen.
5. Alles zu tun, um Länder auf deren Territorien sich noch Atomwaffen oder Träger befinden, für den Abbau dieser Einrichtungen zu gewinnen.

6. Die in dieser Konvention übernommenen Verpflichtungen sollen im Rahmen der UN unter Zustimmung aller Unterzeichner kontrolliert werden.
7. Die Staaten des "Atomklubs" sollten übereinkommen
 - a) Atomwaffen und -Träger von ausländischen Gebieten ausbalanziert abzuziehen
 - b) Die Nato und den Warschauerpakt daran zu hindern, als Organisation Atommächte zu werden.

Arbeitsgruppe 2

Der Abrüstungsprozeß

Die Arbeitsgruppe erklärt:

1. Kontrolle und Inspektion ohne Abrüstung sind genauso unannehmbar wie Abrüstung ohne Inspektion und Kontrolle.
2. Während und nach Durchführung der vollständigen und allgemeinen Abrüstung sollte eine besonders gründliche Kontrolle durchgeführt werden. Die Kontrollmethoden hängen vom jeweiligen Stand in Wissenschaft und Technik ab.
3. Der Abrüstungsvertrag soll die Bildung einer Kontrollkommission einschließen, die im Rahmen der UN arbeitet und örtliche Organe besitzt.
4. Die Abrüstung sollte möglichst bald in drei zeitlich begrenzten Etappen durchgeführt werden.
5. Jede Nation sollte die Probleme der Abrüstung durchdenken unter besonderer Berücksichtigung der lokalen Konflikte und Spannungen mit denen sie zu tun hat.

Um den toten Punkt in den Testverbotsverhandlungen zu überwinden, unterstützt die Versammlung den Trend

- a) der USA, nationalen Kontrollmitteln zuzustimmen in Zusammenarbeit mit einer internationalen Überwachungskommission.
- b) der UdSSR, daß jede Nation eine Art "Ort und Stelle" Inspektion verdächtiger seismischer Vorgänge durch internationale Instanzen gestatten sollte.

Die Arbeitsgruppe 2 begrüßt die Resolution der UN Vollversammlung ganz Afrika zu entmilitarisieren und empfiehlt ferner der UN Abrüstungskommission, einen gesamtafrikanischen Abrüstungs- und Nichtangriffspakt auszuhandeln.
Dieser Pakt sollte

- a) von allen UN-Mitgliedstaaten bedingungslos unterschrieben werden und die Verpflichtung enthalten, jedem Angriff von außen auf einen afrikanischen Staat wirksamen Widerstand zu leisten (diese Garantie sollte von Ost und Weststaaten gegeben werden).

- b) Die afrikanischen Staaten verpflichten sich, in diesem Vertrag bedingungslos, die Rechtsprechung eines internationalen Gerichtshofes in Grenz- und anderen Streitigkeiten anzuerkennen.
- c) Der Rat für Wirtschafts- und Sozialfragen der UN soll einen afrikanischen Abrüstungsfonds errichten, der für Investitionen in Landwirtschaft und Industrie zur Verfügung steht und ehemaliges Militärpersonal unterzubringen hilft.
- d) Die Abrüstung Afrikas sollte in zwei Jahren durchgeführt werden.

Arbeitsgruppe 3

diskutierte die Verwendung militärischen Kernmaterials für friedliche Zwecke.

- 1. Das durch Abrüstung frei werdende Kernmaterial muß genau kontrolliert werden.
- 2. Die Abrüstung würde viele qualifizierte Wissenschaftler und Techniker für die friedliche Nutzung der Atomenergie frei stellen.
- 3. Es muß dafür gesorgt werden, daß das weiterhin anfallende spaltbare Material nicht für militärische Zwecke verwendet werden kann.
 - a) durch ein dementsprechendes internationales Abkommen
 - b) durch internationale Kontrolle des bei Kernreaktoren anfallenden Materials.
- 4. In Zusammenarbeit mit der internationalen Atomenergiekommision sollen regionale Forschungsstätten errichtet werden, um kleineren Nationen die gemeinsame Entwicklung von Forschungsreaktoren zu ermöglichen.
- 5. Die Zusammensetzung der internationalen Atomenergiekommision sollte die veränderte UN-Mitgliedschaft widerspiegeln und besonders die Bedürfnisse der weniger entwickelten Staaten berücksichtigen.

Arbeitsgruppe 4

studierte die wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung und kam zu folgenden Ergebnissen:

- 1. Jede Regierung sollte Demobilisierungspläne aufstellen und die Umstrukturierung ihrer Wirtschaft nach der Abrüstung durchdenken.
- 2. Die nationalen Pläne sollten einem internationalen Plan eingefügt werden können, der die durch Abrüstung freiwerdenden Mittel verstärkt den Entwicklungsländern zu kommen lässt.

3. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Abrüstung den internationalen Handel fördert und nicht schädigt.
Dazu sollte
- a) Die UN-Vollversammlung den Bericht der UN-Studien-
gruppe über Wirtschaft und Abrüstung diskutieren und unterstützen
 - b) auf nationaler Ebene sollten die wirtschaftlichen Vorteile der Abrüstung popularisiert werden z.B. durch eine volkstümliche Kurzfassung des UN-Berichtes.

Arbeitsgruppe 5

untersuchte den Zusammenhang von Abrüstung und den Fundamentalproblemen der Menschheit Hunger, Krankheit, Unwissenheit, Sklaverei. Sie bedauerte, daß z.Zt. 120 Millionen Dollar für das Wettrüsten vergeudet sind, die den Entwicklungsländern entscheidene Hilfe bieten könnten.
Daher sollte

1. Die Sinnlosigkeit des Wettrüstens noch weiter bekanntgemacht werden.
2. Dafür gesorgt werden, daß die alten feudalen oder halbfeudalen Strukturen, die internationalen Entwicklungsprogramme weder vereiteln noch zweckentfremden (Neokolonialismus)
3. Die Schaffung größerer Wirtschaftseinheiten unter Überwindung nationaler Grenzen angestrebt werden, um eine wirksame Industrialisierung zu ermöglichen.

Ein Unterausschuß beschäftigte sich mit den psychologischen Faktoren der Abrüstung. Da Kriege in den Herzen der Menschen beginnen, empfiehlt er:

1. Die Gründung eines internationalen Informationszentrums zur unvereingenommenen öffentlichen Erziehung durch Presse, Rundfunk, Film, Fernsehen und Lehrbücher.
2. Eine psychologisch geschickte Kampagne, die dem "Normalbürger" verständlich macht, welche Chancen zur Erhöhung seines Lebensstandards die Abrüstung bietet.
3. Internationale Zusammenarbeit bei Aufgaben, die die Kräfte einer Nation übersteigen (siehe geophysikalisches Jahr) z.B. gemeinsame Wirtschaftshilfe der Industrienationen.
4. Initiativen einzelner Staaten zu wechselseitigen Konzessionen und besondere Akte des guten Willens.
5. Die Errichtung eines internationalen Zentrums zur Forschung im Bereich der Verhaltenswissenschaften.

Zur Arbeit des ständigen Sekretariates der ACCRA-Konferenz.

Das Sekretariat bedauert den im Juli 1962 in großer Höhe durchgeführten amerikanischen Atomtest wegen seiner Brüskierung der Moskauer Abrüstungskonferenz und der Störung der Ionosphäre und des van Allan-Gürtels ebenso wie die sowjetischen Versuche während der Genfer Abrüstungsverhandlungen. Es appelliert an die Großmächte, die Regierungen und an jeden Einzelnen gegen moralische Apathie zu kämpfen und unbirrt für die Abrüstung einzutreten.

Zur Bedeutung der Accra-Konferenz.

Die Bedeutung dieser Zusammenkunft liegt m.E. in dem ersten Versuch eines relativ kleinen afrikanischen Entwicklungslandes, seine Verantwortung für den Weltfrieden zu praktizieren schon durch die finanziellen Opfer für diese Versammlung. Es ist bedauerlich, daß kein Vertreter der V.R. China an der Tagung teilnahm, obwohl doch auch deren Aufnahme in die UN befürwortet wurde. Beachtlich ist die hohe Einschätzung der UN als Instrument der Friedenssicherung, der Hinweis auf die aus Hunger, Krankheit und Unwissenheit drohenden Spannungen und Gefahren. Welche Folgerungen ziehen wir aus der Sinnlosigkeit des Wettrüstens, das auch unsere Hilfe für die Entwicklungsländer beschränkt? Geben wir immer "unvoreingenommene Informationen"? Wie sind sie mit sozialistischer Parteilichkeit zu vereinen? Welche realen Chancen hat eine Entmilitarisierung Afrikas, solange die derzeitigen Verhältnisse in den portugiesischen Kolonien und in Südafrika andauern? Wie verhalten sich Neokolonialismus und EWG-Assozierung?

Sept. 1966
Weltfrieden damit die Friedens-
atmosphäre.

Zur Europäischen Sicherheit

I. Klimawandlung I.

Eine der wichtigsten Aufgaben im Ringen um den Weltfrieden ist die Gestaltung einer Friedensordnung für Europa. Viele ungelöste Probleme resultieren aus den Ergebnissen des 2. Weltkrieges. Die vergangenen zwei Jahrzehnte einer Politik des Kalten Krieges haben in die Sackgasse geführt. Es muß eine neue Politik gesucht und praktiziert werden. Diese neue Politik muß nach unseren Vorstellungen auf eine Ordnung des friedlichen Zusammenlebens orientiert sein. "Das militärische Gegeneinander muß in ein friedliches Miteinander verwandelt werden".
(Memorandum des Weltfriedensrates zur Europäischen Sicherheit, Juni 1966).

Die Schwerpunkte des weltpolitischen Geschehens liegen heute in anderen Erdteilen - Europa ist nicht mehr der Mittelpunkt der Welt. Dennoch wäre es für eine weltweite Entspannung förderlich, die gegenwärtigen politischen Entwicklungen in Europa zu nutzen, um in diesem Teil der Welt mit dem Abbau der Spannungen zu beginnen. "Hier kann aufgrund vieler Vorschläge ein Gebiet bedrohlicher Spannungen in ein Modell für praktizierte Koexistenz umgewandelt werden" (Aus dem Bericht der Christlichen Friedenskonferenz - Ständige Kommission für Internationale Fragen - 9. - 11.3.66 in Georgsmarienhütte).

Die durch eine solche Politik freigewordenen geistigen und wirtschaftlichen Kapazitäten würden Europa in die Lage versetzen, seine geschichtliche Aufgabe für die Entwicklungsländer wahrzunehmen.

II.

Folgende wichtige Schritte würden zur Herbeiführung einer Entspannung in Europa beitragen:

Alle Staaten, die keine Kernwaffen in Europa besitzen, sollten auf Kernwaffen in jeder Form verzichten und dieses öffentlich erklären.

Alle Staaten Europas sollten sich vertraglich einigen, eine Ausbreitung von Kernwaffen in jeder Form zu verhindern,

Alle Staaten Europas könnten zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten beitragen, indem sie der Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Nord- und Mitteleuropa sowie im Mittelmeerraum zustimmen.

(siehe die verschiedenen Vorschläge für kernwaffenfreie Zonen: Rapacki-, Gomulka-, Kekkonen-, Thirring-, Unden- und Balkanplan)

III.

Eine Konkretion dieser Vorschläge sehen wir u.a. in den Maßnahmen, die im "Sofortprogramm für Sicherheit durch Abrüstung in Mitteleuropa" der Campagne für Abrüstung gefordert werden:

"Die Bundesrepublik, Polen, die CSSR und die DDR sollen den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz von Atomwaffen sowie jede Beteiligung an atomaren Waffen- systemen erklären. Die Kernwaffenbestände im Gebiet dieser Länder sollen nicht weiter vermehrt werden. Die Rüstungsetats dieser Länder sollen nicht weiter gesteigert werden. Die Rüstungsetats in den vier Ländern sollen stufenweise verringert werden. Die Bundesrepublik, Polen, die CSSR und die DDR sollen den Verzicht auf Lagerung fremder Atomwaffen erklären und die Bildung einer international kontrollierten atomwaffenfreien Zone einleiten. Eine europäische Sicherheitskonferenz soll einberufen werden."

und in dem Drei-Punkte-Vorschlag der Regierung der DDR vom Januar 1966.

Als einen weiteren Schritt auf den Wege der Annäherung zwischen den europäischen Staaten sehen wir an:

Handel, Verkehr und Informationsaustausch über die Staatsgrenzen hinweg werden wesentlich erweitert. Dabei darf kein Staat diskriminiert werden, und kein Staat sollte sich abriegeln.

IV.

Eine Sicherheitskonferenz, an der alle europäischen Staaten teilnehmen, wird längst als dringend bezeichnet. Zu dieser Konferenz sollten alle Regierungen und gegebenenfalls Organisationen und Zusammenschlüsse, die um Frieden und Sicherheit in Europa bemüht sind, eingeladen werden. Es muß versucht werden, ein gemeinsames Sicherheitssystem in Europa zu errichten,

das mit einer entsprechenden Organisation ausgestattet wird. Eine solche Organisation hätte u.a. eine internationale Kontrollinstanz zu schaffen, der von allen europäischen Staaten jenes Maß an Bewegungs- und Informationsfreiheit gewährt werden müßte, welches zur wirksamen Durchführung ihrer Arbeit notwendig ist. Auf diese Weise könnte das gegenseitige Mißtrauen stufenweise abgebaut werden.

Alle nichtpaktgebundenen Staaten sollten von ihrer Neutralität aktiv Gebrauch machen, indem sie einen Weg der Sicherung des Friedens in Europa aufweisen und beschreiten.

V.

Eine Regelung der Deutschlandfrage ist von weitreichender Bedeutung für den Frieden in Europa, und alle europäischen Staaten sollten daran interessiert sein. Von allergrößter Wichtigkeit wird es daher sein, daß sich die Menschen in beiden deutschen Staaten auf ihre Aufgabe in Europa besinnen. Diese Aufgabe besteht nach unserer Auffassung darin, daß beide deutsche Staaten in einer echten Konföderation die Möglichkeit des friedlichen Zusammenlebens und -arbeitens zweier Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung für die Welt sichtbar machen.

Ein so konföderiertes Deutschland besäße weit mehr Möglichkeiten, um z.B. die Länder der sog. "dritten Welt" wirksam zu unterstützen.

Die Lösung dieser Aufgabe ist jedoch dadurch sehr erschwert, daß die BRD die nach 1945 entstandenen territorialen und politischen Situationen in Europa nicht akzeptiert und ihre Innen- und Außenpolitik auf eine Änderung dieser Verhältnisse ausrichtet. Jede Politik der Entspannung kann aber nur vom politischen und territorialen status quo ausgehen.

VI.

Es ist unsere Schuld als Kirche, daß wir bisher viel zu oft im Schlepptau nationaler Ideen und wirtschaftlich politischer Machtkonstellationen zu den Lebensfragen unserer Zeit geschwiegen haben. Der Dienst der Versöhnung stellt uns aber gerade frei zum Engagement für die Versöhnung unter den

Völkern. Darum sollten wir jede echte Möglichkeit wahrnehmen, um dafür auf allen Ebenen unseres gesellschaftlichen Lebens konstruktiv und kritisch mitzuarbeiten.

In den christlichen Gemeinden haben wir die Aufgabe, das Gespräch über die Mitverantwortung in unserer Gesellschaft in Gang zu bringen; dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit politischen Sachfragen.

"Wer das Evangelium verkündigen will, muß deshalb bereit sein, sich am Kampf um soziale Gerechtigkeit und um die Erhaltung des Friedens zu beteiligen." (Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, Sektion Zeugnis, Punkt 29).

(Erarbeitet von der Studiengruppe "Abrüstung" der CFK in der DDR)

Ökumene und Abrüstung

- 1948 Weltkirchenkonferenz Amsterdam, Bericht der Sektion IV
Die Kirche und die internationale Unerordnung.
(Amsterdamer Studienbuch, Furche-Verlag, Tübingen S. 59.)
- 1950 Erklärung von Toronto, Erklärung des ZA/ÜKR
- 1954 Weltkirchenkonferenz Evanston, USA
a) Beschluss zur weltpolitischen Lage (S. 18)
b) Bericht der Sektion: Christ und Weltpolitik (S. 215)
c) Japanische Erklärung zur Wasserstoffbombe (S. 465)
(Christus - die Hoffnung der Welt, EVA Berlin)
- 1956 Unser Beitrag für eine verantwortliche internationale Gesellschaft
Erklärung des ZA/ÜKR Galvatz, Ungarn. (Stimme Nr. 13/56)
- 1957 Appell der Ökumene an die Atomlichte, Erklärung des ZA/ÜKR
New Haven, USA. Dieser Appell basiert auf der Erklärung:
"Über Atonteste und Abrüstung" der KKIA.
- 1958 Entschließung des Zentralkomitees des Weltkirchenrates zur Atonfrage
Nyborg, Dänemark - August 1958 (Stimme Nr. 19/58)
- 1959 Vorläufiges Studiendokument des ZA/ÜKR zur Frage der Verhütung des
Krieges im Atomzeitalter (eine Auseinandersetzung zum Nachdenken u. Diskutieren)
(ZdZ 11/59)
- 1959 Appell des EA/ÜKR an die Delegationen der an der Genfer Atomkonferenz
teilnehmenden Großmächte (UdSSR, USA, Großbritannien) (ZdZ 4/59)
- 1960 Dokument des EA/ÜKR über ein internationales Ethos als Element der
Politik, Tagung des EA/ÜKR St. Andrews, England - August 1960.
(ZdZ 11/1960)
- 1960 Einstellung der Atomwaffenversuche (Erklärung des EA/ÜKR, Buenos-
Aires, Februar 1960. (ZdZ))
- 1961 Zur Einstellung der Kernwaffenversuche, Erklärung des EA/ÜKR, Genf
Februar 1961. (ZdZ 4/61)
- 1961 Weltkirchenkonferenz Neu-Delhi, Indien.
a) Appell an die "Regierungen u. Völker" (S. 17)
b) Bericht der Sektion: Dienst. (S. 150)
 1) Thesen 20 - 22 (S. 154)
 2) Thesen 64 - 65 (S. 163)
c) Die Zukunft ist heute. (Dr. Nolde) (S. 213)
d) Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten (S. 285)
 Jesus Christus - das Licht der Welt, EVA Berlin
- 1962 Friede und Abrüstung, Konsultation auf Initiative der KKIA. Genf
Juni 1962. (ZdZ 8/9 1962)
- 1963 Von der Koexistenz zur Zusammenarbeit, Beschuß des ZA/ÜKR zum Verbot
der Kernwaffenversuche, Rochester, USA. (ZdZ 11/63)
- 1964 Abrüstung heute, Dokument des EA/ÜKR, Odessa, UdSSR Februar 1964
(ZdZ 5/64)

Abrüstung : Zeichen der Zeit, Monatsschrift.

ZA/ÜKR : Zentralausschuss des ökumenischen Rates d. Kirchen

EA/ÜKR : Executivausschuss " " " " "

KKIA : Kommission der Kirchen für internationale
Angelegenheiten.

Nachtrag:

1962

Erste Sitzung des ZA/ÜKR nach der Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi Mitte August in Paris.
 Der ZA machte sich einmütig die von der KKIA vorgelegte Erklärung zur Abrüstung, Atomwaffenversuchen u. der Berlinfrage zu eigen und übermittelte sie den Außenministern der vier Großmächte.
 (Potsdamer Kirche Nr. 35/62)

1955

Der ZA des Weltrates der Kirchen beschäftigte sich auf seiner Konferenz im August in Davos mit einer von der KKIA erarbeiteten ausführlichen Denkschrift zur Abrüstungsfrage.
 (Atomkraft - Fluch oder Segen, Broschüre Parteileitung CDU 1957)

nichts-AVE (teil 1 von 3) aus - einzeln auszeln

Vorgeschichte:

Der Kommentator der "New York Times", C. L. Sulzberger, berichtete, daß bereits im Jahre 1958 der damalige Verteidigungsminister Strauß mit Paris ein Geheimabkommen schloß, demzufolge die BRD finanzielle Hilfe und technische Mittel für die Entwicklung der französischen Atomstreitmacht zur Verfügung stellen wollte. Als Gegenleistung sollten aus den französischen Beständen Atomsprengköpfe geliefert werden, diese sollten "vorerst in Frankreich gelagert werden."

Vermutlich war dieses Geheimabkommen überhaupt der Anlaß zu dem amerikanischen Plan, eine multilaterale Flotte aufzustellen. Die USA wollten das Streben der BRD nach eigenen Atomwaffen unter Kontrolle behalten.

Entstehung:

- 1960 Diesem Geheimabkommen folgte zunächst 1960 der Vorschlag General Norstads, die NATO als "Vierte Atommacht" aufzubauen.
- 1961 Da dies unrealisierbar war, entwarf Kennedy 1961 seinen Plan der multilateralen Flotte (MLF).
Dieser sah den Bau von 25 Überwasserschiffen vor, die insgesamt mit 200 amerikanischen Polaris-Raketen bestückt werden sollten.
(Die USA verfügen über 40 000 Raketenwaffen.)
Es war vorgesehen, daß die kleinen Alliierten den Admiral auf dem Schiff und Teile der Besatzung stellen, die USA jedoch weiterhin allein die Verfügungsgewalt über die atomaren Sprengköpfe behalten.
Diese Verfügungsgewalt sollte durch ein Votorecht wahrgenommen werden, d. h.: es sollte allein dem amerikanischen Offizier der Code-Schlüssel für den Feuerbefehl bekannt sein.
- 1962 Im Juli 1962 änderte sich die Position.
Kennedy erklärte, daß die USA bereit wären, den kleinen Hebel - gemeint war die Verfügungsgewalt über die 200 Raketen - einem vereinigten Europa zu übergeben.
Damals erwarteten die USA, daß sich ein vereinigtes Europa in Form einer Föderation in den siebziger Jahren bilden würde. In diesem Anfangsstadium war der Plan der MLF noch harmlos, da die USA davon ausgingen, daß England ein Teil des vereinigten Europas sein würde und ein entscheidendes Gegengewicht gegen Frankreich und die BRD darstellen könnte.
Kennedy wünschte diese Einheit einerseits, andererseits aber fürchtete er sie, nämlich als Grundlage einer unabhängigen Atommacht Europas.
Dem vorzubeugen war der Sinn der "Hantel-Konzeption", deren wichtigste technische Funktion eben die MLF übernehmen sollte.
- 1963 1963 rückten alle Einigungschancen für Europa in weite Ferne, als General de Gaulle in seiner Rede vom 14. Januar 1963 die "Tür gegen England endgültig ins Schloß warf."
Überzeugt von der Unwiderstehlichkeit des gaullistischen Soges auf das übrige Europa (vor allem auf die BRD), wollten nun die Amerikaner das MLF-Projekt benützen, um den "französischen Seuchenherd" zu isolieren, vor allem aber, um den letzten der Treuen, die BRD, enger an sich zu binden.
Die BRD natürlich, besorgt um die amerikanischen Schutzgarantien und begierig nach nationaler Aufwertung, griff bedenkenlos zu.
Eine Entscheidung über den Auslösemechanismus, über die Befehlsgewalt, war 1963 zwar nicht gefallen, jedoch ging der Trend dahin, die MLF in europäische Verfügungsgewalt zu entlassen.

Diese Entlassung der MLF in europäische Kontrolle würde bedeuten, daß die USA ihre bisher alleinige Verfügungsgewalt über die 200 Raketen auf die europäischen Mitglieder übertragen, die eine Entscheidung durch Mehrheitsbeschuß herbeiführen müsten.

Nach einer inoffiziellen Meldung sollten dabei die Stimmen nach dem Beitrag des jeweiligen Mitgliedsstaates zur MLF gewogen werden. In Bezug auf die BRD bedeuteten das bei einer Nichtbeteiligung Großbritanniens 80%, bei einer Teilnahme desselben 70%.

Nach einer anderen Meldung hätte die BRD die Hälfte aller notwendigen Mittel stellen wollen.

Theoretisch hätte zwar die BRD keine eigenen Kernwaffen erhalten, aber durch ihren hohen Beitrag besäße praktisch die BRD die überlegene Majorität in der MLF und damit zugleich auch allein die Verfügungsgewalt über den Einsatz der 200 Polaris-Raketen.

Damit bekam der ursprüngliche Plan der MLF, die BRD nicht an eigene Kernwaffen heranzulassen, ganz andere Formen.

1964 1964 änderte sich das Bild noch einmal, zunächst zugunsten der BRD. Frankreich war - auf dem Weg selbst Atommacht zu werden - nie begeisterter Anhänger der MLF. Es erklärte offen seine Nicht-Teilnahme an diesem Projekt.

Das veranlaßte Ludwig Erhard zu der Erklärung, daß sich die BRD notfalls auch bilateral an der MLF beteiligen würde.

Die USA entfalteten daraufhin eine rege Tätigkeit, um bis Jahresende wenigstens den Vertrag über eine bilaterale Atomstreitmacht abschließen zu können.

Der BRD gelang die Einführung einer im Oktober 64 bekanntgewordenen "Europäisierungsklausel", die vorsieht, daß die Befugnisse der MLF-Organe auf die Organe einer europäischen Staatenverbindung im Rahmen der NATO übertragen werden könnten. Dies hätte dazu geführt, nicht nur das amerikanische Vetorecht aufzuheben, sondern Washington gänzlich aus der MLF hinauszudrängen. General Norstad's Plan einer "Vier-ten Atommacht Europa" wäre damit auf Umwegen realisierbar geworden.

Die BRD drängte ungestüm, den MLF-Vertrag noch vor Jahresschluß zu unterzeichnen, um dem Bundestag die Möglichkeit zu geben, das Vertragswerk bis zum Ende seiner Legislaturperiode im Juni 1965 zu ratifizieren, ungeachtet der Tatsache, daß die anderen NATO-Partner diesem Plan ablehnend gegenüberstehen.

Daß es 1964 nicht mehr so weit kam, ist lediglich dem Wahlsieg der Labour-Party in England und dem Einsatz des neuen britischen Außenministers P. G. Walker zu verdanken.

Bei seinen vertraulichen Gesprächen mit Johnson und Rusk erreichte er, daß die USA zunächst die Unterzeichnung des bilateralen Vertrages der MLF unbefristet zurückstellten.

Das heißt nicht, daß das ganze Projekt der MLF - das ist bedeutsam - verworfen wurde. Lediglich die Unterzeichnung wurde auf einen späteren Termin als Dezember 64 verlegt.

Außerdem hat Gordon Walker kein generelles Nein der neuen Labour-Regierung zu einer mit Atomwaffen bestückten Streitmacht der NATO ausgesprochen. Er versicherte lediglich der amerikanischen Regierung, daß sein Kabinett den MLF-Vertrag in der jetzigen Form nicht akzeptieren könne. Zugleich gab er zu verstehen, daß es aber bereit sei, einen Beitritt Englands wohlwollend zu prüfen, wenn einige britische Vorstellungen über die Bewaffnung und die innere Struktur der MLF in den Vertrag aufgenommen würden.

Die militärische Seite der britischen Änderungswünsche sieht die Verringerung der Zahl der Polaris-Schiffe von 25 auf 10 vor. Daneben schlagen die Briten die Einbringung aller in Europa stationierten Mittelstreckenraketen in die MLF vor. Schließlich erklären sie sich bereit, ihre eigenen Bomber, atombombentragende Langstreckenflugzeuge der MLF ebenso einzugliedern, wie jene noch im Bau befindlichen Atom-U-Boote.

Damit würde England als zweite Atommacht neben den USA den entscheidenden Anteil an der Bewaffnung der MLF stellen. Das militärische Übergewicht der BRD, die nach dem bisherigen Plan nahezu die Hälfte der Polarisfrachter finanziert hätte, würde dadurch erheblich reduziert werden.

Noch wesentlicher aber sind die Einschränkungen, die das Drängen Bonns nach atomarer Verfügungsgewalt erfahren würde. Die Vorstellungen der Labour-Regierung basieren auf der Einführung eines doppelten Vetos. Das eine läge bei den USA und stünde außerhalb jeden Zweifels, da es verwaltungstechnisch nicht anzutasten wäre. Das andere läge bei den europäischen Teilnehmern, die durch Mehrheitsbeschuß entscheiden müßten. Wird dabei das Stimmrecht nach dem Anteil der eingebrachten Waffen, bzw. Mittel bemessen, hätte sich Großbritannien eine deutliche Vorrangstellung gesichert.

Diese politischen Aspekte der britischen Vorstellungen haben die Kritik Bonns in ganz besonderem Maße herausgefordert. Die BRD sieht hier ihre Pläne und Hoffnungen im Kern bedroht.

So gewinnen wieder jene Kräfte an Einfluß, die sich den sichersten und schnellsten Machtgewinn durch eine Beteiligung der BRD an der französischen Atomrüstung versprechen.

Bundestagspräsident Gerstenmeier stellte bereits im Oktober 64 die Frage, ob es angesichts der britischen Initiative und der bereitwilligen amerikanischen Reaktion überhaupt noch sinnvoll sei, sich weiterhin an das verwässerte MLF-Projekt zu klammern.

Er empfahl: "Wir sollten noch einmal alles durchdenken, ehe wir Frankreich durch ein einseitiges Abkommen mit den USA vor den Kopf steßen."

Der Trend am Jahresende ist unverkennbar: nach der verhinderten Unterzeichnung des MLF-Vertrages eine klare Hinwendung zu Frankreich, der kontinentaleuropäischen Atommacht.

Haltung der einzelnen westlichen Staaten zur MLF

USA

Die USA sahen sich dem immer stärker werdenden Drängen der europäischen NATO-Staaten gegenübergestellt, Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erlangen.

Es wurde das Argument vertreten, daß es das politische und wirtschaftliche Erstarken der westeuropäischen Staaten einfach nicht zulasse, daß das atomare Monopol der USA in "alle Ewigkeit" fortbestehe. Gedroht wurde mit einem Zerfall der NATO, wenn nicht Washington sich entschließen könne, einen Teil der atomaren Verfügungsgewalt an die europäischen Partner zu delegieren.

So entstand das Projekt der MLF lediglich als Versuch, das atlantische Bündnis zu retten.

Folgende Beweggründe sprachen in Washington mit:

Wenn wir den Deutschen einige wenige nukleare Waffen geben, fragen sie nicht nach mehr.

Wenn wir den Deutschen einige Kernwaffen überlassen, unterstützen sie nicht die französischen Bemühungen um eigene Kernwaffen.

Wenn wir den Deutschen Erfahrungen mit Kernwaffen machen lassen, werden sie erfahren, wie gefährlich diese Waffen sind und aufhören, im Falle eines Konfliktes auf einen früheren Einsatz von Kernwaffen zu bestehen.

Außerdem erhofften sich die USA ein Aufhören des deutschen Druckes, wenn die BRD lernen müste, welche Entscheidungen mit dem Besitz des kleinen atomaren Hebels verbunden sind.

So verfolgten die USA ein doppeltes Ziel:

Das Projekt der MLF soll dem immer stärker gewordenen deutschen Drängen nach atomarer Mitsprache Rechnung tragen und doch gleichzeitig dieses Drängen soweit wie möglich entschärfen.

Dieses Entschärfen sollte zunächst durch das unantastbare amerikanische Veto geschehen, später, bei Entlassung der MLF in europäische Verfügungsgewalt war vorgesehen, die in Europa stationierten amerikanischen Truppen einzusetzen, um die BRD daran zu hindern, ein atomares Wagnis einzugehen. Notfalls sollen die USA sich mittels des "heißen Drahtes" innerhalb von 30 Sekunden von ihren europäischen Verbündeten distanzieren. Die USA scheinen trotz NATO-Bündnis und MLF-Projekt nicht bereit zu sein, wegen eines europäischen Konfliktes atomaren Selbstmord zu begehen.

BRD

Es wurde schon wiederholt auf das starke, ausschließlich deutsche Drängen nach atomarer Verfügungsgewalt hingewiesen. Die Motive sind verschieden.

Fritz Erler sieht in der MLF eine Chance für die Erziehung zu atomarer Rationalität.

Kai Uwe von Hassel dagegen sieht die damit verbundene nationale Aufwertung und Geltung, während Franz Josef Strauß hinwiederum einen Ansatz für die deutsche Rolle in einer künftigen Atommaut Europa sieht.

Der Verteidigungsminister von Hassel forderte, daß eines Tages das amerikanische Veto durch eine Mehrheitsentscheidung innerhalb der NATO abgelöst werden müsse.

In einem Interview von "Christ und Welt" erklärte dieser am 23. Oktober:

"Die MLF steht im gemeinsamen Eigentum. Mehrheitsentscheidungen können sich nicht für den Abzug der Atomwaffen und damit gegen Europa ergeben. Die Gefahr eines nuklearen Disengagement ohne europäische Zustimmung ist damit weniger gegeben als früher."

Außerdem warnte v. Hassel auf dem Verteidigungspolitischen Kongreß der CDU in Kassel vor einer "Überbewertung der Entspannung". Offensichtlich erhoffte man sich in Bonn durch die Beteiligung an der MLF vor allem ein deutsches Vetorecht gegen eine mögliche Entspannung in Europa.

Die strategischen Gesichtspunkte spielten dabei eine untergeordnete Rolle. So erklärte der jetzige britische Verteidigungsminister Dennis Healy in einem in der WELT am 26. 9. erschienenen Aufsatz, daß das militärische Moment stark gegen die MLF spreche.

Wörtlich: Die nukleare Kampfkraft, die der NATO schon zur Verfügung steht, geht weit über das hinaus, was die SU aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten 10 Jahren besitzen wird. Die NATO kann mit ihren Atomwaffen sämtliche Ziele in Rußland und Osteuropa erreichen.

Unter dem Gesichtspunkt der deutschen Sicherheit ist die MLF deshalb völlig überflüssig. Das Verlangen nach diesem Projekt beruht auch gar nicht auf dem Bedürfnis nach mehr Sicherheit, sondern lediglich auf dem starken "Willen zur Macht".

Großbritannien

Eine Beteiligung Großbritanniens an dem Projekt war von Anfang an vorgesehen, vor allem unter dem Gesichtspunkt der europäischen Einigung. Durch die Erklärung de Gaulles im Januar 63 wurde jedoch England endgültig ausgeschlossen.

Erst jetzt tritt die neue Labour-Regierung diesem Projekt wieder näher.

Sie tut dies aus folgender taktischer Überlegung:

Verweigert die Labour-Regierung ihre Mitarbeit an der MLF, wäre es gewiß noch im Dezember 64 zur Unterzeichnung des Vertrages zwischen Washington und Bonn gekommen.

Damit wäre aus der MLF eine bilaterale Atomstreitmacht entstanden.

Sie hätte zwar den deutschen Wünschen sehr genau, nicht aber den Vorstellungen der USA mehr entsprochen, die den Vertrag nur mit gemischten Gefühlen unterzeichnet hätten.

Das Anliegen der Labour-Politiker ist nun, das MLF-Projekt von der Sache her wesentlich zu entschärfen. Deshalb ihre schon genannten Reorganisationsvorschläge.

So hat Harold Wilson wiederholt festgestellt, daß eine Labour-Regierung es keiner deutschen Regierung in Ost und West erlauben würde, direkte oder indirekte Kontrolle über den Einsatz nuklearer Waffen zu erlangen.

Seine Formel in der Wahlkampagne lautete: Kein deutscher Finger am nuklearen Drücker.

Er betonte auch immer wieder, daß es notwendig sei, alles zu vermeiden, was von der SU mit Recht als Provokation ausgelegt werden könnte.

In diesem Sinne bemüht sich die Labour-Regierung mit ihrer Beteiligung an der MLF und ihrer Revision, zugleich auch Raum für weitere Entspannungs- und Abrüstungsschritte zu schaffen.

Informierte Kreise sprechen davon, daß bereits interne britisch-sowjetische Gespräche stattgefunden haben, die eine gewisse Änderung der sowjetischen Haltung angesichts der Aktivität der Labour-Regierung im Rahmen der MLF-Planung denkbar erscheinen lassen.

Verkündungen der deutschen evangelischen Kirchen
zur Abrüstung.

(unter Berücksichtigung wichtiger außerkirchlicher Erklärungen zur Atom- Frieden- und Abrüstungsfrage.)

- 1950 Synode der EKD, Berlin-Weissensee - "Was kann die Kirche für den Frieden tun?" (Kirchl. Presse)
- Erklärung des Rates der EKD vom August 1950. (Stimme 24/50)
(Eine Neutralisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden)
- 1954 Wort des Rates der EKD zur Frage der Atomwaffen. (Mai 1954)
(Kirchl. Presse)
- 1955 Letzte Botschaft Albert Einsteins an die Welt. (9. 7.) (Stimme 15/55)
- Aufruf der 16 Nobelpreisträger von der Insel Mainau. (15. 7.)
(Stimme 15/55)
- 1956 Außerordentliche Synode der EKD (27.-29. 6. Berlin)
Theologische Erklärung: Gottes Wort ist nicht gebunden
(Kirchliche Presse)
- 1957 Die Erklärung der Göttinger 18 vom 12. 4. 57. (Stimme 9/57)
- Zustimmungstelegramm führender deutscher Theologen an Prof. Hahn.
(Potsdamer Kirche 5. 5. 57)
- Erklärung der Dekane der 6 theologischen Fakultäten in der DDR
und der Bischöfe der Gliedkirchen der EKD in der DDR.
(Potsdamer Kirche 5. 5. 57)
- Synode der EKD (Berlin 1.-6.12.) Erklärung: Warnung vor dem Mißbrauch
der Macht des Menschen im technischen Zeitalter.
- Die Kirche hat nicht geschwiegen. (zur Frage der Atomwaffen)
Artikel von Otfried Grauholz in der Wochenzeitschrift die Kirche
vom 16. 7. 57.
- Die Göttinger 18 wiederholen im Oktober 1957 ihren Appell vom 12. 4. 57.
(Deutsche Volkszeitung vom 12. 10. 57.)
- Eine Botschaft Albert Schweitzers an die Welt. ("Gedenkenlos wandeln
wir dahin") (Stimme 9/57)
- 1958 Albert Schweitzer warnt vor dem Atentod (Briefen im April) (STIMME Sonderheft Mai 1958)
- Synode der EKD (26.-30.4.) Berlin, Wort der Synode: "Wir bleiben
unter dem Evangelium zusammen" (Kirchl. Presse)
- Anfrage der Bruderschaften an die Synode. (Mirs 1958) (Kirchl. Presse)
- Vorbehaltloses Nein zu Atomwaffen. (Erklärung führender Persönlichkeiten
der evgl. Kirche) (Neue Zeit 1. 6. 58.)
- Neuer Aufruf der kirchlichen Bruderschaften (11.6.) (Neue Zeit 2.) 3.58.
- Frankfurter theologische Erklärung (Oktober 58) (Neue Zeit 28. 10. 58)

E r k l ä r u n g (Entwurf)

Die CFK-Regionalkonferenz in der DDR hat auf ihrer diesjährigen Zusammenkunft am 15. und 16. November 1976 in Berlin über die Verantwortung der Christen für die Abrüstung heute gesprochen.

Der Kampf gegen Massenvernichtungswaffen war einer der Ausgangspunkte für die Arbeit der CFK. Heute rückt verstärkt der Einsatz für Abrüstung ins Zentrum christlichen Friedensdienstes. Denn der Entspannungsprozeß kann nur dauerhaft und unumkehrbar gemacht werden, wenn es gelingt, das Wettrüsten aufzuhalten und effektive Abrüstungsmaßnahmen einzuleiten.

In den letzten Jahren haben sich auch unsere Kirchen immer wieder für Abrüstung ausgesprochen. In der jetzigen Situation kommt es darauf an, solchen Einsatz konkreter und effektiver zu machen.

Deshalb rufen wir von dieser Konferenz aus unsere Kirchen auf, mit uns zusammen einzutreten

- für die baldige Einberufung einer Weltabréistungskonferenz
- für die Reduzierung des Militärbudgets der Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates und anderer Staaten zugunsten der Entwicklungsländer
- für das umfassende Verbot aller Kernwaffentests und Entwicklung neuer Massenvernichtungsmittel
- für den Abschluß eines weltweiten Vertrages über Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen.

Die Abrüstung ist primär nicht eine komplizierte technische Aufgabe, die nur von Experten erfaßt werden kann, sie ist eine politische Aufgabe, für deren Lösung auch Christen Verantwortung tragen. Dabei ist eine Erfahrung wichtig:

Im Ringen um Abrüstung zeigen Sozialismus und Kapitalismus eine unterschiedliche Grundposition. Obwohl in kapitalistischen Ländern die Stimmen der Vernunft und des Friedens zunehmen, ist dort der militärisch-industrielle Komplex nach wie vor um des Profites und seiner gesellschaftlichen Macht-positionen willen an Spannung, Aufrüstung und Kriegsvorberichtung interessiert.

Das aber zwingt die sozialistischen Länder, die für ihre Verteidigungsfähigkeit erforderlichen Mittel bereitzustellen und sie einer produktiven Verwendung zu entziehen. Deshalb hat vor allem die Sowjetunion zahlreiche Vorschläge entwickelt, die zu Abrüstungsschritten aller Seiten führen sollen.

Wenn Kirchen und Christen einen wirksamen Beitrag im Kampf um die Einstellung des Wettrüstens leisten wollen, dann können sie dies nicht in neutralistischer Weise tun, sondern nur, indem sie Partei nehmen im Sinne dieser weiterführenden Vorschläge.

Die CFK-Regionalkonferenz macht sich darum das Anliegen des 2. Stockholmer Appells zu eigen. Sie setzt sich ein für die "Weltkonferenz religiöser Vertreter für dauerhaften Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen zwischen den Völkern" in Moskau und ruft alle Verantwortlichen in unseren Kirchen auf, durch die Teilnahme von Kirchenvertretern aus der DDR die Konferenz wirksam zu unterstützen.

Richtlinien für die Arbeit
Regionalkonferenz der Christlichen Friedenskonferenz
in der Deutschen Demokratischen Republik

Im Statut der Christlichen Friedenskonferenz heißt es:

1. Die Christliche Friedenskonferenz ist eine ökumenische Bewegung, in der die Verantwortung der Christen für Frieden, soziale Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben für alle ihren Ausdruck findet. Christen, die das Evangelium vom Kreuz und Auferstehung als die Hoffnung für die Welt gehört haben und die sich mit dem Namen Jesus Christus im Glauben und in der Taufe vereinigen, wissen sich verpflichtet zum Dienst des Gebetes für den Frieden, zum Dienst am Frieden, zur Hilfe für die Mitmenschen (Luk.4,18). Entstanden in einer Zeit, in der es verdränglich galt, die Stimme gegen den Kalten Krieg zu erheben und Spannungen abzubauen, die sich als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges zu verstetigen drohten, will die Christliche Friedenskonferenz ein Forum sein, auf dem Christen aus aller Welt sich begegnen und nach dem Willen Gottes in den politischen, sozialen und ökonomischen Problemen der Gegenwart fragen.
2. Die Christliche Friedenskonferenz tritt ein für die Errichtung und Sicherung des Friedens und für die Zusammenarbeit aller Völker auf der Basis des Prinzips der friedlichen Koexistenz.
3. Sie tritt ein für soziale und ökonomische Strukturen, die Unterdrückung und Ausbeutung unmöglich machen und ein menschenwürdiges Leben für alle sichern.
4. Die Christliche Friedenskonferenz und alle ihre Glieder wissen sich solidarisch mit den Volksbefreiungsbewegungen, die gegen Unterdrückung, Hunger, Rassendiskriminierung und Analphabetismus kämpfen. Sie tritt jeder Erscheinungsform des Imperialismus entgegen.
5. Weil alle diese Probleme nur in weltweiter Zusammenarbeit gelöst werden können, bemüht sich die Christliche Friedenskonferenz um Zusammenarbeit mit anderen religiösen und säkularen Organisationen und Bewegungen, die die gleichen Ziele für den Frieden unter den Völkern der Welt anstreben. Insbesondere unterhält die Christliche Friedenskonferenz ständige Kontakte mit der UNO ihren Organisationen, insbesondere der UNESCO, deren Mitglied sie ist.

Diese Aufgaben werden in der DDR, entsprechend dem Statut der OFK III, 12, von der Regionalkonferenz der Christlichen Friedenskonferenz in der Deutschen Demokratischen Republik wahrgenommen. Um dies wirksam tun zu können, gibt sie sich, ohne damit die Offenheit der Bewegung einzuschränken zu wollen, die folgenden Richtlinien für ihre Arbeit:

I. Die Regionalkonferenz

1. Die Regionalkonferenz der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR nimmt auf ihren Tagungen folgende Aufgaben wahr und auf:
 - a) Sie informiert über Zielsetzungen, Arbeitsvorhaben und laufende Aktionen der OFK;
 - b) sie gibt Gelegenheit zur Aussprache über Aufgaben und Möglichkeiten christlichen Friedensdienstes;
 - c) sie nimmt durch eigene Arbeit in bestimmten Sachfragen an den Bestrebungen der OFK teil;
 - d) sie gibt Impulse an Kirche und Öffentlichkeit zur Übernahme von Verantwortung für den Frieden unter den Völkern;
 - e) sie beschließt über Grundsatzfragen der Weiterführung der regionalen Arbeit;
 - f) sie wählt aus ihrer Mitte den Regionalausschuß;
 - g) sie beauftragt die Delegationen für die Allchristlichen Friedensversammlungen, die der Regionalausschuß vorgestellt hat.
2. Die RK tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. Sie nimmt den Jahresbericht des RA entgegen und erörtert ihn.
3. Die Tagungen der RK sind offen für alle, die an christlicher Friedensarbeit interessiert sind.
4. Für die Beratungen der RK gilt:
 - a) jeder Teilnehmer hat das Recht, sich im Rahmen der Tagesordnung zu Wort zu melden.
 - b) Anträge zur Geschäftsordnung können außerhalb der Rednerliste gestellt werden.
5. Für die Beschußfassung der RK gilt:
 - a) Stimmberechtigt sind die Mitarbeiter der RK.

Als Mitarbeiter der RK gilt, wer sich an der Arbeit der OFK beteiligt und bereit ist, sich im Sinne ihres Statuts für die in den Beschlüssen der Allechristlichen Friedensversammlungen gewiesenen Ziele einzusetzen. Die Bereitschaft zur Mitarbeit ist schriftlich zu erklären.

- b) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Wahlen werden in der Regel schriftlich vorgenommen.
 - c) Jeder Mitarbeiter der RK hat das Recht, Anträge zu stellen.
 - d) Anträge auf Veränderungen der Richtlinien für die Arbeit sind unverzüglich mit der Tagesordnung bekanntgegeben zu stellen. Eine unverzügliche Entscheidung ist auf die nächste Tagung vorzubereiten und verschoben, sofern mindestens ein Drittel der Mitarbeiter dies wünscht.
 - e) Die Beschlüsse der RK sind protokollarisch festzuhalten.
6. Die Tagungen der RK werden vom RA einberufen und geleitet. Eine außerordentliche Tagung der RK ist durchzuführen, wenn nicht mind. 50 Mitarbeiter oder ein Drittel der Mitglieder des Präsidiums dies wünschen.

II. Der Regionalausschuß

Der Regionalausschuß führt die Geschäft der Mission 21. Seine Aufgaben sind insbesondere:

- 1) Er sorgt für die Bearbeitung der Thematik der internationalen Studienkommissionen auf regionaler Ebene, beobachtet und koordiniert die Arbeit der regionalen Studienkommissionen, informiert Vertretergruppen und sorgt für angemessene Verwertungsmöglichkeiten. Mindestens einmal im Jahr soll eine Beratung des Ausschusses mit den Leitern bzw. Beauftragten der Studienkommissionen und Arbeitsgruppen durchgeführt werden.
- 2) Er stellt die Delegationen für die Allechristlichen Friedensversammlungen der RI vor und schlägt dem Generalsekretär die Mitglieder für die internationalem Gremien der Bewegung vor.
- 3) Er ruft Aktivitäten an, die der Verbreitung der Gedanken der OFK in den Gemeinden, Gruppen und Kirchen dienen.

- a) Er unterrichtet die Kirchenleitungen in der DDR über die Arbeit der CFK und strebt einen Gedankenaustausch mit ihnen über die Aufgaben der Bewegung an.
2. Der Regionalausschuß wird durch die Regionalkonferenz für 4 Jahre gewählt.
Er besteht aus 20 gewählten Mitgliedern. Er hat das Recht, bis zu 5 weitere Mitglieder zu kooptieren.
3. Der für die DDR zuständige Vertreter des Internationalen Sekretariats ist, sofern er nicht dem RA bereits als Mitglied angehört, zu allen Sitzungen des RA einzuladen. Mitglieder des AFA, die nicht dem RA angehören, können mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen. Entsende des Prager Sekretariats der CFK haben zu den Sitzungen des Regionalausschusses Zutritt und können das Wort ergreifen.
4. Der Regionalausschuß wählt aus seiner Mitte seinen Vorsitzenden, dessen Stellvertreter (bis zu 3) und den regionalen Sekretär. Bei der Wahl der Stellvertreter des Vorsitzenden ist die Reihenfolge festzulegen, nach der bei Verhinderung des Vorsitzenden die Vertretung erfolgt. Der Vorsitzende, seine Stellvertreter und der regionale Sekretär können von einer Zweidrittelmehrheit des Ausschusses abberufen werden. Die Abberufung des Vorsitzenden bedarf der Bestätigung durch die Regionalkonferenz.
5. Der RA soll einmal im Vierteljahr zusammentreten. Er ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und mindestens ein Drittel anwesend sind.
6. In dringenden Fällen können der Vorsitzende oder sein amtierender Vertreter, ein weiterer Stellvertreter und der regionale Sekretär gemeinsam für den RA sprechen. Sie sollen dies in Fühlung mit dem internationalen Sekretär tun.

III. Mitarbeit

1. In der DDR arbeiten entsprechend den internationalen Kommissionen regionale Studienkommissionen.
 - a) Die Leiter der Studienkommissionen werden in Absprache mit den Mitgliedern der Studienkommissionen durch den RA bestellt.

- b) Mitglieder internationaler Kommissionen sollen in der entsprechenden regionalen Kommission mitarbeiten.
 - c) Ergebnisse der Studienarbeit werden dem Regionalausschuß zur Auswertung übergeben.
 - d) In der Regionalkonferenz sollen regelmäßig Berichte der Studienkommissionen erstattet werden.
2. Für besondere Aufträge kann der Regionalausschuß Arbeitsgruppen einsetzen. Arbeitsgruppen, die sich spontan bilden, sollen ihre Bestätigung durch den RA nachsuchen.
3. Es wird von jedem Mitarbeiter erwartet, daß er durch finanzielle Spenden die Arbeit der CFK unterstützt, für die Ziele der Bewegung in seinem Wirkungsbereich eintritt und sich an der Studienarbeit beteiligt.

Ag.-Nr. 224-28/73

Erklärung

Der Präsident der USA hat die Erlaubnis zum Bau von Neutronensprengköpfen erteilt. Mit ihrer potenzierten Strahlenwirkung vernichten diese neuen Bomben in ihrem Wirkungsbereich alles Leben, während Unbelebtes relativ unbeschädigt erhalten bleibt. Damit ist eine neue Stufe zynischer Mißachtung menschlichen Lebensrechtes erreicht.

Wir protestieren gegen diese Entscheidung, in der wir einen Anschlag auf Gottes Schöpfung sehen.

Mit ihr wird das Wettrüsten angeheizt, das mit seiner Vergeudung von Ressourcen die Existenzbedingungen von Millionen Menschen einschränkt.

Mit ihr wird die in Helsinki eingegangene Verpflichtung mit Füßen getreten, "wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die durch ihren Umfang und durch ihre Natur Schritte darstellen, um schließlich eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen".

Wer sich so gegen das Leben entscheidet, versündigt sich gegen Gottes Gebot (5. Mose 30,19). Weil wir im Gehorsam gegen dieses Gebot das Leben wählen, treten wir ein

- für den sofortigen Stop der Herstellung neuer Waffensysteme,
- für die Begrenzung des Wettrüstens,
- für baldige Schritte auf dem mühsamen Weg der Abrüstung.

Wir rufen alle Christen in der DDR und die Kirchen auf, sich mit uns in diesem Bemühen in Fürbitte und Aktion zu vereinen.

Für den Regionalausschuß in der DDR
Prof. Dr. Karlheinz Bernhardt
Pfarrer Rolf-Dieter Günther
Carl Ordnung

Berlin, den 12.8.1977

(Es besteht die Absicht, diese Erklärung dem Nationalrat der Kirchen Christi in den USA zuzustellen. Wer sich mit ihr einverstanden erklärt, wird gebeten, dies bis zum 10. September 77 an folgende Adresse mitzuteilen: 108 Berlin, Planckstr. 20)

Der Generalsekretär der CFK, Dr. Károly Tóth, machte in seinem Bericht auf die Bedeutung des Zeitpunktes aufmerksam, zu dem die Arbeit des Internationalen Sekretariats in Bukarest geschieht: Einerseits fällt diese Arbeitsstagung zusammen mit der Wahl und mit der Inthronisation des neuen Patriarchen der Rumänischen Orthodoxen Kirche, Seiner Seligkeit Justin, von dessen Seite die Christliche Friedenskonferenz seit ihren Anfängen eine besondere Unterstützung erfahren hat, indem er aktiv an den Zusammenkünften ihrer Organe teilnahm; andererseits wird auf allgemeiner europäischer Ebene in Belgrad die vorbereitende Versammlung der Vertreter der Mitgliedsstaaten der KSZE eröffnet. Von diesen Beratungen erwartet die Weltöffentlichkeit einen wesentlichen Fortschritt in der gemeinsamen Interpretation der Schlussakte von Helsinki durch die Signatarstaaten sowie eine Aufnahme ihrer Prinzipien in bilaterale und multilaterale Verträge.

In seinem Bericht sprach der Generalsekretär auch über die jüngste Entwicklung der Verhältnisse im Nahen Osten, die die Gefährlichkeit dieses Krisenherdes für den Weltfrieden steigern. Er berichtete über seinen Besuch mit einer Delegation der CFK in Vietnam. Das Internationale Sekretariat brachte zum Ausdruck, dass es von dem Vertrauen des vietnamesischen Volkes tief beeindruckt ist, und es begrüßt die neu eröffnete Möglichkeit, durch Vermittlung der CFK kirchliche Hilfe beim Wiederaufbau zu leisten und so die langjährige Solidarität im Kampf um Befreiung fortzusetzen. Dr. K. Tóth nahm Bezug auf die Situation in Afrika und gedachte des 16. Juni, des Jahrestages des Massakers in Soweto (Südafrika).

Während der drei Arbeitstage wurde die Tätigkeit der CFK im Zeitraum April bis Juni analysiert und das Programm der künftigen Aktionen festgelegt. Die Bedeutung der Weltkonferenz der "Vertreter der Religionen für dauerhaften Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen zwischen den Völkern", die vom 6.-10. Juni 1977 in Moskau stattgefunden hat, wurde herausgestellt. Diese Weltkonferenz hat Vertreter der verschiedenen Glaubensrichtungen, Traditionen, Kulturen aus allen Erdteilen zusammengeführt. Sie gab Gelegenheit zu besserem gegenseitigen Kennenlernen und bestätigte die gemeinsame Wertschätzung des Lebens und der Einheit der Völker im Kampf für ein besseres Leben in Sicherheit und Frieden. Die Weltkonferenz bedeutet somit eine grosse Bereicherung für die weitere Arbeit der CFK.

Die Aufgaben, die der CFK in den Vorbereitungen für die V. ACFV gestellt sind, wurden herausgearbeitet. Die V. ACFV wird vom 22. bis 29. Juni 1978 in Prag unter dem Thema "Gottes Ruf zur Solidarität - Christen für Frieden, Gerechtigkeit und Befreiung" stattfinden.

Das Internationale Sekretariat schloss am 17. Juni, dem Weltabruistungstag, das Anliegen der Förderung der Abrüstung in seine Gebete ein.

Am Abend des 18. Juni gab das rumänische Patriarchat einen Empfang zu Ehren der Mitglieder des Internationalen Sekretariats. Daran nahmen teil Seine Eminenz Monsignore Nicolae Corneanu, Metropolit des Banat, die Mitglieder der Heiligen Synode, Vertreter der zuständigen Behörden, Vertreter anderer Kirchen in Rumänien sowie Professoren des Theologischen Instituts von Bukarest.

Bei der Feier der Inthronisation Seiner Seligkeit des Patriarchen Justin am Sonntag, dem 19. Juni, wurde die CFK durch ihren Generalsekretär Dr. K. Tóth vertreten.

Die Tagung des Internationalen Sekretariats in Bukarest hat die Verbindungen mit der Orthodoxen Kirche in Rumänien als einer der Mitbegründer der CFK vertieft.

Die Mitglieder des Internationalen Sekretariats brachten Seiner Seligkeit, dem Patriarchen Justin, ihre Dankbarkeit für die ihnen von der Orthodoxen Kirche Rumäniens erwiesene Gastfreundschaft zum Ausdruck. Dabei gedachten sie besonders der grossen Prüfungen durch das Erdbeben am 4. März 1977.

Sie sind davon überzeugt, dass die Orthodoxe Kirche Rumäniens der Arbeit der CFK ihre brüderliche Unterstützung auch in Zukunft zu teil werden lässt.

Die nächste Tagung des Internationalen Sekretariats wird im September 1977 in den Niederlanden stattfinden.

X X X

Feierlichkeiten anlässlich der Inthronisation Seiner Seligkeit Justin, des neuen Patriarchen der Rumänischen Orthodoxen Kirche

Am Sonntag den 19. Juni fand in Bukarest die Feier der Inthronisation Seiner Seligkeit Justin, des Patriarchen der Rumänischen Orthodoxen Kirche, statt. Der Generalsekretär der CFK, Dr. Károly Tóth, begrüsste bei diesem Anlass den neu gewählten Patriarchen im Namen der Bewegung. An der Inthronisation haben eine Reihe von Vertretern der Orthodoxen Kirchen teilgenommen - z.B. der armenische Patriarch Katolikos Vasgen I., der bulgarische Patriarch Maxim, die Vertreter des Patriarchats von Alexandria, Antiochia, Moskau und Georgien sowie Repräsentanten der orthodoxen Kirchen aus Griechenland, Polen, aus der ČSSR sowie aus weiteren Ländern, Kardinal Willebrands entbot dem neuen Patriarchen im Namen Papst Paul VI. Grüsse. Der Weltrat der Kirchen war durch den stellvertretenden Generalsekretär Dr. Allan Brash vertreten, die Konferenz Europäischer Kirchen durch Dr. G.G. Williams; anwesend war ebenfalls der Vertreter der Erzbischofs von Canterbury und eine Reihe weiterer bedeutender Persönlichkeiten, sowie hohe Vertreter der Sozialistischen Republik Rumänien.

In seinem Grusswort sagte der Generalsekretär der CFK, Dr. K. Tóth u.d.: "In diesem Moment - davon bin ich überzeugt - gedenken viele Christen in der ganzen Welt in ihren Gebeten und mit ihren Segenswünschen der Rumänischen Orthodoxen Kirche. Auch die Mitglieder der CFK beten zu Gott für den Mann, der von Ihm berufen wurde, Haupt der Kirche zu sein: Seine Seligkeit Patriarch Justin.

Zu diesem Anlass darf ich dankbar bekennen, dass die Persönlichkeit Seiner Seligkeit Justin bekannt, geehrt und geliebt ist bei und von den Gläubigen, den Kirchen, den verschiedenen Ausschüssen unserer Bewegung, der CFK in Europa, in Asien, Afrika, in Amerika. Für uns ist Patriarch Justin eine Persönlichkeit, die uns gehört, mit der wir durch starke und enge Beziehungen des Glaubens verbunden sind.

Als eine der Gründungskirchen der CFK hat die Rumänische Orthodoxe Kirche einen speziellen Beitrag zu den Bemühungen der Christen geleistet, indem sie uns daran erinnert, dass die Bemühungen der Christen um Frieden in der Welt durch das Evangelium Christi motiviert werden, eine wirklich gute Nachricht. Millionen und Aber-Millionen von einfachen Menschen auf unserem Planeten können keine bessere Nachricht als die vom Frieden erfahren. Auf allen Kontinenten sind die Menschen - ungeteilt verschiedener philosophischer und gesellschaftlicher Systeme - ausgesprochen aufgeschlossen gegenüber allen Bemühungen, die den Frieden zum Ziel haben. Darum sollen die Kirchen und Christen, durch ihren Glauben und ihre moralische Kraft geleitet, zum Frieden in der Welt beitragen.

Die Rumänische Orthodoxe Kirche ist nach wie vor eine Kirche des Volkes. Wir in der CFK halten es für eine grosse Ehre, dass diese Kirche zu den Mitgliedskirchen unserer Bewegung gehört."

X X X

Die Zusammenarbeit der Weltreligionen im Interesse des gerechten Friedens und der Abrüstung

Aus Initiative und auf Einladung Seiner Heiligkeit Pimen, des Patriarchen von Moskau und ganz Russland und mit der Unterstützung aller Kirchen und Religionsgemeinschaften in der UdSSR fand in Moskau vom 6.-10.Juni 1977 die Weltkonferenz religiöser Vertreter für dauerhaften Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen unter den Völkern statt. Die Konferenz stand unter dem Vorsitz des Metropoliten von Tula und Belev Juvenalij mit weiteren Repräsentanten verschiedener Religionen. Es waren ca 650 leitende Repräsentanten von Buddhisten, Christen, Hinduisten, Juden, Mohammedanern, Shintoisten und Sikhs aus 107 Ländern der ganzen Welt anwesend.

Auf der Konferenz waren Delegierte und Beobachter des Weltbundes der Baptisten, des Muselmanischen Weltkongresses, des Ökumenischen

Rates der Kirchen, des Heiligen Stuhls, des Lutherischen Weltbundes, der Asiatischen Buddhistischen Friedenskonferenz, vieler religiöser Regional- und Weltorganisationen anwesend. Darüber hinaus waren viele hervorragende religiöse Leiter, Theologen, angesehene Staats- und Gesellschaftsvertreter, national und international anerkannte Personen anwesend.

Die CFK hat bereits an den Vorbereitungen der Konferenz einen aktiven Anteil genommen und auf der Konferenz war sie mit einer 16köpfigen Delegation vertreten. Zur Delegation gehörten: Metropolit von Leningrad und Nowgorod, Nikodim; Generalsekretär Dr.K. Tóth (Ungarn); Vizepräsident Bischof Dr. Tibor Bartha (Ungarn); Dr. Herbert Mochalski (BRD); Rev. Christie Rosa (Sri Lanka); Brian Cooper (Großbritannien); Mr. A.Samarajiva (Sri Lanka); Mr. Stanford Shauri (Tansanien); Mr. Cole-Wilson (Sierra Leone); Pfr.E. Krispin (DDR); Pfr. Roger Parmentier (Frankreich); Pfr.Dr.G. Berndt (West Berlin); Pfr.H. Drewes (BRD); Dr.Claus Hebler (BRD), Rev.X. Baeschlin (Schweiz), Rev. Luigi Martini (Italien).

Vizepräsident der CFK, Dr.H. Mochalski, verlas die Grussbotschaft des Metropoliten Nikodim, der aus Gesundheitsgründen an der Konferenz nicht teilnehmen konnte. In seiner Grussbotschaft wünschte der CFK-Präsident dieser bedeutenden Versammlung vollen Erfolg.

Neben der offiziellen CFK-Delegation nahmen an der Konferenz viele CFK-Mitarbeiter im Rahmen ihrer Kirchendelegationen teil. Vizepräsident der CFK, Prof. Sergio Arce-Martinez wurde zum Mitglied des sechsköpfigen Arbeitsvorstandes gewählt, Vizepräsident Generalbischof Dr.J. Michalko wurde zum Mitglied des Redaktionsrates gewählt, das Mitglied des Arbeitsausschusses Metropolit Paulos Mar Gregorios hielt ein Korreferat (Gerechte Beziehungen unter den Völkern), das der Analyse der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung gewidmet war, der Generalsekretär der CFK, Dr.K. Tóth, war Vorsitzender einer der Arbeitsgruppen.

Das Hauptreferat, das der Verhandlung der Konferenz die Orientierung gab, hielt Mufti Babachan, Vorsitzender der Geistlichen Verwaltung der Moslems von Mittelasien und Kasachstan, Korreferenten zu einzelnen Fragen des Themas waren Generalsekretär der Allafrikanischen Kirchenkonferenz Kanonikus Burgess Carr, der Kanonikus der römisch-katholischen Kirche aus Belgien, Raymond Goor und Metropolit Paulos Mar Gregorios. Die Verhandlungen verliefen in Plenarsitzungen und in den Arbeitsgruppen und mündeten in die Annahme von Schlussdokumenten. Neben dem Communiqué wurden Aufrufe an die Regierungen und an die Gläubigen in aller Welt angenommen.

Im Appell an die Regierungen hieß es, dass die Teilnehmer der Weltkonferenz die internationale Entspannung begrüßen, weil sie darin eine unabdingbare Bedingung für die Gewährleistung des Friedens und der Gerechtigkeit in der ganzen Welt sehen, und rufen alle Staaten auf zur Ausdehnung der Entspannung auf alle Regionen der Welt, dazu, dass der politischen Entspannung die militärische und ökonomische folgt, damit die Entspannung einen unumkehrbaren Charakter bekommt. Im Appell heißt es weiter, dass die Teilnehmer

der Konferenz sich an die Regierungen mit der Aufforderung wenden, entschiedene Massnahmen zur Reduzierung der Militärbudgets, der Produktion von Waffen und des Waffenhandels zu ergreifen, und zu sichern, dass die dabei eingesparten materiellen und menschlichen Ressourcen für das Gute und für die Arbeit zum Wohl der ganzen Menschheit ausgenutzt werden.

Mit Berufug darauf, dass in vielen Regionen der Welt immer noch Konfliktquellen bestehen, unterstrichen die Autoren des Appells ihre Überzeugung davon, dass für die Errichtung eines dauerhaften Friedens die Herstellung gerechter ökonomischer Beziehungen sowohl im Rahmen einzelner Staaten als auch zwischen ihnen notwendig ist. "Wir bedauern, dass politische Entkolonialisierung zu keiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Staaten geführt hat." Im Appell wird das Wachstum des neokolonialistischen Systems der Ausbeutung verurteilt, das durch ungerechte Handelsbeziehungen und durch das Weltsystem der Marktwirtschaft unterstützt wird, das durch den Militär-Industrie-Komplex und die multinationalen Korporationen gestärkt wird mit ihrer ungeheuren und unberechtigten Macht, welche sie ausnutzen für die Einflussnahme auf die Geschicke der Völker im Interesse des monopolistischen Kapitals.

Im Appell an die religiösen Vertreter und Gläubigen wird die Bedeutung der interreligiösen Zusammenarbeit in der Welt für die Tätigkeit für die Sache des Friedens betont. Im Appell heisst es, dass die religiösen Unterschiede die Teilnehmer der Konferenz nicht trennen konnten, weil ihre ethischen Sorgen ähnlich waren und weil die Teilnehmer der Weltkonferenz in ihrer Besorgnis um die Geschicke der ganzen Menschheit gemeinsame Berührungspunkte gefunden haben.

Im Dokument wird die wachsende Rolle der NGO's in der Beeinflus-
sund der öffentlichen Meinung, in der Bekämpfung der Lügenpro-
paganda und bei der Veränderung der Politik der Regierungen im
Interesse aller Menschen betont.

Die Weltkonferenz erhielt eine Reihe von Grussbotschaften, so z.B. vom Generalsekretär der UNO, Dr. Kurt Waldheim, vom Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR A.N. Kossygin, vom Präsidenten der Republik Zypern Erzbischof Makarios, vom Präsidenten der Republik Liberien Dr. W.R. Tolbert und von weiteren Repräsentanten von Staaten und Religionen. Die Versammlung haben auch Vertreter des Heiligen Stuhls, des Weltkirchenrates und der Konferenz Europäischer Kirchen begrüßt.

Diese einzigartige, umfassende ökumenische Versammlung von Repräsentanten der grössten Weltreligionen hat erwiesen, dass sowohl die allgemeine internationale Situation, die einerseits durch den fortgesetzten Entspannungsprozess, andererseits durch die zunehmende Not in einigen Ländern der Dritten Welt charakterisiert ist, als auch die moralischen Prinzipien dieser Religionen ihre Angehörigen zur Erkenntnis der Notwendigkeit der aktiven Zusammenarbeit im Interesse des friedlichen und gerechten Lebens führen.

X X X

Zusammenarbeit der CFK mit verschiedenen Organisationen

Am 26. Mai wurde bei der 26. jährlichen Arbeitstagung der 320 Nichtregierungsorganisationen, die mit dem UNO-Büro für Öffentliche Information in Verbindung stehen, der NGO-Exekutivausschuss für den Zeitabschnitt 1977-78 gewählt, und zum ersten Mal wird die CFK in diesem Gremium vertreten sein. Der CFK-Vertreter, Philip Oke, wurde in die Funktion des Berichterstatters gewählt, der die Hauptverantwortung für die jährliche Konferenz der NGOs in den Vereinten Nationen trägt.

x

Vom 28. Juni - 1. Juli 1977 veranstaltet UNESCO in Varna (Bulgarien) ein Meeting zum Thema "Dialog und Kooperation für friedliche Ziele in einer Welt der theoretischen Widersprüche". An der Begegnung nehmen Philosophen, Soziologen, politische Experten, Friedensforscher, Journalisten teil. Die CFK wird durch Prof. Todor Sabev (Bulgarische Orthodoxe Kirche) vertreten sein.

x

World Fellowship of Orthodox Youth (SYNDESMOS) veranstaltet vom 20.-26. Juli in Chambésy (Schweiz) ihre neunte Vollversammlung zum Thema: "Dein Reich komme!" Die CFK wurde zur Teilnahme eingeladen und wird von Dr. Aurel Jivi (Rumänien), Prof. Anchimiuk (Polen) und Mr. Luca Negro (Italien) vertreten sein.

X X X

CFK-Delegation in Australien

Neun Tage lang, vom 23.-31. Mai 1977, besuchte eine Delegation der CFK, der Dr. R.J.Chandran (Indien), Präsident der Asiatischen Christlichen Friedenskonferenz, Bischof Makary (UdSSR) und H.-J. Zobel vom Träger Stab angehörten, in Begleitung von Pfr. Wesley Hartley, Australien. Auf der Rundreise wurde in Perth (Westaustralien), Melbourne (Victoria), Hobart (Tasmanien) und Sydney (Neusüdwales) Station gemacht, um mit ökumenischen Räten, Kirchenleitungen, Pfarrern und interessierten Laien über die internationale Arbeit der CFK zu sprechen und Fragen und Probleme christlichen Engagements für Frieden mit Gerechtigkeit zu diskutieren. In Sydney fand u.a. ein dreitägiges Seminar unter dem Thema statt: "Frieden mit Gerechtigkeit - Aufgabe der Christen heute". Im Verlaufe des Seminars wurde der Beschluss gefasst, im Oktober dieses Jahres einen Regionalausschuss der CFK in Australien zu gründen.

X X X

1973 erste Sitzung in New York

Dr. Ebbs, Geaß

UNO und NGOs

breites Spektrum - verstärkt polit. Aktion (früher starker Wohlstandsfokus)

kritischeres Gegenüber zu den Regierungen - unabh. Status

Hauptprobleme: Entwicklungshilfe + Flüchtlingshilfe (Experten und Mitarbeit)

Res. 1296 Beziehungen zwischen NGOs und UNO

Gliedert: 1. 2. 3. Bezeichnungen

4. Liste ob. Org.

Tagesordnungsblatt, Beamter
selbst sprachen

- Komm. diff.
- 1. Gemeinschaft / Tatkraft und Arbeitsweise (langsame Papier)
 - 2. längere Beratung und Unterstützung
 - 3. Roster - alle Org. die Beratung erfüllen können
 - 4) Inform. unter Arbeit der UNO

Seit 1970 NGO-Sektion - Solutionsbrief hat die NGO Arbeit zu fördern - ECOSOP führt 21. Konferenz durch - sehr besonderlich, da durch pension. Die Kontinuität jenes und Grundstellsprachlichen gelöst werden müssen jetzt übersteuert. Komitee vom ECOSOP 1x in 2 Jahre sitzung (nicht eine Veröffentlichung oder Protokolle)

Bewertung für Aktivitäten:

- christl. NGOs:
- 1) ethische spirituelle moral. Unterstützung,
 - 2) gegen Kritik und Illusionen und Pessimismus & qualif. Problemanalyse und Hoffnungsansätze
 - 3) Geist des Friedens und der Kooperation
 - 4) Übermittlung von Erfahrungen aus den Ordnungen bei der Übereinkunft von Bernier
 - 5) Lohn und Kampf der Völker wo die Basis her nicht leer werden. (Nicht Expertenarbeit sondern Mitarbeit)

Wien-Konferenz 1845 (622. off. Verhandlungen der Antislavery-Union) legten diese föderale aufgrbl. Initiative des SU (wegen Wirtschafts- u. Volksander noch Beschl. von Jalta) drei Mächte Regierungskonf. in Moskau - Notwendigkeit des Gründg. als prakt. Schritt festgelegt. Teheran - erneut Rechtfertigt - Verantwortung der Großmächte für den Friede (bed. für Vetorecht)

Jalta Februar 45 Gründungsverein festgelegt

25.4.45 Gründung (zusätzl. Vereinigung der amerik. und sowj. Truppen bei Torgau)

in San Francisco (600 Abonnenten u. 1. Esordiente)

26. Jun. 45 Unterzeichnung der Dokumente 51 Gründungsstaaten (USA-Ländern, CHINA usw.) - effekt. mit westl. Staaten ab. Meldeamt

Vorsteher des SU zu Frage des Kolonialismus - sicht auf der Ebene der Souveränität geeignet werden.

(effekt. für dem. Gründungsstaat war geübt auf den Kampf des Faschismus)

Die ersten 15 Jahre

Gleich nach Gründung begannen die Versuche der westl. Allianz den europäischen ehemaligen eingekreisteten Staaten Krieg in die Uno hinzuzutragen z.B.

Nichtzulassung der VR. China - Überprüfung aller Uno-Denunzen Blockade gegen Aufnahme sowj. Staaten (mit 54 Albanien, Jugoslawien, Kroatien 1955 Einzug in die Uno als Sieg der Uno gefeiert (Geschichte hat die wirkliche Position aus Licht gebracht)).

1950 3. Afrikani. Mtg. - 1960 6. afri. Mtg. / afro-asiat. von 19 zu 50 Mtg.

1960 Veränderung der Kräfteverh.- durch Aufnahme von 16 afrikani. Staaten & Recht auf Selbstbest. und Unabh. aller Staaten

Goodrich - Uno wird immer weniger ein Instrument des antisowjet. Kampfs vielmehr ein Podium des afro-asiat. Wohl. Kämpfers

Hoover: Uno kann keine Hoffnung auf Friede und Wohlleben (zum Teil Interesse Moskaus) & Verstoß gegen Gründung, eins Ratete des Frieden Nationen"

Nach Erniedrigung Bezeichn. in 1. Periode des Vietnam-Krieges - Verschärfung
des Wettbewerbs unter neuen Machtverhältnissen

Mehrere 147 Staaten - $\frac{2}{3}$ afro-asiat. Staaten - 2 funktionale breite
große Blockgruppen

Ausblick und Perspektive: z.B. Kleinere Pausenvertrag

Pausenverhandlung (Bayreuth 33 durch SIC auf Abstandsp-
konf. - Land-Konf. 33 zugestimmt - 53 Entwurf - erst 74 angen.)
Konvention über Menschenrechte
zu Rassentrennung

Konflikte: 1964 - Auslobung des Entzugs der Stimme rechts wegen finanz.
Schulden für Korea und Congo \leftarrow Consensus beschluss gege-

\rightarrow diese Form hat sich bewährt z.B. Israel Resolution

Uno kein Forum zur Regelung aller Fragen - aber Ort, an dem alle
Probleme diskutiert werden können - z.B. Rückübergabe innerafrikani-
scher Kolonien (nicht alle afrikan. Staaten unter einer Befreiungs-Partei - kann
nur eine einzige bei der Uno) \rightarrow viele Staaten haben stellvertr. Repräsentanten delegiert
- Protokoll einzuholen - z.B. durch private Konsultationen

Probleme des Mehrheitsrecht. und Chartarevision

USA kann noch immer (zwar mit Schwierigkeiten) $\frac{1}{3}$ entziehen -
bevölkerungen tragen $\frac{2}{3}$ Entscheidungen
Sicherheits- Wirtschafts- und Sozialrat - Einstimmigkeit
24 Städten auswählen zur Durchsetzung des Kolonialismus
internat. Rechtsausschuss (Gerichtshof) kaum frequentiert; Sicherheitsrat vonau-
sgig USA-Bürgern;

SIC: Charta unantastbar (63 Errichtung des Sicherheitsrates) / 109 um allgem. konf.

Gossner-Vorlesung beschlossen (USA best. Stimm- und Notabstimmung
 \rightarrow Beitrag)

Kernfrage: Verhältnis zwischen Sicherheitsrat und Vollversammlung
Problem a/ Vollversammlung erfordert - Empfehlungen ($\frac{2}{3}$ Mehrheit)
Maßnahme in Kapiteln des Rates (Einführungslit.)

UNO-Weltparlament? Würde Einbindung der sozialen Dienstleistungen bedeuten

Heute Probleme durch Präfeten Chancen (Kommunalfest)

Vollversammlung: Beschlüsse laufen über Wirtschafts- und Sozialrat in die Vollversammlung
Wu und Wu verteilt weiter, Fonds

Verh. Gruppenstaat - kleine Staate (Vertreter im Sicherheitsrat)
mit Einstieg und Art. 24 und 25 unterschrieben

1) Rechtshilfsber. Fernsehbeitr.

- a) Schicksalshabekonferenz für Chile in Athen (Forts vom Marshallkongress.)
- große Volksversammlung (1.11. Nov. = Tag des Militärputsches 1973) b.v. Städte;
- Faschismus bestygbar - Konf. mit kontr. Aktionsprogramm
- 83 Städte → 114 internatl. Org. vertreten
- Stadtinternat. Städte aktiv (auch Norwegen)

5. By - Parlamentarier - Gewerkschaft - Wissenschaft - Frauen - Kirchl. Vertr. -

~ 500 Delegierte - By Kirchl. Vertr. ~ 30 : keinem Arbeit möglich - starke Positionenvereinigung: kein Differenzen
z.T. noch Alternative Christentum + Missionar Problem, wenn aber nicht am tragen.

Berichte über Anhängerverfolgung in Chile o.B. Diktatoren etc.
für Janta alles links, was gegen sie ist - bis hin zum EKID + Außenamt:

Bischof zu Matto: Menschenrechte - Resolutionsentwurf -
Interventionen beim Papst zu seines Stellungnahme und dabei
die diplom. Beziehungen

Dokumente: Aufruf an denken Volk - an die Völker -
- Muo Gru. folgt.

Abstimmung: e.ust.urnig (Entscheidung: Rumänien)

Parallelen von Chile zu Brasilien und Paraguay auf-
gedeutet - Faschismus zeigt steigende Radikalisierung

Plattformvorschläge: Erklärungen nicht nur milit. unterstützen - zuvieren für die Arbeit im befreiten Chile

a) Aufgaben:

Ber. des frak. Portion in

Friedenkampf (Ausübung und Gemein-
samen Kämpfen in Solidaritätsgruppen)
Kooper. mit Kindern

b) Rechtshilfsber. Solidaritätsarbeit stand im Vorde-
grund - II Bildungsarbeit ; 50. Jahrestag der Befreiung
ausgedehnt auf Sch. und anderen Menschen →
so leute doch wichtige Befreiung

Gspr. Bunt - Ressortkonsolidierung - enttäuscht und - kann zu keinem gemeinsamen Verant. - zunächst wichtige Gemeinschaftsproblem erörtert werden (d.h. prakt. Zusammenarbeit möglich - also unabhängig) → dann ist jetzt prakt. Engagement wichtig!
Zusammenarbeit hat sich erhöht, z.B. Teilnahme von Kirchlichen Personen an CFK-Tagen - Darleb. des Weltkongr. der Frauen durch Frauenhilfe - auch ausl. Unterstützung

Jesicht Auseinandersetzung

Temperatur positiv - Friedensgebiete:

- a) 25 neue Mitarbeiter - wollen sinnvolle Arbeit leisten -
- b) Hauptfeld: Studien und Informationsarbeit
neue Pg. Bauten: soziale Bedeutung der Zwischenräume
im Raum im Friede

Umw. Gruppe Bauten (C.E. Roll) - Erg.: Studium wird über Menschenrechte (internat. Bed.)

Auseinandersetzung Schlossstadt: Gemeinschaftsamt.

Jugendkino: Handelte es sich um Freiheit im Frieden?
Lyriq Einheit der Kirche in internat. Kriegszeit
noch nicht
Kunst: { Friede und Dialog
Development

Europa { Friede im kleinen Orden

Sammlung: Regel für den sozial. Friedenseinsatz

Kommunikat. Institut Schumann Frieds - Ref.

deutl.: krit. Standpunkt in der Kirche

Europ. Wk. Univ. 13/14 1. Bla

Vom Antifaschismus zum Parteispezialismus

c) internat. Tag: Paul Baudouin Plenarität
Mon. Polson France

II. Bericht Oderberg weiter: Braucht einstimmiges Gotha unter, um sie in Gemeinde einzuführen.

Beisp. Oderberg: Gemeindepolitik kooperiert mit CFK - sollte stark angepasst werden.

Bericht zu Kielce: Nicht nur über Wiedergeltung zu reagieren - man sollte aber auch ihre Potenzial nutzen.

Dritter Bericht: Studentenrat Leipzig: Teilnahmezahl schwankt
(Studentenkunne schlägt an Zeit und Protagonist)

Bericht: Sprecherei - CFK in Beziehung zu polit. Agitation & mit Prognose setzen Wiedergeltung - einzelne Wiedergeltungsmaßnahmen für Mitarbeit beweisen.

Erster Bericht: Wied. der von Cicilia Rosa angeregte Uno-Dok.

Bericht zw. 1 - 8. Mai Friedensmarch mit Frau. Prinzessin für die Gemeinden.

Schließpunkt Oderberg: Übernimmt Materialflussauftrag - Teilnahme von Laien durch offizielle Schwestern begünstigt.

Gemahndt: Verh. zu Kirche davon bestimmt, ob OTK für jede Form von Mitarbeit offen ist. & hier schwerlich daruntergefallen zu finden.

& Coop. auf allen Ebenen - auch Kirchenbg.

Wichtig

MATERIALHINWEISE

Martin Luther King: WARUM WIR NICHT WARTEN KÖNNEN
Union-Verlag Berlin 1965

Coretta Scott King: MEIN LEBEN MIT MARTIN LUTHER
KING
Union-Verlag Berlin 1971

INFORMATIONEN Nr. 4/71 ; 1-2/72 ; 7-8/72 ; 8/75 und
6/76 .

Bildstreifen

In Zusammenarbeit mit der Mittelstelle für Werk und Feier können wir Ihnen einen Bildstreifen mit 17 schwarz-weiß Dias anbieten, die zur Arbeit mit dem Inhalt dieser INFORMATION ausgewählt wurden.

Bestellungen bitte an die
Mittelstelle für Werk und Feier,
13 Eberswalde, Schillerstraße 15.

Preis ca. 3,00 Mark.

Oekumenische Bibelrüstzeit

21. - 31. August 1978

im Evangelischen Jugendheim Gera - Unterm Haus

Der Oekumenische Jugendrat in der DDR will mit dieser jährlichen Rüstzeit junge Leute aller Kirchen und Konfessionen zum Gespräch über den Glauben zusammenbringen.

Die Leitung der Rüstzeit hat eine Gruppe von Jugendleitern und Jugendpfarrern der verschiedenen Kirchen.

Es sind noch einige Plätze frei!

Mindestalter für die Teilnehmer: 18 Jahre

Anmeldung und nähere Auskünfte:

Franz Beutel
64 Sonneberg, Juri-Gagarin-Straße 13

MATERIALHINWEISE

Wichtig
• • •

Martin Luther King: WARUM WIR NICHT WARTEN KÖNNEN
Union-Verlag Berlin 1965

Coretta Scott King: MEIN LEBEN MIT MARTIN LUTHER
KING
Union-Verlag Berlin 1971

INFORMATIONEN Nr. 4/71 ; 1-2/72 ; 7-8/72 ; 8/75 und
6/76 .

Bildstreifen

In Zusammenarbeit mit der Mittelstelle für Werk und Feier
können wir Ihnen einen Bildstreifen mit 17 schwarz-weiß
Dias anbieten, die zur Arbeit mit dem Inhalt dieser INFOR-
MATION ausgewählt wurden.

Bestellungen bitte an die
Mittelstelle für Werk und Feier,
13 Eberswalde, Schillerstraße 15.

Preis ca. 3,00 Mark.

Regionalausschuß der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR

1054 Berlin, 3. Dezember 1975
Wilhelm-Pieck-Strasse 5

E i n l a d u n g

Die Weltorganisation der Vereinten Nationen hat im Oktober 1975 ihren 30. Gründungstag begangen. Vor allem während der letzten Jahre hat sie einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung des Weltfriedens geleistet. Der Regionalausschuß der CFK veranstaltet am 13. und 14. Januar 1976 in den Räumen der Goßner-Mission, 1055 Berlin, Göhrener Str. 11 (Nähe Dimitroffstr., Ecke Prenzlauer Allee) ein Seminar, das der Information über die Arbeit der UNO und der Erörterung von Möglichkeiten zu ihrer Unterstützung durch Kirchen und Christen gewidmet sein soll. Zu diesem Seminar, das unter dem Thema

"30 Jahre UNO - vom Antifaschismus

zum Antiimperialismus"

steht, werden Sie hiermit herzlich eingeladen.

Dienstag, 13. Januar

10.30 Uhr	<u>Felicitas Richter</u> , Generalsekretär der Liga für die Vereinten Nationen in der DDR, Berlin <u>Entstehung und Entwicklung der UNO</u>
13.00 "	Mittagessen
14.00 "	<u>Prof. Dr. Helmut Faulwetter</u> , Direktor des Instituts für Entwicklungs-länder, Hochschule für Ökonomie, Berlin <u>Die VII. UNO-Sondersitzung - zu Fragen einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung</u>
15.30 "	Kaffee
16.00 "	Aussprache
17.30 "	Abendbrot

18.30 Uhr Pfarrer Rolf-Dieter Günther, komm. Superintendent,
Beelitz
CFK und UNO

Mittwoch, 14. Januar

9.00 Uhr Dr. Dwain Epps, stellvertretender Direktor
der Kommission der Kirchen für Internationale
Angelegenheiten, Ökumenischer Rat der Kirchen,
Genf
Entstehung und Rolle der
NGO-s (Nichtregierungsorganisationen)
im System der UNO

12.00 " Zusammenfassung

13.00 " Mittagessen
Abschluß des Seminars

Bitte schicken Sie die beigefügte Anmeldung bis zum
1. Januar zurück.

Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Advents- und Weihnachts-
zeit und alles Gute für das Neue Jahr.

— gez. Carl Ordnung

Ich melde mich zur Teilnahme am Seminar "30 Jahre UNO"
am 13. und 14. Januar 1976 an.

Ich benötige ein / kein Nachtquartier für die Nacht
vom zum

Ich nehme an folgenden Mahlzeiten teil: Mittagessen 13.1.....
Abendessen 13.1..... Mittagessen 14.1.....

Name:

Anschrift:

Ag.-Nr. 224/140/75

An alle Mitarbeiter der CFK in der DDR

Liebe Freunde!

Die CFK-Studiengruppe "Friede im Nahen Osten" hat uns aktuellem Anlaß die folgenden "Thesen zur Zionismusfrage" erarbeitet. Der Regionalausschuß ist der Meinung, daß diese Thesen vor einer Veröffentlichung noch einer Überarbeitung bedurfen. Sie sind gebeten, dabei zu helfen. Sollten Sie Vorschläge und Kommentare dazu haben, dann senden Sie sie bitte bis 10. März an meine Adresse.

Berlin, Ende Januar 1976

gez. Carl Ordnung

1054 Berlin,

Wilh.-Pieck-Str. 5

Die UNO hat in einem Beschuß am 10. November 1975 den Zionismus als eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung bezeichnet. Um die politische Bedeutung dieser Resolution zu verstehen, müssen folgende Zusammenhänge gesehen werden.

1. Es ist nicht das erstemal, daß UNO-Gremien oder andere Weltkonferenzen den Zionismus, wie er von der Politik des Staates Israel heute usurpiert ist, verurteilen und dabei Rassismus verwenden.
Begriffe wie

2. Die Palästinenser sehen sich infolge der Politik des Staates Israel in einer Situation, von welcher sie meinen, daß sie jener ähnlich sei, die die Juden unter dem Faschismus erfahren haben.

Sie fühlen sich in ihrer Meinung bestärkt:

- durch den Verlust der Heimat im Ergebnis des auf UNO-Beschluß zu stande gekommenen Staates Israel,
- durch die Expansion Israels nach dem Krieg 1967 und ihre verminderten Rechte, besonders in den unter Besetzungsregime stehenden annexierten Gebieten,
- durch die Diskriminierung aufgrund des Araber-Seins.

Wer diese Erlebnislage und Fakten nicht berücksichtigt, wird keinen Ansatz zu einer friedlichen Lösung des Nahostproblems finden.

3. Der UNO-Resolution geht es nicht so sehr um eine Definition des komplexen historischen Phänomens Zionismus. Ihr geht es in erster Linie um die Verurteilung einer Politik, die sich als zionistisch ausgibt und die sich durchaus einfügt in die imperialistischen Vorherrschaftspläne im Nahen Osten.

4. Eine Lösung des Nahostproblems wird nur auf der Grundlage ohne Berücksichtigung der einschlägigen UNO-Resolutionen nicht möglich sein, und setzt voraus, daß alle am Konflikt Beteiligten ernsthaft um eine politische Regelung bemüht sind. Das schließt einerseits die Anerkennung der gerechten Forderungen der palästinensischen Araber auf Eigenstaatlichkeit durch die Juden und andererseits die Zustimmung zum Fortbestand des Staates Israel durch die Palästinenser ein.
5. Zionismus wirkt primär als eine Spielart des Nationalismus und ist als solcher Bestandteil bürgerlicher und imperialistischer Ideologie und Politik. Nationalismus ist gekennzeichnet durch die Versuche der herrschenden Ausbeuterklassen,
 - a) ihre Interessen als nationale Interessen auszugeben,
 - b) eine Ideologie der Überbewertung der eigenen Nation zu propagieren,
 - c) das Klassenbewußtsein besonders der Arbeiterklasse zu untergraben und antagonistische Klassengegensätze zu verwischen.

Diese Versuche zielen darauf ab, die ideologischen Voraussetzungen für die Verwirklichung einer imperialistischen Expansionspolitik zu schaffen.

Ag.-Nr. 224/22/76

REGIONALAUSSCHÜSS DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ
IN DER DDR

E i n l a d u n g
=====

Die V. Allchristliche Friedensversammlung fällt mit dem 20. Gründungstag der CFK zusammen. 20 Jahre christlicher Friedensarbeit - das bedeutet eine Fülle von Erfahrungen und Einsichten, die für unsere heutigen Aufgaben fruchtbar gemacht werden sollten. Das soll auf einem Seminar unter dem Thema

20 Jahre CFK - Erfahrungen und Verpflichtung versucht werden. Dieses Seminar, zu dem Sie hiermit herzlich eingeladen werden, findet am 10. und 11. April 1978 in den Räumen der Goßner Mission, Berlin, Göhrener Str. 17 statt.

Montag, 10. April

10.00 Uhr Andacht

10.30 Uhr Referat: 20 Jahre CFK - Konstanten christlicher Friedensarbeit Dr. Günter Wirth

12.30 Uhr Mittagspause

14.00 Uhr Referat: Der Weltfriedenkongreß für Frieden und Freundschaft in Prag 1928 - Traditionen des Kampfes um Abrüstung in den Kirchen Dr. Walter Bredendiek

dazu Beiträge von Prof. Dr. Gerhard Bassarak und Pastor Dr. Karl Zahrer

18.00 Uhr Abendessen

19.00 Uhr Kurzbeiträge: Selbstverständnis der CFK und gegenwärtige Aufgaben
(Prof. K.H. Bernhardt, OKR H. Mitzenheim, Pfr. R.D. Günther, C. Ordnung u.a.)

Dienstag, 11. April

9.00 Uhr Was bedeutet die CFK für den slowakischen, tschechischen, polnischen und ungarischen Christen?

Kurzreferate von Vertretern aus der CSSR, Pastor Z. Pawlik (Polen) und Dr. Z. Aranyos (Ungarn)

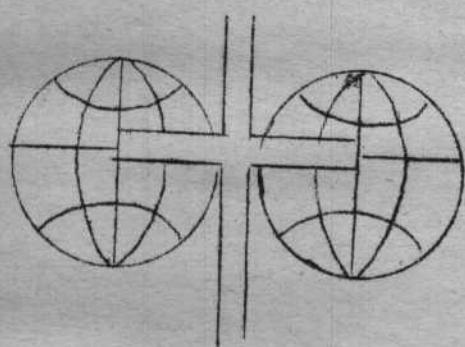
11.00 Uhr Schlußgespräch über den Beitrag der CFK im Ringen um Abrüstung heute, mit einem Bericht von Pastor B. Schottstädt über das Internationale Forum gegen die Neutronenbombe am 18. 3. in Amsterdam.

12.30 Uhr Schluß des Seminars

- - - - -

Bitte senden Sie den angefügten Anmeldezettel bis zum 4. April zurück. Es wäre schön, wenn unsere Berliner Freunde wieder einige Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen könnten.

gez. Carl Ordnung



CFK GRUNDBRIEF 1/79

Liebe Freunde!

Die chinesische Aggression gegen Vietnam hat uns alle erschüttert. Sie zwingt unserer Friedensverantwortung eine neue Dimension auf. Pastor Giselher Hickel hat im Auftrag des Regionalausschusses an einer internationalen Solidaritätsveranstaltung für Vietnam teilgenommen. Mit seinem Bericht darüber wird dieser Rundbrief eröffnet. Es schließen sich Auszüge aus einer der in Helsinki gehaltenen Ansprachen über die Situation in Kampuchea und aus Stellungnahmen von CFK-Mitarbeitern an. Es ist die Gründung einer Studiengruppe geplant, die die weitere Entwicklung in Asien beobachten soll. Interessenten werden eingeladen, sich zu melden.

Auf seiner Sitzung am 6. März hat der Regionalausschuß eine Erklärung zum 30. Jahrestag der DDR formuliert (s. Seite 8). Sie soll zum 1. September, dem 40. Jahrestag des Beginns des II. Weltkrieges, veröffentlicht werden. Wir bitten alle unsere Mitarbeiter und Freunde, sich diese Erklärung durch ihre Unterschrift zu eigen zu machen. Wir wollen keine große Unterschriftenaktion beginnen; sollten sich aber unter Ihren Amtsbrüdern oder in Ihrem Bekanntenkreis Freunde finden, die dieser Erklärung beipflichten wollen, auch wenn sie noch nicht direkte Mitarbeiter der CFK sind, so ist das möglich. Bitte senden Sie die Unterschriften bis zum 20. April zurück.

gez. Carl Ordnung

REGIONALAUSSCHUSS DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ
108 Berlin, Planckstr. 20

Internationale Sonderkonferenz zur Unterstützung von Vietnam
Helsinki, 6. - 8. März 1979

Bericht von Giselher Hickel

Viele hatten es zunächst nicht für möglich gehalten, eine so umfassende internationale Konferenz innerhalb von 7 oder 10 Tagen einzuberufen und zu organisieren. Daß es gelang, daß Vertreter aus mehr als 100 Ländern und über 30 internationalen Organisationen gekommen waren, zeigt einerseits, daß der Weltfriedensrat ein Forum darstellt, daß Beachtung verdient, wenn es um die Frage des Friedens und des Kampfes gegen Krieg geht. Andererseits war dies vor allem ein deutliches Zeugnis für die weltweite Beunruhigung und Empörung, die die chinesische Aggression hervorgerufen hat.

Die CFK war mit einer zwölfköpfigen Delegation vertreten, der der Präsident, der Generalsekretär und zwei Vizepräsidenten angehörten.

Die Zahl der Wortmeldungen war so groß, daß die Redezeit vom ersten Tag an auf fünf Minuten begrenzt war. Wenn sich aus der Vielzahl der Redner im Plenum auch eine etwas einseitig auf langdauernde Plenarsitzung ausgerichtete Konferenzstruktur ergab - unterbrochen hauptsächlich durch mehrere Vorführungen von Dokumentarfilmen aus dem gegenwärtigen Vietnam und Kampuchea - so war doch gerade dadurch die Einmütigkeit und Klarheit beeindruckend, mit der von so vielen und unterschiedlichen Vertretern von allen Kontinenten die feste Solidarität mit dem vietnamesischen Volk zum Ausdruck gebracht wurde: Vertreter von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen. Solidaritäts- und Friedenskomitees, Frauenbewegungen, Parlamenten, Befreiungsorganisationen, Jugend- und Studentenorganisationen, Journalisten, Juristen, Politiker etc.

Unter ihnen allen seien nur die jeweils aus sechs Vertretern bestehenden Delegationen von Kampuchea und der Sozialistischen Republik Vietnam hervorgehoben, auf deren Bericht sich die Redner immer wieder bezogen und die erschütterndes Dokumentationsmaterial mitgebracht hatten.

Die Konferenz verabschiedete vier Dokumente:

1. Einen Appell "Hände weg von Vietnam!"
2. Eine Erklärung
3. Einen Appell an das chinesische Volk
4. Ein Aktionsprogramm

Ich will versuchen, einige inhaltliche Grundlinien der Konferenz zu skizzieren:

1. Vietnam hat nicht nur herzliche Sympathien bei allen fortschrittlichen Kräften der Welt gewonnen, es ist geradezu zu einem Symbol für den mutigen Kampf gegen imperialistische Machtpolitik geworden, Symbol für den möglichen Sieg. So sehen es vor allem auch die Menschen in der Dritten Welt. Die Vokabel "Vietnam" ist, wie der Präsident des Weltfriedensrates Romesh Chandra es ausdrückte, in vielen Sprachen der Welt geradezu ein Synonym für "Sieg" geworden, für den Sieg des geeinten Willen eines Volkes zum Frieden und zur Freiheit und der internationalen Solidarität über die stärkste Militärmacht der Welt.

Deshalb gab es unter den Teilnehmern in Helsinki keinen Zweifel, daß Vietnam auch diese erneute Gefahr bestehen würde, wenn auch angesichts der furchtbaren Opfer kein Anlaß zu Triumphalismus besteht.

2. Es gab Einmütigkeit darüber, daß die Empörung des Weltöffentlichen über diesen erneuten Überfall auf ein leidgeprüftes Volk sich nicht allein gegen die Führer der gegenwärtigen chinesischen Politik richten darf. Es ist klar, daß sie die Sympathien der USA und anderer NATOstaaten auf ihrer Seite haben. Bei aller verbalen Zurückhaltung sind die vorausgegangenen Absprachen in den USA und die offiziellen Besuche britischer und EWG-Vertreter während der ersten Tage der Aggression Beweise genug dafür. Vor allem ist es aber der politische Habitus der chinesischen Machthaber, der deutlich die Sprache der kolonialistischen und imperialistischen Großmachtpolitik widerspiegelt, wenn da von "Strafexpeditionen" und "blutigen Denkzetteln" die Rede ist.

3. Zugleich hat die Konferenz klar ihre Sympathie und Freundschaft mit dem mißbrauchten Volk von China zum Ausdruck gebracht. In dem vom Plenum einmütig verabschiedeten Appell an das chinesische Volk heißt es: "...Sie (die Aggression) ist nicht nur gegen das vietnamesische Volk gerichtet, sondern auch gegen die unmittelbaren Interessen des chinesischen Volkes selbst... Die Unterzeichner dieses Appells hegen die besten Gefühle der Freundschaft gegen das chinesische Volk. Wir sind tief überzeugt davon, daß auch Ihr, die Menschen von China, Euch um den Frieden sorgt. Deshalb rufen wir Euch auf, den Aggressoren die Hände zu binden und zu fordern, daß die Führer Eures Landes ihre Aggression zum Stillstand bringen und die chinesischen Truppen bis auf den letzten Mann von vietnamesischen Boden zurückziehen."

4. Die Konferenz hat mit Schärfe von chinesischer und westlicher Seite behauptete Vergleichbarkeit bestritten zwischen der chinesischen Aggression und der vietnamesischen Unterstützung des Volkes von Kampuchea bei seiner Befreiung aus einer geradezu höllischen Barbarei.

Die Dokumentationsaufnahmen über die Verbrechen der Pol-Pot-Armee vor der Befreiung gehören zu dem furchtbarsten, was ich je gesehen habe. Der polnische Journalist Wieslaw Gornicki - gerade aus Kampuchea und dem augenblicklichen Kampfgebiet in Vietnam zurückgekehrt - erklärt seine Unfähigkeit, seine Eindrücke auch nur annähernd zu formulieren. Und doch machte er mich gerade dadurch betroffen, daß er sagte, die Bilder, die er aus faschistischen Konzentrationslagern in seiner eigenen Heimat im Kopf habe, seien vergleichsweise harmlos gegenüber der Brutalität, mit der man in Kampuchea 3 Millionen Menschen innerhalb einer so kurzen Zeit umgebracht habe. Daß die chinesische Führung davon gewußt und dies unterstützt habe, sei tausendfach bewiesen.

Ich weiß nicht, ob es wirklich eine grenzenlose Steigerung des Schrecklichen gibt. Aber allen, die dem Volk von Kampuchea bei der Befreiung aus dieser Schreckensherrschaft geholfen haben, sollte man gewiß Achtung und Dank zollen.

5. Schließlich war in den Worten vieler Redner in Helsinki deutlich spürbar, daß die "Langzeitwirkungen" dieses von der chinesischen Regierung vom Zaun gebrochenen Krieges noch kaum übersehbar sind. Die Diskussion, ob China noch als ein sozialistisches Land zu bezeichnen sei oder nicht, mag zunächst mehr oder wenig akademische Bedeutung haben. Für mich ist die beste Antwort darauf der Appell der Teilnehmer an das chinesische Volk. Dennoch wurde deutlich, daß die gegenwärtigen Machthaber in China es jedenfalls schwer haben werden, viele Freunde, vor allem in der Dritten Welt, wiederzugewinnen.

Am deutlichsten hat das der indische Metropolit Paul Gregorios formuliert: Die so einflußreiche Gruppe der Intellektuellen in aller Welt, zu der er die eigene Zugehörigkeit nicht leugne, werde gezwungen sein, ihre Haltung zu überdenken, vor allem ihr ständiges Ausschau halten nach einem dritten Weg zwischen dem bestehenden Kapitalismus und Sozialismus. Wenige Redner bekamen so spontanen und anhaltenden Bei fall wie der Metropolit für diese Überlegungen.

Die Situation in Kampuchea

(Aus der Rede des polnischen Journalisten Wieslaw Gornicki in Helsinki)

Ich bin knapp fünf Wochen in Indochina gewesen. Drei Wochen im befreiten Kampuchea und dann zweimal an der chinesisch-vietnamesischen Front...

Es gibt keine Sprache, die Worte hätte, mit denen man die Schrecken in Kampuchea und die Situation des Volkes von Kampuchea sechs Wochen nach der Befreiung wirklich ausdrücken könnte... Nach dem was ich gesehen habe, möchte ich eindeutig sagen, daß der Maoismus nicht einfach eine der vielen politischen Ideologien des 20. Jahrhunderts ist. Es ist eine Ideologie des Völkermordes. Ich möchte mich nicht zu lange mit meinen Eindrücken aus Kampuchea aufhalten. Aber man kann und soll die gegenwärtige chinesische Aggression gegen Vietnam nicht von dem trennen, was das chinesische Marionettenregime in Kampuchea tat... Um so kurz wie möglich zu sein, möchte ich meine Bemerkungen auf sechs Grundprobleme beschränken, denen sich Kampuchea heute und in den kommenden Monaten gegenüber sieht.

1. Folgen des Völkermords. Es wird geschätzt, daß das Pol-Pot-Regime mindestens 22 %, vielleicht sogar mehr als 25 % der Bevölkerung Kampuchea umgebracht hat. Bei Menschen mit Schulbildung erreicht die Tötungsrate ca. 80 %. Die Pol-Pot-Mörder haben einen für das 20. Jahrhundert einmaligen Rekord erzielt: sie haben die Bevölkerung um ein Viertel reduziert und die Analphabetenrate von 60 auf 93 % erhöht. In Kampuchea gibt es keine ausgebildeten Kader für all die praktischen Aufgaben. Es gibt 6 Ärzte, 20 Lehrer und nicht einen Ingenieur. Alle anderen liegen in Massengräbern.

2. Hunger. Ich sprach mit Frau Chan Kanh Nha, die die einzige überlebende Ärztin ganz Kampuchea ist, weil sie nach Vietnam fliehen konnte. Ihr Mann, ein Medizinprofessor, wurde von den Roten Khmer sofort aufgehängt, nachdem sie herausgefunden hatten, daß er in Paris und Moskau studiert hatte. Ihre beiden Töchter, 4 und 6 Jahre alt, verschanden für immer während der Evakuierung von Phnom Penh. Frau Chan ist ^Wmtierender Gesundheitsminister der neuen Regierung. Nach ihrer Schätzung erreicht der tägliche Lebensmittelverbrauch maximal 450 Kalorien pro Person. Dabei sollte er in diesem Klima nicht unter 11 000 Kalorien liegen. Ich habe Tausende von Bauern in ihre Heimatorte zurückkehren sehen. Diese Menschen haben praktisch nichts zu essen. Sie kochen Tigergras, Bambuswurzeln und kleine Fische, die Kinder in Tümpeln fangen.

3. Medizinische Versorgung. Für die Pol-Pot-Leute war Medizin der Feind-Nummer eins, denn sie verlängert das menschliche Leben, während sie gern die sogenannte Überbevölkerung los werden wollten.

Aus diesem Grunde töten sie mit solchem Eifer Ärzte, Schwestern und Hebammen. Es ist nicht ein einziges Krankenhaus in Kampuchea übriggeblieben, das diesen Namen noch verdient. In Sway Rieng habe ich ein Provinzhospital besucht, das mit modernen medizinischen Geräten ausgerüstet war, die aus einer Spende des französischen Roten Kreuzes kamen. Alles ist mutwillig zusammengeschlagen mit Hämtern und damit so zerstört, daß es nicht mehr repariert werden kann. Im modernen Krankenhaus der Khmer-Sowjetischen Freundschaft, das für 80 Mill. Rubel von der Sowjetunion gebaut und mit Hilfe der Rotkreuzorganisationen in Frankreich, der Schweiz, Schweden und Westdeutschland eingerichtet wurde, habe ich Tonnen teurer Medikamente gesehen - zerbrochen, zertrampelt, verwüstet. Ein Zimmer der zweiten Etage war bedeckt mit Menschenhaar und Blut. In der Mitte dieses Raumes fand ich dieses Bauernmesser, das für das Schniden des Zuckerrohrs gebraucht wird. Noch immer klebt Blut unbekannter Opfer daran. Es wurde benutzt, um Köpfe abzuschlagen. Die Roten Khmer hatten strikte chinesische Anweisungen, Munition zu sparen und für Folter und Mord nur herkömmliche Instrumente zu verwenden. China ist ein armes Land, wie Sie sich erinnern.

4. Ökonomie. Kampuchea ist das einzige Land in der Welt, wo es keinerlei Geld mehr gibt. Keine Währung hat Kaufkraft. Am 17. April 1975 hat Pol Pot "ein für allemal" jegliches Geld abgeschafft. In der Nationalbank von Pnom Penh nahm ich für eine Million Geldscheine. Es ist Altpapier und nichts weiter. Bis heute gibt es kein Geld, und keiner weiß, wann es wieder eingeführt wird. Ja, es gibt nicht einmal den bescheidensten Handel in irgendeiner Form. Keine Geschäfte, keine Straßenhändler, nichts zu verkaufen, nichts zu kaufen. Es gibt keinerlei Wirtschaftsleben. Die Industrie ist völlig zerstört, die Reserven sind aufgebraucht. Noch immer hält eine Migrationsbewegung unübersehbaren Ausmaßes an.

5. Kommunikation. Totale Verfügungsgewalt über jeden einzelnen und absolute Kontrolle über Gedanken und Körper aller Menschen gehören zum Wesen des Maoistischen Konzepts gesellschaftlichen Lebens. Demgemäß gibt es keine Eisenbahn mehr in Kampuchea. Die Straßen sind bedeckt mit zerschlagenen Fahrrädern und Motorrädern. Die Autobahnen wurden zerstört. Tausende von Unterständen und Gräben wurden auf den Hauptstraßen ausgehoben. Man kann in Kampuchea nicht reisen außer mit Militärfahrzeugen.

6. Vernichtung von Geschichte und Kultur. Keo Chanda, Kultur- und Informationsminister der neuen Regierung, sagte uns, daß Kampuchea heute praktisch ein Land ohne Geschichtsdenkmäler und ohne kulturelle Institutionen ist. Es gibt keine Zeugen seiner langen stolzen Geschichte mehr, mit einer einzigen Ausnahme: Angkor Wat (die alte Tempelstadt), die erhalten wurde als Schaustück, das mit Hilfe fremder Touristen harte Währung bringen sollte. Alle buddhistischen Pagoden wurden zerstört und verwüstet, die meisten wurden als Gefängnisse oder Unterkünfte benutzt. In der Damray Pagoda sah ich Unmengen chinesischer Artillerie-Munition und amerikanischer Giftgasgranaten. Die katholische Kathedrale in Pnom Penh wurde in die Luft gesprengt. Es gibt keine Bücher mehr, nichts Gedrucktes ist aufzufinden. Spezialgruppen waren beauftragt, alles Gedruckte aufzuspüren und zu verbrennen. Ihre Raserei kannte keine Grenzen. Zerbrochene Mikroskope in den Schulen, Tausende und Abertausende Meter Film und Tonbänder zerstreut in den leeren Straßen der Städte Kampuchea, zerstörte Fernsehgeräte - das ist die Landschaft Kampuchea.

Das Ausmaß der damit gegebenen Probleme übersteigt menschliche Fassungskraft. Kein Land der Welt könnte sie aus eigener Kraft lösen. Die brüderliche Hilfe, die Vietnam den hungernden, dezimierten, ausgeplünderten Überlebenden dieses Massakers zuteil werden lässt, ist unbezahlbar. Aber Vietnam ist nun selbst von den Hintermännern der Pol-Pot-Verbrecher angegriffen worden. Der Zynismus dieser Aktion ist ohne Beispiel. Ich denke, was wir brauchen, sind nicht weitere Worte, sondern Taten.
(Aus dem Englischen übersetzt: Carl Ordnung)

Unsere Solidarität mit Vietnam

1. Der Regionalausschuß hat auf seiner Sitzung am 6. März den folgenden Brief verabschiedet, der von Dr. Erwin Hinz (der am 12. März zu einem längeren Aufenthalt in die SRV reiste) persönlich übergeben werden soll.

Rev. Bui-hoahu Thü
Vice President & General Secretary
General Evangelical Church
2 Nqo Tram Street
Hanoi S.R. Vietnam

Dear Brother!

On behalf of the Christian Peace Conference in the German Democratic Republic we want to tell you that during the last weeks your heroic and suffering people has been constantly in our thoughts and prayers. In the Chines Embassy in Berlin we protested very strongly against the terrible Chinese aggression against your country. That aggression is killing innocent Vietnamese men, women and children and violating severly world peace.

We assure you that also in the weeks and months to come we are on your side. Please convey our greetings of solidarity to all our Christian Brethren and Sisters.

May God give peace to your country and the whole world.

Brotherly yours

2. Am 19. Februar gaben Prof. Bernhardt, W.D. Gutsch und Carl Ordnung folgende Erklärung ab, die gleichzeitig der Botschaft der SRV sowie der Botschaft der VR China in Berlin zugeleitet wurde:

Die Nachricht vom Überfall der VR China auf die Sozialistische Republik Vietnam hat uns tief betroffen gemacht. Dieser unglaubliche und politisch unverantwortliche Akt fordert das Leben von Frauen, Männern und Kindern und verletzt ernsthaft den Weltfrieden.

Als Christen haben wir uns seit Jahren im Friedensdienst engagiert. Wir wissen, welcher Anstrengungen und Opfer es bedarf, den immer wieder gefährdeten Frieden in der Welt zu stabilisieren und dauerhaft zu machen. So ist die CFK jahrelang für die Aufnahme der VR China in die UNO eingetreten. Umso mehr erschreckt uns die zynische Mißachtung der Friedenssehnsucht der Menschheit, wie sie jetzt in der chinesischen Aggression zum Ausdruck kommt.

Wir protestieren gegen diesen Aggressionskrieg und fordern seine unverzügliche Beendigung.

Dem Volk von Vietnam versichern wir unsere Solidarität. Wie wir seinerzeit seinen Kampf gegen die imperialistische Intervention der USA unterstützten, so stehen wir heute fest an seiner Seite.

3. Aus einer Erklärung der CFK-Gemeindegruppe Leuthen:
Wir erklären: Als Christen und Gemeinde sind wir seit Jahren an Aktionen der Solidarität und Hilfe für das leidgeprüfte Volk von Vietnam mit der Aktion "Brot für die Welt" beteiligt. Vertreter der evangelischen Kirche in der DDR waren kürzlich in Vietnam zur Übergabe der Spenden und haben uns von den großen Problemen und Aufgaben berichtet, die dort zu bewältigen sind.

Die alarmierende Nachricht vom militärischen Überfall chinesischer Truppen auf das durch 30 Jahre Krieg im Land und schwere Naturkatastrophen hart betroffene vietnamesische Volk hat uns als Christen und denkende Menschen in Europa zutiefst erschüttert. Wissen wir doch: Krieg ist Sünde gegen Gott und seine Schöpfung, Verbrechen an der Menschheit und seiner Welt!

Unsere Unterstützung und Solidarität gilt dem mutigen Volk von Vietnam, das mit Optimismus den Aufbau seiner Städte und Dörfer voranbringt.

4. Mitarbeiter der CFK, Gemeindegruppe Kapellendorf, richteten am 2. 3. 79 folgenden Brief an die Botschaft der SRV:
Liebe Freunde!

Als Befürworter und Förderer des Friedens unter den Menschen haben wir bei einem Seminarabend im Evangelischen Gemeindezentrum "Thomas Müntzer" Kapellendorf über das Problem nachgedacht:

ABRÜSTUNG - was wir davon wissen sollten
- was wir dafür tun können.

Dieses Thema konfrontierte uns auch mit den schrecklichen Kriegshandlungen, in die Ihr Land durch den Einmarsch der chinesischen Truppen geraten ist.

Mit vielen anderen Menschen in der Welt stehen wir an Ihrer Seite und fühlen uns in dieser Zeit der Gefahr besonders eng mit Ihnen verbunden. Wir haben der chinesischen Staatsführung durch ihre Botschaft in der DDR unsere Mißbilligung ihres Aggressionsaktes zum Ausdruck gebracht und unsere Erwartung geäußert, daß mit dem Rückzug der Aggressoren Verhandlungen zwischen Ihren Völkern und Staaten möglich sein werden. Gleichzeitig mit diesem Brief überweisen wir eine Solidaritätsspende in Höhe von 80 Mark an das Solidaritätskomitee als Zeichen unserer Unterstützung.

5. In einem Brief der CFK-Gemeinde Oderberg (12. 3. 79) heißt es:

... Durch unsere Mitarbeit in der "Christlichen Friedenskonferenz" und durch viele Solidaritätsspenden, über kirchliche und staatliche Organisationen, haben wir versucht, einen bescheidenen Beitrag dazu zu leisten, daß in Ihrem Land alte Kriegswunden geheilt werden könnten. Sie haben so fleißig und tapfer Ihr Aufbauwerk nach 3 Kriegsjahrzehnten begonnen. Nun werden Ihnen neue schreckliche Wunden geschlagen.

Mit allen friedliebenden Menschen in der Welt erheben wir unsere Stimme gegen den schändlichen Überfall Chinas und fordern den sofortigen und totalen Abzug der Aggressoren!

Wir wissen uns mit Ihnen im Gebet vor dem Gott des Friedens vereint, der uns diese Welt anvertraut hat, daß wir sie bewahren und

alle Menschen in Frieden und Gerechtigkeit leben.
Wir möchten Ihnen sagen, daß wir im Gebet und Opfer für Sie nicht nachlassen wollen.

Im Namen der Christen der CFK-Gemeinde Oderberg
grüßen wir unsere Schwestern und Brüder in
Vietnam Ihr gez. Krispin, Pfarrer

6. Auf einer Solidaritätsveranstaltung in Kaiserslautern (BRD) erklärte das Mitglied des CFK-Arbeitsausschusses, Pfarrer Hans Joachim Oeffler u.a.: "Es geht nicht nur um einen Rückfall in feudalistisches Denken. Teng erklärte gestern: Der 'Mythos' von der Unbesiegbarkeit Vietnams soll zerstört werden. Das heißt doch nichts anderes, als daß China erreicht will, was selbst der größten Militärmacht, den USA, nicht gelang: Den gerechten und freiheitlichen Aufbau eines geeinten Vietnam zerstören... Nein, diese Führer Chinas, die nichts mehr von altchinesischer Weisheit, von sozialistischer Solidarität und Einsatz für gerechten Frieden erkennen lassen und ihr eigenes Erbe verraten, fordern die Völker der Welt heraus..."

= = =

E r k l ä r u n g

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vor 30 Jahren war ein Wendepunkt in der Geschichte und im Leben unseres Volkes. Das bevorstehende Jubiläum unseres Staates gibt uns Veranlassung zu überlegen, was diese oft wiederholte Feststellung für uns bedeutet - für uns, das heißt für Christen, die wissen: "Frieden stiften ist eines der wesentlichen Kennzeichen der Nachfolge Jesu Christi, von ihm gegeben und aufgegeben, und so eins der wesentlichen Kennzeichen christlicher Existenz und unabdingbar mit ihr verbunden... Die Verantwortung der Christen für den Frieden ist zu allen Zeiten und unter allen Umständen eine so unmittelbare und umfassende, daß ihre Existenz als Christen damit auf dem Spiele steht" (Werner Schmauch).

Die Friedenspolitik unseres Staates hat uns angestoßen, den christlichen Friedensauftrag neu und tiefer zu verstehen. Sie gab uns wesentliche Impulse für Selbstprüfung, Buße, Umkehr und einen neuen Anfang. Sie hat den Lernprozeß gefördert, der unserem Denken und Handeln ständig weitere Dimensionen eröffnete. Das hat uns insbesondere geholfen, die Arbeit und den Kampf für eine dauerhafte Friedensordnung, die auf Verträgen und auf Vertrauen beruht, als eine politische Aufgabe zu begreifen, die nur in der Zusammenarbeit aller Friedenskräfte, im Miteinander von Marxisten und Christen, gelöst werden kann.

So sind 30 Jahre Deutsche Demokratische Republik für uns zuerst und vor allem drei Jahrzehnte konsequenter Friedenspolitik. Wir erinnern dankbar daran,

- daß die DDR entscheidende Voraussetzungen für die Versöhnung mit jenen Völkern schuf, die - wie die Menschen in der Sowjetunion, in Polen und der Tschechoslowakei - am meisten unter der Barbarei des deutschen Faschismus gelitten haben
- daß die DDR wichtige Beiträge im weltweiten Ringen um Abrüstung geleistet hat
- daß die DDR ihren Willen zu Entspannung und Zusammenarbeit stets bekundet und praktiziert hat.

Wir sind dankbar dafür, daß wir in unserer Arbeit der Christlichen Friedenskonferenz immer wieder von einer Grundübereinstimmung mit dieser Friedenspolitik unseres Staates ausgehen können. Für christliches Friedensengagement ist das eine neue, gute Erfahrung, die uns für die Zukunft verpflichtet und ermutigt.

Der CFK-Regionalausschuß in der DDR
Achtung! Sperrfrist: 1. September 1979!

= " = " =

Gespräche mit Kirchenleitungen

=====

Im Rahmen der Auswertung der Ergebnisse der V. ACFV setzte der Regionalausschuß seine Gespräche mit Kirchenleitungen fort. Am 5. Januar kam es in Dresden zu einer Begegnung mit der Evangelisch-methodistischen Kirche, die durch Bischof Armin Härtel, den drei Superintendenten, weiteren Mitgliedern des Kirchenvorstandes sowie den Beauftragten der EmK für Kontakte mit CFK Pastor Gerhard Riedel, Zwickau, vertreten wurde. (CFK-Vertreter: Prof. Bernhardt, Prof. Bassarak, W. Jacob, C. Ordnung). Am 12. März fand in Greifswald ein Gedankenaustausch mit Bischof Horst Gienke, den Oberkonsistorialräten Dr. Plath und Harder, Synodalpräses Affeld und Prof. Dr. Haufe statt. (von Seiten der CFK: Prof. Bernhardt, Dr. Althausen, OKR Mitzenheim, W.D. Gutsch, C. Ordnung). In beiden Gesprächen ging es um wechselseitige Information und Möglichkeiten von Aktionen angesichts friedensbedrohender Entwicklungen in der Welt.

Berichtigung

=====

In dem Bericht über das Gespräch mit der Leitung des Bundes evangelisch-freikirchlicher Gemeinden in der DDR muß im CFK-Rundbrief 5/78 die erste Zeile von Punkt 5 richtig heißen: "Zusammenfassend formulierte Moret das in dem Gespräch deutlich gewordene Selbstverständnis der CFK im Blick auf die Gemeinden in fünf Punkten:".

= " = " =

Bericht über die V. ACFV

=====

Leider hat sich der Druck der deutschen Fassung des Berichtsbandes über die Weltkonferenz in Prag verzögert. Er wird in diesen Tagen ausgeliefert. Interessenten sollten ihre Bestellung aufgeben.

Ich bestelle hiermit Exemplare des Berichtsbandes V. Allchristliche Friedensversammlung (370 Seiten 24 Bildseiten) für 8.00 M.

• • • • •
(Unterschrift)

E i n l a d u n g

Die CFK-Gruppe "Friede und soziale Gleichheit" führt ein
Seminar zum UNO-Jahr des Kindes
durch.

durch.

Termin: 5. Mai 1979 10.00 - 16.00 Uhr
Ort: Christuskirche, 1034 Berlin, Richard-Sorge-Str. 14

10.00 Uhr Begrüßung und Information zum UNO-Jahr des Kindes
10.45 " Das Kind in der Bibel

10.45 " Das Kind in der Bibel
(Überlegungen zu Texten) I. Fink

12.00 " Mittagesessen

13.00 " Bericht über UNESCO-Aktivitäten im Jahr 1979

(UNICEF-Vertreter
angefragt)

14.45 " K a f f e e

15.00 " Solidaritätsaktionen zum UNO-Jahr des Kindes

Informationen über die CFK-Arbeit

Weiterarbeit

Alle Interessenten sind herzlich eingeladen.

Unkostenbeitrag = 5.00 M

Privatquartiere für evtl. Übernachtung können beschafft werden.

Bitte melden Sie sich rechtzeitig an.

Ich melde mich zum Seminar im UNO-Jahr des Kindes am 5. Mai
in Berlin an.

Unterschrift:

Anschrift:

Bemerkungen (Übernachtung u.a.)

.....

An den Regionalausschuß der CFK

Ich gebe hiermit meine Zustimmung zur Erklärung zum
30. Jahrestag der DDR.

Name: Vorname:

Beruf : : : : : : : :

..... Ort Datum

An den Regionalausschuß der CTK

Ich gebe hiermit meine Zustimmung zur Erklärung zum
30. Jahrestag der DDR.

Name Vorname

Berufswahlberatung

....., Ort, Datum

An den Regionalausschuß der CEFK

Ich gebe hiermit meine Zustimmung zur Erklärung zum
30. Jahrestag der DDR.

Name : : : : : Vorname

Beruf

..... Ort Datum

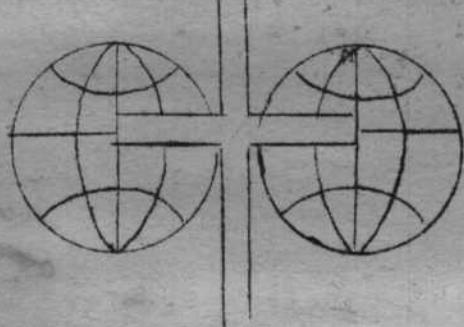
An den Regionalausschuß der CFK

Ich gebe hiermit meine Zustimmung zur Erklärung zum
30. Jahrestag der DDR.

Name _____ Vorname _____

Beruf und Berufung

.....
Report Datum



CFK RUNDBRIEF

5/1978

Liebe Freunde!

Mit diesem Rundbrief möchten wir Sie mit einigen Materialien unserer diesjährigen Regionalkonferenz vertraut machen. Im Mittelpunkt des Treffens, zu dem sich 120 Mitarbeiter und Freunde der CFK am 5. und 6. Oktober in der Stephanus-Stiftung zusammengefunden hatten, standen die Auswertung der V. ACFV und im Zusammenhang damit Fragen der Basisarbeit. Die Erklärung der Konferenz nennt nicht nur die Schwerpunkte unserer künftigen Arbeit; sie kann - vor allem in ihrem Schlußteil - auch Anregung geben für eine Meditation zum Christfest.

In der ersten Januarhälfte tagt der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates in Jamaika. Die Vergabe von 85 000 Dollar im Sommer d.J. an die Patriotische Front von Simbabwe aus dem Sonderfonds des Antirassismusprogramms hat konservative kirchliche Kreise in Westeuropa zu einem scharfen Angriff auf dieses Programm veranlaßt. Die Auseinandersetzungen darum werden eines der Hauptthemen in Jamaika sein. In dieser Situation bedürfen die führenden Männer und Frauen des Ökumenischen Rates unserer Solidarität und Fürbitte, damit der Rat seine Solidaritäts- und Friedensaktivitäten auch in Zukunft ungeschmälert entfalten kann.

Herzliche Segenswünsche für das Neue Jahr!

gez. Carl Ordnung

REGIONALAUSSCHUSS DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ

108 Berlin, Planckstr. 20

REGIONALKONFERENZ 1978

E r k l ä r u n g

Auf unserer CFK-Regionalkonferenz 1978 haben wir uns mit den Ergebnissen der V. Allchristlichen Friedensversammlung beschäftigt und zusammen mit Generalsekretär Lubomir Mirejovsky (CSSR), dem beigeordneten Generalsekretär Abt Sergej Fomin (UdSSR) sowie Gästen aus Westberlin, der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden über die Aufgaben und Verpflichtungen nachgedacht, die sich daraus für uns ergeben.

Wir machen uns die "Botschaft an die Kirchen und Christen der Welt" und die anderen Erklärungen der Prager Weltversammlung zu eigen und bekräftigen

1. daß es Gottes Ruf war, der uns zur Gründung der Christlichen Friedenskonferenz führte, und daß die Wurzeln unserer Bewegung in der Botschaft der Bibel liegen;
2. daß die Initiativen unserer Bewegung auch die tiefsten Sehnsüchte der Menschheit nach einem gerechten Frieden wider spiegeln und daß die Sorge um die Zukunft der Menschheit und um ihr Wohl alle unsere Aktionen bestimmt;
3. daß der beste Weg zur Einheit aller Christen der ist, für Frieden und Gerechtigkeit für die ganze Menschheit mit anderen zusammenzuarbeiten.

Weil unsere Welt eine und der Friede unteilbar ist, ist Friedenssicherung eine globale Aufgabe. Wer dazu einen Beitrag leisten will, muß seine eigene Situation in den gegenwärtigen Weltzusammenhängen begreifen und sich den daraus erwachsenden besonderen Herausforderungen stellen. So wie für die Völker der Dritten Welt der Kampf um staatliche Eigenständigkeit, ökonomische Befreiung und soziale Gerechtigkeit im Zentrum ihres Friedenshandels steht, so erkennen wir als unsere hauptsächliche Aufgabe den Einsatz für Abrüstung und für die Fortführung des Entspannungsprozesses. Indem wir für Abrüstung und Entspannung eintreten, nehmen wir unseren Platz ein in der weltweiten Gemeinschaft derer, die gegen Imperialismus, Krieg, Wettrüsten, wirtschaftliche Unterdrückung und soziale Ungerechtigkeit kämpfen. Damit erweisen wir zugleich den Bewegungen unsere Solidarität, die ihre Völker von Rassismus, Faschismus und Kolonialismus befreien wollen.

Wir grüßen von dieser Konferenz aus Ernesto Cardenal und mit ihm alle, die am Kampf gegen die Somoza-Diktatur in Nikaragua beteiligt sind. Wir versichern sie unserer Solidarität.

Angesichts der besonderen Zuspitzung der Lage in Namibia, Zimbabwe und Südafrika suchen wir jede Gelegenheit, unsere Solidarität mit denen, die im südlichen Afrika um Freiheit und Menschenwürde ringen, immer wieder zum Ausdruck zu bringen.

Unsere Sorge über die kriegerischen Auseinandersetzungen im Libanon ist ebenso groß wie die Betroffenheit darüber, daß es bisher unmöglich war, das Palästina-Problem auf der Grundlage der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates einer dauerhaften und gerechten Lösung zuzuführen.

Vietnamesische Freunde haben uns über die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus informiert. Wir wollen mit neuen Hilfen unsere Solidarität beweisen und appellieren an die Christen in unserem Lande, alle darauf gerichteten Vorhaben zu unterstützen. Wir wenden uns gegen alle Versuche der VR China und Kampuchea, dem leidgeprüften Land den verdienten Frieden streitig zu machen.

Wie unsere Kirchen, sind auch wir davon überzeugt, daß die Erziehung zum Frieden ein wichtiger Teil christlicher Friedensverpflichtung ist. Das ist uns besonders deutlich geworden angesichts des Versuchs, den psychologischen Krieg gegen den Sozialismus zu forcieren, und im Blick auf die nicht aufgegebenen Bestrebungen der USA, Neutronenwaffen zu entwickeln. Es gibt Feinde des Friedens. Das haben wir oft erfahren. In Prag haben uns Teilnehmer aus der Dritten Welt erneut darauf aufmerksam gemacht, daß Friede nur errungen werden kann in bewußter Auseinandersetzung mit seinen Gegnern. Erziehung zum Frieden ist darum für uns vor allem anderen Erziehung zu politischer Verantwortung, die Gesprächsbereitschaft und Solidarität einschließt.

Die Botschaft der V. ACFV erinnert daran, daß sich schon bald zum 2000. Male der Tag jährt, an dem Jesus Christus, der Friedefürst, Mensch geworden ist. Sie fragt: "Wie sollen wir als Nachfolger des Herrn uns auf diesen Tag vorbereiten?"

Als Mitarbeiter und Freunde der CFK in der DDR wollen wir uns mühen, durch unser Tun und Reden auf diese Frage eine Antwort zu geben. Wir wollen Menschen Mut machen, vertrauensvoll und sachlich miteinander umzugehen, um dann auch entschieden für das Partei ergreifen zu können, was uns heute vom Evangelium her geboten ist.

Wir wenden uns an unsere Kirchenleitungen und Synoden, an alle Christen in der DDR mit der Bitte: Laßt uns gemeinsam überlegen, wie wir die wenigen noch verbleibenden Jahre dieses Jahrtausends so nutzen, daß die Verheißung der Engel (Luk. 2,14) nicht zum Gericht über uns wird:

"Ehre sei Gott in der Höhe
und Friede auf Erden
den Menschen seines Wohlgefällens."

-.-.-

Aus dem REFERAT von Generalsekretär Pfarrer Lubomir Mirejovsky

In den Monaten Mai und Juni tagte die 10. Sondersitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die der Abrüstung gewidmet war. Generalsekretär Kurt Waldheim sagte, daß es "die größte repräsentativste Versammlung sei, die je zur Besprechung der Abrüstungsfrage zusammengetreten ist." Während der Sondersitzung haben 126 Außenminister, Ministerpräsidenten und Staatschefs zur Versammlung gesprochen. Sie schilderten die internationale Situation, versuchten Gründe für vergangene Fehler bei dem Erreichen von Abrüstungsmaßnahmen anzudeuten und machten einige spezifische und oft neue Vorschläge für die Abrüstung und die Reduzierung von Waffen. Nach der allgemeinen Aussprache traten Vertreter von 25 Nichtregierungsorganisationen (NGO's) und 6 Forschungsinstituten auf - zum ersten Mal in der Geschichte wurde den NGO's gestattet, zur Vollversammlung zu sprechen. Mehr als 260 NGO's sandten Repräsentanten zu der Tagung und 54 von ihnen (darunter die CFK) bekamen Sitze für deren Repräsentanten im Plenum der Vollversammlung.

Die Teilnahme der NGO's an der Sondersitzung war ein wirklicher Durchbruch und setzte einen wichtigen Präzedenzfall für ihre zukünftige Rolle im UNO-System. Die NGO-Aktivitäten im Zusammenhang der Tagung wurden vom NGO-Abrüstungskomitee und dem NGO-Exekutivkomitee organisiert und koordiniert. Die CFK ist in der Leitung dieser beiden Gremien vertreten.

Trotz einer Reihe unerfüllter Hoffnungen war die Sondersitzung ein Erfolg schon dadurch, daß sie stattgefunden hat. Das Schlußdokument enthält eine ausgezeichnete Erklärung über Abrüstung und ein angemessenes Aktionsprogramm, daß eine Leitlinie für die Abrüstungsaktion zumindest im nächsten Jahrzehnt sein kann.

Wichtig war auch die Einberufung der Weltkonferenz für den Kampf gegen Rassismus und Rassendiskriminierung in Genf vom 14. - 15. August. An der Konferenz nahmen 126 Nationen teil - die USA, Israel und die Republik Südafrika blieben fern - und sowohl 36 NGO's als auch alle anerkannten Befreiungsbewegungen (einschließlich PLO).

Als Vertreter der CFK beteiligte ich mich an der allgemeinen Diskussion, die seitens der Entwicklungsvölker (vertreten durch ihre höchsten Staatsfunktionäre) sehr dynamisch und kritisch gegenüber den früheren Kolonialmächten, seitens der sozialistischen Staaten aufmunternd und ermutigend und seitens der kapitalistischen Staaten ausweichend und widerstrebend war. Sehr starke Beiträge kamen von den Befreiungsbewegungen, die sich bemühten, die Verbindungen zwischen Prætoria und Jerusalem aufzudecken und zu verurteilen, den rassistischen Charakter des Zionismus zu beweisen und die ernste und explosive Lage im südlichen Teil Afrikas darzulegen. Sehr klare Unterstützungs- und Solidaritätserklärungen wurden von einigen NGO's vorgebracht.

Die Dokumente der Konferenz sollten sehr sorgfältig von allen unseren Regionalgruppen studiert werden und die Grundlage für unsere künftige Arbeit in der Kommission "Antirassismus" bilden. Das ist umso wichtiger, weil - als es zur Schlußabstimmung der Genfer Konferenz kam - 16 Staaten die Konferenz verließen und an der Abstimmung nicht teilnahmen. Dies waren ausnahmslos die kapitalistischen Staaten Westeuropas. Alle neutralen Staaten Europas stimmten gegen die Dokumente. Jedoch 88 Nationen, alle sozialistischen Länder und alle Entwicklungsländer nahmen einstimmig die vom Arbeitsausschuß der Konferenz vorbereiteten Dokumente an. Eine andere Erscheinung verdient hervorgehoben zu werden. Die westliche Presse, die sich als frei betrachtet, nahm fast keine Notiz von dieser von der UNO einberufenen und von ihrem Generalsekretär Dr. Waldheim eröffneten Weltkonferenz, und verschwieg ihre Ergebnisse, Erwägungen und Aktionspläne. Diese Tatsache wurde von vielen Delegationen scharf kritisiert. Es änderte jedoch nichts an der Einstellung der Westpresse zur Konferenz.

Die CFK ist eine der bei der UNO akkreditierten NGO's. Die beiden angeführten Konferenzen beweisen die wachsende Bedeutung der NGO's im Mechanismus der UNO. Unser Vertreter beim Hauptsitz der UNO, Dr. Philip Oke, wurde zum Vizepräsidenten des Exekutivausschusses der NGO's bei der UNO gewählt. Durch seine Person hat unsere Bewegung eine wichtige Vertretung erhalten.

-.-.-

Aus dem RECHENSCHAFTSBERICHT von Carl Ordnung

In letzter Zeit zeigte sich ein gewisser Rückgang in der Aktivität von Einzelmitgliedern, andererseits aber eine erfreuliche Zunahme der Aktivität von Gruppen oder ganzen Kirchengemeinden. Offensichtlich können wir als lose Gruppe von einzelnen die Breitenwirkung nicht entfalten, die im Interesse unserer Sache notwendig ist. Daraus müssen zwei Schlußfolgerungen gezogen werden.

- a) Vor allem bei der Durchführung von Veranstaltungen (Solidaritäts-gottesdienste, Abrüstungs-Nachtgebet usw.) sollten wir die Zusammenarbeit mit anderen kirchlichen Gruppen oder Einrichtungen

intensivieren. Zu nennen wären dabei etwa die Goßner-Mission, die ESG, der Ökumenische Jugenddienst, die Evangelische Akademie usw.

- b) Darüberhinaus wäre es gut, wenn weitere Gemeinden oder Gemeindegruppen in die CFK-Arbeit einbezogen werden könnten. Erfreulicherweise wächst mancherorts das Interesse an solcher Zusammenarbeit. Das stellt uns allerdings vor die Notwendigkeit, Modelle für christlichen Friedensdienst auf Gemeindepflegeebene zu schaffen.

Der Regionalausschuß hat sich mit der Frage von Reisen und Einladungen beschäftigt. Wir sind uns bewußt, daß in einer Bewegung so wenig wie möglich reglementiert werden soll. Aber wenn es sich um Reisen für die CFK handelt, dann können wir in Zukunft nur noch solche Einladungen befürworten, deren Konzeption vorher gemeinsam erörtert wurde.

Im Berichtszeitraum fand das wichtige Gespräch vom 6. März statt, das weit über die Grenzen der DDR hinaus bekannt geworden ist. Australische Pastoren, Repräsentanten einer neugebildeten CFK-Gruppe auf jenem Kontinent, fragten kürzlich bei einem Besuch in der DDR nach der Bedeutung dieser Begegnung, von der sie in ihrer Heimat gelesen hatten. Ich sehe die Bedeutung dieses Gespräches im Blick auf die Kirchen in folgendem: Im sozialistischen Staat ist die Kirche die einzige legale Institution, die nicht organisatorischer Bestandteil der sozialistischen Gesellschaft ist. Sie stand in der Vergangenheit deshalb immer in der Gefahr, daß antisozialistische politische Kräfte sie zu ihrer Plattform zu machen versuchten. Die Mehrheit der Kirchenführer hat sich immer gegen eine solche Verfälschung des kirchlichen Auftrags gewehrt. Am 6. März 1978 haben aber zum ersten Mal die autorisierten Repräsentanten der Landeskirchen gegenüber den obersten Vertretern des Staates verbindlich und in aller Öffentlichkeit sich gegenüber dieser Gefahr und Versuchung von rechts her verbindlich abgegrenzt. Das ist der Inhalt der Formel "Kirche im Sozialismus". Die Tatsache, daß der innerkirchliche Hauptangriff auf die Aussagen des 6. März von den Rechten geführt wird, bestätigt diese Sicht.

Ich stehe nicht an, in diesem Akt vom 6. März die größte historische Leistung des deutschen Protestantismus während der letzten drei Jahrzehnte zu sehen. Wer aber nun meinte, daß sich damit auch eine positivere Gestaltung des Verhältnisses zu den Friedenskräften und Linken innerhalb der Kirche anbahnen müsse, der verkennt offensichtlich die Dialektik der Geschichte. Bei manchen kirchlichen Vorgängen gewinnt man den Eindruck: Gerade um den Rechten nicht noch mehr Angriffspunkte zu bieten, betont man heute stärker als je: wenn die Kirchen Friedensarbeit treiben - wofür sie öffentlich gelobt werden -, dann ist das natürlich etwas ganz anderes als die Friedensarbeit der CFK, die zu "einseitig" und "parteilich" ist.

Die CFK hat noch niemals ein Monopol in Friedensarbeit beansprucht. Sie ist froh darüber, daß unsere Kirchen dieser Arbeit heute eine größere Aufmerksamkeit widmen. Sie ist auch der Meinung, daß man von anderen Ansätzen in der Friedensarbeit - auch von manchen Bemühungen der "Friedensforschung" - lernen kann. Aber eines muß sie als Grunderkenntnis aus ihrer 20jährigen Tätigkeit festhalten: Es gibt vor allem in den kapitalistischen Ländern einzelne und Gruppen von Menschen, die auf Grund ihrer ökonomischen Interessen und politischen Machtpositionen Feinde des heute notwendigen Weltfriedens sind. Metropolit Paulos Mar Gregorios hat auf der V. ACFV deutlich gemacht, daß ohne Identifizierung dieser Feinde unsere Bemühungen

um Frieden und Gerechtigkeit ineffektiv bleiben. Weil es Feinde des Friedens gibt, kann der Friede nur im Kampf durchgesetzt werden. Dieser Kampf erfordert parteiliches Engagement - auch von Christen und Kirchen.

Das ist unsere Erfahrung, die wir in das in unseren Kirchen in Gang gekommene Gespräch über Frieden und Erziehung zum Frieden um der Sache willen einzubringen verpflichtet sind.

Bericht über die Arbeit der Kommission CHRISTLICHER GLAUBE UND GESELLSCHAFTLICHER FORTSCHRITT von Willibald Jacob

1. Themen des letzten Jahres

- 1.1. Theologische Rechenschaft über gesellschaftliches und politisches Engagement (Geschichte der CFK und der BK)
- 1.2. Die Frage nach dem "Was?" der Verkündigung des Evangeliums in verschiedenen Situationen (DDR - Italien - Frankreich)
- 1.3. Die theologische Basis für den Kampf der christlichen Gemeinden um Unabhängigkeit und Fortschritt (CFK in Lateinamerika und der Karibik)
- 1.4. Die selbstkritische Komponente in der theologischen Reflexion (Fragen an uns selbst in der sozialistischen Gesellschaft - Analyse von Predigten und Vorträgen von Mitarbeitern)
- 1.5. Voraussetzungen und Folgen des gesellschaftlichen Engagements für den Frieden (Beispiel Niederlande)

2. Trends im Gespräch

Was wir brauchen! Wir, das sind die Mitglieder der Kommission, die zugleich hauptamtliche oder ehrenamtliche Mitarbeiter in ihren Gemeinden sind und die sich in ihren Gesprächen Rechenschaft darüber geben, was die Gemeinden brauchen.

2.1. Wir brauchen die theologische Reflexion in der Arbeit der CFK; problematisiert und in Frage gestellt wurde, dies oft genug. Aber es ist dennoch notwendig. Voraussetzungen dafür sind der Respekt vor der Tradition des anderen und die Kritik der eignen Tradition. Herumgesprochen hat sich, daß wir nicht einfach die Erkenntnisse der sog. Dialektischen Theologie oder des sog. Religiösen Sozialismus tradieren können.

2.2. Wir brauchen die Herausforderung durch den Anderen in einer anderen Situation. Oft ist es beschwerlich, zu sehen, daß andere weiter sind als wir selbst, z.B. in Lateinamerika oder vielleicht auch in den Niederlanden, indem sie in der Freude am Evangelium und in der Sorge um den Menschen ihren komplizierten Kampf gegen die Massenvernichtungsmittel oder für die Unabhängigkeit ihres Landes führen. Die Korrespondenz zwischen den verschiedenen Teilen der Christenheit bleibt erhalten, gerade wenn es um Fragen des Friedens geht. Es ist die Frage, wie unsere Antwort heute aussehen wird.

2.3. Wir brauchen die Korrespondenz von Evangelium und Situation, um ermessen zu können, was Gott uns heute gebietet, wozu er uns heute befreit. Wir problematisieren ständig unser Handeln für den Frieden, weil wir meinen, nicht sagen zu können, was das Evangelium heute und hier sagt.

Wir entkommen damit aber nicht dem Problem und der Aufgabe. Was sind eigentlich die geistlichen Voraussetzungen dafür, daß wir heute in der gegebenen Situation radikal und prinzipiell für die Abrüstung eintreten? Sind wir uns klar darüber, daß die heute gegebene Bedrohung schon jetzt die Hoffnung zerstört?

2.4. Wir brauchen die Einheit von theologischer Arbeit und Gebet für den Frieden. Dabei gehen wir nicht davon aus, daß christliche Gemeinden beten oder gerade das Gebet für manchen von uns kein Gegenstand der Überlegung mehr sein kann. Beides ist Aus-

druck des Kampfes um die Erkenntnis Gottes in unserer Zeit und Ausdruck des Rechtsstreites um das Leben der Welt im Sinne Hiobs. Wo aber wird am Ende des 20. Jahrhunderts in der theologischen Arbeit und im Gebet der Gemeinde der Aufschrei laut, der die Gefahr signalisiert, nämlich im Selbstmord der Menschheit den Segen zu verlieren!?

....

SOLIDARITÄT MIT VIETNAM

Der Aufruf der Regionalkonferenz zu Solidaritätsspenden für Vietnam (der allen CFK-Freunden inzwischen zugesandt wurde) hat ein positives Echo gefunden.

Von folgenden Spenden ist der Regionalausschuß informiert worden: Johannische Kirche 1.000 Mark, Kirchengemeinde Leuthen 250 Mark, Kirchengemeinde Königswartha 600 Mark, CDU-Ortsgruppen der Stadt Bautzen 520,40 Mark. Die Regionalkonferenz hatte im Verlaufe des Vietnam-Solidaritätsabends 600 Mark gesammelt.

GESPRÄCH MIT DEM BUND EVANGLISCH-FREIKIRCHLICHER GEMEINDEN

Der Regionalausschuß hat sich im September mit einem Schreiben an die Leitungen aller evangelischen Landes- und Freikirchen in der DDR gewandt und ein Gespräch über die Ergebnisse der V. ACFV angeboten.

Das erste dieser Gespräche fand mit der Leitung des Bundes evangelisch-freikirchlicher Gemeinden in der DDR am 30. Oktober 1978 im CFK-Büro in der Planckstraße statt.

Oberkonsistorialrat Dr. J. Althausen hat darüber die folgende Notiz verfaßt:

Teilnehmer vom Bund: Brachmann, Dammann, Kern, Morét
von der CFK: Althausen, Bernhardt, Bredendiek, Jacob

1. Bernhardt eröffnet das Gespräch mit einer freundlichen Begrüßung der Gäste und stattet dabei den Dank für den regelmäßigen finanziellen Beitrag des Bundes für die CFK-Arbeit ab. Er erinnert in einem kurzen Überblick an die Aktivitäten des RA der CFK im Blick auf die Ortsgemeinden.
2. Morét würdigt die Ergebnisse der V. ACFV positiv. Er erwähnt noch einmal den Standpunkt des Bundes, nicht als Bund der CFK beitreten zu können. Zu besprechen sei in der Tat die Frage, wie die CFK-Arbeit gemeindewirksam werden kann.
3. In einem ersten Gesprächsgang werden von den Gästen zunächst einige Informationsfragen gestellt. Bei ihrer Beantwortung wird von Bredendiek die Rolle und erfolgreiche Wirksamkeit der CFK im Friedenskampf der Christen in den letzten 20 Jahren beschrieben. In jüngster Zeit werden Themen und Impulse dafür vor allem von der dritten Welt her gestellt. Zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage wird besonders auf das Referat von Bischof Töth vor der V. ACFV verwiesen.
4. Im größten Teil des Gesprächs beschäftigt man sich mit der Gemeindewirksamkeit der CFK-Arbeit. Kern betont, daß er vor allem aus pastoraler Verantwortung für die Gemeinden heraus fragen möchte, ob bei der Arbeit der CFK die Relationen zwischen der internationalen Problematik und der eignen Welt ausgewogen sind. Diese Frage ergebe sich auch oder gerade angesichts der wachsenden Mitverantwortung der Gemeinden in politischen Fragen und bei voller Bejahung des Freiheitskampfes der Völker in der dritten Welt. In konkreten Diskussionen der Gemeinden spielten Fragen der Existenz der Christen in den sozialistischen Staaten eine wichtige Rolle.

Wird darauf genug Bezug genommen? Haben in der CFK auch solche Christen Platz, die auf Grund ihrer Erkenntnis des Glaubens ihren Friedensdienst in der Ablehnung jeglicher Waffen verwirklichen wollen? In verschiedenen Beiträgen wird versucht, auf diese grundsätzlichen Anfragen einzugehen. Zwischen den Problemen im internationalen Bereich und auf lokaler Ebene gibt es sehr enge Zusammenhänge. Die CFK sehe zwar den Schwerpunkt ihrer Arbeit beim Einsatz für die internationalen Fragen. Auch ist sie von ihrer Geschichte und ihrer organisatorischen Beschaffenheit her zuerst eine internationale Einrichtung. Dort wolle sie auf friedensgefährdende Faktoren aufmerksam machen. Doch wisse auch sie, daß in diesem Rahmen die Fragen unserer eignen Gesellschaft ihren Platz haben. Sie habe deshalb in ihren eignen Arbeitskreisen einen Dialog ähnlich wie in jedem Gemeindekreis zu bewahren, in dem sie sich um einen theologisch-biblischen, einen sachbezogenen und einen sprachlichen Brückenbau zwischen den Bereichen und zwischen Menschen bemühe.

5. In einer Zusammenfassung dieses Gesprächs formuliert Morét die künftigen Aufgaben der Gemeinden in 5 Punkten:
 1. Es gilt, das Verantwortungsbewußtsein der Gemeinden für den Weltfrieden zu stärken.
 2. Durch Mitarbeit von Gemeinden in der CFK wird das Stimmenvolumen für Friedensappelle wesentlich vergrößert.
 3. Das Gebet für den Frieden ist eine unvermindert wichtige Aufgabe.
 4. In den neuerlichen Bemühungen vieler Gemeinden zu einer sachgerechten Erziehung für den Frieden kann gerade auch die CFK helfen.
 5. Theologische Arbeit scheint jetzt besonders unter der Frage nach dem "gerechten Krieg" oder unter der nach verantwortlicher Parteilichkeit nötig.
5. In einem abschließenden Austausch wird die Möglichkeit erwähnt, bei einer Fürbittinitiative des RA mit dem Bund zu kooperieren.
7. In den Dankvoten wird das Gespräch, das in einer aufgeschlossenen und vertrauensvollen Atmosphäre geführt wurde, als nützlich und konstruktiv bezeichnet.

HERRNHUT - LEUTHEN - KÖNIGSWARtha

In folgendem stehen drei Orte stellvertretend für die ständig zunehmenden, vielfältigen Aktivitäten der Christlichen Friedenskonferenz in Kirchengemeinden unseres Landes.

Vom 20. bis 23. November 1978 fand im Schulungszentrum der Brüdergemeine in Hernhut die erste Konsultation von den CFK korporativ angeschlossenen Kirchengemeinden und Basisgruppen in der DDR statt.

Die Teilnahme eines Vertreters des CFK-Regionalausschusses der CSSR, Pfarrer Huml, Informationen des DDR-Vertreters beim Prager CFK-Büro, Peter Zimmermann, über die Neukonzipierung der internationalen Studienarbeit sowie Berichte von der Basisarbeit in der BRD und von der Madrider Weltsolidaritätskonferenz für Chile durch Dr. sc. Carl-Jürgen Kaltenborn, unterstrichen die enge Beziehung des Einsatzes "vor Ort" mit der internationalen Friedensarbeit. Die von Eberhard Krispin, Pfarrer der ältesten CFK-Mitgliedsgemeinde (Oderberg), geleitete Tagung vermittelte im Rahmen eines konstruktiven Erfahrungsaustausches viele neue Arbeitsanregungen und führte zu dem Vorschlag an den Regionalausschuß, Mitte Oktober 1979, in der Thüringischen Gemeinde Kapellendorf eine weitere Konsultation von Mitgliedsgemeinden und Basisgruppen der CFK zu veranstalten. Unitätsdirektor H. Hickel empfing die Teilnehmer zu einem Informationsgespräch über das Wirken der Brüdergemeine.

Am 1. Adventssonntag konstituierte sich im Pfarrsprengel Leuthen bei Cottbus eine Gemeindegruppe der Christlichen Friedenskonferenz. Der Internationale Sekretär der CFK, Pastor Dietrich Gutsch, überreichte Ortsfarrer Horst Branig aus diesem Anlaß ein Grußschreiben des Generalsekretärs der Christlichen Friedenskonferenz. Im Rahmen eines Empfanges, an dem auch Vertreter der staatlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit teilnahmen, sowie im Anschluß an eine kirchengemeindliche Veranstaltung, in der durch Grußworte und Kurzberichte von der V. ACFV (von Ilsegret Fink, Gutsch und Kaltenborn) die Notwendigkeit wie Möglichkeiten christlicher Friedensarbeit an konkreten Beispielen erläutert wurden, kam es im Pfarrhaus zu einem angeregten Austausch über die Basisarbeit der Christlichen Friedenskonferenz. Generalsuperintendent Dr. Forck übermittelte der Gemeinde schriftlich die herzlichsten Segenswünsche.

In seiner Begrüßung sagte Pfarrer Horst Branig u.a.: "Drei Jahre intensiver Bemühungen um ein neues, in unseren Gemeinden dringend notwendiges Friedensbewußtsein, haben einen Prozeß des Umdenkens und Lernens unter Christen in unseren Gemeinden in Gang gesetzt. Sie wissen sich in immer stärkerem Maße durch das Evangelium des Friedens, Fundament ihres Lebens und Glaubens, zu konkreten Aktionen des Friedens und der Solidarität zusammen mit anderen in der Ökumene herausgefordert."

Zur Chronik der Kirchengemeinden im Pfarrsprengel Leuthen (1975-78) gehörte die "'Friedensarbeit an der Basis' ganz selbstverständlich. Nach einer "Kirchlichen Woche" im November 1975 zum Thema "Verantwortung der Gemeinde heute" hatte der Gemeindepfarrer eine Kollekte für die Arbeit der CFK beschlossen und seit dieser Zeit unterstützen die Gemeinden im Pfarrsprengel Leuthen die Friedensarbeit. Welcher Wandel sich hier vollzogen hätte, veranschaulicht Horst Branig durch einen kurzen Rückblick auf die Zeit des Kirchenkampfes, in der die kirchliche Atmosphäre Leuthens von den Deutschen Christen bestimmt worden sei. Heute dagegen lernten "Gemeindemitglieder ihr Christsein als Werkzeuge des Friedens im Dasein für andere" zu artikulieren.

Die Evangelisch-Lutherische Kirchgemeinde Königswartha bei Bautzen hatte durch ihren Kirchenvorstand, gemeinsam mit ihrer CFK-Gemeindegruppe und der CDU-Ortsgruppe am Mittwoch, dem 6. Dezember 1978, zu einem "Abend für das chilenische Volk" eingeladen. Durch vorbildliche Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte kam es auf Ortsebene zu einer eindrucksvollen Manifestation der Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes gegen den Faschismus, für ein neues, demokratisches Chile. Die Redner des Abends, der Repräsentant des Komitees "Chile Antifascista", Valdivia, und Dr. Kaltenborn der die CFK auf der Weltsolidaritätskonferenz für Chile, in Madrid, vertreten hatte, unterstrichen in ihren Beiträgen die Macht der immer breiter werdenden internationalen Volks-einheit und die ermutigende Hilfe der weltweiten Solidarität für die Kämpfer im Andenlande.

Die Teilnehmer dieses Abends übergaben dem Komitee "Chile Antifascista" eine Geldspende in Höhe von 500 Mark, sandten dem Vikariat der Solidarität der Katholischen Kirche Chiles ein Grußtelegramm und wandten sich mit einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, in dem sie den Vorschlag der Madrider Chile-Weltkonferenz unterstützen, den von der UNO aus Anlaß des 30. Jahrestages der Menschenrechtsdeklaration gestifteten Preis zur Verleihung an Persönlichkeiten, die bei der Durchsetzung der Menschenrechte Verdienste erworben haben, an Frau Hortensia Bussi de Allende zu vergeben.

Was bei allen drei Veranstaltungen besonders frohstimmte:
Hier wurde nicht unter Ausklammerung oder Umgehung des Evangeliums
Mitverantwortung für eine friedlichere und gerechtere Erde reali-
siert. Hier wurde vielmehr ein Stück Bergpredigt präsent:
"Selig sind, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit;
denn sie sollen satt werden."

Dr. Carl-Jürgen Kaltenborn

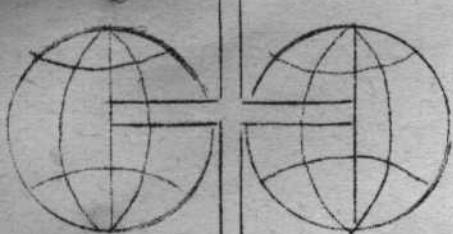
BERICHTSBAND ÜBER V. ACFV

Voraussichtlich Mitte Februar wird der deutschsprachige Berichts-
band über die V. ACFV vorliegen. Er enthält alle Referate, Bibel-
arbeiten, Grußbotschaften, Arbeitsgruppenberichte und Abschluß-
dokumente, sowie ein Verzeichnis der Teilnehmer. Umfang ca.
370 Seiten, 24 Bildseiten, Preis voraussichtlich 8,00 Mark.
Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen!

Studiengruppe RELIGION UND FRIEDEN

Einige CFK-Mitarbeiter haben die Absicht, eine Studiengruppe
"Religion und Frieden" ins Leben zu rufen. Sie soll Fragen der
Zusammenarbeit mit den Weltreligionen untersuchen.
Wer mitarbeiten möchte, wird gebeten, dies kundzutun.

-x-x-x-x-



CFK RUNDBRIEF

2/77

Liebe Freunde!

Dieser Rundbrief will über Aktivitäten von CFK-Mitarbeitern aus der DDR informieren. Dabei ergeben sich zwei Gesichtspunkte.

1. Von Anfang an sind wir davon ausgegangen, daß den Kirchengemeinden und kirchlichen Gruppen im christlichen Friedensdienst eine wichtige Aufgabe zukommt. Deshalb haben wir der Basisarbeit immer große Bedeutung beigemessen. Wir zählen dazu nicht nur die Tätigkeit der korporativ mitarbeitenden Gemeinden, sondern auch unsere Seminare und die Arbeit der Studiengruppen. Berichte aus diesem Bereich - in dieser Nummer vom Seminar der Jugendgruppe und von der Gemeinde Kapellendorf - wollen Anregungen vermitteln und zu Rückfragen herausfordern.
2. Im Laufe eines Jahres nehmen einige unserer Freunde an internationalen CFK-Aktivitäten teil. Die Erfahrungen und Einsichten, die sie dabei gewonnen haben, sollten umfassender als bisher uns allen zugänglich gemacht werden. Der Bericht von Pastorin F. Schulze soll dafür ein Anfang sein.

Nehmen Sie diese Informationen bitte auch als Anregung und Einladung, über Ihre CFK-Arbeit zu berichten.

gez. Carl Ordnung

REGIONALAUSSCHUSS DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ
108 Berlin, Planckstr. 20

Seminar der CFK-Jugendgruppe

=====

Vom 1. bis 3. April führte die CFK-Jugendgruppe unter der Leitung ihres Vorsitzenden Pfarrer Giselher Hickel in Leipzig ein Seminar durch, auf dem die These "Erziehung zum Frieden ist Erziehung zu bewußtem politischen Handeln" erörtert wurde. An dem Seminar nahmen ca. 40 kirchliche Jugendmitarbeiter und junge Christen teil. Wir stellen die Thesen zweier Referenten, die für das Seminar formuliert wurden, zur Diskussion.

Peter Zimmermann, Wissenschaftlicher Sekretär der Sektion Theologie an der Karl-Marx-Universität Leipzig

Was ist sozialistisches Bewußtsein?

1. Bewußtheit im gesellschaftlichen Sinn ist die Einsicht, daß alles menschliche Handeln gesellschaftliche und historische Wirkungen hat. Bewußtheit ist Mittel und Antrieb für die Vervollkommnung der Herrschaft des Menschen über seine Welt und seine Geschichte.
2. Bewußtsein ist die Summe aller Erfahrungen des Menschen mit sich selbst, aus seinen Beziehungen zur Natur und zu anderen Menschen. Es umfaßt die gesamte psychische Tätigkeit des Menschen (auch Gefühle und Wünsche) und dient der Regulierung der Beziehungen von Mensch und Natur bzw. Mensch und Mensch.
3. Gesellschaftliches Bewußtsein ist das Selbstverständnis einer Menschengruppe zur Durchsetzung ihrer Interessen im gesellschaftlichen Bereich. Es ist die Summe aller politischen, moralischen, juristischen und weltanschaulichen Vorstellungen, die gebündelt sind als "Herrschaftswissen." (Marx: Das gesellschaftliche Sein der Menschen bestimmt ihr Bewußtsein)
4. Der Einfluß von Klassenbindungen in der Geschichte unseres Glaubens ist groß und läßt sich nicht leugnen. Es widerspricht dem Glauben nicht, wenn wir annehmen: Das Bewußtsein des Menschen wird wesentlich mitbestimmt von materiellen und gesellschaftlichen Herkünften.
5. Sozialistisches Bewußtsein ist eine konkrete Ausformung des gesellschaftlichen Bewußtseins. Es ist Zusammenfassung der Interessen einer Klasse und deren Repräsentanten. Als bestimmtes gesellschaftliches Bewußtsein ist es die Ideologie der im Sozialismus herrschenden Menschengruppe.
6. Auch der glaubende Mensch ist ein "Ideologie-Wesen", weil Gott ihm die Fähigkeit und den Auftrag gegeben hat, Systeme zur Selbst- und Weltverantwortung zu entwerfen.

Dr. Joachim Wiebering, Rektor des Kirchlich-Theologischen Seminars, Leipzig

Die Rolle des christlichen Glaubens bei der Entwicklung des politischen Bewußtseins

- 1.. Glaube an Jesus Christus wirkt sich auf das politische Bewußtsein aus; einen apolitischen Glauben zu behaupten, wäre eine Entstellung des Glaubens.
2. Glaube an Jesus Christus als Leben in der Nachfolge relativiert die politischen Ansprüche und bewahrt vor politischem Fanatismus.
3. Glaube an Jesus Christus trägt zur Versachlichung politischer Gegensätze bei und führt zur Toleranz gegenüber politisch anders Denkenden und Handelnden.
4. Glaube als Leben in der Nachfolge Jesu Christi drängt vor allem zur Rücksicht auf die Leidenden und Benachteiligten und macht das politische Bewußtsein dafür sensibel.
5. Glaube an Jesus Christus rechnet wohl mit Gottes Herrschaft über die Geschichte, hält aber zugleich ihre Verborgenheit und Unbeweisbarkeit aus.
6. Im politischen Handeln verfügt der Glaube über keine besonderen Mittel und Methoden, sondern ist auf vernünftige Überlegungen, gerechten Ausgleich und Kontrolle der Macht angewiesen.

Gemeindeguppe der CFK in Kapellendorf

In einem Rundbrief, den Pfarrer Peter Franz, Kapellendorf, an seine Freunde zum Jahreswechsel schrieb, finden sich u.a. folgende Sätze: "Für mich speziell brachte das vergangene Jahr eine Horizonterweiterung. Ich wurde auf die Arbeit der Christlichen Friedenskonferenz aufmerksam oder zog vielmehr Konsequenzen aus meinem gewachsenen Interesse an dieser Bewegung. Gleich im Januar war ich bei einer Arbeitstagung, die sich mit UNO-Fragen befaßte, in Berlin dabei. Und gegen Jahresende nahm ich - zusammen mit einem Gemeindeglied aus Kapellendorf - an der Tagung der Regionalkonferenz in der Weißenseer Stephanus-Stiftung teil, auf der es um Abrüstung und Friedensbewußtsein ging. Dort konnten wir schon einige erste Listen mit Unterschriften unter dem Stockholmer Appell übergeben - bescheidene Frucht dazwischenliegender Veranstaltungen und Bewußtseinsarbeit. Uns wurde mehr und mehr klar, daß zuerst und zuletzt die Arbeit bei den "kleinen Leuten" an der Basis den Ausschlag für alles weltweite Weiterkommen gibt. Und auch dies ein CFK-Zusammenhang: der Besuch einer Gruppe japanischer Christen im Oktober wird zu einer fröhlichen Herbstblüte im Blumenstrauß der vergangenen Wochen und Monate."

Inzwischen hat sich eine CFK-Arbeitsgruppe in Kapellendorf gebildet. Pfarrer Franz berichtet darüber:

"Und sie bewegt sich doch!" - unter diesem Motto, das man gern Galilei in den Mund legt, waren die Christen des Kirchspiels Kapellendorf und die auswärtigen Freunde des Evangelischen Gemeindezentrums "Thomas Müntzer" zu einem Gesprächsabend eingeladen worden, der über Ziele und Aktivitäten der Christlichen Friedenskonferenz informieren und zu einer konkreten Mitwirkung hiesiger Christen an dieser Bewegung inspirieren wollte. Knapp 20 Teilnehmer aus dem Umkreis des Zentrums hatten sich versammelt, um herauszufinden, ob sich in der Christenheit heute wirklich etwas bewegt in Richtung auf eine bessere und menschenfreundlichere Welt. Vier Freunde aus der CFK-Mitgliedsgemeinde Königswartha bei Bautzen waren als Gäste zugegen; die CFK-Gemeinden Hettstedt und Oderberg hatten mündliche und schriftliche Grüße gesandt. Der Regionalsekretär für den Bereich der DDR, Carl Ordnung aus Berlin, gab einen interessanten Einblick in das Werden und Wollen des christlichen Sektors der weltweiten Friedensbewegung. Er nannte u.a. Dietrich Bonhoeffer als Kronzeugen für die Relevanz christlichen Glaubens im Dienst an der Welt. Schon ihm schwebte ein Allchristliches Konzil der Kirchen vor, das schließlich in der Prager Christlichen Friedenskonferenz eine Art Materialisation fand. Aus kleinsten Anfängen wurde durch den Beitrag namhafter Theologen wie durch das Engagement ungezählter Christen in aller Welt die CFK zu einer beachtlichen Teilkraft der Friedensbewegung. So stellt sie sich heute auch als eine der in der UNO integrierten Nicht-Regierungs-Organisation dar. Außer den Kirchen in der DDR sind alle protestantischen und orthodoxen Kirchen sozialistischer Länder korporatives Mitglied der Christlichen Friedenskonferenz. In der DDR gehören ihr 400 Einzelpersonen sowie die Kirchengemeinden Hettstedt, Königswartha, Oderberg und nun die Gemeindegruppe beim EGZ "Thomas Müntzer" an. In vierjährigem Abstand wird von der Regionalkonferenz der Regionalausschuß mit 20 Mitgliedern gewählt. In der DDR gibt es gegenwärtig 9 Studiengruppen. In der anschließenden, zum Teil heftig geführten Diskussion, kamen die Probleme zur Sprache, welche unsere in feindliche Militärblöcke, Gesellschaftssysteme und Entwicklungszonen zerspaltene Welt so in Atem halten. Mit Leidenschaft und Vehemenz wurde nach Voraussetzungen und Konsequenzen der Abrüstung gefragt, wurde um die Notwendigkeit und Problematik politischen Handelns für Christen in unserem Lande gerungen. Manchmal prallten Meinungen und Standpunkte hart aufeinander. Aber gerade so wurde deutlich, was mehrere (und sehr unterschiedliche) Teilnehmer gegen Ende des Abends übereinstimmend herausfanden: Voraussetzung alles Handelns und Veränderns ist die Aufholung eines beträchtlichen Wissens- und Informationsrückstandes. So wurde die These von Carl Ordnung bestätigt, der die Notwendigkeit der Studienarbeit und einer daraus erwachsenden systematischen Bewußtseinsbildung als Voraussetzung für alle Aktionen und Aktivitäten nannte.

Während des Gesprächs übergab CFK-Mitarbeiter Gerolf Löser aus Kapellendorf dem Regionalsekretär einige weitere Listen mit Unterschriften unter den II. Stockholmer Appell, die

im Umkreis des Gemeindezentrums gesammelt wurden. Eine Gruppe von zunächst fünf Mitarbeitern erklärte ihre Bereitschaft zur kontinuierlichen Mitarbeit an den Sachaufgaben der CFK. Andere Gesprächsteilnehmer äußerten ihr Interesse daran, zu derartigen Zusammenkünften wieder eingeladen zu werden. Ich selbst berichtete über die Freude und Begeisterung, die der Besuch einer japanischen CFK-Delegation im Herbst vergangenen Jahres vor allem bei den jungen und jüngsten Christen des Gemeindezentrums hervorgerufen hatte. Farbfotos von ihrem Besuch bei uns, die uns die japanischen Freunde nachträglich geschickt hatten, unterstrichen optisch eindrucksvoll die herzliche Verbundenheit, die diese ökumenische Begegnung hat wachsen lassen. Die Nachricht, daß wir auch 1977 wieder ausländische Gäste in Kapellendorf wieder begrüßen können, erfüllte uns mit Vorfreude. Christen im räumlichen Umkreis von Kapellendorf, deren Glaube zu größerer Weltverantwortung über die eigene Kirchturmspitze hinaus drängt, sind eingeladen, an der Arbeit der CFK-Gruppe Kapellendorf teilzunehmen. Wer uns schreibt, wird eingeladen. Unsere Anschrift: Evangelisches Gemeindezentrum "Thomas Müntzer" - DDR-5321 Kapellendorf - Ruf Isserstedt 352."

Friederike Schulze

Fünf Wochen Gast der "First Church" in Baltimore

Ende 1976 hatte CAREE, die mit der CFK verbundene Organisation von Kirchenmännern und Theologen in den USA eine Gruppe von CFK-Mitarbeitern aus sozialistischen Ländern eingeladen. Die Mitglieder dieser Gruppe aus der UdSSR, Polen, Ungarn, der CSSR, Rumänien und der DDR sollten einige Wochen die Aktivitäten einer normalen Kirchgemeinde begleiten. Pastorin Friederike Schulze, Potsdam, die für die DDR an diesem Projekt beteiligt war, berichtet im folgenden über ihre Eindrücke.

"1. In den USA war ich Gast der "First Church" in Baltimore, Maryland. Als zeitweiliges Stabsmitglied konnte ich an allen Aktivitäten dieser Kirche teilnehmen: an den Gottesdiensten mit der anschließenden Kaffeestunde, am Erwachsenen- und Konfirmandenunterricht, an Haus- und Krankenhausbesuchen, an einer Sitzung des Gemeinderates, an den Zusammenkünften der Frauengruppen (Gebetskreis, Strickgruppe, Drei-schöne-Künste-Gruppe), der Jugendgruppe und der "feeling-free"-Gruppe (eine Gruppe junger Erwachsener, die sich z.Z. mit Luther beschäftigt), den Stabsitzungen.

Ich habe einmal im Gottesdienst gepredigt und bei einigen anderen Veranstaltungen über die Situation der Kirche in der DDR berichtet. Außerdem kam es zu vielen Einzelgesprächen mit den Gemeindegliedern, die mich zum Dinner eingeladen hatten, vor allem aber mit den Pastoren der "First Church", Rev. Robert Blair Ruble, D.D. und Rev. Donald Burggraf. Andere interessante Gesprächspartner habe ich in einer Gruppe methodistischer Pastoren gefunden, für die

stellvertretend der Direktor der Vereinigten Kirche von Maryland Ellsworth Bunce genannt sein soll. Einige von ihnen waren in der UdSSR oder in der DDR gewesen und interessierten sich insbesondere für das Verhältnis von Christen und Marxisten.

2. Die "First Church" ist eine weiße Mittelstandskirche, sie hat 530 Mitglieder und kann 2 Pastoren beschäftigen. Das Durchschnittsalter liegt schätzungsweise bei 55 bis 60 Jahren. Zentrum des Gemeindelebens bilden die Gottesdienste am Sonntagmorgen mit einer für unsere Pastoren beneidenswerten Besucherzahl. Ich hatte den Eindruck, daß etwa die Hälfte der Gemeindeglieder in den Gottesdiensten und bei den anschließenden Kaffeestunden anzutreffen war. Der Gottesdienst verlief in mir durchaus vertrauten angewandten Bahnen, auch wenn die "lutherischen" Kirchen in den USA stärker hochkirchlich orientiert sind als bei uns.

Da der Gottesdienst faktisch das Zentrum des Gemeindelebens ist, mußte die Frage nach der Funktion des Gottesdienstes für die Gemeinde gar nicht gestellt werden.

Natürlich läßt sich über die Motive des Gottesdienstbesuches oder auch der Gemeindezugehörigkeit überhaupt nur schwer etwas sagen. Mir schien aber doch manchmal, daß das Bedürfnis nach Geselligkeit das wichtigere Motiv ist als das nach theologischer Auseinandersetzung oder Zurückhaltung für den Alltag. Die Jugendgruppe zum Beispiel (8 bis 10 junge Leute zwischen 15 und 17 Jahren) nahm zwar am Gottesdienst teil, das eigene Programm enthielt aber keine theologischen oder gesellschaftlichen Themen.

3. Baltimores Einwohner sind heute zu mehr als 50 % Afro-Amerikaner. Trotzdem bot sich in den 5 Wochen keine Gelegenheit, mit einem Afroamerikaner ausführlich zu reden, ich habe nur wenige flüchtig gesprochen. Mein Eindruck war, daß die Segregation faktisch nahezu perfekt funktioniert. In der "First Church" war kein Afroamerikaner Gemeindemitglied, in dem Villenvorort, in dem die "First Church" liegt, wohnen nur wenige. Bemerkungen wie "Die Krankenschwester ist zwar schwarz, aber trotzdem sehr nett" scheinen ebenso normal zu sein wie die Tatsache, daß bei einer Party lediglich die drei Servierer schwarz waren, die Gäste aber alle weiß.

4. Die Frage nach einer gerechteren Wirtschafts- und Sozialstruktur wurde von kaum einem der Christen, die ich getroffen habe, gestellt. Wenn man bedenkt, daß sie zur oberen Mittelschicht gehören, ist das erklärlich. Viele haben Vorfahren, die in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts aus Europa emigriert sind, um in den USA ihr Glück zu machen und ihr Ziel auch erreicht haben; andere sind nach der Wirtschaftskrise in den 30er Jahren und dem Zweiten Weltkrieg zu Wohlstand gelangt. Von Problemen wie Armut, Hunger, Arbeitslosigkeit sind sie nicht direkt betroffen (von der Arbeitslosigkeit aufgrund des hohen Durchschnittsalters nicht mehr), und sie halten sich für im Rahmen der amerikanischen Gesellschaftsordnung für lösbar. Sie beteiligen sich an Wohlfahrtsprogrammen, stellen aber nur selten die Frage, warum Wohlfahrt notwendig ist.

5. Die Informationen über die sozialistischen Staaten sind noch immer antikommunistisch geprägt. Die Presse berichtet wenig und wenn, dann nur Negatives über die sozialistischen Staaten. Mir wurde zwar versichert, man könne auch kommunistische Zeitungen kaufen - allerdings nur in einem Spezialladen.

Ich habe viele Fragen beantworten müssen, von denen ich geglaubt habe, sie seien aufgrund besserer Information erledigt, so zum Beispiel, wer bei uns hungere, ob man überhaupt etwas besitzen dürfe, ob Pastoren ihre Predigten zensieren lassen müssen, ob Christen überhaupt Arbeit finden...

6. Mir ist erst im Nachhinein deutlich geworden, was es für die "First Church" bedeutet haben muß, einen Gast aus einem sozialistischen Land, der noch dazu Pastorin ist, aufzunehmen. Denn weibliche Pfarrer sind in den lutherischen Kirchen selten, und Leute aus den sozialistischen Ländern, die keine Flüchtlinge sind, sind schwer vorstellbar.

Ich bin trotzdem mit außerordentlich großer Freundlichkeit aufgenommen worden und habe die Gastfreundschaft und den informellen Umgangsstil als sehr wohltuend empfunden. Wenn es mir gelungen ist, ein korrekteres Bild über die DDR zu vermitteln, dann ist der hohe Zeit- und Kostenaufwand der Reise gerechtfertigt, auch wenn ich für unsere Arbeit keine direkten Anregungen mitnehmen konnte."

Regionalkonferenz 1977

=====

Der Regionalausschuß hat die diesjährige Regionalkonferenz auf den 24. und 25. November 1977 festgelegt. Sie wird diesmal in Haus "Wilhelmshöhe" in Buckow stattfinden und soll ganz im Zeichen der Vorbereitung auf die V. Allchristliche Friedensversammlung stehen. CFK-Generalsekretär Pastor Dr. Karoly Tóth ist dazu eingeladen. Außerdem muß auf dieser Regionalkonferenz der Regionalausschuß neu gewählt werden. Entsprechend unseren Arbeitsrichtlinien sind alle Mitarbeiter der CFK wahlberechtigt, die eine Verpflichtungs-erklärung abgegeben und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen erfüllt haben. Alle CFK-Studiengruppen und die korporativ mitarbeitenden Gemeinden sind gebeten, Kandidaten-vorschläge an den Regionalausschuß zu machen.

Zur Studienarbeit

=====

In der DDR arbeiten folgende Arbeits- und Studiengruppen:

1. Abrüstung, Leitung: Pastor Bruno Schottstädt, 1055 Berlin, Dimitroffstr. 133
2. U N O, Leitung: Elisabeth Adler, 104 Berlin, Albrechtstr. 16

3. Jugend, Leitung: Pastor Giselher Hickel, 7031 Leipzig,
Fröbelstr. 10
4. Friede im Nahen Osten
Berlin, Leitung: Dozent Dr. Heinrich Fink,
1157 Berlin-Karlshorst, Stechlinstr. 18
5. Christlicher Glaube und gesellschaftlicher Fortschritt str. 16
Leitung: Willibald Jacob, 112 Berlin, Feldtmannstr. 120
6. Antirassismus, Leitung: Pfarrer Jan Laser
8601 Königswartha, Kirchweg 1
7. Friede und Umweltfragen, Leitung: Dipl.-Ing. Kurt
Schwinkowski, 50 Erfurt, Wetzstr. 19
8. Friede und Entwicklung, Leitung: Bernd Krause,
1197 Berlin, Haushoferstr. 23
9. Nachdem international eine CFK-Studiengruppe "Probleme der Gleichberechtigung" gegründet wurde (sie ist aus den CFK-Aktivitäten im Internationalen Jahr der Frau hervorgegangen), soll eine gleiche Gruppe in der DDR ins Leben gerufen werden. Wer würde sich daran beteiligen? Es soll keine "Frauengruppe" sein, auch Männer sind eingeladen.
10. Der Regionalausschuß schlägt vor, eine weitere Gruppe zu bilden, die Fragen Entspannung - Sicherheit - Zusammenarbeit, natürlich speziell in Europa, aber nicht beschränkt auf unseren Kontinent, behandelt.
11. Von einigen Mitgliedern wird erwogen, ob nicht eine Arbeitsgruppe, die sich mit Problemen des südlichen Afrika beschäftigt, notwendig ist. Sie soll - durch die Aufarbeitung verschiedener Aspekte des Konflikts - zu einem besseren Verständnis der Entwicklungen beitragen und die Arbeit der CFK in diesem Bereich intensivieren. Es ist dabei an einen Themenkreis gedacht, der über den Rahmen des Antirassismus-Programms des ÖRK hinausgeht.

Sollten Sie Interesse haben, in einer dieser Gruppen mitzuarbeiten, so wenden Sie sich bitte direkt an den Leiter oder - vor allem wenn es um neu zu bildende Gruppen geht - an den Sekretär des Regionalausschusses.

Liebe Freunde!

Um Sie besser und schneller vor allem über die internationale Arbeit der CFK informieren zu können, wollen wir versuchen, in unregelmäßigen Abständen einen Rundbrief zu versenden. Damit sollen Anregungen für die Studienarbeit geben und vor allem Möglichkeiten geschaffen werden, Ihre Gemeinden und Gruppen intensiver an der CFK-Arbeit teilnehmen zu lassen. Wir hoffen, auf diese Weise die Arbeitskontakte unter uns zu vertiefen, und erwarten dazu Ihre Anregungen.

Mit diesem Rundbrief soll keineswegs die Möglichkeit aufgegeben werden, zwölfmal im Jahr, im Rahmen des "Standpunktes" ein vierseitiges Mitteilungsblatt zu publizieren.

gez. Carl Ordnung

I.

Vom 6. bis 10. Juni 1977 wird in Moskau eine

WELTKONFERENZ RELIGIÖSER REPRÄSENTANTEN
FÜR DAUERHAFTEN FRIEDEN, ABRÜSTUNG UND
GERECHTE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN VÖLKERN

stattfinden.

Manche unserer Freunde und Mitarbeiter haben während der letzten Wochen gefragt, worum es bei diesem Weltkongress geht. Im folgenden sollen dazu einige Informationen gegeben werden.

1. Es ist nicht das erste Treffen von Vertretern verschiedener Religionen zum Thema Frieden. Im Jahre 1952 versammelten sich Repräsentanten der Kirchen und Religionen aus allen Teilen der UdSSR im St. Sergius-Kloster in Sagorsk, um über ihre Verantwortung im Ringen um den Weltfrieden nachzudenken. Im Juli 1969 fand eine zweite solche Konferenz in Sagorsk statt. Sie stand unter dem Thema "Verantwortung der Gläubigen für Frieden und Zusammenarbeit der Völker". Unter den 300 Teilnehmern befanden sich mehr als 100 Gäste aus 44 Ländern aller Kontinente. Sie nahmen intensiv an der Aussprache teil; einige von ihnen hielten Kurzreferate im Plenum oder in einer der fünf Arbeitsgruppen.

Das ist eine Linie, die zur diesjährigen Weltkonferenz führt. daneben gibt es eine zweite, durch die vor allem deutlich wird, daß solche Zusammenkünfte von Religionsvertretern nicht die religiösen Friedenskräfte von den säkularen separieren wollen,

sondern daß es dabei um ihre Mobilisierung für die Zusammenarbeit mit der weltweiten Friedensbewegung geht. Als im Sommer 1962 in Moskau ein Weltkongreß für Frieden und Abrüstung stattfand, versammelten sich 350 Teilnehmer dieses Kongresses, die Vertreter von Kirchen und Weltreligionen waren, zu einem Sondertreffen in Sagorsk. Dabei bekräftigten sie die Verpflichtung der Gläubigen, allen friedensbedrohenden Kräften und Tendenzen entgegenzuwirken. Dasselbe wiederholte sich aus Anlaß des Moskauer Weltkongresses der Friedenskräfte 1973, an dem die Vertreter von Kirchen und Religionen mehr als 10 % der Teilnehmer ausmachten. An diesem Sagorsker Treffen 1973 nahmen neben Mitarbeitern der CFK aus der DDR (die übrigens auch schon 1962 und 1969 beteiligt waren) auch die Abgesandten des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Bischof Gienke, Kirchenpräsident Natho und Oberkirchenrätin Lewek, teil.

Beide Linien vereinigen sich in dem diesjährigen Treffen. Als Patriarch Pimen vor mehr als einem Jahr die Initiative zur Organisation eines solchen Treffens ergriff, bezog er sich ausdrücklich auf den Moskauer Weltkongreß von 1973. Einige der Mitglieder des Vorbereitungskomitees bezeichnen sich als "Freunde des Moskauer Weltkongresses". Neu ist, daß der Weltkongreß religiöser Repräsentanten für dauerhaften Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen zwischen den Völkern nicht mehr eine Veranstaltung der Russischen Orthodoxen Kirche mit internationalen Gästen sein wird, sondern eine internationale Konferenz, an deren inhaltlicher Vorbereitung auch Kirchenführer und Religionsrepräsentanten anderer Länder beteiligt sind. Die Russische Orthodoxe Kirche ist Gastgeber der Konferenz, zu der 500 Teilnehmer erwartet werden.

Der Vorbereitungsausschuß, der sich am 31. März 1976 konstituierte, umfaßt mehr als 50 Persönlichkeiten. Sein Vorsitzender ist Metropolit Juvenalij, der Leiter des Außenamtes der Russischen Orthodoxen Kirche. Zu den stellvertretenden Vorsitzenden gehören: Prof. Dr. S. Arce-Martinez (Kuba), der gleichzeitig CFK-Vizepräsident ist, der römisch-katholische Kanonikus R. Goor aus Belgien, Scheich A. Zabaro, Mufti der Arabischen Republik Yemen, und der Präsident des Buddhistischen Friedenskongresses in Sri Lanka T. Sumanatissa. Mitglieder des Komitees sind u.a. Rabbi J.L. Fischmann, UdSSR; Metropolit Paulos Mar Gregorios, Indien; Pastor A. Gaillard, Frankreich; der shintoistische Erzpriester T. Miyake, Japan; der Generalsekretär des Nationalen Christenrates von Kenia, J. Kamau, sowie als Vertreter des DDR-Kirchenbundes Propst Dr. H. Falcke, Erfurt, und Oberkirchenrätin C. Lewek, Berlin.

2. Worum geht es bei der Weltkonferenz?

Zunächst muß gesagt werden: es geht nicht darum, so etwas wie eine gemeinsame geistliche Basis für religiöses Friedensengagement zu erarbeiten. Wenn es in diesem Bereich Berührungspunkte gibt, dann liegen sie in einer gewissen ethischen Verpflichtung. Metropolit Juvenalij sagte auf einer Sitzung des Vorbereitungskomitees: "Bei aller Verschiedenheit religiöser Erfahrungen sind Vertreter verschiedener konfessioneller Systeme im Grunde einander sehr nah im ethischen Ausdruck ihrer Religiosität."

Das Sagorsker Treffen von 1969 hatte in einer "Erklärung zur gemeinsamen Friedensarbeit aller Religionen" festgestellt: "Die Grundlage dieser Gemeinschaft liegt unserer Meinung nach darin, daß verschiedene Religionen die Idee der Liebe, Brüderlichkeit und des Friedens als oberste Prinzipien der mitmenschlichen Beziehungen anerkennen".

Auf der Weltkonferenz geht es im wesentlichen um die politische Mobilisierung der Kräfte der Kirchen und der Weltreligionen zum Einsatz für den Frieden. Dieser Aufgabe kommt gerade in der gegenwärtigen Situation große Bedeutung zu. Denn einerseits hat der mit Helsinki und anderen Erfolgen der Friedenspolitik eingeleitete Entspannungsprozeß eine verheißungsvolle Perspektive eröffnet. Andererseits sind wir Zeugen dessen, wie entspannungsfeindliche Kräfte alle Mittel des psychologischen Krieges mobilisieren, um diesen Prozeß aufzuhalten oder zu ihren Gunsten umzufunktionieren. Metropolit Juvenalij nannte das als Hauptgrund für die Einberufung der Weltkonferenz: "Die wichtigste Ursache ist natürlich, daß die dem Frieden drohende Gefahr nicht nur nicht verschwand, sondorn mit einer grausigen Schnelligkeit zunimmt. Tatsächlich: die auffallenden Erfolge der Entspannungs- politik der vergangenen Jahre, die meist dank den Bemühungen der friedliebenden Öffentlichkeit möglich wurden, die ihre Solidarität mit der Politik des Friedens und der Zusammenarbeit unter allen Völkern der Erde auf dem Weltfriedenkongreß in Moskau 1973 zum Ausdruck brachte, riefen, wie bekannt, eine stürmische Aktivierung der Gegner der Entspannung hervor, die ganz offen die Realität der internationalen friedlichen Entwicklung bezweifeln und sogar selbst die Grundlagen der friedlichen Koexistenz in Frage stellen. In dieser Situation sollen alle Friedensanhänger heute, darunter auch die Gläubigen, ihre Kräfte konsolidieren und den Gegnern der Entspannung entgegentreten, als Bollwerk des Friedens, das eine planmäßige und koordinierte friedenserhaltende Arbeit leistet."

Wer in solcher Sorge um den Frieden die heutige Wltsituation betrachtet, der wird nicht nur feststellen müssen, daß in den Kirchen und Weltreligionen noch große Potenzen für ein aktives Friedensengagement brachliegen; er wird leider sogar sagen müssen, daß sich nicht wenige kirchliche und religiöse Kreise für die Zwecke des psychologischen Krieges oder auch des heißen Krieges mißbrauchen lassen. Es genügt, in diesem Zusammenhang an den Libanon, an Nordirland und Indonesien zu erinnern oder darauf hinzuweisen, daß nicht wenige kirchliche Einrichtungen Westeuropas und Nordamerikas eine im antikommunistischen Sinne geführte Menschenrechtskampagne anzuhiezen helfen. Wenn es mit Hilfe der geplanten Weltkonferenz gelänge, solche Erscheinungen des Mißbrauchs religiöser Haltungen und Einrichtungen zurückzudrängen und zu überwinden, wäre das schon ein wichtiger Beitrag dafür, den Entspannungsprozeß zu vertiefen und zu konsolidieren.

Darüberhinaus geht es um die Gewinnung neuer Potenzen im weltweiten Ringen um den Frieden. Die Tatsache, daß sich der Weltkongreß in erster Linie an "religiöse Repräsentanten", d.h. Kirchenführer, Hierarchen und religiöse Würdenträger wendet, zeigt an, daß es darum geht, die besondere Autorität und religiöse Weihe, die solche Persönlichkeit in den Weltreligionen, aber auch in Orthodoxie

und Katholizismus, besitzen, für die gute Sache des Friedens nutzbar zu machen. Auch wenn Protestanten hier anders denken, werden sie um der Verantwortung für den Frieden willen ein solches Herangehen unterstützen können.

In diesem Zusammenhang muß eine weitere Information gegeben werden. Ende der sechziger Jahre formierte sich auf Initiative amerikanischer Kirchenmänner eine Bewegung "Religion für den Frieden", die 1969 ihre erste Weltkonferenz in Kyoto (Japan) abhielt. Eine zweite Weltkonferenz wurde 1973 nach Louvain (Belgien) einberufen, und Ende 1976 führte diese Bewegung eine auf Asien beschränkte Konferenz in Singapur durch. Neben progressiven Gruppen und Vereinigungen arbeiten in dieser Bewegung auch solche interreligiöse Zusammenschlüsse mit, die sozial konservativ und politisch antikommunistisch sind. Die CFK-Delegation, die im Oktober und November 1976 sieben Länder Asiens bereiste, gewann in zahlreichen Gesprächen den Eindruck, daß sich diese antikommunistische Tendenz innerhalb jener Bewegung in der Gegenwart noch verstärkt.

3. Die CFK hat die Weltkonferenz von Anfang an unterstützt. Sie wird mit einer repräsentativen internationalen Delegation an der Konferenz teilnehmen. Diese Information will helfen unter Christen in der DDR Verständnis und Unterstützung für die Konferenz zu wecken. Auf diese Weise kann deutlich werden, daß das Engagement des Kirchenbundes in dieser Sache durch die Gemeinden gedeckt wird.

Das Eintreten für die Weltkonferenz ist ein Prüfstein für die Reife und Weite christlichen Friedensengagements. Natürlich gibt es kritische Fragen gegenüber dem Begriff "Religion" und an das Verständnis eines "religiösen Repräsentanten". Andere verweisen darauf, daß die Zusammenarbeit mit Moslems oder Buddhisten für den Christen in der DDR keine existentielle Frage sei, da er nicht mit Religiösen, sondern mit Marxisten zusammenlebe und arbeite. Das ist richtig. Aber wer sich für den Frieden engagiert, darf nicht im Provinziellen verharren, darf seine Erfahrungen und Fragen nicht zum Hauptkriterium für internationale Friedensarbeit machen. Gerade in der gegenwärtigen Weltsituation gebietet die Verantwortung für den Frieden die Unterstützung dieser Weltkonferenz.

Auf ihr werden alle wichtigen Aspekte des Friedenskampfes heute erörtert werden. Metropolit Juvenalij schlug die Bildung von drei Arbeitsgruppen auf der Konferenz vor. Sie sollen sich mit folgenden Fragen beschäftigen.

Arbeitsgruppe I. FÜR DAUERHAFTEN FRIEDEN

- a) Grundlagen interreligiöser Zusammenarbeit im Friedensdienst;
- b) internationale Entspannung und politische Konflikte in verschiedenen Regionen;
- c) Rolle der NGO's bei der Festigung des Friedens;
- d) Rolle der UNO und ihrer Institutionen bei der Festigung des internationalen Friedens;
- e) Neue Internationale Ökonomische Ordnung;
- f) Aufgaben der Anhänger aller Religionen bei der Festigung des Friedens (interreligiöse Zusammenarbeit, Vereinigung der Bemühungen mit allen Menschen guten Willens, Erziehung zum Frieden u.a.).

Arbeitsgruppe II. FÜR ABRÜSTUNG

- a) Verhältnis der Religionen zu den Fragen von Rüstung und Abrüstung;
- b) Rüstungswettlauf, Militarismus;
- c) Abrüstung (UNO, SALT-Gespräche, Wiener Gespräche);
- d) Rolle der NGO's in der Abrüstung;
- e) Aufgaben der Anhänger aller Religionen in der Förderung der Abrüstung.

Arbeitsgruppe III. FÜR GERECHTE BEZIEHUNGEN UNTER DEN VÖLKERN

- a) religiöse Betrachtung der menschlichen Persönlichkeiten, der Beziehungen unter den Völkern und den Staaten und gegenwärtige Grundlagen dieser Beziehungen;
- b) Menschenrechte, Problem der Flüchtlinge, Rassismus u.a.;
- c) multinationale Konzerne;
- d) Probleme der Bevölkerung, der Ökologie, der Migration;
- e) Aufgabe der Anhänger aller Religionen in der Behauptung gerechter Beziehungen unter den Völkern und den Staaten.

Der Regionalausschuß der CFK in der DDR hat beschlossen, Beiträge für die Arbeitsgruppen zu erarbeiten. Anregungen dafür sind willkommen.

C.O.

* * * * *

II.

Vom 11. bis 13. Januar 1977 tagte in Prag das Internationale Sekretariat der CFK und am 14. Januar fand eine Konsultation der Leitungen der internationalen Studienkommissionen statt. Es folgen Auszüge aus dem Bericht des Generalsekretärs und aus einem Referat von Klaus Ehrler, Mitglied des Stabes der CFK, zur Einschätzung der Studienarbeit.

Dr. Karoly TOTH:

MENSCHENRECHTE

In Verbindung mit der Entspannung und dem Helsinki-Abkommen ist eine Menge über Menschenrechte gesagt worden. Dieses Problem haben wir auch mehrere Male diskutiert und müssen jetzt zu ihm zurückkehren. Ich möchte nur einige Grundsätze erwähnen. Zu allererst möchte ich betonen, daß die sehr komplizierten und oft widersprüchlichen Fragen der Menschenrechte nur dann richtig analysiert werden können, wenn sie auf ihrem gesellschaftlichen und historischen Hintergrund gesehen werden. Obwohl wir mit jedem menschlichen Leiden mitfühlen, die Zuflucht zu Gewalt und die Einschränkung der Freiheit überall verurteilen, so müssen wir unterscheiden, wie jeder in der Praxis unterscheidet gemäß seiner politischen Einstellung. Ich möchte dem anfügen, daß der neue Berater des neuen amerikanischen Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit, Brzezinski, in einem kürzlich erschienenen Aufsatz feststellte: "Die Weltpolitik richtet sich stärker an der Gleichheit als an der Freiheit aus, mit Forderungen politisch stärker aktivierter Massen, die sich mehr auf materielle Gleichheit als

auf spirituelle und legale Freiheit konzentrieren" (Brzezinski, Spectator of an isolated U.S. in a hostile world, International Herald Tribune, 3. Januar 1977 und in Blätter für deutsche und internationale Politik, November 1976).

Mit anderen Worten, unser Zeitalter beurteilt alles vom Gesichtspunkt des Kampfes um Gerechtigkeit. Die Zuflucht zu Gewalt und die Einschränkung der Freiheit muß auch danach bemessen werden, ob sie ungerechte Strukturen ändert oder gerechtere verteidigt. Ich möchte das an einigen kürzlich bekannt gewordenen Beispielen illustrieren. Die USA empfinden unvergleichlich größere Sympathie für die Opfer der "Revolution" als für die der "Gegenrevolution". In den letzten Jahren nahmen die USA 30 000 Flüchtlinge aus Ungarn, 350 000 aus Kuba, 130 000 aus Vietnam, aber nur drei aus Chile auf! Der vom außenpolitischen Ausschuß des Senats herausgegebene Bericht über die Menschenrechte in Ländern, die von den USA unterstützt werden, sagt, daß Argentinien, dem Iran, Haiti, Indonesien, Peru und den Philippinen reguläre Hilfe gewährt wird, obwohl die Menschenrechte in diesen Ländern mit Füßen getreten werden. Er gibt "Folter, verlängerte Haft ohne Urteil oder Prozeß, willkürliche Arrestierung und Verweigerung des Rechtes auf Leben, Freiheit oder Sicherheit der Person".

All das bringt die amerikanische Öffentlichkeit kaum auf. Ich möchte jetzt nicht bekannte Länder wie Südafrika, Chile, Brasilien erwähnen, wo ebenfalls die Menschenrechte verletzt werden. Nehmen wir aber die Sache des amerikanischen Pfarrers Ben Chavis. Dieser mutige protestantische Pfarrer, der zusammen mit einigen anderen für die Rechte der Schwarzen aufstand, wurde aufgrund falscher Zeugenaussagen vor einem Gericht Nord-Carolinas zu 32 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach einer Nachricht aus "Le Monde" appelliert der Pfarrer an die christliche Öffentlichkeit, den Gouverneur von Nord-Carolina und den Präsidenten der USA zu ersuchen, die Menschenrechte für ihn und seine Leidensgenossen wieder in Kraft zu setzen. Wir müssen auch das unsrige in dieser Angelegenheit tun. (Die Erklärung von Ben Chavis in "Le Monde" vom 26./27. Dez. 1976).

Das alles zusammengenommen, halte ich es für irreführend und ganz und gar ungerecht, wenn die Situation in den sozialistischen Ländern, die zweifellos einer Verbesserung bedarf, auf der Basis von Meinungen voller Vorurteile von einigen Leuten dargestellt wird, (wie es alltäglich in der westlichen Presse geschieht), die mit dem Sozialismus nicht sympathisieren. Es ist unbestritten, daß Sozialismus, trotz Mängel und Fehler, Hunderten von Millionen Menschen hoffnungsvolle Aussichten bietet. Deshalb ist es zum mindesten nicht fair, über die Situation in den sozialistischen Ländern zu sprechen, wenn absichtlich das Erreichte - Be seitigung von Hungersnöten, Arbeitslosigkeit und Privilegion - vergessen wird und die großen Fortschritte in der Ausbildung, im Gesundheitswesen und der Situation der Frauen unerwähnt bleiben. Ich glaube, daß uns gerade die Objektivität dazu bringt, jedermann an diese Sachverhalte immer wieder zu erinnern, wenn die Frage der Menschenrechte diskutiert wird.

DER NAHE OSTEN

Der Bürgerkrieg im Libanon, der vielfaches Leid verursacht hat, scheint trotz sporadischer kleinerer Zusammenstöße nun doch zu Ende gegangen zu sein. Wir sind heute schon besser informiert, so daß es möglich ist, genau die Hintergründe zu sehen und sich ein zuverlässigeres Bild der Lage im Nahen Osten zu machen. Wir wissen, daß Washington die syrische Intervention ohne Einschränkung billigte und daß sich Israel mächtig einmischtte, teils durch sog. "humanitäre" Hilfe, teils durch Waffennachschub an die Rechten.

Während der Bürgerkrieg im Libanon unendlich viel Leiden und Blutvergießen verursacht hat, so sah Israel all das doch mit ungeheurer Genugtuung und schob die Schuld an allem den Palästinensern zu. Es rückte die religiösen Aspekte des Konflikts mit Nachdruck in den Vordergrund. Der Bürgerkrieg im Libanon war jedoch die Folge einer großen Verschwörung gegen die PLO. Syrien, Ägypten und Saudi-Arabien entschieden gemeinsam, die militärische Macht der PLO zu brechen; sie wollen grundsätzlich ihre politischen Ziele ändern. Die politisch progressive PLO wurde nämlich im Kampf gegen die reaktionären Strukturen in allen arabischen Staaten zu einem ermutigenden Faktor.

Das unmittelbare Ziel der militärischen Intervention Syriens war die Verhinderung des Sieges der PLO über die rechten Kräfte im Libanon. Solch ein Sieg hätte nämlich nichtkalkulierbare Folgen für alle arabischen Länder haben können. Syrien trat als militärisches Instrument der reaktionären arabischen Kräfte hervor, während das feudalistische Saudi-Arabien Unmengen von Geld in Syrien und Ägypten investierte. Der Bürgerkrieg im Libanon hatte jedoch drei unmittelbare Folgen für die Beilegung des Nahostkonflikts:

1. Die PLO konnte, trotz aller Verluste, nicht gebrochen werden; dieser Kampf ließ sogar die Entschiedenheit und das Nationalbewußtsein der Palästinenser anwachsen,
2. aufgrund der entstandenen Lage ist die PLO bereit, dem Plan, der die Schaffung eines kleineren Palästinenserstaates an der Grenze zu Israel vorsieht, zuzustimmen,
3. durch all dies bestehen realistische Voraussetzungen zur Einberufung einer Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf, und zwar nicht später als am 31. März 1977, wie es in einer Resolution der 31. Vollversammlung heißt.

Wir sind der Meinung, daß die UNO-Resolution Nr. 242, verabschiedet am 22. November 1967, eine gute Grundlage für die Beilegung des Nahostkonflikts bildet. Diese Resolution enthält nämlich vier Grundsätze, denen alle interessierten Parteien jetzt viel besser als bei der Verabschiedung vor 10 Jahren zustimmen können. Diese Grundsätze sind: a) die Unzulässigkeit von Landgewinnen durch Krieg, b) alle Staaten haben in diesem Gebiet das Recht auf ein friedliches Leben in sicheren Grenzen, c) die Palästinenser haben ein Recht auf eine unabhängige nationale Existenz, d) der Charakter von Jerusalem als einer offenen Stadt muß garantiert sein.

EINIGE THEOLOGISCHE BEMERKUNGEN

Der 20. Jahrestag der Gründung unserer Bewegung wird uns sicherlich einen neuen Anstoß geben, die theologischen Motive, die die Arbeit der CFK von Anfang an inspiriert haben, gründlicher zu reflektieren. Wenn wir einen Blick auf die vergangenen zwei Jahrzehnte werfen, können wir eindeutig feststellen, daß von allem Anfang an der Motor dieser einzigartigen Arbeit darin bestand, daß die Gründer im Lichte von Gottes Wort die Antworten auf die großen Herausforderungen ihrer Tage suchten: die atomare Bedrohung, die Notwendigkeit des Friedens, das Ringen um Entspannung und Gerechtigkeit wie auch der Kampf gegen Ausbeutung, die grossen menschlichen Fragen der Befreiung. Der kontinuierliche Prozeß der theologischen Reflektion, das Zeugnis einer Reihe von Brüdern wie die Professoren Iwand, Schmauch, Hromádka und andere spornt uns zu weiterer Aktivität an. Diese theologische Reflektion wurde zu einem konstanten, ja immer intensiveren Charakteristikum der CFK. Die Theologische Kommission hat in Bangalore mit Recht festgestellt: "Die Christliche Friedenskonferenz hat von Anfang an ihre Arbeit auf der theologischen Analyse der Tat Gottes in Jesus Christus aufgebaut." Bei dieser theologischen Überlegung ist nicht die Terminologie wichtig, sondern der ständige Prozeß selbst, dem sich auch jene angeschlossen haben, die einmal vehement gegen die Theologie des Friedens protestierten. Und diese theologische Überlegung stellte kein Hindernis für die praktische Friedensarbeit dar, lenkte nicht die Aufmerksamkeit vom konkreten Stellungsbereich ab und wurde nicht eine Flucht in die Innerlichkeit, im Gegenteil, sie ist bis auf den heutigen Tag Inspirator und Motor unserer Friedenstätigkeit geblieben.

Es ist selbstverständlich, daß diese theologische Überlegung auch das harte Ringen, das in den Kirchen in diesem Bereich vor sich geht, mitreflektiert. Daher sind unsere theologischen Erwägungen nicht willkürlich aufgeworfene Aufgaben, sondern Antworten auf die vom Leben gestellten Fragen. Es kann eine Streitfrage sein, ob es eine Notwendigkeit für eine Theologie des Friedens gibt, und wenn ja, in welcher Form, aber es ist leider eine unbestreitbare Tatsache der Kirchengeschichte, daß es eine Theologie des Krieges gibt (wie anders sollten wir sonst die theologischen Thesen in bezug auf einen "gerechten Krieg" interpretieren), deshalb müssen wir auch unbedingt von den theologischen Überlegungen bezüglich des Friedens reden.

Wir denken nicht, daß wir im Laufe unsrer theologischen Überlegungen für alle annehmbare oder gar verpflichtende definitive Lösungen gefunden haben, aber ein sehr verheißungsvoller Prozeß hat begonnen, an dessen stimulierenden und aufbauenden Wirkungen und guten Ergebnissen wir sogar jetzt noch teilhaben können. Ganz am Anfang der Arbeit der CFK erinnerte uns Prof. Schmauch daran, daß es die drängendste Aufgabe sei, "den Problemkreis des Friedens theologisch zu bearbeiten", und es war gerade er, der immer wieder auf überzeugende Weise unterstrich: "Die Verantwortung der Christen für den Frieden kann wohl nicht anders begründet werden als durch eine Rückfrage auf das Neue Testament." Die Verantwortung der Christen für den Frieden ist eng verbunden mit dem Verständnis des Evangeliums von Jesus Christus und dem Gehorsam ihm gegenüber, deshalb "ist es nicht möglich, durch eine bloße

Erinnerung an ihre Pflicht oder einen bloßen Aufruf die Christenheit zur Realisierung ihrer Verpflichtungen zu bekommen.“ (Schmauch: Die Verantwortung der Christen für eine feste Friedensordnung)

* * * *

Klaus EHRLER

Die Studienkommissionen sind die Werkstätten des inneren Dialogs der Christlichen Friedenskonferenz: mit den Dimensionen des äußeren Dialogs wuchsen die Anforderungen an die Arbeit der Kommissionen und Sub-Kommissionen. "Dialog" bedeutet für die Arbeit der CFK nicht das ohne nachfolgende Änderungen ablaufende unverbindliche Gespräch, sondern Positionsbestimmung, Situationsklärung, Lernprozeß sowie Aktions- und Kooperationsvorbereitung. Der äußere Dialog beschränkt sich meistens auf Positionsbestimmungen und Situationsklärungen, der innere aber, den die Studienkommissionen mit speziellen thematischen Aufgabenstellungen führen, soll alle Phasen der Dialogführung durchlaufen, das heißt dem Geist und der Struktur der CFK-Arbeit entsprechende Charakteristika enthalten und ausstrahlen. Diese Charakteristika sind im Laufe der Jahre spezifischer und differenzierter geworden. Darum ist es notwendig, die wichtigsten von ihnen allen Mitarbeitern der CFK von Zeit zu Zeit in Erinnerung zu bringen. Den Kommissionen kommt dabei der permanente Auftrag zu, die Kriterien und Akzente dieser Charakteristika jeweils genau zu bestimmen.

Die Arbeit der CFK erhält ihre tiefsten Impulse aus den Verheissungen der Frohen Botschaft. Das soll nicht bedeuten, daß sie daraus ein Monopol in der Interpretation und in der Praxis der Nachfolge des Friedfürsten ableiten wollte. Aber andererseits darf sich die CFK von keiner Seite diese Grundwurzel ihres Friedensengagements in Frage stellen lassen. Daraus können sich für die CFK andere Prioritäten in ihrer Friedensarbeit ergeben als in anderen ökumenischen Institutionen und Kreisen; oder es können sich für sie auch andere Gesichtspunkte als vorrangig erweisen als in fortschrittlichen säkularen Friedensbewegungen. Das heißt: Die CFK hat nicht nur das zu wiederholen, was etwa - bei aller Freundschaft und Verbundenheit mit diesen Gremien - ÖRK und Weltfriedensrat schon gesagt und gefordert oder analysiert haben, und sei es auch nur mit etwas anderen Worten, sondern sie hat die spezifische Situation und Perspektive der Christen und Kirchen unserer Zeit in ihrem genuinen Bemühen um Frieden und Gerechtigkeit in den Gesellschaften und zwischen den Völkern zu erfassen und zum Ausdruck zu bringen. Weder das allgemein formulierte Glaubenszeugnis ohne spezielle Akzentuierung des Friedensauftrages von Christen und Kirchen noch die allgemeine Bekräftigung der Notwendigkeit des Friedensengagement ohne dessen glaubensmäßige oder bekenntnisspezifische Motivation sind für die Arbeit der CFK ausreichende oder gar überzeugende Ausgangspunkte.

Beide Momente zusammen - Glaubenszeugnis und Friedensauftrag, Friedensengagement und Transparenz der Nachfolge - bilden ein wichtiges Charakteristikum für die Arbeit und die Wirkungsweise der CFK.

Die CFK ist keine Missionsgesellschaft, aber natürlich verleugnen ihre Mitarbeiter nicht das Zeugnis ihres Glaubens. Daraus ergeben sich Aufgaben der Bewußtseins- und Praxisorientierung der CFK-Mitarbeiter, die so den Angehörigen fortschrittlicher Organisationen und Parteien nicht gestellt sind, was nichts gegen ihre gleichbedeutende Wichtigkeit aussagt.

Der CFK muß es darauf ankommen, die friedenspolitischen Konsequenzen für Kirchen und Christen aus den von Experten und von zuständigen Gremien gewonnenen Ergebnissen und Stellungnahmen zu ziehen. Diese Umsetzungs- oder Übersetzungsarbeit hat eine diakonische und eine pädagogische Komponente; dadurch werden die "an sich" bestehenden Probleme zu Problemen "für uns". So kann unser Anteil und Auftrag in Kirche und Christenheit verdeutlicht und konkretisiert werden. Damit qualifiziert sich auch der Beitrag der Kirchen und Christen im Bündnis der Friedenskräfte, so daß er weder bedeutungslose Kopie noch unangemessen überspannte Utopie ist, sondern in realistischer Bescheidung eine Art prophetischer Praxis, die sich darauf beschränkt oder konzentriert, dem Nächsten seine nächsten Schritte zu Frieden und Gerechtigkeit zu erleichtern oder gar zu ermöglichen, wo immer das möglich und nötig ist. Dies geschieht nicht nur zum Heil und Wohl des einzelnen, sondern im Blick auf Frieden und Gerechtigkeit für alle. Die heute viel umfangreicheren und komplizierteren Strukturen des politisch-sozialen Lebens erschweren die Erkenntnis und Verwirklichung wahrhaft friedlicher und gerechter Verhältnisse. Die Verschleierungen oder im Zuge der psychologischen Kriegsführung auftretenden Verfälschungen politischer und sozialer Realitäten - die in westlichen Ländern nicht selten unter christlichen Vorzeichen erscheinen - bedeuten neben der objektiv komplizierten Struktur unserer jetzigen Weltverhältnisse eine zusätzliche Erschwerung der Orientierung für Christen und Kirchen. Die damit gestellten Aufgaben der Friedensarbeit der CFK im allgemeinen und ihrer Studienkommissionen im besonderen waren in den letzten zwölf Monaten einigen Hauptthemen gewidmet, die sich als "roter Faden" durch die Tagesordnungen fast aller Kommissionen und Sub-Kommissionen hindurchwoben.

DIE HAUPTAUGABEN DER KOMMISSIONEN SEIT SIOFOK

Seit der Tagung des Fortsetzungsausschusses im September 1975 in Siófok konzentrierte sich die Arbeit der CFK unter den Grundaspekten des Kampfes für Frieden und Gerechtigkeit auf folgende Hauptgebiete:

1. Stabilisierung der mit Helsinki erreichten Entspannung und Unterstützung ihrer Materialisierung auf allen in der KSZE-Schluß-Akte behandelten Gebieten (Körbe I - III);
2. Unterstützung der Befreiungskämpfe der Völker der sog. Dritten Welt, besonders durch den Kampf gegen Rassismus und Mißachtung der elementaren Menschenrechte, vor allem in Südafrika, Zimbabwe, Namibia und Chile;
3. Unterstützung des Kampfes der Völker der sog. Dritten Welt um eine gerechte und weniger konfliktgeladene Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIWO);
4. Unterstützung der auf verschiedenen Ebenen (SALT, UNO, Wiener Truppenreduzierungs-Verhandlungen) laufenden Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung durch Stimulation und Stabilisierung

effektiver Formen öffentlichen Abüstungsbewußtseins im Leben der Kirchen und Glaubensgemeinschaften und im Rahmen der Ökumene;

5. Unterstützung der UNO und Kooperation mit ihren einschlägigen Spezialorganisationen über den NGO-Status der CFK, wobei es wichtig ist, die in der universalen und friedensorientierten Struktur der UNO-Arbeit angelegten fortschrittlichen Perspektiven der Menschheitsentwicklung zu verdeutlichen und verbindlich machen zu helfen.

Die Suche nach Frieden und Gerechtigkeit bedarf für Kirchen und Christen ständig der theologischen und kirchengeschichtlichen Reflexion. Insofern sind alle Hauptthemen zugleich auch Gegenstände der speziellen Untersuchung durch die Theologische Kommission, wie auch umgekehrt alle Einzelanalysen und konkrete Vorschläge oder Empfehlungen der Theologischen Kommission von den anderen Studienkommissionen berücksichtigt werden müssen. In Anlehnung an einen klassischen Satz der Philosophie könnte gesagt werden: "Theologische Reflexion ohne politisch-soziale Konkretion ist leer, politisch-soziale Analyse und Aktion ohne theologisch-kirchengeschichtliche Reflexion läßt Kirchen und Christen blind."

* * * * *

III.

Mit der Tatsache, daß die reaktionären bzw. profaschistischen Tendenzen in Lateinamerika sich zunehmend auch gegen progressive kirchliche Kreise richten, wurde jetzt auch die CFK konfrontiert: Zwei ihrer aktivsten Mitarbeiter sind während der letzten Wochen verhaftet bzw. verschleppt worden: Dr. Hiber Conteris (Methodistische Kirche), Uruguay, wurde auf dem Rückflug von der Sitzung der Kommission "Ökonomie und Politik" in Brno/CSSR Ende November 1976 auf dem Flugplatz in Montevideo verhaftet. Prof. Dr. Mauricio Lopez (Presbyterianische Kirche), Argentinien, wurde am 1. Januar 1977 von fünf faschistischen Banditen in seiner Wohnung in Mendoza überfallen und verschleppt. Lopez war lange Zeit Rektor der Universität Mendoza, er war in den 60er Jahren Mitarbeiter des ÖRK in Genf. Als Mitglied des CFK-Arbeitsausschusses weilte er zuletzt im Oktober 1976 in der DDR.

Es wäre gut, beide Brüder in die Fürbitte einzuschließen.

* * * *

Das Internationale Sekretariat hat vorgeschlagen, die für 1978 einberufene V. Allchristliche Friedensversammlung in den Tagen vom 22. bis 27. Juni in Prag durchzuführen. Das Hauptthema für diese Vollversammlung wird der CFK-Arbeitsausschuß im April d.J. auf seiner Sitzung in Kenia festlegen.

* * * *

Zur weiteren Diskussion der Menschenrechtsproblematik sei auf einen sehr instruktiven Aufsatz von Prof. Dr. Bernhardt Gräfrath in horizont 3/77 "Die Menschenrechte und der Kampf um ihre Verwirklichung" hingewiesen.

* * * * *

REGIONALAUSSCHUß DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ IN DER DDR

108 Berlin, Planckstraße 20

Zusammenarbeit der Weltreligionen für Frieden

von

Herrn Prof. Dr. Christiano Nossa / Sri Lanka
(stellv. Generalsekretär der CPK, Prag)

Wenn wir uns mit den gegenwärtigen Weltreligionen und der Frage nach der Zusammenarbeit von Christen mit ihnen beschäftigen wollen, müssen wir davon ausgehen, daß es hier um eine sehr diffizile Frage geht, die außerst sorgfältig behandelt werden sollte. Nach ein Gelehrter, der durch eine nicht korrekte Analyse zu unangemessenen Einschätzungen kam, hat der Soche häufig mehr geschadet, als wenn er ganz geschwiegen hätte.

Der Ansatz

Wir können die heute lebendigen Religionen in der Welt, deren Anhänger noch Millionen zählen, nur im Geist der Demut und in der Bereitschaft zu lernen gegenüberstehen. Diese Religionen verfügen über umfassende Philosophien, Gottesoffenbarungen, ethische Orientierung und sublime religiöse Erfahrungen sowie eine religiöse Literatur, was alles teilweise Tausende von Jahren in die Zeit vor Christi Geburt zurückreicht. Sie sprechen Verstand, Gefühl, Intuition und das Wollen an. Unter ihrem Dach hat sich eine Vielfalt heterogener, z.T. amorpher Glaubenssätze angesammelt, die eine intellektuelle Aktivität in Richtung auf Synthesen hervorgebracht hat. Anpassung, nicht Zurückweisung ist die Art östlich-orientalischen Denkens. Zu den Qualitäten des Brahma gehören nicht nur positive; die negativen unter ihnen sind auf das Brahma in gleicher Weise anwendbar. Wenn man der Analyse der Weltreligionen das westliche wissenschaftliche Denken zugrundelegt, wird man sicher in einem Irrgarten der Konfusion landen. Das Bemühen, unter dem Dach des Hinduismus, Buddhismus oder des Islam jeweils verschiedenartige Faktoren aufzunehmen und zu absorbieren, muß die Toleranz die-

ser Religionen beschrieben werden. Deshalb kann es nicht verwundern, daß beispielsweise in Hindu-Kreisen Jesus Christus als eine der vielen Inkarnationen Gottes in den Götterhimmel des Hinduismus aufgenommen ist.

Während im Hinduismus Ethik und moralische Werte nicht das letzte Wort haben dürfen, weist das Buddhistische Dhamma den Edlen Achtfachen Weg, nämlich: rechtes Verstehen, rechtes Denken, rechtes Sprechen, rechtes Handeln, rechtes Auskommen, rechtes Bemühen, rechte Rücksichtnahme und rechte Konzentration – die göttlichen Grundsätze.

In dieser verfeinerten Ethik öffnen sich die Portale des Nirwana (höchste Befreiung und Seligkeit). Es ist der Weg der Moral, der Konzentration und der Weisheit. Die synthetischen Aspekte Buddhistischen Denkens stellen sich in einer dialektischen Weise dar, z.B. in der Erklärung der Realität als einer dynamischen Bewegung, in der das Wesen sowohl Sein als auch Nicht-Sein ist.

Auch im Islam erreichen Glaube und religiöse Praxis eine kaum bekannte Höhe. Im Koran, dem unfehlbaren Wort Gottes, wird Gott als der Mitleidende und Sich-Erbarmende beschrieben, der Vergebung und Barmherzigkeit gewährt. Gottes Macht und Wissen sind unendlich. Obwohl transzendent, ist er dem Menschen näher als seine "Lebensader". Obwohl nicht festgelegt auf menschliche Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit, haßt Gott Ungerechtigkeit und Unterdrückung und verlangt Freundlichkeit gegenüber Witwen und Waisen und Barmherzigkeit gegenüber den Armen. Der Moslem fürchtet nicht den Tod, denn er ist für ihn das Tor zum Paradies. Geduld und Vertrauen sind seine Pflicht. Kraftvoll muß er die Prüfung des Lebens durchstehen und allezeit Gott ergeben sein (Islam!).

Zu den wichtigsten Pflichten des Moslem gehört das Gebet zum Sonnenauf- und -untergang, nachts, zum Sonnenaufgang, zur Mittagszeit und am Nachmittag, immer wenn der Muezzin dazu ruft; weiter: Almoseengaben, Fasten im Monat Ramaden, eine Pilgerreise, Wein und Schweinefleisch sind dem Moslem verboten; Götzendienst ist eine nicht vergebare Sünde.

In der Sikh-Religion wird die Vaterschaft Gottes und die Bruderschaft aller Menschen behauptet. Ungeachtet der Kaste, der Hautfarbe und des Glaubenswissens sind alle Menschen gleich geboren. Der Sinn des Lebens liegt in der Anbetung des einen Unvergleichlichen und dem Allmächtigen Gott zu begegnen, in dem der Ursprung aller liegt. Es gibt keinen Satan. Satan ist dein eigenes Ich. Der entscheidendste Sieg muß in deinem Herzen gewonnen werden. Fünf Laster führen auf den falschen Weg: Sex, Zorn, Gier, Zuneigung und Stolz. Heirat führt zu einer geheiligten Verbindung. Beide Geschlechter sind gleich. Von einem Sikh wird erwartet, daß er am Gottesdienst teilnimmt, daß er einen Lobsangunterhalt rechtmäßig erwirbt und ihn mit den Bedürftigen teilt. Ein getaufter Sikh sollte fünf K's tragen: Keshas - ungeschnittenes Haar, Kanga - einen Holzkamm, Kara - ein Stahlarmband, Kacha - eine besondere Art kurzer Hosen, Karpan - ein Dolch. Zu den Hauptgeboten für den getauften Sikh gehören: Begeho keinen Ehebruch! Gebrauche keinen Tabak! Quäle keine Tiere! Dienst hat in allem den Vorrang.

Ein Sikh, so hat Guru Nanak gelehrt, ist ein heiliger Soldat. Wenn alle friedlichen Mittel versagen, ist der Rückgriff auf Stärke erlaubt.

Die Zeit erlaubt es nicht, uns noch mit dem Shintoismus, dem Zoroastrianismus, dem jüdischen Glauben, dem Confuzianismus und dem Jainismus zu beschäftigen.

Religion ist Leben - Leben ist Religion

Das herausragende Kennzeichen, das allen heute in der Welt

lebendigen Religionen gemeinsam ist, ist die Tatsache, daß Religion untrennbar verbunden ist mit allen Details des täglichen Lebens. Die Gewohnheiten des Essens, Wachens, Schlafens, Badens, Heiratens, bei der Geburt und beim Tod sind von tiefer religiöser Bedeutung.

Nicht nur Tempeln und Moscheen, auch bestimmten Blumen, Flüssen, Bergen, Höhlen, Schlangen, Tieren, Vögeln und Religion wird eine besondere Heiligkeit zugesprochen. Religion bestimmt sowohl die Richtung als auch den Inhalt der alltäglichen Lebens-Verrichtungen. Bei vielen Gelegenheiten werden Gebete verrichtet, Geldspenden getätigt oder der Segen Brahmias, Buddhas, Allahs erbeten. Ohne den Segen der Buddhistischen Dreifaltigkeit (Buddha, Dhamma - die Lehre und Sangha - die Priesterschaft) wird weder eine Fabrik eingeweiht, noch eine Institution eröffnet, noch eine Reise begonnen, noch ein Empfang vorbereitet. Erfahrungen mit dem Säkularen sind diesen Religionen fremd. Deshalb bedeutet die Aufgabe, sinnvolle Beziehungen des Evangeliums zu diesen Religionen zu gestalten eine ernsthafte Herausforderung.

Frieden ist die höchste Erfahrung jedes Glaubens. Shanti im Hinduismus, Samaya im Buddhismus und Salam im Islam wird erreicht durch Meditation, Gebet, Anstrengung, Yoga und strenge Übung. Der Weltfrieden wird gewonnen durch die Ausbreitung des Friedens, den der einzelne errungen hat.

Die Souveränität Gottes

Nur als einer, der bereit ist zu lernen, findet der Christ einen realistischen Zugang zu den Weltreligionen - in der bescheidenen Erkenntnis, daß "Gott, nachdem er manchmal und auf mancherlei Weise geredet hat zu den Vätern durch die Propheten, hat in diesen letzten Tagen zu uns geredet durch den Sohn." (Hebr. 1,1-2)

Dieses Wort drückt die nicht in Frage zu stellende Souveränität Gottes über den Glauben aller Menschen aus. Wir müssen das mit allen Konsequenzen anerkennen. Das bedeutet zuerst, daß wir die negative Beurteilung aller lebendigen Weltreligionen, des Heidentums und der Heiden zurückweisen müssen. Denn dadurch würden wir uns die Einsicht versperren in die Bedeutung der religiösen Philosophien, der großen Zivilisationen und Sprachen, in denen diese Religionen sich entwickelt und ausgedrückt haben. Auf Grund einer gegensätzlichen Haltung. Gerade wenn es uns um sinnvolle Beziehungen zu jenen Religionen geht, müssen wir eingestehen, daß die Christenheit in ihrer Lehre in Liedern und Gebeten, wie überhaupt in ihrer ganzen abseitenden Haltung nicht nur die Religionen, sondern auch sich selbst geschadet hat. Viele Christen betrachten die anderen Religionen als ein Werk des Teufels, andere sehen in ihnen die Erfüllung des Evangeliums. Aber beide Haltungen können nicht die Grundlage für eine gesunde Beziehung zwischen dem christlichen Glauben und den Religionen abgeben. Sie haben im Gegenteil in der Geschichte immer wieder zu Verbitterung und Animositäten geführt.

Deshalb sollten wir festhalten, daß Gott die Souveränität über alle Religionen hat. Alle Glaubenserichtungen stehen unter seinem Gericht. Sie werden gerichtet in neuem Licht, daß sie erhalten haben, so daß sie keine Entschuldigung haben" (Röm. 1, 20)

Gott schafft durch verschiedene Mittel Beziehungen zwischen den Menschen. Religionen entstanden aus dem unzähligen Streben des Menschen. Das meint, daß der Mensch mit Gott zu rechnen hat, der ihn nie einfach gehen lassen wird.

Gegenwart und Zukünftige Liebe

Befreit von der Gefahr, andere Religionen einfach abzuweisen und von der Versuchung, das Christentum als Krone des Hinduismus, Buddhismus und Islam zu betrachten, sowie in der Anerkennung der Tatsache, daß Gott sich dem Menschen zuwendet - gleich welchen Glaubens er ist, legt uns das Evangelium die Verpflichtung

tung auf, fruchtbare Beziehungen mit Männern und Frauen anderer Religionen einzugehen. Die einzigartige Beziehung zu Jesus Christus, die der Schlüssel für unsere Zusammenarbeit mit den Religionen der Welt darstellt, eröffnet uns die Erkenntnis der vollen Liebe, die im Evangelium offenbart ist. So wie Paulus diese Erfahrung beschreibt, "daß Christus wohne durch den Glauben in euren Herzen und ihr durch die Liebe eingewurzelt und gegründet werdet, auf daß ihr begreifen möget mit allen Heiligen, welches da sei die Breite und die Länge und die Tiefe und die Höhe; auch erkennen die Liebe Christi, die doch alle Erkenntnis übertrifft, auf daß ihr erfüllt werdet mit allerlei Gottesfülle." (Eph. 3,17-19)

Eingetaucht in die erhabene Liebe Gottes in Jesus Christus, ist der Christ gerufen zur tiefen Demut des Dienstes in der Zusammenarbeit mit allen Männern und Frauen überall in der Welt für die Sache der Nächstenliebe, der Gerechtigkeit und des Friedens. In diesen Zusammenhang gehört der echte Dialog zwischen Christen und Männern und Frauen anderer Religionen. Dialog wird mißverstanden, wenn man ihn auf der Ebene akademischen Argumentierens sieht. Der Dialog, der an Christi Liebe orientiert ist, führt in die Praxis reiner und gegenseitig bereichernder Zusammenarbeit auf Gebieten, denen die gemeinsame Sorge von Vertretern aller Religionen und Glaubensrichtungen gehört.

Der Ruf zum Dienst

Das Leben des Christen ist anziehend und nützlich. Tag für Tag gestärkt durch Christi Liebe, zieht es Männer und Frauen zu ihm. In seiner Hingabe an Christus wird dem Christen klar, daß er berufen ist: nicht zu Privilegien, sondern zur Verantwortung; nicht zur Ehre, sondern zur Verpflichtung; nicht zur Auszeichnung, sondern zum Dienst. Er soll ein Diener Christi und ein Bruder jedes Menschen sein.

Welchen Lohn hat er dafür zu erwarten? Der Mann, der nach Luk. 19, 17 verantwortlich fünf Städte verwaltete, wurde Macht über zehn

Städte gegeben. Lohn für Verantwortung, Verpflichtung und Dienst. Dazu ist der Diener Christi berufen. Sein Leben, seiner Gegenwart dient anderen zur Freude, wie das Salz die Speisen wohlschmeckend macht (Mt. 5,13). Er muß sich für andere verzehren wie das Licht (Mark.5,14). Sein Opfer ist so wichtig wie die Hefe im Kuchenteig (Mt. 13,33).

Christen sollten solche Menschen sein, die durch mutiges Engagement lebendige persönliche Beziehungen zu Menschen anderer Religionen herstellen.

Was christlicher Dienst meint, ist in folgendem Gedicht gut beschrieben:

"Ich kann nicht die Toten auferwecken,
Aber ich kann durch mein Leben anderen
Leben Sinn geben
Und helfen, daß in der Welt weniger Qualen
und Schmerzen sind
Wie wenn ein Stein ins Meer fällt
Und Wellen schlägt, die hundert Küsten erreichen,
So soll mein Leben sein."

Die Beziehung zu und der Dialog mit Männern und Frauen aus den Weltreligionen verlangt vom Christen und von der Kirche eine neue Sicht und Haltung, die helfen, zu gemeinsamen Studium, ernstem Engagement und lebendiger Zusammenarbeit für Frieden in Gerechtigkeit zu kommen. Um sich für diesen Dienst der Kooperation auszurüsten, muß sich der Christ einem konstruktiven Prozeß der Selbstprüfung unterwerfen.

Offenheit gegenüber anderen Religionen

a) Engagiertes Studium in Demut

Unsere Überlegungen haben die Notwendigkeit intensiven Studiums der Weltreligionen deutlich gemacht, das gerichtet sein sollte auf die aktive Teilnahme an allen Bemühungen, die Erde menschlicher zu machen. Solches Studium wird zu tiefen Einblicken

und neuen Ausblicken führen. Es wird den Studierenden mit jenen Ländern vertraut machen, wo diese Religionen seit Jahrhunderten vor Christi Geburt bis in die Gegenwart zu den dominierenden Kräften zählten und gehören. Es geht um das Studium der unsterblichen klassischen Werke der Vedas, der Upanishaden, der Bhagavad Gita, der Mahabharatha, der Ramayana, der sechs Systeme der Hindu-Philosophie, der Tripitikas, der Dhammapada, des Koran und vieler anderer, die in den Sprachen des Sanskrit, des Pali und des Arabischen abgefaßt sind.

b) Positiver Synkretismus

Die christliche Botschaft wurde von Menschen des Westens nach Asien gebracht. Dabei wurde die christliche Lehre und Theologie in einer westlichen Terminologie dargestellt, die dem östlichen Denken und Verständnis weitlin fremd ist. Von daher brach immer wieder die Frage auf, in welcher Weise das Evangelium verzeigernwürdigt werden konnte, damit es von Asiaten in seiner Bedeutung begriffen werden kann. Man hat intensive Studien und Experimente auf diesem Gebiet unternommen. Zeitweise war man der Meinung, daß radikale Veränderungen im Leben der Kirche, in Liturgie und Gottesdienst vorgenommen werden müßten mit dem Ziel, die Anhänger anderer Religionen davon zu überzeugen, daß der christliche Glaube nicht fremder Import ist, sondern tief verwurzelt ist im Boden Asiens. Es folgten Bestrebungen zur Einheimisch-Machung des christlichen Kultus im Rahmen etwa von Ashrams, wo buddhistische und hinduistische Formen der Architektur und des Zusammenlebens benutzt würden. Zweifellos waren solche Projekte von großem Einfluß.

Aber um wirklich das Wollen und Fühlen östlichen Denkens uns zu öffnen, sind wir nun in eine Phase eingetreten, in der es darum geht, den christlichen Glauben in Begriffen des Hinduismus, Buddhismus oder Islam auszudrücken. So wie Johannes mit dem Begriff "Logos" startete und andere Evangelisten jüdische Begriffe verwandten, um die christliche Botschaft in eine "nicht-christliche" Umgebung hineinzusprechen, so sind wir

heute herausfordert, mutig etwas in Angriff zu nehmen, was wir vielleicht als "positiven Sykretismus" bezeichnen könnten. Es geht um die Auseinandersetzung mit unserem Glaubensbekenntnis in der Terminologie des Glaubens der anderen Religionen, damit das Evangelium in unseren Ländern zur vollen Blüte kommen kann.

Praktische Zusammenarbeit bei der Erhaltung und Entwicklung von Mensch und Umwelt

Es gibt eine Plattform für praktische, dynamische Zusammenarbeit mit dem Ziel, das Leben auf dieser Erde sinnvoll und erträglich zu machen. Ahimsa im Buddhismus meint nicht (negativ) Gewaltlosigkeit, sondern aktives Eintreten für Leben und Überleben. Als Mensch geboren zu sein, ist nicht nur das höchste Status des Karma, auch ~~in~~ Nirvana kann man nur als Mensch eingehen. Menschliches Leben ist deshalb das Heiligste auf Erden, es verlangt nach Erhaltung und Verfeinerung.

a) Halt dem Weltmüten

Der Mensch, geschaffen als Imitation Gottes oder als das höchste Stadium des Karma, ist heute mit der höchsten Gefährdung seines Überlebens durch an Geschwindigkeit zunehmende Eskalation des Weltmüten konfrontiert. Dadurch wird eine unglaubliche große Overkill-Kapazität hervorgerufen, die - wenn es nicht gelingt, sie durch die moralischen und religiösen Kräfte in der Welt unter Kontrolle zu bringen - den Menschen und seine Errungenschaften in einem Inferno totaler Vernichtung zerstören wird. Deshalb sollten gerade die Männer und Frauen aller Religionen einen dringlichen Ruf nach bedingungsloser, totaler, internationaler Abstimmung ergehen lassen. Ohne Vorbehalt sollten die religiösen Führer mit allen anderen zusammenarbeiten, um die Weltabstimmungskonferenz durchzuführen und zu einem Erfolg zu machen.

b) Zusammenarbeit angesichts des Hungers

Während jährlich 375 Milliarden Dollar für die Produktion von

Waffen, d.h. also mit dem Ziel der Zerstörung des Menschen und seiner Errungenschaften verschwendet werden, sterben täglich 10 000 Menschen an Hunger. Von einer Weltbevölkerung, die sich einer Zahl von 4 Milliarden nähert, hungern 1 Milliarde davon sterben jährlich 3 650 000. Wenn in einer Welt der Fülle so viele an Hunger zugrundegehen, dann macht diese Not die Kooperation der Christenheit mit den Weltreligionen dringlich. Die ausgebeuteten Völker der Welt leiden noch unter den Nachwirkungen der langen kolonialen Unterdrückung, die sich in neokolonialistischer Ausbeutung und in der Raubgier multinationaler Konzerne fortsetzt, in deren Gefolge ~~der Mensch~~ der Mensch, der dem Ideal des Einseins mit Brahme (Gott) nachjagen sollte, mit Armut, Hunger, Arbeitslosigkeit, Krankheit und vorzeitigem Tod geschlagen wird.

Weil auch die Weltreligionen die Würde und Entwicklung des Menschen für einen zentralen Wert halten, können sich Christen mit ihnen vereinen und die legitime Forderung der Entwicklungsländer nach einer schnellen Verwirklichung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung unterstützen, deren Konzept auf der VI. und VII. Sondertagung der UNO, auf dem Gipfeltreffen der Blockfreien in Colombo und auf UNEP/AD VI. in Nairobi ausgearbeitet wurde.

3. Zusammenarbeit bei der Erhaltung von Umwelt und Energie

Die Religionen, die das menschliche Leben fördern, machen heute die Erfahrung, daß dieses Leben durch schlecht geplante Industrialisierung bedroht ist. Wenn das Profitmotiv und das Streben nach schnellem Reichtum die einzigen Motivationen des Menschen sind, dann wird er seiner Umwelt gegenüber unehrzig; er beutet sie grausam aus. Das Ergebnis ist eine ungezügelte Umweltverschmutzung. Moderne Atomreaktoren können Giftgase produzieren, die Wälder in Monowälder verwandeln.

Die Weltenergie-Vorräte werden zu schnell verbraucht. Dabei wird ein beträchtlicher Teil verschwendet. Man hat vorausgesagt, daß die Ölressourcen in der Mitte der 80er Jahre so weit

zurückgegangen sein werden, daß die Existenz der Menschheit bedroht ist, falls es nicht gelingt, andere Energiequellen - etwa Sonnenenergie - zu erschließen.

Der Mensch als Ebenbild Gottes, als höchstes Stadium des Karma, als der Atman, der Moksha (himmlische Glückseligkeit) zu gewinnen sucht, ist nicht nur auf dem Wege der Selbstzerstörung durch Umweltverschmutzung; er bereitet gleichzeitig seinen Selbstmord durch die Giftstoffe vor, die er erfunden hat. Läßt uns deshalb im Namen der Religionen und als Christen mit vereinten Stimmen diesen Spiel der Selbstzerstörung unser Halt zuwenden.

Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Apartheid, Rassismus und Kolonialismus

Die religiösen Führer der Welt haben jene Barrieren eingerissen, die die Menschen daren hinderten, zu entdecken und zu verwirklichen, was in ihnen ist. Sie haben gezeigt, was wirklich aus Menschen werden kann. Lehrer (Guru) haben nachgewiesen, daß das Leben nicht brutal und schmutzig sein muß, sondern daß es schön sein kann. Es braucht nicht selbstsüchtig zu sein, es kann selbstlos sein. Kürzlich haben deutlich gemacht, daß ein wirklich gutes Leben möglich ist und daß alle Menschen die Möglichkeit dazu in sich tragen, Leben der Würde und der Tugend zu leben. Gerade weil sich die Einheit der Menschheit im Ringen um Würde Hoheit und Güte manifestiert, sind Christen zur Kooperation gerufen.

In diesem Sinne können Christen sich zusammenschließen mit allen Religionen im gerechten Kampf gegen den verhaftetsten Wahnsinn der Apartheid, der als antigöttlich, antichristlich, antimenschlich und antireligiös beschrieben werden muß. Einen Menschen auf Grund seiner Hautfarbe zu diskriminieren; ihm in die Slums zu verbannen, weil er nicht dieselbe Hautfarbe hat wie man selbst; seine billige Arbeitskraft um des Profits der Weißen willen auszubeuten; ihm die Erziehung und Ausbildung für ein anständiges Leben zu verweigern; ihn zu foltern, ein-

zusperren und zu ermorden, weil er nicht weißt ist, den Sklavenstatus zu akzeptieren, der ihm von den Gesetzen zugewiesen wird - das alle bedeutet Zerstörung seiner Menschenwürde und seines Menschseins und die Verweigerung seiner Zugehörigkeit zur Einheit der Menschheit, wie sie alle Religionen unterstreichen. Männer und Frauen, welcher Religion sie auch angehören mögen, können angesichts der teuflischen Sünde der Apartheid, des Rassismus und des Neokolonialismus nicht passiv bleiben. Die Forderungen der Befreiungsbewegungen in Zimbabwe, Südafrika und Namibia sollten als Fanfarenignal zur Beendigung der Unterdrückung gehört werden, zum Kampf, der allen Männern, Frauen und Kindern in der Welt ihr gottgegebenes Erbteil von Würde und Gleichheit bringt. Solange Ungerechtigkeit, nackte Unterdrückung und Ausbeutung, Rassismus und Apartheid herrschen, ist kein dauerhafter Frieden möglich. Gemeinsam mit allen Religionen die Befreiung, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung von Mozambique, Angola, Simbabwe, den Kapverdischen Inseln, von São Tomé und Príncipe begrüßen sehen sie gleichzeitig die Notwendigkeit einer noch dynamischeren und effektiveren Kooperation bei der Befreiung des südlichen Afrikas von der Tyrannie des weißen Rassismus.

Zusammenarbeit für weltweite Solidarität

Die Worte des Buddha im höchsten Maitri (der aktiven Liebe zum Menschen) oder wenn der Geeignete Einzige in den Morgenmeditationen über die Nöte der Welt nachdenkt; die Ermahnungen Mohammeds zur Verwirklichung der Brüderlichkeit im Islam; die Einladung des Hinduismus, ohne Erwartung von Belohnung für alle Menschen einzutreten - das alles eröffnet vielfältige Kooperationsmöglichkeiten für Christen, deren Herr Jesus Christus sein Leben für die völlige Befreiung des Menschen hingab. Wir können die Weite dieser grenzenlosen Liebe wohl niemals wirklich ermessen. Erzbischof William Temple beschrieb diese Liebe so: "Sich selbst im andern zu finden, daß beides eins werden, das ist Liebe."

Das ist die wahre Solidarität; in der alle religiösen Kräfte unauflöslich miteinander verbunden sind. Darin manifestiert sich die Einheit allen menschlichen Seins ungeachtet der Barrieren von Kaste, Religion, Hautfarbe, Rasse, Sprache und Nationalität, die Menschen aufgerichtet haben. "Er" und "sie" sind "ich" und "ich" bin "er" oder "sie".

Eine solche Erfahrung führt uns über bloße Caritas und gute Werke hinaus. Zu geben aus dem Überfluss des Besitzes oder das mit anderen zu teilen, was für einen kein Opfer bedeutet, ist weit von Solidarität entfernt.

Solidarität heißt primär, in Leben der anderen aufzugehen, so daß wir zu der einen Menschheit werden. Die Überheblichkeit einer Gruppe über eine andere macht solche Erfahrung zunicht. Desgleichen das Gefühl, daß der eine nur Geber, der andere Empfänger ist. Der Schmerz, der Kampf, der Hunger, die Qual, die Gefangenschaft, die Ausbeutung und der Tod des einen sind auch der des anderen.

John Donne, der anglikanische Priester und Poet beschrieb Solidarität in bewegenden Worten: "Niemand ist eine Insel für sich selbst, jeder ist Teil des Ganzen... Jedes Menschen Tod nimmt ein Stück von mir, denn ich bin ein Teil der Menschheit. Deshalb frage niemals, wenn die Stunde schlägt. Sie schlägt für dich."

Solch ein Geist der Solidarität klärt und reinigt. Denn die Gruppe, die in einer anderen aufgeht, wird frei von Selbstsucht, Eifersucht und Stolz. Endziel aller Solidarität ist die Herausbildung einer Menschenfamilie, die gegen alle ausbeuterischen und imperialistischen Kräfte kämpft.

Es ist das Anliegen jeder Religion, einen solchen Typ von Mensch und Gesellschaft zu schaffen, in der Männer und Frauen in Würde und Gleichheit leben. Eine Welt, in der dem Tod durch Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende gesetzt ist, in der Menschen im praktischen Dialog ihr Leben dem Dienst, der Liebe und der Freiheit widmen. Das fordert Christen und Kirchen zu

bedingungsloser Kooperation. Gottes Gabe eines immer währen- den Friedens wird Wirklichkeit werden auf Erden, wenn die Gerechtigkeit für alle durch die Zusammenarbeit aller Religionen und Glaubensrichtungen gesichert ist.

"Möge alles Seiende glücklich sein!" Das war die Sehnsucht Buddhas, des Geesegneten Einzigen. Möge das folgende unser Gebet sein, wenn wir eintraten in die Zusammenarbeit für Be- freiung und Gerechtigkeit, die wahren Voraussetzungen dauer- haften Friedens.

Gott, schenk uns Menschen!
Unsere Zeit braucht
Starke Geister, große Herzen.
Echten Glauben, tatbereite Hände.
Menschen, die die Last ihres Aufgabe nicht erdrückt;
Menschen, die nicht kühflig sind,
Menschen, mit Willen und Meinung,
Menschen ehrenhaft und ohne Falsch,
Menschen, die trügerischer Demagogie widerstehen.
Große Menschen, die über dem Nebel stehen
In ihren Pflichten und in ihrem Denken.
Gott, schenk uns Menschen!

Zusammenarbeit der Weltreligionen für Frieden

von

Pastor Christie Rosa / Sri Lanka
(stellv. Generalsekretär der CFK, Prag)

wenn wir uns mit den gegenwärtigen Weltreligionen und der Frage nach der Zusammenarbeit von Christen mit ihnen beschäftigen wollen, müssen wir davon ausgehen, daß es hier um eine sehr diffizile Frage geht, die äußerst sorgfältig behandelt werden sollte. Nach ein Gelehrter, der durch eine nicht korrekte Analyse zu unangemessenen Einschätzungen kam, hat der Sache häufig mehr geschadet, als wenn er ganz geschwiegen hätte.

Der Ansatz

wir können den heute lebendigen Religionen in der Welt, deren Anhänger nach Millionen zählen, nur im Geist der Demut und in der Bereitschaft zu lernen gegenüberstehen. Diese Religionen verfügen über umfassende Philosophien, Gottesoffenbarungen, ethische Bestrebungen und sublim religiöse Erfahrungen sowie eine religiöse Literatur, was allein teilweise Tausende von Jahren in die Zeit vor Christi Geburt zurückreicht. Sie sprechen Verstand, Gefühl, Intuition und das Wollen an. Unter ihrem Dach hat sich eine Vielfalt heterogener, z.T. amorpher Glaubenssätze angesammelt, die eine intellektuelle Aktivität in Richtung auf Synthese hervorgebracht hat. Anpassung, nicht Zurückweisung ist die Art östlich-orientalischen Denkens. Zu den Qualitäten des Brahma gehören nicht nur positive; die negativen unter ihnen sind auf das Brahma in gleicher Weise anwendbar. Wenn man der Analyse der Weltreligionen das westliche wissenschaftliche Denken zugrundelegt, wird man sicher in einem Irrgarten der Konfusion landen. Das Bemühen, unter dem Dach des Hinduismus, Buddhismus oder des Islam jeweils verschiedenartige Faktoren aufzunehmen und zu absolvieren, muß als Toleranz die-

ser Religionen beschrieben werden. Deshalb kann es nicht verwundern, daß beispielsweise im Hindu-Kreisen Jesus Christus als eine der vielen Inkarnationen Gottes in den Götterhimmel des Hinduismus aufgenommen ist.

Während im Hinduismus Ethik und moralische Werte nicht das letzte Wort haben dürften, weist das Buddhistische Dhamma den Edlen Achtfachen Weg, nämlich: rechtes Verstehen, rechtes Denken, rechtes Sprechen, rechtes Handeln, rechtes Auskommen, rechtes Bemühen, rechte Rücksichtnahme und rechte Konzentration – die göttlichen Grundsätze.

In dieser verfeinerten Ethik öffnen sich die Portale des Nirwana (höchste Befreiung und Seligkeit). Es ist der Weg der Moral, der Konzentration und der Weisheit. Die synthetischen Aspekte Buddhistischen Denkens stellen sich in einer dialektischen Weise dar, z.B. in der Erklärung der Realität als einer dynamischen Bewegung, in der das Wesen sowohl Sein als auch Nicht-Sein ist.

Auch im Islam erreichen Glaube und religiöse Praxis eine kaum bekannte Höhe. Im Koran, dem unfehlbaren Wort Gottes, wird Gott als der Mitleidende und Sich-Erbarmende beschrieben, der Vergbung und Barmherzigkeit geführt. Gottes Macht und Weisen sind unendlich. Obwohl transzendent, ist er dem Menschen näher als seine "Lebensader". Obwohl nicht festgelegt auf menschliche Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit, haft Gott Ungerechtigkeit und Unterdrückung und verlangt Freundlichkeit gegenüber Witwen und Weisen und Barmherzigkeit gegenüber den Armen. Der Moslem fürchtet nicht den Tod, denn er ist für ihn das Tor zum Paradies. Geduld und Vertrauen sind seine Pflicht. Kraftvoll muß er die Prüfung des Lebens durchstehen und allezeit Gott ergeben sein (Islam).

absonderlich soll

seinen Pflichten nachsteht. - 3 -
durch Lieder, die er singt.

Zu den wichtigsten Pflichten des Moslem gehört das Gebet zum Sonnenauf- und -untergang, nachts, zum Sonnenaufgang, zur Mittagszeit und am Nachmittag, immer wenn der Muezzin dazu ruft; weiter: Almosengaben, Fasten im Monat Ramadan, eine Pilgerreise, Wein und Schweinefleisch sind dem Moslem verboten; Götzendienst ist eine nicht vergessbare Sünde.

In der Sikh-Religion wird die Vaterschaft Gottes und die Bruderschaft aller Menschen behauptet. Ungeachtet der Kaste, der Hautfarbe und des Glaubensbekenntnisses sind alle Menschen gleich geboren. Der Sinn des Lebens liegt in der Anbetung des einen Unvergleichlichen und dem Allmächtigen Gott zu begegnen, in dem der Ursprung aller liegt. Es gibt keinen Satan.

Satan ist dein eigenes Ich. Der entscheidendste Sieg muß in deinem Herzen gewonnen werden. Fünf Laster führen auf den falschen Weg: Sex, Zorn, Gier, Zuneigung und Stolz. Heirat führt zu einer geheiligten Verbindung. Beide Geschlechter sind gleich. Von einem Sikh wird erwartet, daß er am Gottesdienst teilnimmt, daß er seinen Lebensunterhalt rechtmäßig erwirbt und ihn mit den Bedürftigen teilt. Ein getaufter Sikh sollte fünf K's tragen: Keshas - ungeschnittenes Haar, Kanga - einen Holzkamm, Kara - ein Stahlarmband, Kacha - eine besondere Art kurzer Hosen, Karpan - ein Dolch. Zu den Hauptgebeten für den getauften Sikh gehören: Begegne keinem Ehebruch! Gebrauche keinen Tabak! Quäle keine Tiere! Dienst hat in allem den Vorrang.

Ein Sikh, so hat Guru Nanak gelehrt, ist ein heiliger Soldat. Wenn alle friedlichen Mittel versagen, ist der Rückgriff auf Stärke erlaubt.

Die Zeit erlaubt es nicht, uns noch mit dem Shintoismus, dem Zoroastrianismus, dem jüdischen Glauben, dem Confuzianismus und dem Jainismus zu beschäftigen.

Religion ist Leben - Leben ist Religion

Das herausragende Kennzeichen, das allen heute in der Welt

Lebendigen Religionen gemeinsam ist, ist die Tatsache, daß Religion untrennbar verbunden ist mit allen Details des täglichen Lebens. Die Gewohnheiten des Essens, Wachens, Schlafens, Badens, Heiratens, bei der Geburt und beim Tod sind von tiefer religiöser Bedeutung.

Nicht nur Tempeln und Moscheen, auch bestimmten Blumen, Flüssen, Bergen, Höhlen, Schlangen, Tieren, Vögeln und Reliquien wird eine besondere Heiligkeit zugesprochen. Religion bestimmt sowohl die Richtung als auch den Inhalt der alltäglichen Lebens-Verrichtungen. Bei vielen Gelegenheiten werden Gebete verrichtet, Geldspenden getätigt oder der Segen Brahmans, Buddhas, Allahs erbettet. Ohne den Segen der Buddhistischen Dreifaltigkeit (Buddha, Dhamma - die Lehre und Sangha- die Priesterschaft) wird weder eine Fabrik eingeweiht, noch eine Institution eröffnet, noch eine Reise begonnen, noch ein Empfang veranstaltet. Erfahrungen mit dem Säkularen sind diesen Religionen fremd. Deshalb bedeutet die Aufgabe, sinnvolle Beziehungen des Evangeliums zu diesen Religionen zu gestalten eine ernsthafte Herausforderung.

Frieden ist die höchste Erfahrung jedes Glaubens. Shanti im Hinduismus, Samaya im Buddhismus und Salam im Islam wird erreicht durch Meditation, Gebet, Anbetung, Yoga und ernste Übung. Der Weltfrieden wird gewonnen durch die Ausbreitung des Friedens, den der einzelne errungen hat.

Die Souveränität Gottes

Nur als einer, der bereit ist zu lernen, findet der Christ einen realistischen Zugang zu den Weltreligionen - in der bescheidenen Erkenntnis, daß "Gott, nachdem er manchmal und auf mancherlei Weise geredet hat zu den Vätern durch die Propheten, hat in diesen letzten Tagen zu uns geredet durch den Sohn." (Hebr. 1,1-2)

- 5 -

Dieses Wort drückt die nicht in Frage zu stellende Souveränität Cottes über den Glauben aller Menschen aus. Wir müssen das mit allen Konsequenzen anerkennen. Das bedeutet zuerst, daß wir die negative Beurteilung aller lebendigen Weltreligionen des Heidentums und der Heiden zurückweisen müssen. Denn dadurch würden wir uns die Einsicht versperren in die Bedeutung der religiösen Philosophien, der großen Zivilisationen und Sprachen, in denen diese Religionen sich entwickelt und ausgedrückt haben. Auf Grund einer gegensätzlichen Haltung: Gerade wenn es um sinnvolle Beziehungen zu jenen Religionen geht, müssen wir eingestehen, daß die Christenheit in ihrer Lehre in Liedern und Gebeten, wie überhaupt in ihrer ganzen abweisenden Haltung nicht nur die Religionen, sondern auch sich selbst geschadet hat. Viele Christen betrachten die anderen Religionen als ein Werk des Teufels, andere ziehen in ihnen die Erfüllung des Evangeliums. Aber beide Haltungen können nicht die Grundlage für eine gesunde Beziehung zwischen dem christlichen Glauben und den Religionen abgeben. Sie haben im Gegenteil in der Geschichte immer wieder zu Verbitterung und Animositäten geführt.

Deshalb sollten wir festhalten, daß Gott die Souveränität über alle Religionen hat. Alle Glaubensrichtungen stehen unter seinem Gericht. Sie werden gerichtet in dem Licht, das sie erhalten haben, so "daß sie keine Entschuldigung haben" (Röm. 1,20)

Gott schafft durch verschiedene Mittel Beziehungen zwischen den Menschen. Religionen entstanden aus dem unablässigen Streben des Menschen. Das meint, daß der Mensch mit Gott zu rechnen hat, der ihm nie einfach gehen lassen wird.

Zeitenwelt radikaler Liebe

Befreit von der Gefahr, andere Religionen einfach abzuweisen, und von der Versuchung, das Christentum als Krone des Hinduismus, Buddhismus und Islam zu betrachten, sowie in der Anerkennung der Tatsache, daß Gott sich dem Menschen zuwendet, gleich welchen Glaubens er ist, legt uns das Evangelium die Verpflich-

tung auf, fruchtbare Beziehungen mit Männern und Frauen anderer Religionen einzugehen. Die einzigartige Beziehung zu Jesus Christus, die der Schlüssel für unsere Zusammenarbeit mit den Religionen der Welt darstellt, eröffnet uns die Erkenntnis der vollen Liebe, die im Evangelium offenbart ist. So wie Paulus diese Erfahrung beschreibt, "daß Christus wohne durch den Glauben in euren Herzen und ihr durch die Liebe eingewurzelt und gegründet werdet, auf daß ihr begreifen möget mit allen Heiligen, welches da sei die Breite und die Länge und die Tiefe und die Höhe; auch erkennen die Liebe Christi, die doch alle Erkenntnis übertrifft, auf daß ihr erfüllt werdet mit allerlei Gottesfülle." (Eph. 3,17-19)

Eingetaucht in die erhabene Liebe Gottes in Jesus Christus, ist der Christ gerufen zur tiefen Demut des Dienstes in der Zusammenarbeit mit allen Männern und Frauen überall in der Welt für die Sache der Nächstenliebe, der Gerechtigkeit und des Friedens. In diesen Zusammenhang gehört der echte Dialog zwischen Christen und Männern und Frauen anderer Religionen. Dialog wird mißverstanden, wenn man ihn auf der Ebene akademischen Argumentierens sieht. Der Dialog, der an Christi Liebe orientiert ist, führt in die Praxis realer und gegenseitig bereichernder Zusammenarbeit auf Gebieten, denen die gemeinsame Sorge von Vertretern aller Religionen und Glaubensrichtungen gehört.

Der Ruf zum Dienst

Das Leben des Christen ist anzehend und nützlich. Tag für Tag gestärkt durch Christi Liebe, zieht es Männer und Frauen zu ihm. In seiner Hingabe an Christus wird dem Christen klar, daß er berufen ist: nicht zu Privilegien, sondern zur Verantwortung; nicht zur Ehre, sondern zur Verpflichtung; nicht zur Auszeichnung, sondern zum Dienst. Er soll ein Diener Christi und ein Bruder jedes Menschen sein.

Welchen Lohn hat er dafür zu erwarten? Der Mann, der nach Luk. 19, 17 verantwortlich fünf Städte verwaltete, wurde Macht über zehn

Städte gegeben. Lohn für Verantwortung, Verpflichtung und Dienst. Dazu ist der Diener Christi berufen. Sein Leben, seiner Gegenwart dient anderen zur Freude, wie das Salz die Speisen wohlschmeckend macht (Mt. 5,13). Er muß sich für andere verzehren wie das Licht (Mark.5,14). Sein Opfer ist so wichtig wie die Hefe im Kuchenteig (Mt. 13,33).

Christen sollten solche Menschen sein, die durch mutiges Engagement lebendige persönliche Beziehungen zu Menschen anderer Religionen herstellen.

Was christlicher Dienst meint, ist in folgendem Gedicht gut beschrieben:

"Ich kann nicht die Toten auferwecken,
Aber ich kann durch mein Leben anderen
Leben Sinn geben
Und helfen, daß in der Welt weniger Qualen
und Schmerzen sind
Wie wenn ein Stein ins Meer fällt
Und Wellen schlägt, die hundert Küsten erreichen,
So soll mein Leben sein."

Die Beziehung zu und der Dialog mit Männern und Frauen aus den Weltreligionen verlangt vom Christen und von der Kirche eine neue Sicht und Haltung, die helfen, zu gemeinsamen Studium, ernstem Engagement und lebendiger Zusammenarbeit für Frieden in Gerechtigkeit zu kommen. Um sich für diesen Dienst der Kooperation auszurüsten, muß sich der Christ einem konstanten Prozeß der Selbstprüfung unterwerfen.

Offenheit gegenüber anderen Religionen

a) Engagiertes Studium in Demut

Unsere Überlegungen haben die Notwendigkeit intensiven Studiums der Weltreligionen deutlich gemacht, das gerichtet sein sollte auf die aktive Teilnahme an allen Bemühungen, die Erde menschlicher zu machen. Solches Studium wird zu tiefen Einblicken

und neuen Ausblicken führen. Es wird den Studierenden mit jenen Ländern vertraut machen, wo diese Religionen seit Jahrhunderten vor Christi Geburt bis in die Gegenwart zu den dominierenden Kräften gehörten und gehören. Es geht um das Studium der unsterblichen klassischen Werke der Vedas, der Upanishaden, der Bhagavad Gita, der Mahabharatha, der Ramayana, der sechs Systeme der hinduistischen Philosophie, der Tripitakas, der Dhammapada, des Koran und vieler anderer, die in den Sprachen des Sanskrit, des Pali und des Arabischen abgefaßt sind.

b) Positiver Synkretismus

Die christliche Botschaft wurde von Menschen des Westens nach Asien getragen. Dabei wurde die christliche Lehre und Theologie in einer westlichen Terminologie dargestellt, die dem östlichen Denken und Verständnis weitgehend fremd ist. Von daher brach immer wieder die Frage auf, in welcher Weise das Evangelium vergegenwärtigt werden könnte, damit es von Asiaten in seiner Bedeutung begriffen werden kann. Man hat intensive Studien und Experimente auf diesem Gebiet unternommen. Zeitweise war man der Meinung, daß radikale Veränderungen im Leben der Kirche, in Liturgie und Gottesdienst vorgenommen werden müßten mit dem Ziel, die Anhänger anderer Religionen davon zu überzeugen, daß der christliche Glaube nicht freier Import ist, sondern tief verwurzelt ist im Boden Asiens. Es folgten Bestrebungen zur Einheimisch-Machung des christlichen Kultus im Rahmen etwa von Ashrams, wo buddhistische und hinduistische Formen der Architektur und des Zusammenlebens benutzt wurden. Zweifellos waren solche Projekte von großem Einfluß.

Aber um wirklich das Wollen und Füllen östlichen Denkens uns zu öffnen, sind wir nun in eine Phase eingetreten, in der es darum geht, den christlichen Glauben in Begriffen des Hinduismus, Buddhismus oder Islam auszudrücken. So wie Johannes mit dem Begriff "Logos" stritt und andere Evangelisten jüdische Begriffe verwendeten, um die christliche Botschaft in eine "nicht-christliche" Umgebung hineinzusprechen, so sind wir

heute herausgefordert, mutig etwas in Angriff zu nehmen, was wir vielleicht als "positiven Synkretismus" bezeichnen könnten. Es geht um die Auseinandersetzung mit unserem Glaubensbekenntnis in der Terminologie des Glaubens der anderen Religionen, damit das Evangelium in unseren Ländern zur vollen Blüte kommen kann.

Praktische Zusammenarbeit bei der Erhaltung und Entwicklung von Mensch und Umwelt

Es gibt eine Plattform für praktische, dynamische Zusammenarbeit mit dem Ziel, das Leben auf dieser Erde sinnvoll und erträglich zu machen. Ahimsa im Buddhismus meint nicht (negativ) Gewaltlosigkeit, sondern aktives Eintreten für Leben und Überleben. Als Mensch geboren zu sein, ist nicht nur das höchste Status des Karma, auch im Nirvana kann man nur als Mensch eingehen. Menschliches Leben ist deshalb das Heiligste auf Erden, es verlangt nach Erhaltung und Verfeinerung.

a) Halt dem Wettrüsten

Der Mensch, geschaffen als Ebenbild Gottes oder als das höchste Stadium des Karma, ist heute mit der höchsten Gefährdung seines Überlebens durch an Geschwindigkeit zunehmende Escalation des Wettrüstens konfrontiert. Dadurch wird eine unglaubliche große Overkill-Kapazität hervorgebracht, die - wenn es nicht gelingt, sie durch die moralischen und religiösen Kräfte in der Welt unter Kontrolle zu bringen - den Menschen und seine Errungenchaften in einem Inferno totaler Vernichtung zerstören wird. Deshalb sollten gerade die Männer und Frauen aller Religionen einen dringlichen Ruf nach bedingungsloser, totaler, internationaler Abrüstung ergehen lassen. Ohne Vorbehalt sollten die religiösen Kräfte mit allen anderen zusammenarbeiten, um die Weltabrüstungskonferenz durchzuführen und zu einem Erfolg zu machen.

b) Zusammenarbeit angesichts des Hungers

Während jährlich 375 Milliarden Dollar für die Produktion von

Waffen, d.h. also mit dem Ziel der Zerstörung des Menschen und seiner Erzeugnisse verschwendet werden, sterben täglich 10 000 Menschen an Hunger. Von einer Weltbevölkerung, die sich einer Zahl von 4 Milliarden nähert, hungern 1 Milliarde. Davon sterben jährlich 3 650 000. Wenn in einer Welt der Fülle so viele zu Hunger ausgestoßen, dann macht diese Not die Kooperation der Christenheit mit den Weltreligionen dringlich. Die ausgebauteten Volker der Welt leiden noch unter den Nachwirkungen der langen kolonialen Unterdrückung, die sich in neokolonialistischer Ausbeutung und in der Rassegier multinationaler Kanzleien fortsetzt, in deren Geiste der Mensch, der dem Ideal des Einwohners mit Brahma (Gott) nachjagen sollte, mit Armut, Hunger, Arbeitslosigkeit, Krankheit und vorzeitigem Tod geschlagen wird.

Weil auch die Weltreligionen die Würde und Entwicklung des Menschen für einen zentralen Wert halten, können sich Christen mit ihnen vereinen und die legitime Forderung der Entwicklungsländer nach einer schnellen Verwirklichung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung unterstützen, deren Konzept auf der VI. und VII. Sondersitzung der UNO, auf dem Gipfeltreffen der Blockstreiten in Colombo und auf UNTAD VI. in Nairobi ausgearbeitet wurde.

c) Zusammenarbeit bei der Erhaltung von Umwelt und Energie

Die Religionen, die das menschliche Leben fördern, machen heute die Erfahrung, daß dieses Leben durch schlecht geplante Industrialisierung bedroht ist. Wenn das Profitmotiv und das Streben nach schnellstem Reichtum die einzigen Motivationen des Menschen sind, dann wird er seiner Welt gummiger unbarmherzig; er beutet sie grausam aus. Das Ergebnis ist eine ungezügelte Umweltverschmutzung. Moderne Atomreaktoren können Giftgase produzieren, die Wilder im Mondwiesen verwandeln. Die Weltenegie-Vorräte werden zu schnell verbraucht. Dabei wird ein beträchtlicher Teil verschwendet. Man hat vorausgesagt, daß die Ölreserven in der Mitte der 80er Jahre so weit

zurückgegangen sein werden, daß die Existenz der Menschheit bedroht ist, falls es nicht gelingt, andere Energiequellen - etwa Sonnenenergie - zu erschließen.

Der Mensch als Ebenbild Gottes, als höchstes Stadium des Karma, als der Atman, der Moksha (himmlische Glückseligkeit) zu gewinnen sucht, ist nicht nur auf dem Wege der Selbstzerstörung durch Umweltverschmutzung, er bereitet gleichzeitig seinen Selbstmord durch die Giftstoffe vor, die er erfinden hat. Laßt uns deshalb im Namen der Religionen und als Christen mit vereineter Stimme diesem Spiel der Selbstzerstörung unser Bollzurufen.

Zusammenarbeit bei der Beseitigung von Apartheid, Rassismus und Kolonialismus

Die religiösen Führer der Welt haben jene Barrieren eingerissen, die die Menschen daran hinderten, zu entdecken und zu verwirklichen, was in ihnen ist. Sie haben gezeigt, was wirklich aus Menschen werden kann. Lehrer (Gurus) haben nachgewiesen, daß das Leben nicht trübe und schmutzig sein muß, sondern daß es schön sein kann. Es braucht nicht selbstsüchtig zu sein, es kann selbstlos Sein. Kurz, sie haben deutlich gemacht, daß ein wirklich gutes Leben möglich ist und daß alle Menschen die Möglichkeit dazu in sich tragen, Leben der Würde und der Tugend zu leben. Gerade weil sich die Einheit der Menschheit im Ringen um Würde Freiheit und Güte manifestiert, sind Christen zur Kooperation gerufen.

In diesem Sinne können Christen sich zusammenschließen mit allen Religionen im gerechten Kampf gegen den verhassten Wehnsinn der Apartheid, der als antigöttlich, antichristlich, antimenschlich und antireligiös beschrieben werden muß. Einen Menschen auf Grund seiner Hautfarbe zu diskriminieren; ihn in die Slums zu verbannen, weil er nicht dieselbe Hautfarbe hat wie man selbst; seine billige Arbeitskraft um des Profits der Weißen willen auszubuten; ihm die Erziehung und Ausbildung für ein anständiges Leben zu verweigern; ihn zu foltern, ein-

zusperren und zu unterdrücken, was er will. Das ist, den Sichtverlust der Macht zu verstetigen, und das wird die Gewalt zugewiesen wird – das allein bedeutsame Verständnis seiner Herrschaftsweise und seines Menschenwerts und die Vereinigung seines Zugehörigkeit zur Einzelnen Menschheit, wie sie die Religionen unterscheiden. Männer und Frauen, welche Religion sie auch angehören mögen, können angeleitet werden, um die Forderungen der sozialen Rasse und des Neokolonialismus nicht passiv bleiben. Die Forderungen der Befreiungsbewegungen in Zimbabwe, Südafrika und Namibia müssen als Fortsetzung der Befreiung der Unterdrückung geführt werden, zum Beispiel das Bild zu ändern, Frauen und Kindern in Bezug auf ihr soziales Schicksal von Rinde und Gleichheit bringen, Solidarität zu schaffen, nackte Unterdrückung und Ausbeutung, Rassismus und Antisemitismus herrzuheben. Der Frieden kann nur durch eine soziale Solidarität zwischen allen Religionen, die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung von Apartheid, Apartheid, Kapitalismus, Imperialismus und anderen sozialen Systemen sein. Es kann nur durch eine soziale Solidarität zwischen allen Religionen, die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung von Apartheid, Apartheid, Kapitalismus, Imperialismus und anderen sozialen Systemen sein.

Zusammenarbeit für weltweite Solidarität

Die Worte des Buddha im höchsten Mettri (der aktiven Liebe zum Menschen) oder wenn der Gesessene Prinzige in den Morgenmeditationen über die Noten der Welt nachdenkt; die Erwähnungen Mohammeds zur Verwirklichung der Solidarität im Islam; die Einladung des Hinduismus ohne Erwartung von Belohnung für alle Menschen einzutreten – das alles eröffnet vielfältige Kooperationsmöglichkeiten für Christen, deren Herr Jesus Christus sein Leben für die wohlliebe Hoffnung des Menschen hingab. Wir können die Weite dieser grenzenlosen Liebe wohl niemals wirklich ermessen. Erzbischof Julian Temple beschrieb diese Liebe so: "Sich selbst im andern zu finden, daß beide eins werden, das ist Liebe."

Das ist die wahre Solidarität, in der alle religiösen Kräfte unauflöslich miteinander verbunden sind. Darin manifestiert sich die Einheit allen menschlichen Seins ungeachtet der Barrieren von Kaste, Religion, Hautfarbe, Rasse, Sprache und Nationalität, die Menschen unterscheiden haben. "Er" und "sie" sind "ich" und "ich" bin "er" oder "sie".

Eine solche Erfahrung führt uns über bloße Caritas und gute Werke hinaus. Zu geben aben dem Überfluss des Besitzes oder das mit anderen teilen, was für einen kein Opfer bedeutet, ist weit von Solidarität entfernt.

Solidarität heißt primär, in Leben des anderen aufzugehen, so daß wir zu der einen Menschheit werden. Die Überheblichkeit einer Gruppe über eine andere macht solche Erkenntnis unmöglich. Desgleichen das Gefühl, daß der eine nur über, der andere untergeordnet ist. Der Schmerz, der Kampf, der Hunger, die Quäl, die Gefangenschaft, die Ausbeutung und der Tod des einen sind auch der des anderen.

John Dominic den englischkanadischen Priester und Poet beschrieb Solidarität in bewegenden Worten: "Niemand ist eine Insel für sich selbst, jeder ist Teil des Ganzen... Jedes Menschen Tod nimmt ein Stück von mir, denn ich bin ein Teil der Menschheit. Deshalb singe niemals, wenn die Stunde kommt. Sie schlägt für dich."

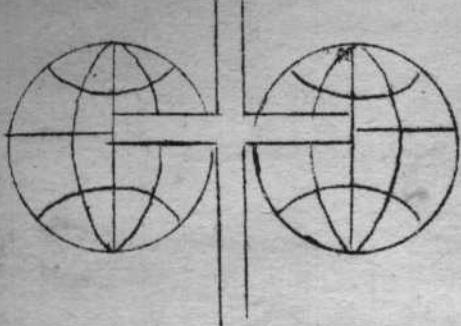
Es ist ein Gedenktag Solidarität läuft und ruht. Denn die Gruppe, die in einer anderen aufgehoben wird, wird frei von Selbstsucht, Eifersucht und Stolz. Endziel aller Solidarist ist die Herausbildung einer Menschenfamilie, die gegen alle ausbeuterischen und imperialistischen Kräfte kämpft.

Es ist die Aufgabe jeder Religion, einen solchen Typ von Mensch und Gesellschaft zu schaffen, in der Männer und Frauen in Würde und Gleichheit leben. Eine Welt, in der der Tod durch Ausbeutung und Unterdrückung zum Ende gesetzt ist, in der Menschen im praktischen Dienst ihr Leben dem Dienst, der Liebe und der Freiheit widmen. Das fordert Christen und Kirchen zu

bedingungsloser Kooperation. Gottes Gabe eines immer währen-
den Friedens wird Wirklichkeit werden auf Erden, wenn die
Gerechtigkeit für alle durch die Zusammenarbeit aller Reli-
gionen und Glaubensrichtungen gesichert ist.

"Möge alles Seiende glücklich sein!" Das war die Sehnsucht
Buddhas, des Gesegneten Einzigen. Möge das Folgende unser
Gebet sein, wenn wir eintreten in die Zusammenarbeit für Be-
freiung und Gerechtigkeit, die wahren Voraussetzungen dauer-
haften Friedens.

Gott, schenk uns Menschen!
Unsere Zeit braucht
Starke Geister, große Herzen
Echten Glauben, tatveréite Hände
Menschen, die die Last ihres Aufgabe nicht erdrückt,
Menschen, die nicht klüftig sind,
Menschen, mit Willen und Meinung,
Menschen ehrenhaft und ohne Falsch
Menschen, die trügerischer Demagogie überstehen.
Große Menschen, die über dem Übel stehen
In ihren Pflichten mit in ihrem Denken.
Gott, schenk uns Menschen!



CFK GRUNDBRIEF

4/78

Liebe Freunde!

Die V. ACFV liegt nun schon wieder einen Monat hinter uns. Es war eine wegweisende und ermutigende Konferenz. Die Auswertung ihrer Ergebnisse für unsere Arbeit wird uns für die kommenden Monate beschäftigen.

Unsere diesjährige Regionalkonferenz soll ganz im Zeichen dieser Auswertung stehen. Der neu gewählte Generalsekretär Pfarrer Lubomir Mirejowski von der Kirche der Böhmisches Brüder hat seine Teilnahme an der Regionalkonferenz fest zugesagt. Bitte notieren Sie sich den Termin:

5. und 6. Oktober in Berlin!
Die Einladung erhalten Sie Anfang September.

Natürlich sind alle Mitglieder der DDR-Delegation bereit, zum Bericht über die V. ACFV oder auch über einzelne Aspekte ihrer Arbeit in Ihre Gemeinden oder Arbeitskreise zu kommen. Am besten dürfte es sein, wenn Sie sich in dieser Sache an den Regionalausschuß wenden.

Ein ausführlicher Berichtsband über die V. ACFV wird vorbereitet. Er wird nicht vor dem nächsten Frühjahr vorliegen. In diesem Rundbrief vermitteln wir erste Eindrücke, aber auch Berichte über die Besuche von ausländischen Teilnehmern vor und nach der Konferenz in der DDR.

Wir freuen uns darüber, daß Prof. Dr. Dr. Gerhard Bassarak in das Amt eines Vizepräsidenten der CFK gewählt wurde. Seit dem Tode von Werner Schmauch (1964) war kein Mitglied der CFK in der DDR in dieser internationalen Leitungsfunktion. Darin drückt sich auch eine Anerkennung unserer Arbeit aus. Dietrich Gutsch ist wieder in das Internationale Sekretariat berufen worden.

Ich wünsche Ihnen gute Urlaubstage!

gez. Carl Ordnung

REGIONALAUSSCHUSS DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ
108 Berlin, Planckstr. 20

ZEICHEN DER REIFE

Am Mittwoch, dem 28. Juni fand die konstituierende Sitzung des Fortsetzungsausschusses der CFK in Prag statt, deren Mitglieder von der Vollversammlung gewählt worden waren. Einer ihrer Tagesordnungspunkte war die Auswertung der V. ACFV.

Zu diesem Punkt gab es 16 Voten. Sie enthielten viele positive Bemerkungen, sie spendeten reichlich wohlverdientes Lob; es gab aber auch Kritik mancher aufgetretener Mängel wegen. In die "Mangeldiskussion" meinte ich mich einschalten zu sollen und machte folgendes geltend:

1. Die V. ACFV dokumentierte die Ausdehnung der Bewegung in den sieben Jahren seit unserer letzten Vollversammlung. Viele Teilnehmer nahmen zum ersten Mal an einer Vollversammlung teil. Bemerkenswert ist, daß ihre Integration vom ersten Augenblick an vollständig gelungen ist. Es gab niemanden hier, der sich fremd fühlte oder der nicht meinen konnte, daß gerade auch seine Probleme im Zusammenhang der Friedensbemühungen der CFK verhandelt würden. Ich möchte das als Kennzeichen der Reife charakterisieren, die unsere Bewegung erlangt hat.
2. Unter dem Aspekt der Reife will ich auch zu den Mängeln Stellung nehmen, von denen die Rede war. Da waren einmal organisatorische Mängel. Doch welche Organisation sollte einwandfrei funktionieren, wenn über 100 Teilnehmer anreisen, die keine Anmeldungen geschickt hatten? Entscheidend ist hier nicht der Mangel, sondern daß es gelungen ist, ihn zu bewältigen, und daß keine Mißstimmung unter den Delegierten entstand.
3. Gewiß gab es in den Diskussionen Differenzen. Wie könnte es anders sein in einer Bewegung, die sich den Widersprüchen stellt, die unser revolutionäres Zeitalter mit sich bringt? Wie könnte es anders sein unter Teilnehmern, die aus Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen kommen? Wie könnte es anders sein in einer Bewegung, die auch die Spaltungen der Christenheit in Konfessionen und Denominationen weltweit widerspiegelt? Entscheidend waren aber nicht die auftretenden Differenzen, sondern die Art ihrer Verhandlung. Sie konnten ohne Schärfe diskutiert werden. Selbstverständlich ist es undenkbar, in jedem Fall Kompromisse zu finden. Man kann Gegensätze aber auch stehen lassen, ohne den Respekt voreinander und ohne die Brüderlichkeit untereinander zu verletzen: ein gutes Zeichen für die Reife der Bewegung.
4. Es gab lange, zu lange Referate. Vielleicht lassen sich die komplizierten Probleme, die heute in der Welt herrschen, nicht kürzer darlegen. Zu bewundern war aber auch hierbei die Aufmerksamkeit, das Interesse, die Disziplin, die Geduld, mit denen das Plenum den Referenten folgte, ihre Ausführungen aufnahm und ihre Darlegungen begleitete. Zumal es sich lohnte zuzuhören: mir scheint, wir hatten noch niemals eine vergleichbare Serie von Referaten von unterschiedlos hohem Niveau.
5. Ein besonderes Zeichen der Reife möchte ich auch in folgendem sehen: Früher war es oft so, daß eine mindere Qualität der Diskussion in den Arbeitsgruppen kompensiert werden mußte und

konnte durch die gute Qualität der Arbeit der Redaktionskommision. Dieses Mal war die Diskussion in den Gruppen - wie man von überallher hören konnte - sehr gut, interessant und anregend. Dem entspricht die Qualität unserer Abschlußdokumente leider nicht völlig. Es gilt, eine Struktur zu finden, die die Ergebnisse der Arbeitsgruppen in die Arbeit der Redaktionskommission einfließen läßt und ihre Widerspiegelung in den Abschlußdokumenten ermöglicht. Waren früher gelegentlich die aufweisbaren Ergebnisse befriedigender als der Konferenzverlauf im einzelnen, so ist diesmal - ich sage es pointiert - die Konferenz besser gewesen, als es ihre aufweisbaren Resultate zeigen. Hier liegt ein Potential zur Verbesserung unserer Arbeit in der Zukunft.

6. Die Vollversammlung hat bestätigt, was das Ergebnis der Arbeit der zurückliegenden sieben Jahre war: die Bedeutung der CFK auf der ökumenischen Szene und in der Szenerie der Weltfriedensbewegung ist enorm gewachsen. Das bringt eine Steigerung der Verantwortung in der Arbeit für den Frieden und für die Gerechtigkeit mit sich, die uns allen, einzeln und gemeinsam, auferlegt ist. Es gilt, das Instrument CFK, das Gott in unsere Hände gegeben hat, zu seinem Lob und zum Wohl der Menschheit zu schärfen. Laßt uns dabei nicht resignieren oder müde werden. Die V. ACFV hat uns neue Impulse gegeben und neu Mut gemacht. Damit sollten wir weiter an die Arbeit gehen.

Gerhard Bassarak

STREIFLICHTER VON DER V. ACFV

1. Die V. ACFV war wirklich eine WELTVERSAMMLUNG. Die 560 Teilnehmer kamen aus 84 Ländern (auf der IV. ACFV waren nur 46 Länder vertreten). 11 Prozent der Teilnehmer kamen aus der römisch-katholischen Kirche (darunter 4 Bischöfe). Damit stellten die Katholiken das zweitstärkste Kontingent. (12 % Orthodoxe und 9 % Methodisten). In dieser Hinsicht war die Konferenz "ökumenischer" als der Ökumenische Rat der Kirchen. Unter den Teilnehmern befanden sich 4 Patriarchen und 58 Metropoliten und Bischöfe.
2. Die Gottesdienste, Andachten und Bibelarbeiten machten etwas vom spirituellen Reichtum der verschiedenen christlichen Traditionen und Denominationen deutlich. Sie waren mehr als bloße "Umrahmung". In ihnen wurde die tragende Mitte der Weltkonferenz sichtbar. Vielleicht hängt das auch damit zusammen, daß die Prediger im Eröffnungsgottesdienst und im zentralen Sonntagsgottesdienst Männer waren, die eng mit den Befreiungsbewegungen ihrer Länder verbunden sind: die methodistischen Bischöfe Jacinto Ordóñez, Panama, und Emilio de Carvalho, Angola.
3. Zum ersten Mal gab es auf einer Allchristlichen Friedensversammlung eine Veranstaltung, die von der CFK-Fraengruppe vorbereitet worden war. Frauen aus allen Kontinenten (unter ihnen die Frau von J. L. Hromadka, des Mitbegründers der CFK) hielten Kurzreferate zur Verantwortung der Frau im Ringen um soziale Befreiung und Frieden und zum UNO-Jahr des Kindes. Alle Sprecherinnen demonstrierten, daß es möglich ist, kurz und doch inhaltsreich zu sprechen. Zum ersten Mal hat die CFK eine Vizepräsidentin: die Katholikin Bernadeen Silva aus Sri Lanka.

4. Metropolit Paulos Mar Gregorios hiebt ein Referat ("Über einige wirtschaftliche Schlüsselfragen der Gegenwart"), das einem ökonomischen Experten alle Ehre gemacht hätte. Er formulierte darin eine für christliches Friedensengagement beherzigenswerte Maxime: "Wir müssen lernen, unsere Verbündeten und unsere Feinde zu erkennen". Die starke Beteiligung von Christen aus der Dritten Welt (201 im Vergleich zu 167 aus Westeuropa und Nordamerika und 182 aus den sozialistischen Ländern Europas) verhalf der Konferenz zu einem eindeutigen antiimperialistischen Profil. Ernesto Cardenal unterstrich, daß für Lateinamerika Friedensengagement den Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit und politische Unterdrückung einschließt.

5. Zum ersten Mal seit vielen Jahren wurde auf einer ACFV wieder eine Aussage zur Volksrepublik China gemacht. In einer Erklärung zur Situation in Asien wird kritisch gefragt: "Warum unterstützt sie eine faschistische Diktatur in Südamerika? Warum beteiligt sie sich nicht an Abrüstungsverhandlungen? Warum ist sie unfähig, gute Beziehungen zu ihren Nachbarn aufrechtzuerhalten? Warum unterstützt sie die Aufrechterhaltung ausländischer Militärstützpunkte im Indischen Ozean? Warum behauptet sie konstant, daß ein Dritter Weltkrieg unvermeidlich ist?"

Ich bin der Meinung, daß dies signalisiert: Christen, die sich für den Aufbau einer dauerhaften Friedensordnung in der Welt einsetzen, können nicht länger ihre Augen vor den friedensfeindlichen Aktivitäten der chinesischen Führung verschließen.

6. Was die Arbeitsgruppe "Ökonomische Befreiung und Entwicklung" in ihrem Bericht formulierte, gilt im Grunde für die gesamte Versammlung: "Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder war der Meinung, daß umfassende Entwicklung innerhalb des kapitalistischen Systems nicht möglich ist. Sie sahen in der Gestaltung sozialistischer Gesellschaften die einzige Alternative zur gegenwärtigen Situation der Unterdrückung und Ausbeutung in vielen Ländern. Angesichts der neuen, durch Internationalisierung und globale Steuerung charakterisierten Entwicklungsphase des Imperialismus unterstrichen sie die Notwendigkeit der Einheit aller Kräfte des Friedens und des Sozialismus."

So wichtig diese Aussage ist, so wird es doch gerade im Blick auf die zukünftige Arbeit der CFK darauf ankommen, deutlich herauszustellen, daß für die CFK politische Parteinahme für den Sozialismus nicht Bedingung für Mitarbeit sein kann. Es muß im Gegenteil darum gehen, immer mehr nichtsozialistische Christen (die immer noch die große Mehrheit darstellen) für ein konkretes Friedensengagement für Abrüstung und friedliche Koexistenz zu gewinnen.

7. Prof. Luis Rivera aus Puerto Rico sagte nach Schluß der V. ACFV: "Diese Tagung hat uns allen geholfen, unseren Provinzialismus zu überwinden." Man ist versucht zu sagen: Wer sich bewußt von dieser Bewegung ausschließt, offenbart seinen Provinzialismus.

Carl Ordnung

Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR hatte als Beobachter nach Prag entsandt: Oberkonsistorialrat Dr. S. Plath, Greifswald, und Referent J. Garstecki, Berlin. Die Vereinigung evangelischer Freikirchen in der DDR wurde vertreten durch G. Grosse, Radeburg. Der Bischof der EmK in der DDR, A. Härtel (Dresden) nahm als Guest an der Tagung teil.

Aus der BRD nahmen außer den Delegierten der beiden Regionalausschüsse der CFK Kirchenpräsident Dr. Karl Immer (Düsseldorf) als Guest und Oberkirchenrat Dr. Hanfried Krüger (Frankfurt/M.) als Beobachter der EKiD teil.

In den Ausschuß für die Fortsetzung der Arbeit (AFA) wurden aus der DDR gewählt: Elisabeth ADLER, Dr. Karl-Heinz BERNHARDT, Ilsegret FINK, Rolf-Dieter GÜNTHER, Dietrich GUTSCH, Giselher HICKEL, Jan LASER, Hartmut MITZENHEIM, Carl ORDNUNG, Dr. Günter WIRTH.

GUTE WÜNSCHE EINER KIRCHENGEMEINDE FÜR DIE DDR-DELEGATION ZUR V. ACFV

Im Namen der Kirchengemeinden im Pfarrsprengel Leuthen schrieb Pfarrer Horst Branig am 16.6. an den Regionalausschuß folgenden Brief:

"Mit diesen Zeilen möchten wir unserer Delegation zur V. Allchristlichen Friedensversammlung in Prag herzliche Grüße übermitteln. Wir wünschen allen Teilnehmern eine gute Reise und viele gute Gespräche mit Freunden der Christlichen Friedenskonferenz.

Vor einem Monat schrieb unser Pfarrer, beauftragt von Freunden der Friedensarbeit in den Kirchengemeinden Leuthen und Schorbus, einen Dankes- und Informationsbrief an Frau Esther Coker in Sierra Leone, Westafrika. Gern erinnern wir uns an ihren Besuch im Oktober 1976. In diesen Wochen wissen wir uns besonders mit all' denen verbunden, die sich für Frieden und Abrüstung durch konkrete Aktionen in unserer Welt einsetzen. Am Sonntag, dem 18. Juni 1978, werden wir in unseren Gottesdiensten des Weltabrüstungstages gedenken.

Es ist unser Wunsch, daß wir möglichst bald von der Arbeit, deren Probleme und Ergebnissen in Prag erfahren, um als Christen, die dem Frieden mit Leib und Seele verschrieben sind, darüber weiter nachdenken und arbeiten zu können. Wir würden uns freuen, wenn am Sonntag, dem 3. Dezember 1978, für uns ein großes Ereignis, Freunde von Prag berichten könnten. Unsere Vorstellungen sind, daß wir, hoffentlich in Anwesenheit von Francine Chavis, eine größere Gemeindeveranstaltung durchführen. Ebenfalls wollen wir uns viel Zeit für das Gespräch nehmen. Die nächsten Monate werden wir viel zu tun haben. Unser Ziel ist eine CFK-Gemeinde-Arbeitsgruppe.

Für die Zeit in Prag wünschen wir all' unseren Vertretern Gottes Segen und viel Vollmacht und Mut aus der Hoffnung für die Welt das Engagement für den Frieden wahr- und ernstzunehmen.

In der Fürbitte, im Namen des einen Herrn,
sind wir verbunden."

ANTWORT DES REGIONALAUSSCHUSSES

"Liebe Schwestern und Brüder!

Sie haben der DDR-Delegation zur V. Allchristlichen Friedensversammlung durch einen Brief Ihres Pfarrers vom 16. Juni Grüße und Segenswünsche mit auf den Weg nach Prag gegeben. Ich möchte Ihnen allen im Namen der Delegation und des CFK-Regionalausschusses dafür herzlich danken.

Die Arbeit auf der Konferenz war anstrengend. Es ist nicht leicht, Darlegungen aus anderen Weltteilen, oft in fremden Sprachen vorgetragen, zuzuhören, bis spät in die Nacht hinein zu diskutieren und dann etwas Gemeinsames zu formulieren. Aber die Begegnungen mit Brüdern und Schwestern aus allen Kontinenten, die sich Jesus Christus als dem Friedefürsten verpflichtet wissen, hat uns froh gemacht.

Ihr Brief hat uns gestärkt. Wissen wir doch, daß das Entscheidende nicht auf solchen Konferenzen geschieht, sondern "vor Ort", dort wo Sie stehen und wo Sie in Ihren alltäglichen Aufgaben die Friedensbotschaft des Neuen Testaments ernstnehmen. Deshalb wollen wir gern zu Ihnen kommen und berichten. Der 3. Dezember ist fest eingeplant.

Sie schreiben von Esther Coker aus Sierra Leone. Ich hatte mich auf das Wiedersehen mit ihr gefreut. Leider konnte sie nicht nach Prag kommen, da sie krank geworden ist.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit Gottes Segen."

AAACC-DELEGATION

Im Anschluß an die V. Allchristliche Friedensversammlung besuchten offizielle Vertreter der All-Afrikanischen Kirchenkonferenz (AAACC) unter Leitung des Beigeordneten Generalsekretärs Pastor Francois Mbea (Togo) auf Einladung des CFK-Regionalausschusses für zwei Tage die DDR. Die Gruppe, die von Pastor Bertalan Tamas, aus Ungarn begleitet wurde und zu der außerdem die Mitglieder des AAACC-Exekutiveausschusses Frau Nicole Ebélé-Ekanga (Cameroun) und Arthur Litu (Kenya) gehörten, hatten vorher in Erwiderung des Besuches einer CFK-Delegation in Afrika im Jahre 1972 Rumänien, Bulgarien, Ungarn und die CSSR besucht und reiste nach Polen und der UdSSR weiter. Bei ihrem Aufenthalt in der DDR waren Mitglieder der Gruppe in den Kirchengemeinden Halle-Neustadt und Oderberg zu Gast. Sie führten Gespräche mit kirchlichen Mitarbeitern und wurden vom Sekretär des CDU-Hauptvorstandes Ulrich Fahl sowie von Dr. Will im Staatssekretariat für Kirchenfragen empfangen.

Die Gäste berichteten, daß die AAACC 1963, also unmittelbar nachdem die meisten Länder Afrikas ihre politische Unabhängigkeit erkämpft hatten, gegründet worden war. Sie sehe ihre Aufgabe darin, bei der Überwindung des Erbe des Kolonialismus zu helfen und die Einheit unter Afrikanern zu fördern. Ihr gehören heute 160 Kirchen und nationale Christenräte aus 33 Ländern an. Besondere Aufmerksamkeit widme sie gegenwärtig dem Kampf gegen Rassismus und Apartheid im südlichen Afrika, den Fragen der Menschen-

rechte und der Betreuung der ca. 1,5 Mill. Flüchtlinge, die es zur Zeit auf dem Kontinent gibt. Im Gegensatz zur Missionstheologie der kolonialen Vergangenheit, die den Bereich des Geistlichen völlig von den Belangen der "Welt" getrennt habe, gelte es, die politische Verantwortung des Christen zu unterstreichen.

Pastor Mbea wies mehrfach darauf hin, daß Afrika in der Gegenwart eine kritische Phase seiner Entwicklung durchlaufe. Es sei deutlich, daß politische Unabhängigkeit ohne Freiheit vom ökumenischen Einfluß etwa der multinationalen Konzerne eine Ferne sei. Deshalb wenden sich immer mehr Länder Afrikas dem sozialistischen Entwicklungsweg zu. Das führe zu Diskussionen auch innerhalb der AACCC. In dieser Situation sei das Studium der Erfahrungen von Kirchen und Christen in sozialistischen Gesellschaften für Afrika in der jetzigen Situation äußerst wichtig.

GESPRÄCHE MIT CAREE

=====

Fragen der gemeinsamen Verantwortung im Kampf um die Beendigung des Wettrüstens standen im Mittelpunkt eines Gedankenaustausches zwischen Theologen und Kirchenvertretern aus den USA und dem CFK-Regionalausschuß in der DDR. Die Teilnehmer waren sich einig darin, daß es Aufgabe der Christen sei, zu helfen, daß sich der Wettstreit zwischen verschiedenen Gesellschaftsordnungen in friedlichen Formen vollziehe. Von USA-Seite nahmen an dem Gespräch teil die Professoren Bruce Rigdon (Chicago), Charles West (Princeton) und James Will (Evanston) sowie Pastor Howell Wilkins (Salisbury) und zeitweise Alice Wimer, Sekretärin der Kommission für Internationale Angelegenheiten beim Nationalen Kirchenrat der USA. Sie sind Repräsentanten von CAREE, einer kirchlichen Gruppe, die dem Kirchenrat angeschlossen ist und sich u.a. die Zusammenarbeit mit der CFK zur Aufgabe gemacht hat. Es wurden auch Informationen über Aktivitäten ausgetauscht und Kooperationsmöglichkeiten für die Zukunft erörtert. (CAREE = Christians Associated for Relations with Eastern Europe)

FREIHEITSRECHT IM GESPRÄCH

=====

Zur Regionaltagung der CFK von BRD-Süd am 5. und 6. Mai 1978

Als die Mitglieder und Freunde der Christlichen Friedenskonferenz aus dem südlichen Teil der Bundesrepublik Deutschland am Abend des 5. Mai in Frankfurt/Main versammelt waren, hatte ich ein zweites, ganz anderes Gesicht der BRD vor mir: herzliche Gespräche, geistreiche Bemerkungen, umintere Wortwechsel gingen hin und her. Man unterhielt sich über ein scharf analysierendes Referat (Prof. Reinhard Kühnl, Marburg: "Droht ein autoritärer Obrigkeitsstaat?"), tauschte sich aus über Erlebnisse an den Fronten der Bewußtseinsbildung und Gemeindearbeit in den Gruppen und Kirchen, aus denen man gekommen war. Eine für Fortschritt und Menschlichkeit engagierte Christenschar bevölkerte die einladend hergerichteten Räume des ehemaligen Dominikanerklosters, jetzt Sitz des Regionalverbandes der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau.

Das Erste Gesicht hatte mich angestart, als ich durch eine mir weitgehend unbekannte bundesdeutsche Landschaft fuhr: farbenfrohe Häuserfassaden, gutes technisch-bauliches know-how

an den Anlagen, Siedlungen und Städten. Und dann näherte sich mein Zug der Stadt Frankfurt, und an den Abteilstern zogen die Riesen vorbei, die aus dem Häusermeer dieser Stadt herausragen und deren Namen fesch, farbig, frech aller Welt verkünden, daß ihre Besitzer hier "etwas" zu sagen haben: die Hochhäuser der Banken, Versicherungen, Konzerne. Hier spürte ich erstmals privatwirtschaftliche Macht: da war kein VEB, der den Arbeiter-Bürgern sein Produktionsprogramm auf Sichttafeln erläutert, sondern da waren private Riesen, die organisieren und produzieren, um zu verdienen und zu verkaufen. Kaufen und verkaufen - diese beiden Wörter setzten sich in meinem Gehirn buchstäblich fest, als ich mich dann in die Schluchten der city stürzte. Ich hatte absichtlich keine Straßenbahn genommen (Tarif im 1. Entfernungsbereich 1,10 DM), um die Stadt auf mich wirken zu lassen. Und nun der Gang vorbei an den funkeln den, lockenden, schreienden Geschäftsauslagen, den Tax-shops, grill- und snackbars und porno-kinos. Die Zeitungskioske und Buchläden - eine Welt mit eigenartigen Bildern; schreierisch, aufreizend, gewalttätig, obszön.

Zurück zum zweiten Gesicht. Ich sitze neben Martin Niemöller und höre Familiengeschichte im Plauderton. Oft schimmert der zeitgeschichtliche Hintergrund durch. Pausengespräche nach dem zweiten Referat (Prof. Dieter Schellong, Münster/Paderborn: "Volkskirche und Klassenbindung") und Diskussion bringen interessante Begegnungen mit Freunden an der Basis des Bewußtseinskampfes. Ein ehemaliger Mitarbeiter des Christlichen Instituts von Johannesburg (gefoltert, eingesperrt, ausgewiesen) gibt mir sein Buch mit und freut sich, als ich erkläre, daß wir in Kappelendorf über die Gossner-Mission Berlin Hilfsaktionen im südlichen Afrika unterstützen (Reinhard Brückner: "Die schwarze Zukunft Afrikas").

Als ich wieder über die Höhenzüge der Rhön in unser Thüringer Land hineinfuhr und ich die großen Felder und Anlagen, aber auch die ausbesserungsbedürftigen Straßen und zu verputzenden Häuserfassaden sah, fühlte ich mich in mehrerlei Hinsicht wieder zu Hause: in diesem Land ist noch allerhand zu tun, bis die Fassaden so strahlen wie weiter westlich. Und: aus diesem Land läßt sich etwas machen, weil hier die Grundlagen gut sind und vernünftig. Im alten Teil der Welt, dessen farbige Kulisse ich gerade hinter mir gelassen habe, wird es um die Kraft des zweiten Gesichts gehen. Ob es die Kraft aufbringt, das erste Gesicht zu verwandeln. Aber ich glaube: bloße "Gesichtsoperationen" werden da nicht helfen.

Peter Franz

E I N L A D U N G

Am 11. September, 19.30 Uhr, veranstaltet die CFK in der evangelisch-methodistischen Christuskirche, 1034 Berlin, Richard-Sorge-Str. 14/15 (in der Nähe des Kinos "Kosmos", Karl-Marx-Allee) einen Chile-Solidaritäts-Abend aus Anlaß des 5. Jahrestages des faschistischen Militärputsches. Es nehmen Vertreter Chile Antifascista und die chilenische Singegruppe "Tiemponuevo" daran teil. Sie sind mit Ihren Freunden dazu herzlich eingeladen.

UNI 6



30 JAHRE UNO

WELTFORUM FÜR FRIEDE N
UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

ein Informationsangebot
erarbeitet von der Studiengruppe UNO
der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR

Die UNO und die Christen

Wenn man die Vereinten Nationen und die Christliche Friedenskonferenz vergleicht, sieht man, daß beide ihren Ursprung aus dem Verlangen heraus haben, die Welt von der Plage des Krieges zu befreien, der schon zweimal in diesem Jahrhundert Millionen von Menschen in unbeschreibliches Leid gestürzt hat. Obwohl die Christliche Friedenskonferenz dreizehn Jahre nach den Vereinten Nationen gegründet wurde, war ihre Gründung ein Ausdruck der Verantwortung, die christliche Führer im Blick auf die Drohung eines Atomkrieges gefühlt haben. Die Gründung beider Organisationen ging von der Erfahrung des zweiten Weltkrieges aus. Die Führer der Welt, die damals die Menschen in 51 Nationen vertreten haben, und die christlichen Führer, die die Kirchen repräsentiert haben, besonders aus Mitteleuropa, waren gleichermaßen entschlossen, die Verhütung eines solchen Krieges zu sichern. Die Arbeitsmethoden und das Ausmaß, in dem sie die Entwicklung in der Welt beeinflussen können, müssen natürlich bei beiden Organisationen, von denen die eine eine interstaatliche und die andere eine nicht staatlich getragene Organisation ist, unterschiedlich sein. Auf jeden Fall wird es wohl richtig sein zu sagen, daß unter den nicht staatlich getragenen Organisationen, mit denen die Vereinten Nationen zusammenarbeiten, die Kirchen die einflußreichsten sind. Das ist sicher so im Fall der Christlichen Friedenskonferenz, die in vielen Teilen der Welt Einfluß hat. Ihrer Organisation kommt deshalb eine wichtige Rolle bei der Ausführung der Ziele der Vereinten Nationen zu.

Aus einer Ansprache, die Frau Helvi Sipilä, Stellvertretende Generalsekretärin der UNO, 1973 auf einer Tagung des Arbeitsausschusses der CFK hielt.

Kirchen und Christen, die heute etwas für den Frieden tun wollen, können die Arbeit der UNO nicht außer acht lassen. Ein wesentlicher Teil christlichen Friedensdienstes wird im Gegenteil immer darin bestehen müssen, diese Arbeit zu unterstützen und die Autorität der Weltorganisation zu festigen. Dazu ist Information nötig. Immer wieder ist der Einwand zu hören: "Man erfährt zu wenig. - Da wissen doch nur Diplomaten Bescheid." Der 30. Jahrestag der UNO ist ein guter Anlaß, in Gemeinden und anderen kirchlichen Gruppen dieses Thema aufzugreifen. Die vorliegende Handreichung gibt zunächst kurzen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der UNO-Weltkonferenzen der letzten Jahre und bringt persönliche Eindrücke von CFK-Teilnehmern. Wir hoffen damit das Interesse von Gemeindekreisen anzuregen und für Fürbitt-Gebete und Gemeindeveranstaltungen Impulse zu geben.

Vom Antifaschismus zum Antiimperialismus

Die Organisation der Vereinten Nationen (United Nations Organisation = UNO) wurde im Jahre 1945 ins Leben gerufen. Sie ging aus der Antihitlerkoalition hervor: also dem Zusammenschluß aller der Staaten, die im II. Weltkrieg gegen das faschistische Deutschland und Japan kämpften. Sie stellt sich die Aufgabe, einen abermaligen Weltkrieg zu verhindern, faschistische Unterdrückung zu beseitigen und Wege zur Zusammenarbeit aller Staaten und zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens zu zeigen.

Der Text der Charta der Vereinten Nationen wurde durch die Vertreter der 50 Staaten der Antihitlerkoalition in San Francisco in der Zeit vom 25. April bis 26. Juni 1945 ausgearbeitet. Ein geladen zu dieser Konferenz wurden alle Staaten, die bis zum 1. März 1945 einem der faschistischen Feindstaaten den Krieg erklärt hatten. Am 26. Juni 1945 wurde die Charta unterzeichnet. Nachdem sie von der Mehrheit der Unterzeichnerstaaten ratifiziert worden war, trat sie am 24. Oktober 1945 in Kraft.

Die UNO war von Anfang an universal angelegt. Alle Staaten, die sich zu ihren Zielen bekennen, sind zur Mitarbeit aufgefordert.

Entwicklung der Mitgliedschaft

Mitgliedsstaaten	davon: kap. Staaten	soz. Staaten	Entwicklungs länder
1945 51	16	6	29
1961 104	24	11	69
1975 135	26	14	95

Die relativ hohe Zahl von Entwicklungsländern 1945 kommt dadurch zustande, daß beispielsweise alle lateinamerikanischen Staaten dem faschistischen Deutschland den Krieg erklärt hatten. Politisch und ökonomisch befanden sich diese Staaten aber in einer starken Abhängigkeit von den USA.

Zu den sozialistischen Mitgliedstaaten der UNO zählen seit 1945 die Ukrainische und die Belarussische SSR. Ihre eigenständige Vertretung wurde auf der Gründungsversammlung festgelegt im Blick auf den entscheidenden Beitrag, den die Sowjetunion bei der Niederschlagung des Faschismus geleistet hat.

Generalsekretäre der UNO

- 1946 - 53 Trygve Lie (Norwegen)
- 1953 - 61 Dag Hammarskjöld (Schweden)
- 1961 - 71 U Thant (Burma)
- seit 1972 Kurt Waldheim (Österreich)

In den 30 Jahren ihres Bestehens hat die UNO drei Entwicklungs-
etappen durchlaufen.

I. 1945 - 1955.

In der Vorbereitungsphase - eine "Deklaration der Vereinten Nationen" wurde bereits am 1. Januar 1942 von 26 Staaten unterzeichnet - traten die Staaten der Antihitlerkoalition im wesentlichen einheitlich auf. Der Gedanke der "Einen Welt" (One World), die vom Faschismus befreit werden sollte, spielte dabei eine Rolle. Während noch die Gründungskonferenz von dieser Gemeinsamkeit bestimmt war, steht schon die I. Vollversammlung 1946 unter dem Einfluß des beginnenden kalten Krieges, den die kapitalistischen Hauptmächte zur Zurückdrängung des Sozialismus begonnen hatten. Sie nützen ihre zahlenmäßige Überlegenheit dazu aus, die UNO zum Instrument ihrer antikommunistischen Politik zu machen. Höhepunkt dieser Entwicklung war 1950 die Unterstützung der USA-Intervention in Korea durch die UNO.

II. 1956 - 1973

Unter den 16 Staaten, die 1955 neu in die UNO aufgenommen wurden, waren vier sozialistische Länder (Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn) und sieben nicht-paktgebundene Staaten aus Europa und der Dritten Welt. Mit dem fortschreitenden Zusammenbruch des Kolonialsystems und der Aufnahme weiterer junger Nationalstaaten in den folgenden Jahren änderte sich das Kräfteverhältnis in der UNO. Im Zuge dieser Entwicklung gelang es, Beschlüsse und Erklärungen durchzusetzen, die den Grundprinzipien der Weltorganisation entsprachen: Kampf gegen Rassismus und Kolonialismus, Abrüstung, friedliche Koexistenz, Menschenrechtskonventionen, wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt.

III. Von 1974 bis zur Gegenwart

Seit 1974 wird die UNO, die aus dem Geist des Antifaschismus entstanden war, immer mehr zu einem Forum des offenen anti-imperialistischen Kampfes. Die USA und andere kapitalistische Staaten, die jahrelang der UNO ihre Politik aufgezwungen hatten, wurden in die Defensive gedrängt. Schon in den Jahren vorher waren Vertreter nationaler Befreiungsbewegungen als Beobachter zu UNO-Konferenzen eingeladen worden. Auf der XXIX. Vollversammlung hat mit Yasser Arafat (Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation) zum erstenmal ein Führer einer solchen Befreiungsbewegung vor der Vollversammlung das Wort ergriffen. Gleichzeitig wurde Südafrika wegen fortgesetzter Mißachtung der UNO-Beschlüsse zur Beseitigung von Rassendiskriminierung von der Teilnahme an der Vollversammlung ausgeschlossen.

Einige Spezialorganisationen

- ILO - Internationale Arbeitsorganisation
- WHO - Weltgesundheitsorganisation
- UNESCO - UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

- UNCTAD - UN-Konferenz für Handel und Entwicklung
FAO - Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN
UNDP - Entwicklungsprogramm der UN
UNICEF - UN-Kinderhilfsfonds

Die Umweltkonferenz der Vereinten Nationen: "Only One Earth"

Stockholm 5. - 16. Juni 1972

Voraussetzungen

Durch vielfältige technische, technologische und kulturelle Einrichtungen wird das natürliche Gleichgewicht zwischen Mensch und Umwelt, dessen Erhaltung für den Fortbestand der menschlichen Gesellschaft lebensnotwendig ist, gestört. Beispiele dafür sind industrielle Luftverschmutzung und Lärmentwicklung, Überwärmung und chemische Verseuchung der Gewässer, Vernichtung von biologischen Lebensräumen durch Ausbreitung von Industrie- und Siedlungsgebieten, Vergiftung von Verkehrs- und Erholungsgebieten durch Fahrzeugabgase, Reizüberflutung an Arbeits- und Lebensbereichen. Die sachliche und interessenmäßige Verflochtenheit der Probleme, die Komplexität und Dringlichkeit ihrer Lösungen machen es erforderlich, sie im Rahmen einer internationalen Spezialarbeit und öffentlichen Beteiligung zu behandeln.

Einberufen wurde die Umweltschutzkonferenz durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit der am 3. Dezember 1968 angenommenen Resolution 2398.

Ziel: "Die Konferenz soll zu Aktionen seitens der Regierungen und internationalen Organisationen ermutigen und entsprechende Richtlinien ausarbeiten, um auf dem Wege internationaler Zusammenarbeit die menschliche Umwelt zu schützen und zu verbessern, sie nach Möglichkeit zu sanieren und künftige Schäden zu verhindern, wobei das Bestreben von besonderer Bedeutung sein wird, die Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, Verschmutzungs- und Schädlingsprobleme von vornherein zu vermeiden." (Resolution 2581 der UNO-Vollversammlung vom 15. Dezember 1969)

Teilnehmer: Delegationen von 110 Staaten, die Mitglieder der Vereinten Nationen oder von ihr angeschlossenen Sonderorganisationen sind. Jedes Land konnte bis zu sechs Delegierte mit zusätzlichen Beratern und Stellvertretern entsenden. Außerdem waren Beobachter anderer UNO-Organisationen und von über 250 nichtstaatlichen Organisationen (mehr als 500 Vertreter) und 1500 akkreditierte Journalisten anwesend. Da die DDR zu diesem Zeitpunkt noch nicht Mitglied der Vereinten Nationen oder einer Sonderorganisation war, wurde sie nicht als gleichberechtigter Teilnehmer zugelassen. Aus Protest über die Nichtzulassung der DDR blieben die sozialistischen Staaten (außer Jugoslawien und Rumänien) der Konferenz fern. Diese Tatsache hat den Wert der Konferenz erheblich eingeschränkt.

A u s d e r T a g e s o r d n u n g : Planung und Nutzung von menschlichen Siedlungen nach umweltfreundlichen Gesichtspunkten; Umweltaspekte bei der Nutzung natürlichen Ressourcen; Umwelt und Entwicklung; internationale Organisationen und Umwelt.

Beschlüsse:

1. Verabschiedung der allgemeinen Deklaration zum Schutz der menschlichen Umwelt. Die Deklaration enthält 26 Grundsätze umweltgerechten Verhaltens. (Beispiel: - Jeder Staat hat das Recht, seine eigenen Naturschätze zu nutzen und die Verantwortung, daß dadurch nicht die Umwelt anderer Staaten in Mitleidenschaft gezogen wird.)
2. Billigung eines internationalen Aktionsprogramms gegen die Vernichtung der Natur, das unter anderem die Errichtung eines weltweiten Kontrollsystems mit mindestens 110 wissenschaftlichen Beobachtungsstationen vorsieht.
3. Die Konferenz verurteilte alle Atomwaffenversuche, vor allem diejenigen in der Atmosphäre, und forderte Staaten, die solche Versuche planen, auf, davon Abstand zu nehmen, da solche Versuche zur weiteren Vergiftung der Umwelt führen. Für diesen Beschuß stimmten 58 Staaten, dagegen drei (Volksrepublik China, Frankreich und Gabun) und 28 enthielten sich der Stimme.

B e t e i l i g u n g v o n C h r i s t e n : Christen waren engagiert an den Diskussionen und an der Agitation des von der schwedischen Regierung getragenen, parallel zur Konferenz abgehaltenen "Umwelt-Forums" und an dem vorwiegend von linken Gruppen betriebenen "Volks-Forum" beteiligt. Zum "Umwelt-Forum" waren rund 300 Aktionsgruppen aus aller Welt gekommen. Das "Volks-Forum" setzte sich unter anderem für ein verstärktes UNO-Programm zur Bekämpfung der Herstellung und der Verbreitung von Rauschgiften ein.

Auswirkungen:

Die Generalversammlung der UNO beschloß im Anschluß an die Umweltkonferenz in Stockholm ein Umweltprogramm (UNEP) der Vereinten Nationen ins Leben zu rufen. Das Sekretariat des Umweltprogramms nahm am 1. Oktober 1973 seine Arbeit in Nairobi, Kenia, auf. Es ist bisher die einzige UNO-Organisation, die ihren Sitz in einem Entwicklungsland hat.

E i n e S t e l l u n g - n a h m e a u s s o z i a l i s t i s c h e r S i c h t : In den sozialistischen Ländern, die erst ein Teil der Länder dieser Erde umfassen, nimmt heute die Umweltverschmutzung noch ständig zu, da die Kosten ihrer Verhinderung weit höher sind, als es sich die sozialistische Gesellschaft angesichts des Weltklassenkampfes leisten kann. Wir gehen natürlich seit kurzem beachtliche Summen aus, um ihre zu starke Steigerung zu vermeiden. Aber hier haben wir zweifellos ein Wachstum mit ernsten negativen Folgen, die wir im Laufe der nächsten Zeit mit allen Mitteln, die wir zur Verfügung stellen können, bekämpfen werden. Auch in diesem Zusammenhang haben für uns die Verhandlungen über die europäische

Sicherheit, über Rüstungsstopp und Abrüstung große Bedeutung.
Denn es ist offenbar, daß schon jede relative Minderung der Ausgaben für unsere Verteidigung uns größere Mittel für den Umweltschutz sichert." (Jürgen Kuczynski "Das Gleichgewicht der Null", Akademie Verlag Berlin, S. 71)

Die Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen (WPC)

Motto: Eine Welt für alle (One world for all)

"Zur Förderung und Entwicklung des Wohlstandes der Menschheit"

Bukarest, 19. - 30. August 1974

Voraussetzung:

Das 20. Jahrhundert begann mit einer Weltbevölkerung von ca. 1,5 Milliarden Menschen. Heute leben bereits lt. UNO-Statistik etwa 4 Milliarden Menschen auf unserer Erde und Berechnungen sagen für das Ende unseres Jahrhunderts eine Weltbevölkerung von 7 Milliarden Menschen voraus.

Zwei Drittel der jetzigen Weltbevölkerung leben in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas - also jenen Ländern, die fünf Sechstel des voraussichtlichen Zuwachses zu erwarten haben. Doch gerade dort sind die Möglichkeiten, den Zuwachs zu verkraften und gleichzeitig die sozial-ökonomische Entwicklung fortzuführen auf Grund der Abhängigkeit von entwickelten Ländern auf politischem, ökonomischem und sozialem Gebiet am größten.

Vorbereitung:

Diese Konferenz war die erste zwischenstaatliche Konferenz auf Regierungsebene, die je zu diesem Thema abgehalten wurde. Ihr gingen Kolloquien auf Expertenebene voraus (1954, 1963, 1965). Eine Folge dieser Treffen war die Gründung des UNO-Fonds für bevölkerungspolitische Aktivitäten (UNFPA) im Jahr 1967. UNFPA ist seitdem Bestandteil des UNO-Entwicklungsprogramms (UNDP).

In direkter Vorbereitung der Weltbevölkerungskonferenz wurden vier Symposien auf Expertenebene durchgeführt:

- a) Bevölkerung und Entwicklung (Kairo, Juni 1973)
- b) Bevölkerung und Familienplanung (Honolulu, August 1973)
- c) Bevölkerung, Energiereserven, Umweltschutz (Stockholm, September 1973)
- d) Bevölkerung und Menschenrechte (Amsterdam, Januar 1974)

Diese Themen weisen auf den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Fragen der Weltbevölkerung und Fragen polit.-ökonomischer und damit gesellschafts-politischer Bedeutung hin.

Konferenz - Verlauf und Ergebnisse

Das Anliegen der Konferenz, die Öffentlichkeit direkt an der Lösung der anstehenden Probleme zu beteiligen, fand seinen Ausdruck in drei Parallelveranstaltungen in Bukarest: der "Tribüne der Bevölkerung", dem "Kolloquium der Journalisten", der "Internationalen Jugendkonferenz".

Zu Beginn der Weltbevölkerungskonferenz zeigten sich kontroverse Einschätzungen der Lage. Entwickelte kapitalistische Länder sahen die Lösung vor allem in einer international verbindlichen Begrenzung der Geburtenraten.

Die Vertreter der Entwicklungsländer, die diese Forderung vor allem betroffen hätte, betonten ihre nationale Souveränität in der Bevölkerungspolitik und sehen die Lösung in der grundlegenden Verbesserung sozial-ökonomischer Bedingungen. Darin wurden sie von den sozialistischen Ländern unterstützt.

Ein wesentliches Ergebnis der Beratungen war die Feststellung, daß nicht die "Bevölkerungsexplosion" die Hauptursache der gegenwärtigen Probleme ist, sondern vielmehr die "Explosion der Ungleichheiten".

Kolonialismus und Neokolonialismus als Folge imperialistischer Politik haben den Grundstein für so belastende Probleme wie Unterernährung, Armut, Analphabetentum u.v.a.m. gelegt.

So wird verständlich, daß auf der Konferenz zwei Resolutionen zur Entkolonialisierung und zur Abschaffung der Apartheid einmütig durch Konsens angenommen wurden.

Aktionsplan: wichtigstes Ergebnis der Konferenz ist zweifellos die Annahme eines Aktionsplanes. Er betont den Grundsatz voller nationaler Souveränität bei der Lösung bevölkerungspolitischer Probleme und macht deutlich, daß nationale Unabhängigkeit und Freiheit Grundlage jeder erfolgreichen Bevölkerungspolitik sein müssen. Fremdherrschaft, Aggressionskriege, Rassendiskriminierung und Neokolonialismus bilden weiterhin die größten Hindernisse für eine erfolgreiche Lösung der anstehenden Fragen insbesondere in den Entwicklungsländern. Im Hinblick auf die ökonomische Entwicklung und die Lösung demographischer Probleme ist eine umfassende Kooperation notwendig. In diesem Sinn ist der Aktionsplan ein weltstrategischer Faktor, ein Instrument zur Förderung der internationalen Gemeinschaft.

Einige Punkte des Aktions-Programms:

Regierungen sollten nationale Bevölkerungsprogramme entwickeln und die Bevölkerungsstruktur und ihren Wandel in Entwicklungsprogrammen berücksichtigen.

- Senkung der Kindersterblichkeit, Anhebung der durchschnittlichen Lebenserwartung von 62 auf 74 Jahre (damit würde die durchschnittliche Lebenserwartung in Lateinamerika um 11, in Asien um 17, in Afrika um 28 Jahre erhöht).
- Familienplanung sollte mit Gesundheits- und anderen Fürsorgeprogrammen koordiniert werden mit dem Ziel, die Qualität des Lebens zu heben.

- Länder, die das Ansteigen der Geburtenrate als Hemmnis des nationalen Fortschritts ansehen, werden eingeladen, sich quantitative Ziele zu setzen und entsprechende Programme bis 1985 zu verwirklichen.
- Um das projektierte Absinken des Bevölkerungswachstums und das projektierte Steigen der Lebenserwartung zu erreichen, sollten die Geburtenraten in den Entwicklungsländern von 38 auf 30 pro 1000 bis 1985 absinken. Dazu sind nationale Anstrengungen und internationale Unterstützungen notwendig.
- Entwicklungshilfe für unterentwickelte Länder und Unterstützung der internationalen Völkergemeinschaft
- Steigerung der Agrarproduktion, Erschließung neuer Nahrungsquellen.
- Weitere Punkte befassen sich mit Entwicklung, Ressourcen, Umwelt, Familie, Status der Frau, Lebensbedingungen auf dem Land...
- Eröffnung eines Demographischen UNO-Zentrums in Bukarest.

Rohstoff- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen

(6. Sondertagung der UNO-Vollversammlung)

NEW York, 9.4. - 2.5. 1974

Voraussetzungen:

Sondertagungen der UNO-Vollversammlung wurden bislang einberufen, um sich mit akuten Krisenherden zu beschäftigen, die den Weltfrieden gefährden. Bei der 6. Sondertagung ging es um eine Krise anderer Art: die Energie- und Rohstoffkrise und ihren Einfluß auf die Entwicklungsländer.

Hintergrund der Tagung war also die sich vertiefende Ungleichheit: "Die Früchte des technischen Fortschritts werden nicht gerecht von allen Mitgliedern der Internationalen Gemeinschaft geteilt.

In einem System, welches zu einer Zeit geschaffen wurde, da die meisten Entwicklungsländer noch nicht einmal als unabhängige Staaten existierten und welches die Ungleichheit verewigt, vertieft sich die Kluft zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern weiterhin. " (Aus der Erklärung der 6. Sondertagung)

Zustandekommen:

Die Einberufung der 6. Sondertagung kam auf Ersuchen der 4. Konferenz der blockfreien Länder, die im September 1973 in Algier getagt hatte, zustande. Angesichts der Rohstoff- und Energiekrise forderten die Entwicklungsländer die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, die für sie gerechtere Bedingungen schaffen würde.

Ergebnisse:

Die Vorlagen der Algier-Konferenz der blockfreien Staaten wurden diskutiert, kommentiert und kritisiert. Aufgrund der Diskussion erarbeitete ein ad-hoc-Komitee 2 Konsensus-Papiere:

- Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung
- Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung.

Die Papiere wurden mit einigen Veränderungen am 1.5.1974 ohne Abstimmung angenommen.

1. Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung

darin wird die gemeinsame Entschlossenheit der Mitglieder der Vereinten Nationen, für die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu arbeiten, feierlich verkündet und 20 Grundsätze für diese Ordnung aufgestellt.

Ausgehend von den Grundsätzen der Gleichberechtigung und der Gerechtigkeit werden u.a. folgende Punkte aufgeführt:

- Volle Souveränität jedes Staates über seine Bodenschätze und gesamte wirtschaftliche Tätigkeit (einschließlich des Rechtes der Verstaatlichung)
- Konkrete Maßnahmen zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion in Entwicklungsländern, einschließlich der Bereitstellung von Düngemitteln unter günstigen Bedingungen.
- Regulierung und Beaufsichtigung der Tätigkeit multinationaler Konzerne
- Gerechte Relation zwischen Preisen für Rohstoffe, Halbfertigwaren etc., die Entwicklungsländer exportieren, und Preisen von Investitionsgütern und Industrierüstungen, die sie importieren müssen
- Reform des Weltwährungssystems mit dem Hauptziel der Entwicklungsförderung, bevorzugte Behandlung von Entwicklungsländern
- Stärkung wirtschaftlicher Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern um Rohstoffpreise im Handel zu beeinflussen (Oel)

Die Vereinten Nationen sollen eine größere Rolle in der Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung spielen. Die Erklärung soll die wichtigste Grundlage für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen allen Völkern und Nationen sein.

2. Aktionsprogramm

Der wichtigste Programmpunkt ist das Sonderprogramm für die ärmsten Entwicklungsländer, die am schwersten von wirtschaftlichen Krisen betroffen sind. Die Errichtung eines UNO-Sonderfonds, der am 1.1.1975 in Aktion treten soll, wird empfohlen. Alle Industrieländer werden zur Unterstützung des Sonderfonds aufgerufen.

3. Vorschläge an den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO

- Verschiedene Vorschläge konnten nicht behandelt werden und werden an den Wirtschafts- und Sozialrat weitergegeben, z.B.:
- die Errichtung eines Düngemittelfonds für die ärmsten Länder (eingebracht von Sri Lanka/Neuseeland)
 - UNO-Fonds für die Erforschung von Bodenschätzten (eingebracht von Japan)
 - Berufung einer Expertengruppe, die die Weltvorräte an Rohstoffen beobachtet und bei Verknappung Warnungen aussprechen kann (eingebracht von den USA)

Kritik und positive Einschätzung

Kritische Stimmen während der Sondertagung kamen vor allem von Vertretern der USA, westeuropäischen Staaten und Japan. Sie kritisierten u.a. das Recht auf Verstaatlichung von Ressourcen ohne Kompensation, die geforderte gerechte Relation zwischen Export- und Importpreisen für die Entwicklungsländer, den Zusammenschluß von Rohstoff-Erzeugerländern, die Forderung von Transportkostenübernahme, Schuldentlastung und Abnahmegarantien gegenüber den Entwicklungsländern durch die Industriestaaten. Die Vertreter von Entwicklungsländern und sozialistischen Staaten begründeten und unterstützten die Vorlagen.

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat in einer Erklärung der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten "Die wirtschaftliche Bedrohung des Friedens" im Juli 1974 die Kirchen aufgefordert, die Erklärung und das Aktionsprogramm der 7. Sondertagung zu studieren und bei ihren Regierungen zu unterstützen. In dieser Erklärung, die auch vom Zentralausschuß des OeRK im August 1974 angenommen wurde, heißt u.a. "Die Veränderung, die gefordert wird, geht über eine Modifizierung der bestehenden internationalen Wirtschaftsordnung, die Unterentwicklung verewigt und die Bedrohung des Friedens intensiviert, hinaus; sie verlangt die Errichtung eines neuen, gerechten Alternativsystems."

FAO

Welternährungskonferenz der Vereinten Nationen
Rom, 5. - 16. Nov. 1974

Voraussetzungen

Während die Nahrungsmittelproduktion seit 1945 ständig zunahm und sich bis 1970 verdoppelt hatte, führten Dürre und Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen 1971 und 1972 zu einem nicht unerheblichen Rückgang. Das verschärft die in einigen Teilen der Welt ohnehin angespannte Ernährungslage. In einigen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas leiden 400 Millionen Menschen akut an Hunger und Unterernährung. Darüber hinaus ist die Hälfte der Menschheit nicht ausreichend ernährt. Am härtesten betroffen sind jeweils die Kinder. Nahrungsangebot in entscheidenden Entwicklungsphasen verursacht nicht nur physische Unterentwicklung, sondern vermindert auch die psychische und geistige Leistungsfähigkeit. (Apathie)

Zustandekommen

Diese Situation veranlaßte den algerischen Präsidenten Boumedienne im September 1973 auf der 4. Gipfelkonferenz der nicht-paktgebundenen Staaten, die Einberufung einer Weltkonferenz "zur Überwindung des steigenden Mangels an Nahrungsmitteln" zu fordern. Im Dezember beschloß die UNO die schnellstmögliche Durchführung einer solchen Konferenz; im Mai 1974 wurde sie für den 5. bis 16. November nach Rom eingeladen. Es war die erste derartige Konferenz auf Ministerebene.

Verlauf

In den Plenartagungen nahm die Konferenz die offizielle Erklärung von mehr als hundert Regierungsvertretern, von vier Be-freiungsbewegungen, Vertretern internationaler zwischenstaatlicher Organisationen (wie UNCTAD, UNICEF, WHO, OECD) und einiger nichtstaatlicher Organisationen (NGO's) entgegen. In drei Ausschüssen wurden eine Vielzahl von Resolutionen erarbeitet, die teilweise grundsätzlicheren Charakter hatten (Ernährung und Abrüstung), teilweise technischen Einzelfragen gewidmet waren (Schädlingsbekämpfung, Entwicklung von Düngemitteln usw.). Dabei nahmen die Staatengruppen unterschiedliche Positionen ein.

a) Kapitalistische Industriestaaten

Unter dem Druck der Situation sahen sich die USA und andere kapitalistische Staaten gezwungen, die von ihnen eingeführten Anbau- und Produktionsbeschränkungen, die die Ernährungskrise mit verursacht hatten, aufzugeben (Landwirte hatten Geldprämien erhalten, wenn sie Felder nicht bebauten, ihre Tierzucht einschränkten). Sie empfahlen den Entwicklungsländern der Landwirtschaft gegenüber der Industrie Priorität einzuräumen. Die Weltbank will vor allem Kleinbauern Kredite geben, um soziale Strukturveränderungen auf dem Land zu verhindern. Weltbankpräsident Mc Namara hatte schon vor der Konferenz das entsprechende Reformprogramm damit begründet, daß nur so revolutionärer Zündstoff entschärft werden könnte.

Ihre Vorschläge ließen darauf hinaus, die Nahrungsgüterproduktion in ihren eigenen Ländern zu steigern, und dann ihre Vorherrschaft auf dem Weltmarkt auszubauen. Die Entwicklungsländer würden dadurch noch abhängiger; die beherrschende Position des "agribusiness" (der auf den Landwirtschaftssektor arbeitenden multinationalen Konzerne) würde ausgebaut.

b) Entwicklungsländer

Die Vertreter der Entwicklungsländer sahen die eigentliche Ursache für die Ernährungskrise nicht in Naturkatastrophen, sondern in der ungerechten, weil von den Spielregeln des kapitalistischen Marktes beherrschten Weltwirtschaft: Die Inflation hat Industriewaren, Düngemittel und auch Nahrungsgüter so verteuert, daß gerade die am härtesten betroffenen Entwicklungsländer nicht länger in der Lage sind, dem Hunger wirksam entgegenzutreten. Die Hauptforderung der Entwicklungsländer war deshalb der Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Sinne der 6. UNO-Sondertagung. Einige Vertreter von Entwicklungsländern unterstrichen auch die Notwendigkeit von gesellschaftlichen Strukturänderungen in ihren Ländern.

c) sozialistische Länder

- Sie unterstützen die Entwicklungsländer in den meisten Einzelfragen und vor allem in der Forderung nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung
- An ihrem eigenen Beispiel unterstrichen sie die Notwendigkeit grundlegender gesellschaftlicher Strukturänderungen (Bodenreform, Kollektivwirtschaft) als Voraussetzung für eine dauerhafte Steigerung landwirtschaftlicher Erträge
- Sie wiesen auf den engen Zusammenhang zwischen der Fortführung des Entspannungsprozesses in der Welt und der Überwindung der Ernährungskrise hin. Die für die Entwicklung der Landwirtschaft in der Dritten Welt notwendigen umfangreichen Investitionen können nur aus Mitteln gewonnen werden, die durch Abrüstung frei werden. Deshalb forderten die sozialistischen Staaten die baldige Verwirklichung des sowjetischen Vorschlags, der inzwischen von der UNO-Vollversammlung aufgenommen wurde, daß die 5 ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates jährlich ihr Rüstungsbudget um 10 % kürzen und einen Teil des damit freiwerden- den Geldes Entwicklungsländern zur Verfügung stellen.

Ergebnisse

Die Konferenz verabschiedete eine "Allgemeine Deklaration über die Beseitigung von Hunger und Unterernährung." In ihr wird die Freiheit von Hunger und Unterernährung als grundlegendes Menschenrecht konstatiert. Zu den Ursachen von Hunger und Unterernährung heißt es in diesem Dokument:

"Die Lage der Völker, die an Unterernährung leiden, entspringt aus ihren historischen Verhältnissen, wie sozialer Ungleichheit, einschließlich vielfacher Fremd- und Kolonialherrschaft, ausländischer Okkupation, rassistischer Diskriminierung, Apartheid und Neokolonialismus in all seinen Formen, die fortduern."

Der Grundcharakter der Schlußaussagen wird auch deutlich in zwei weiteren Resolutionen

- a) "Reduzierung der Militärausgaben zugunsten der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion" (eingebracht von Peru)
- b) "Nahrungsmittelhilfe für die Opfer des Kolonialkrieges in Afrika" (eingebracht von Algerien)

Daneben wurden Vereinbarungen über ein Frühwarnsystem bei drohenden Mißernten und über Nahrungsmittelhilfe in Notsituationen getroffen.

Wie können Kirchen und Christen die Arbeit der UNO unterstützen?

Die UNO verfügt nicht über Machtmittel, mit denen sie den von ihr verabschiedeten Deklarationen und Konventionen in allen Teilen der Welt Geltung verschaffen könnte. UNO-Konventionen sind völkerrechtliche Verträge, die dadurch Gültigkeit erhalten, daß Staaten ihnen beitreten und sie ratifizieren. Leider hat es sich während der letzten Jahre immer häufiger gezeigt, daß Staaten wie die USA oder Großbritannien etwa Beschlüssen gegen die Rassendiskriminierung in der UNO formal zustimmen, daß sie aber nicht daran denken, solchen Beschlüssen für ihr Staatsgebiet Rechtscharakter zu verleihen. So haben beispielsweise die USA 1966 den beiden Menschenrechtskonventionen in der UNO zugestimmt; sie haben aber gleichzeitig erklärt, daß sie nicht daran denken, diesen Konventionen beizutreten. Im Gegensatz dazu haben die UdSSR, die DDR und andere sozialistische Staaten diese Menschenrechtskonventionen ratifiziert. Sie treten in Kraft, wenn sie von 35 Staaten ratifiziert sind; bisher haben das erst 30 Staaten getan.

In dem Ringen um die schrittweise Durchsetzung von UNO-Beschlüssen kommt der öffentlichen Meinung eine große Bedeutung zu. Aus diesem Grunde gewährt der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), das nach der Vollversammlung wichtigste UNO-Gremium, solchen nichtstaatlichen Organisationen, die die UNO-Arbeit insgesamt oder gewisse Teilespekte unterstützen, einen Beobachterstatus als Non-Governmental Organizations (NGO's) - Nichtregierungsorganisationen. Solche von der UNO anerkannte NGO's erhalten alle UNO-Dokumente und werden zu bestimmten Konferenzen eingeladen. Sie haben die Möglichkeit, verschiedenen Gremien der UNO Vorschläge und Stellungnahmen zu unterbreiten. Vor allen sollen sie ihre Mitglieder und Anhänger mit der Arbeit der Weltorganisation vertraut machen und die öffentliche Meinung zur Durchsetzung von UNO-Beschlüssen mobilisieren helfen.

Inzwischen gibt es mehrere Hundert anerkannte NGO's; zu ihnen gehören der Ökumenische Rat der Kirchen, der Weltfriedensrat und seit Jahren auch die Christliche Friedenskonferenz. Auf Initiative der Vereinigten Methodistischen Kirche in den USA wurde gegenüber der UNO-Gebäude in New York ein Kirchenzentrum für die UNO errichtet. In ihm haben Kirchen und internationale christliche Organisationen - auch die CFK - Büros, durch die sie Kontakt mit der Weltorganisation halten. In der CFK beschäftigt sich außerdem eine Subkommission der Studienkommission "Internationale Fragen" mit UNO-Problemen. Diese Subkommission, zu der aus der DDR Pfarrer Rolf-Dieter Günther gehört, tagte im Frühjahr 1973 in New York. Ihre Mitglieder wurden dabei von UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim empfangen.

>>>
UNO und CFK

Sicherlich ist es nicht selbstverständlich, daß der Generalsekretär der Weltorganisation Mitglieder einer Nichtregierungsorganisation (NGO) zu einem halbstündigen persönlichen Gespräch in seinem Stabszimmer empfängt. Die Tatsache dieses Empfangs fand darum auch große Beachtung in der Presse und in UNO-Kreisen, und sie zeugte von den hohen Erwartungen, die der CFK

entgegengebracht werden als einer Bewegung, die Christen aus verschiedenen Gesellschaftssystemen im Engagement zusammenführt.

Während des zwanglosen Gespräches wies Dr. Waldheim besonders auf das Problem der Abrüstung und auf die Vorbereitungsarbeit einer Weltabrüstungskonferenz hin. Dabei kam zum Ausdruck, daß die Völker Afrikas und Asiens an der Lösung dieser Aufgabe interessiert sind angesichts der großen ökonomischen und sozialen Probleme in diesen Kontinenten. Auf die Grenzen und Möglichkeiten der Vereinten Nationen eingehend, betonte Dr. Waldheim, daß die UNO keine Weltregierung sei, sondern nur ein Instrument für den Frieden werden könne, wenn sie von den Regierungen der Mitgliedstaaten dazu benutzt werde. Hier wurde deutlich, wie wesentlich die Aufgabe der moralischen Unterstützung der Vereinten Nationen ist. Dr. Waldheim unterstrich, daß die UNO die Hilfe der öffentlichen Meinung brauche und daß sie glücklich über jeden sei, der die Autorität der UNO unterstützt. Dabei betonte er die Funktion der Nichtregierungsorganisationen (NGO) und gratulierte uns zur Aufnahme in dieses UNO-System.

Eine kleine Szene am Rande dieser bedeutsamen Begegnung wird mir unvergänglich bleiben. Als gegen Ende des Gespräches Dr. Waldheim eine Nachbildung des Denkmals, das im Garten des UNO-Gebäudes alle Touristen anzieht, übergeben wurde, erinnerte der Generalsekretär an die Inschrift des Denkmals. Es stellt einen Mann dar, der mit kräftigen Hammerschlägen aus seinem Schwert ein Pflugschar schmiedet. Dr. Waldheim zitierte die Inschrift des von der Sowjetunion der UNO gewidmeten Standbildes: "Wir werden unsere Schwerter zu Pflugscharen schmieden und hinfort nicht mehr Krieg lernen" (vgl. Jesaja 2,4).

In dieser Zielsetzung sind alle Menschen guten Willens vereint. Diese Zielsetzung der Vereinten Nationen wird auch die Christliche Friedenskonferenz als verpflichtende Verheißung und Aufgabe immer wieder neu den Christen und Kirchen in Erinnerung zu rufen haben.

Rolf-Dieter Günther

UNO-Tribüne in Bukarest

Daß zur Christlichen Friedenskonferenz Laien und Theologen aus den Kirchen aller Welt gehören, bewies auch ihre Delegation bei der UNO-Weltbevölkerungskonferenz. Wir waren 10 Ärzte und Theologen aus 4 Kontinenten. Zu der Frage, ob das sprunghafte Anwachsen der Weltbevölkerung wirklich zu einer weltweiten Krise, besonders zu einer Ernährungskatastrophe führen muß, lag ausführliches Studienmaterial vor, das für diese Konferenz und das gleichzeitig veranstaltete Diskussionsforum die "UNO-Tribüne" von Wissenschaftlerkonsultationen erarbeitet worden war. Sollte wirklich nur eine radikale Familienplanung Lösung dieses Problems sein? Bereits aus dem vorliegenden Material ging hervor wie unterschiedlich über Ursachen und Bedeutung des Bevölkerungswachstums gedacht wird. Obwohl keineswegs ein gleiches Anwachsen in allen Kontinenten zu verzeichnen ist, und jede Statistik den Unterschied zwischen Industrienationen und wirtschaftlich unterentwickelten Ländern gerade bei diesem Problem klar markiert, wurde doch in pauschalen Thesen von einem rapiden Wachstum der Weltbevölkerung geredet.

In Vorbereitung auf die Bukarester Tagung hatte die CFK ein Memorandum erarbeitet, zu dem wir in einem CFK-Informationsgespräch für Teilnehmer der "Tribüne" Stellung nahmen. Wir verteilten das Schriftstück bei vielen Gelegenheiten an unsere Diskussionspartner und unterstützten auf diese Weise die Stimmen der Delegierten, die nachdrücklich forderten, die Weltbevölkerungsfragen nicht isoliert, sondern im Kontext der ökonomischen und politischen Bedingungen zu diskutieren. Die wichtigste politische Voraussetzung der Lösung des Bevölkerungsproblems, so hieß es in unserem Memorandum "ist die schrittweise durchgeführte, weltweit koordinierte und kontrollierte Abrüstung. Der Anfang einer praktischen Abrüstungsstrategie durch die Erfüllung des Beschlusses der letzten UN-Vollversammlung, die Reduzierung der Rüstungskosten der fünf Atomnächte zugunsten der Entwicklungsländer betreffend, sollte in Bukarest Gegenstand der Verhandlungen sein."

Ilsegret Fink

Mit Ralph Abernathy und Angela Davis

Der weitläufige Gebäudekomplex des Palais des Nations in Genf gleicht für den Nichteingeweihten einem Labyrinth von Fahrstühlen und endlosen Gängen. Die Teilnehmer an der internationalen Konferenz nichtstaatlicher Organisationen (NGO) gegen Apartheid und Kolonialismus in Afrika vom 2. bis 5.9.1974 suchen mühsam ihren Weg zum Saal XVI, einen der etwa 30 Tagungsräume, in dem die Plenarsitzungen stattfinden. Es geht alles mit einem Minimum an Organisation vor sich und klappt trotzdem.

Als die Konferenz eröffnet wird, sind etwa 250 Teilnehmer versammelt, unter ihnen die Delegierten von 45 internationalem NGO, von 46 nationalen NGO und von 7 afrikanischen Befreiungsbewegungen sowie die Vertreter von 30 Regierungen und 10 zwischenstaatlichen Organisationen wie UNESCO, WHO, ILO. Die Eröffnungssitzung leitet Sean McBride vom Namibia-Rat der UNO. Im Präsidium sitzen führende Mitglieder des NGO-Menschenrechtskomitees, u.a. Romesh Chandra, Dwain C. Epps (ÖRK) und der Komiteevorsitzende Niall Mac Dermot.

Die lange Rednerliste reicht vom schwedischen Botschafter und der sowjetischen Botschafterin in Genf bis zu Ralph Abernathy und Angela Davis. Besonderes Interesse finden die Beiträge der Vertreter der Befreiungsbewegungen. Nicht Erklärungen sondern Aktionen, ist die immer wiederholte Forderung.

Es folgen zwei Tage harter Arbeit in 5 Kommissionen. Obwohl die Konferenzsprachen englisch und französisch für die meisten Teilnehmer Fremdsprachen sind, zeigt sich, daß auch sprachliche Schwierigkeiten gut zu überwinden sind, wenn man sich in der Sache einig ist.

Beim Mittagessen am zweiten Tag gerate ich zufällig an einen Tisch mit Frau Abernathy und Angela Davis. Wir haben ein sehr interessantes Gespräch über die Bürgerrechtsbewegung in den USA. Es ist bemerkenswert, wie schnell man sich in solchen Gesprächen am Rande versteht und welchen guten Klang der Name DDR gerade bei den Afrikanern und Afro-Amerikanern hat. Auffallend ist auch, wie stark die Vertreter des Weltkirchenrates,

des Lutherischen Weltbundes und anderer christlicher NGO's an der Kommissionsarbeit beteiligt sind. Das stellt Bruder Thurneysen, Zürich, der andere Vertreter der CFK in der Wirtschaftskommission ebenso fest, wie ich in der Kommission Recht und Menschenrechte.

Am letzten Tag werden die Papiere der Kommissionen dem Plenum vorgelegt. Es gibt wenig Kritik und viel Zustimmung. Vor allem die Afrikaner sind sehr befriedigt über die konkreten Vorschläge für Aktionen. Als wir nach Abschluß der Konferenz hinaustreten, liegt unter uns Genf mit dem See und darüber der Mont-Blanc. Der Kontrast zwischen diesem friedlichen Bild und dem Kampf gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung in Afrika läßt uns noch einmal deutlich werden, wie notwendig es ist, in diesem Kampf Partei zu ergreifen.

Hartmut Mitzenheim

>>> Kein Reicher verhungert

"Obwohl in unserer Welt täglich Tausende verhungern, bin ich nicht davon überzeugt, daß wirklich Lebensmittelknappheit existiert. Wer Geld hat, hat überall auf der Erde auch Lebensmittel." Dies sagte auf einem der täglichen Treffen der NGO-Vertreter während der Welternährungskonferenz eine US-Amerikanerin, die nach Rom gekommen war, um gegen die Aktivitäten multinationaler Konzerne zu protestieren, die nicht nur die Energieversorgung, sondern auch die Nahrungsgüter-Versorgung in den westlichen Ländern unter ihrer Kontrolle hätten. Frau Anne Fisher vertrat eine Organisation "Kampf gegen den Hunger."

An der Welternährungskonferenz nehmen Vertreter von 275 NGOs teil, darunter eine relativ große Zahl mit kirchlichem bzw. christlichem Hintergrund. Der Ökumenische Rat der Kirchen hatte vier Beobachter entsandt; der Lutherische Weltbund zwei. Baptistiche, methodistische und orthodoxe Kirchen waren vertreten, häufig durch karitative Organisationen wie "Brot für die Welt". Ich war Beobachter für die CFK und gleichzeitig der einzige NGO-Vertreter aus einem sozialistischen Land. Generalsekretär Philip Potter hielt vor der Konferenz eine vielbeachtete Rede.

Aber es gab in Rom auch noch Abgesandte eines ganz anderen Typs "nichtstaatlicher Organisationen": Vertreter multinationaler Konzerne, die hinter den Kulissen ihren Einfluß auf den Konferenz-Verlauf geltend zu machen versuchten. Es gehört sicher zu den interessantesten Aspekten der Konferenz von Rom, daß sich in dieser Situation die Treffen der NGO-Vertreter teilweise zu einer Plattform der kritischen Auseinandersetzung mit den "Multis" entwickelten. Hier wurde die Rede des USA-Außenministers einer kritischen Analyse unterzogen. Hier legten Forschungsinstitute aus Schweden und den Niederlanden Untersuchungen über die Politik der "Multis" vor. Hier wurde offener als das in den Verhandlungen der Diplomaten möglich war dieser Aspekt imperialistischer Aktivitäten aufgedeckt.

Carl Ordnung

L i t e r a t u r

1. Peter Klein, die UNO, Kleines Nachschlagewerk, Berlin (Dietz-Verlag) 1966, 214 Seiten (enthält u.a. die Charta der Vereinten Nationen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte)
2. Harry Wünsche, Die Vereinten Nationen, Berlin (Staatsverlag) 1966, 122 Seiten
3. Wolfgang Spröte, Harry Wünsche, Die Spezialorganisationen der Vereinten Nationen, Berlin (Staatsverlag) 1972, 107 Seiten.
4. Wolfgang Spröte, Harry Wünsche, Die ökonomischen Organe der Vereinten Nationen, Berlin (Staatsverlag) 1973, 400 S.
5. Harry Wünsche, Die Entstehung der UNO, Berlin (Staatsverlag) 1974, 480 Seiten (1. Band einer größeren Dokumentation über die UNO)
6. UNO-Bilanz, erscheint jährlich (seit 1971 als Sonderheft der "Deutschen Außenpolitik") gibt einen Überblick über die jeweiligen Vollversammlungen und bringt die wichtigsten Beschlüsse im Wortlaut
7. Carl Soule, Kirchliche Verantwortung für den Frieden im Rahmen der UNO in: Christen in weltweiten Friedenskampf, CFK-Studienband, Berlin (Union-Verlag) 1974
8. UNO, Information und Dokumentation. Hrsg. Landesjugendpfarramt Brandenburg
enthält: Geschichte und Charta der UNO. Arbeitsweise und Organisation der UNO. Allg. Erklärung der Menschenrechte. Entwurf einer Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte.
9. Baukasten 74 Landesjugendpfarramt Brandenburg
enthält: Lebensbild Dag Hamarskjöld
Spezialorganisationen. UNO-Spiele.

Vorschläge zu einem Gottesdienst

Predigttexte

bei einem Gottesdienst, in dem auch das Anliegen der UNO mitbedacht werden könnte:

Psalm	34, 15-16
Jesaja	9, 5-6
Micha	4, 3-6
Apg.	17, 24-26
Eph.	3, 14-17

Fürbittengebet

Unser himmlischer Vater, du hast die Welt geschaffen und uns das Leben gegeben. Die Menschheit ist aus einem Blut gemacht. Du hast uns aufgetragen, aus der Erde einen Planeten zu machen, dessen Bewohner in Liebe und Brüderlichkeit miteinander leben. Segne alle die, die dafür arbeiten, daß deine Menschen nicht weiter von Kriegen gepeinigt, nicht von Hunger und Furcht gequält und nicht zerrissen werden in sinnloser Trennung nach Rassen, Herkunft, Hautfarbe oder Weltanschauung.

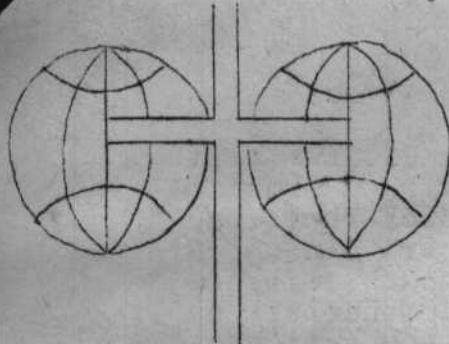
Herr Jesus Christus, du Sohn Gottes, der du menschliche Gestalt angenommen hast und Leid und Tod auf dich nahmst, damit alle Menschen von der Sünde und vom Bösen erlöst werden, gib deine Hilfe allen, die in unserer Zeit den Mut und die Vorausschau haben, gegen Ungerechtigkeit, die Zerstörung unserer Umwelt und alle Arten der Unterdrückung des Menschen durch Menschen zu kämpfen.

Gott Heiliger Geist, wir glauben, daß du die menschliche Vernunft zu klaren Entscheidungen bringst. Laß uns deinen Willen auch in den Bemühungen der Vereinten Nationen erkennen, in denen die Vertreter der Staaten aus Ost und West, aus Nord und Süd zusammentreffen mit der Absicht, den Glauben an die Würde und den Wert der menschlichen Person, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, von großen und kleinen Völkern, zu bekräftigen, Duldsamkeit zu üben und ihre Kräfte zu vereinen, um unter den Völkern Frieden und Sicherheit zu erhalten.

Unser dreieiniger Gott, wir beten zu dir für alle Opfer von Rassendiskriminierung in der weiten Welt. Wir bitten dich um Vergebung, wo durch unsere Gedankenlosigkeit und Kurzsichtigkeit das Unrecht von Apartheid, Ausbeutung und Kolonialismus weiterhin geschehen konnte und dadurch sogar dein Name gelästert wird.

Gib uns Mut und Fantasie zur wirksamen Unterstützung der um ihre Freiheit und Menschenwürde kämpfenden Menschen und Völker. Wir beten zu dir für alle Opfer von Kriegen, Unterdrückung und Terror, besonders in Die Nachrichten haben uns abgestumpft und träge gemacht. Öffne noch mehr unseren Geist und unser Herz für alle, die Hilfe brauchen und laß uns nicht nur mit dem Mund helfen.

Wir beten zu dir für die christlichen Kirchen und alle, die Jesus Christus angehören, daß sie aufmerksam verfolgen, was in den Vereinten Nationen geschieht und daß sie selbst nichts anderes wollen als den Menschen um Jesu Christi willen zu dienen. Gib uns den Mut, mit allen Menschen guten Willens zusammenzuarbeiten zur Erhaltung des Friedens der Welt und der Gerechtigkeit für alle. Dir sei Lob und Preis durch unser Beten und Tun. Amen.



CFK RUNDBRIEF
4177

Liebe Freunde!

Metropolit Dr. Nikodim und Generalsekretär Dr. K. Tóth haben die christlichen Gemeinden in aller Welt aufgerufen, auch in diesem Jahr wieder einen UNO-Sonntag zu begehen. Sie schlagen dafür den 23. Oktober vor, aber auch ein anderer Sonntag - vielleicht sogar in der Adventszeit - eignet sich dazu, in Information und Fürbitte dieser Weltorganisation zu gedenken. "Die UNO" - so heißt es in dem Aufruf - "ist ein Instrument der Friedensstiftung, für das wir Gott dankbar sein müssen, und der UNO-Sonntag ist eine Gelegenheit für uns, unsere Dankbarkeit kundzutun."

CFK-Freunde aus den USA haben für diese Gelegenheit eine Ausarbeitung angefertigt, aus der in diesem Rundbrief einiges zitiert wird. Die UNO hat beschlossen, im Mai/Juni nächsten Jahres eine Sondersitzung zu Fragen der Abrüstung abzuhalten, die - nicht zuletzt durch die angekündigte Produktion von Neutronenbomben in den USA - neu in den Mittelpunkt verantwortlichen Friedenshandelns gerückt sind. Wir bringen deshalb gleichzeitig einige Stellungnahmen zur Problemlage und Aufgabenstellung auf diesem Gebiet. Unsere Studiengruppe -Abrüstung- bereitet ein Papier vor, das Anfang 1978 für Informationsveranstaltungen zur Verfügung steht. Für Anregungen dafür und Erfahrungsberichte bei der Durchführung des UNO-Sonntags ist der Regionalausschuß dankbar.

gez. Carl Ordnung

REGIONALAUSSCHUSS DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ
108 Berlin, Planckstr. 20

ZUM UNO-SONNTAG 1977

=====

Die umfassenden Ziele der Vereinten Nationen, die zum ersten Mal im Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen proklamiert wurden, bleiben weiterhin ein Gebot für die Sicherheit und den Fortschritt der Menschheit: "Internationalen Frieden und Sicherheit zu erhalten... Freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln... Internationale Zusammenarbeit zu erzielen... Ein Zentrum für die Harmonisierung von Aktionen der Nationen zu sein" (UNO-Charta, Kap. 1, Art. 1). Während der 30 Jahre, in denen es auch Krisen und Prüfungen gegeben hat, war die UNO bestrebt, diese Ziele zu erreichen. Sie hat manches getan. Sie dient als Organisationszentrum, das für das Überleben des Menschen und die Pflege einer echten Weltgemeinschaft unerlässlich ist. Doch viele ihrer Ziele müssen noch erfüllt werden, und neue Bereitschaft, diese Ziele zu erfüllen, ist für die Völker der Welt notwendig. Die christliche Gemeinschaft ist sich dessen bewußt, daß ihr Beispiel, ihr Zeugnis und ihre Aktionen in bestimmender Weise die Fähigkeit der Vereinten Nationen beeinflussen können, auf die Erfüllung ihrer Ziele hinzuarbeiten. Dieser Aufgabe sollten sich die Kirchen und Christen neu verpflichten. Die Christen in jedem Land sollten sich deshalb fragen, welche Rolle ihre Regierung bei der Stärkung der Wirksamkeit der Vereinten Nationen und bei der Erreichung dieser Ziele spielt.

"Internationalen Frieden und Sicherheit zu erhalten... und durch friedliche Mittel... die Beilegung internationaler Streitfragen zu bewirken...". Während viele "lokale" Kriege mit gesteigerter Gewaltanwendung geführt wurden, die Millionen von Menschenleben gekostet haben, ist während der Existenz der Vereinten Nationen kein neuer Weltkrieg ausgebrochen. Die Vereinten Nationen haben bei der Verhütung einiger Konflikte, bei der Abwendung anderer und Beendigung weiterer mit beigebracht. Doch das Wettrüsten schreitet in einem Maße vorwärts, das in der Geschichte beispiellos ist; es hat Mittel hervorgebracht, um das ganze Menschengeschlecht zu vernichten. Die Vereinten Nationen haben ständig Mittel gesucht, um das Wettrüsten zu beenden, und sie haben eine besondere Tagung für das Jahr 1978 einberufen, um die mit der Abrüstung verbundenen Fragen zu erwägen. Jede Nation sollte auf wirkungsvolle Waffenreduzierung und -kontrolle hinarbeiten, sowohl innerhalb der Vereinten Nationen, als auch in anderen internationalen Gremien. Während die Vereinten Nationen die Staaten ermutigen können, das Wettrüsten zu beenden, das jetzt jährlich 350 Milliarden \$ erfordert, hängen die wirklichen Ergebnisse von der Bereitschaft der Staaten ab, auf dieses Ziel hin zusammenzuarbeiten. Das Erreichen des Endziels der Abrüstung wird von der Entwicklung der Weltordnung abhängen, in der es zureichende kollektive Sicherheit gibt, um den Frieden zu garantieren, in der die Friedensinstrumente der Vereinten Nationen zweckentsprechend sein werden und die Bedrohung der Sicherheit auf ein angemessenes Maß reduziert wird.

Meditation

Auf Grund der Bundesverheißung Gottes an Abraham, "... in dir sollen gesegnet werden alle Geschlechter auf Erden" (Gen. 12,3), und der Inkarnation Jesu Christi bezeugen die Kirchen, als

Zeichen und Sakrament, das ständige Handeln Gottes in der Menschengeschichte. Die ganze Menschenfamilie, alle Einzelmenschen und Nationen, haben Anteil am Segen Gottes, während sie auch unter dem Gericht Gottes stehen. Keine menschliche Institution ist absolut oder perfekt. Doch müssen die Christen in unvollkommenen menschlichen Institutionen mitarbeiten. Sie können nie ihre Verantwortung aufgeben, auf die bestehenden historischen Realitäten oder Strukturen zu antworten.

Wenn sich die Kirchen bemühen, Zeichen und Sakrament der Einheit Gottes zu sein, dann ist es ihre feierliche Pflicht, eine weltweite Gemeinschaft schaffen zu helfen, in der alle Nationen einander gegenseitig verständnisvoll als Mitglieder einer Menschenfamilie behandeln.

Gebet

Allmächtiger Gott, Herr aller Nationen und Völker, Quelle aller Macht und Herrschaft, Schöpfer und Erhalter alles Guten, segne die Vereinten Nationen als Instrument Deines Friedens und Deiner Gerechtigkeit. Gestalte sie, forme sie, vervollkomme sie, gebrauche sie zu Deiner Ehre und zur Schaffung einer Weltgemeinschaft, die durch Deinen Willen in Treue und Tat verbunden ist. Amen.

ABRÜSTUNG

=====

Die Erklärung des Regionalausschusses gegen die geplante Produktion von Neutronenbomben in den USA hat in kurzer Zeit die Zustimmung von mehr als 300 CFK-Freunden und Mitarbeitern gefunden. Unter ihnen befindet sich auch Metropolit Philaret. Die Erklärung wurde dem Nationalrat der Kirche Christi in den USA zugesandt - mit der Bitte, unser Anliegen gegenüber der Regierung der USA zu unterstützen.

Die gegenwärtige Weltsituation zeigt, daß offensichtlich ohne ein stärkeres Engagement der Friedenskräfte in der Welt der Rüstungswettlauf nicht gestoppt werden kann. Unsere Verantwortung könnte jetzt darin bestehen, unseren Kirchen zu helfen, in dieser Frage zu einer klaren und wirksamen Orientierung zu kommen. Eine allgemeine Verurteilung des Wettrüstens reicht nicht aus. Es ist an der Zeit, die politischen Kräfte und die Wirtschaftsmächte zu benennen, die am Wettrüsten interessiert sind.

horizont Nr. 37 brachte einen Sonderteil über "Abrüstung - Weltproblem Nr. 1" mit wichtigen Informationen. Die folgenden Stellungnahmen des BRD-Theologen Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch (Frankfurt/Main) und des Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft Helmut Michael Vogel machen auf Zusammenhänge aufmerksam, die für die eigene Meinungsbildung wichtig sind.

Helmut Michael Vogel - Hiroshima und die N-Bombe (aus "die Tat" vom 5.8.1977)

Während diese Zeitung gedruckt wird, versammeln sich in Hiroshima Wissenschaftler aus aller Welt zu einem Symposium über die Spätfolgen des Atombombenabwurfs vom 6. August 1945.

Die Genetiker, Biologen, Physiker und Mediziner beschäftigen sich vor allem mit den Spätwirkungen radioaktiver Strahlung, wie sie noch heute, 32 Jahre nach dem Lichtblitz der amerikanischen Uranbombe, bei den Menschen in Hunderten von Fällen diagnostiziert werden. Es ist vor allem Krebs in allen Arten und Formen, es sind Mißbildungen und Erbveränderungen, Totgeburten und Leukämie. Aber ebenso die unentriinbare Furcht der Überlebenden und ihrer Kinder vor plötzlicher oder schleichen- der Krankheit und Siechtum wird in Hiroshima zur Sprache kommen - 32 Jahre danach.

Aus amerikanischen Studien weiß die Welt heute, daß atomare Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis militärisch nicht notwendig war, daß sich die Bomben in Wahrheit gegen die UdSSR, den Alliierten des 2. Weltkrieges richteten. Um den beabsichtigten Effekt zu erzielen, hätte eine bloße Demonstration auf einem Testgelände, wie das von den Wissenschaftlern verlangt wurde, nach Meinung der Militärs nicht ausgereicht. Die neuen kriegsentscheidenden Waffenentwicklungen mußten zeigen, was sie konnten, ihre massenvernichtenden Fähigkeiten mußten "am lebenden Objekt" bewiesen werden, um die gewünschten politischen Wirkungen zu erzielen.

Mehr als 250 000 Menschen wurden verdampft, verbrannt und zerstrahlt aus keinem anderen Grund, um den Anspruch auf Weltherrschaft, gestützt auf das funktionierende Atomwaffenmonopol der USA, zu untermauern - das ist die historische Lehre von Hiroshima und Nagasaki.

Von vielen Völkern und Staaten ist sie beherzigt worden. Es ist heute, nachdem durch die Neutronenbombe ein künftiger Atomkrieg faktisch konventionalisiert erscheint, auch für die Bundesrepublik lebenswichtig, daß sie erfaßt, wie wenig sich die politische Moral, oder besser Unmoral, die die Truman-Administration 1945 bestimmte, Hiroshima und Nagasaki um eines machtpolitischen Vorteils willen auszulöschen, geändert hat. Dafür liefern die Linien und die Stationen der amerikanischen Innen-, Außen- und Militärpolitik selbst eindrucksvolle Beweise. Auf den Verlust des Atombombenmonopols folgte der Befehl zum Bau der Wasserstoffbombe sowie die lückenlose militär-strategische Einkreisung der UdSSR und Chinas im Zeichen der Roll-back-Strategie; ungezählt sind die Attentate und Morde der CIA um politisch genehme Regierungen zu halten oder nichtgenehme zu stürzen, unvergessen das gigantische Kriegsverbrechen am unglücklichen Volk von Vietnam...

Dies alles ist dem politisch interessierten Zeitgenossen schmerzlich bekannt, ebenso, daß die USA Initiator und Schrittmacher des Wettrüstens waren und sind.

Vor dem Hintergrund der amerikanischen Geschichte seit 1945 darf es niemanden verwundern, wenn der jetzige Präsident den Auftrag zum Bau der Neutronenbombe genau zu dem Zeitpunkt erteilt, wo im Zuge der politischen Entspannungsverhandlungen ein neues, weiterführendes Abkommen stattfinden soll. Der Zeitpunkt legt den Verdacht nahe, daß die USA entgegen den offiziellen Beteuerungen an einer wirklichen militärischen Entspannung nicht interessiert sind. Darauf lassen auch die anderen neu entwickelten, im Bau befindlichen Waffensysteme ebenso schließen, wie jene Verlautbarungen aus Industrie, Pentagon und Kriegsforschung,

daß "man sich erst am Anfang" einer neuen Rüstungsepoke befindet. Sollte sich diese, auf reine Machtpolitik orientierte Kräftegruppierung in den USA durchsetzen, dann ist der Zeitpunkt absehbar, wo sich im Klima des neuen kalten Krieges das Rüstungsgeschehen der zivilen politischen Kontrolle endgültig entzieht. Noch ist es nicht soweit. Die uns gegebene "Gnadenfrist" von der C.F. v. Weizsäcker spricht, muß mit allen Kräften zur Abwendung des über uns verhängten Todesurteils genutzt werden. Denn das nächste Hiroshima würde in Mitteleuropa stattfinden.

Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch - Die unmenschliche Waffe (aus "Blätter für deutsche und internationale Politik" 8/77)

Die Neutronenbombe muß im Zusammenhang der chemischen und biologischen Kriegsführung gesehen werden, die völkerrechtlich geächtet ist. Sie hat mit chemischen und biologischen Waffen gemeinsam, daß sie sich ausschließlich gegen das menschliche Leben richtet, während ihr Vorzug ausdrücklich gepriesen wird, daß sie Waffen und Material nicht beschädigt. Der Charakter dieser Waffe ist darum in dieser gegen das menschliche Leben gerichteten Wirkung zu beurteilen, einerlei, ob es sich um eine Bombe wie die A- und H-Bomben handelt oder um eine "strategische" Waffe, deren Einsatz im Gefecht allein mit der Panzerwaffe geplant ist. Diese Begrenzung der Verwendung steht nur auf dem Papier und behindert in keiner Weise die für jeden Angreifer verlockende Möglichkeit, durch einen massiven Einsatz Fabriken und Industrieanlagen unbeschädigt und vom "Feinde" gesäubert übernehmen zu können. Der letzte Rest von Menschlichkeit in der Kriegsführung, daß dem Kriegführenden ausdrücklich auferlegt ist, das Leben der Nicht-Combattanten aber auch der Soldaten zu schonen, verschwindet damit.

Die Konstruktion der Neutronen-Bombe als nukleare Waffe angeblich unterhalb der durch SALT I festgesetzten Schwelle sucht die Weiterführung der SALT-Gespräche zu unterlaufen und Fakten zu schaffen, die durch ein weiteres Abkommen nicht mehr berührt werden. Da es unzumutbar ist, daß die Sowjetunion dies Unterlaufen hinnimmt, werden diese Gespräche faktisch blockiert, so daß ein neues Abkommen nach dem Auslaufen des bestehenden nicht mehr erwartet werden kann. Ein vertragsloser Zustand in bezug auf die nuklearen Waffen ist damit die zwangsläufige Konsequenz. Er bedeutet nicht nur ein Wiederaufleben des "Kalten Krieges", sondern zugleich einen Neuansatz des Rüstungswettlaufes.

Dieser verschärftete Rüstungswettlauf ist von den USA eingeplant, einerseits um dadurch die eigene darniederliegende Industrie zu beleben, andererseits um die Sowjetunion zu einem Nachziehen zu veranlassen, so daß die sowjetische Industrie dadurch stärker beansprucht ist. Sie wird also weder die Konsumgüterindustrie im geplanten Ausmaß intensivieren können, um die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung zu befriedigen, noch wird sie als Kompakt auf dem Weltmarkt in dem Maß die USA-Wirtschaft gefährden können, wie es offensichtlich befürchtet wird. Eine Schwächung der innenpolitischen Position der Sowjetregierung und ihrer handelspolitischen Position auf dem Weltmarkt ist die indirekte Zielsetzung dieser "Waffe".

Da von vornherein erwartet wird, daß die Sowjetunion in spätestens 20 Jahren gleichgezogen hat, erweist sich die vorgegebene Begründung mit dem Sicherheitsbedürfnis als unredlich,

während die Begründung allein politisch und wirtschaftlich motiviert ist.

Der unmenschliche Charakter der "Waffe" macht ihre Ächtung notwendig.

Zur Information

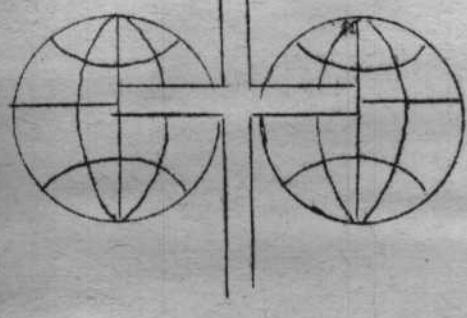
=====

Ministerpräsident Kühn: CFK keine kommunistische Organisation
(aus "Junge Kirche" 8/9-1977)

Der nordrhein-westfälische Justizminister Dr. Diether Posser unterscheidet sehr genau zwischen der Förderung der Aufgabe der internationalen Martin-Niemöller-Stiftung und der Unterstützung kommunistischer Zielsetzung. Dies erklärte NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn im Namen der Landesregierung zu einer kleinen Anfrage, die der CDU-Landtagsabgeordnete Bernd Wilz zur Mitarbeit Possers im Kuratorium der Niemöller-Stiftung gestellt hatte. Wilz hatte in seiner Anfrage die Ansicht vertreten, daß in der Niemöller-Stiftung auch "Mitglieder und Funktionäre kommunistischer Frontorganisationen oder Hilfsgruppierungen" beteiligt seien. Namentlich nannte Wilz in diesem Zusammenhang u.a. den evangelischen Bischof Dr. Tibor Bartha, den evangelischen Pfarrer Dr. Karoly Tóth (beide Budapest) und den evangelischen Theologieprofessor Dr. Georges Casalis (Paris), die Mitglieder der "kommunistischen Organisation 'Christliche Friedenskonferenz'" seien, sowie Oberkirchenrat i.R. Dr. Heinz Kloppenburg (Bremen) und Pastor Herbert Mochalski (Kronberg), die nach seinen Angaben der Deutschen Friedens-Union (DFU) angehörten.

Ministerpräsident Kühn erklärte zu diesen Vorwürfen, wer die Christliche Friedenskonferenz (CFK) als "kommunistische Organisation" bezeichne, verkenne ihre Grundlage und ihre Arbeitsweise. Wörtlich heißt es in der Antwort Kühns auf die Anfrage des Abgeordneten Wilz: "Diese 1957 auf Anregung des 1969 in Prag verstorbenen tschechischen Theologen Josef Hromádka gegründete Konferenz christlicher Kirchen hat sich die Aufgabe gestellt, mit biblischer Begründung auch für den weltlichen Frieden, für eine allgemeine Abrüstung und gegen Massenvernichtungsmittel einzutreten... Die CFK steht mit dem 1948 gegründeten Weltkirchenrat in Genf, dem rund 250 orthodoxe, protestantische anglikanische und altkatholische Kirchen angehören, sowie mit der Konferenz Europäischer Kirchen in guter Arbeitsverbindung. Auch zahlreiche Kirchen in der Dritten Welt sind der CFK beigetreten. Die ökumenische Anerkennung der CFK als einer eindeutig christlich bestimmten Friedensbewegung steht außer Frage." Im übrigen seien entgegen den Behauptungen des CDU-Abgeordneten Wilz weder Kloppenburg noch Mochalski Mitglieder der DFU.

Der Weltfriedensrat hat eine Dokumentation mit Informationen und Stellungnahmen zur Neutronenbombe herausgegeben. Der Regionalausschuß verfügt über einige Exemplare dieser Dokumentation, die auf Wunsch Interessenten zur Verfügung gestellt werden kann.



CFK RUNDBRIEF

2178

Liebe Freunde!

Am 4. April jährt sich zum zehnten Male der Tag, an dem Martin Luther King ermordet wurde. Ein Anlaß, über sein Vermächtnis für uns nachzudenken. In seinen letzten Lebensjahren erkannt er immer deutlicher "die Notwendigkeit der Gewaltlosigkeit in den internationalen Beziehungen". Das ist vielleicht nur ein anderer Ausdruck für friedliche Koexistenz. In Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Jugenddienst haben wir eine Information über Kings Vermächtnis zusammengestellt. Wer diese Information nicht schon direkt erhalten hat, findet sie als Beilage zu diesem Rundbrief.

Der Rundbrief selbst bringt Berichte über einige unserer Aktivitäten, vor allem aber die Antwort auf unsere Erklärung gegen die Neutronenbombe, die wir im September mit mehr als 300 Unterschriften an den Nationalen Kirchenrat der USA geschickt haben. Da im Kampf gegen diese neue Todeswaffe der Entscheidung der europäischen NATO-Regierungen offensichtlich eine große Bedeutung zukommt, sollten wir alle Möglichkeiten nutzen, um uns mit der auch von zahlreichen Christen mitgetragenen Protestbewegung in diesen Ländern zu solidarisieren.

Zuletzt noch eine Bitte: unsere Aktivitäten kosten Geld. Im Zusammenhang mit der V. Allchristlichen Friedensversammlung fallen zusätzliche Ausgaben an. Unmittelbar vor und nach der Konferenz werden wir Teilnehmer aus Ländern der Dritten Welt in der DDR haben (Interessenten an Begegnungen mit ihnen sollten sich bald melden!).

Darüber hinaus haben wir es auf Bitten der Prager Zentrale übernommen, die Anstecksschildchen für alle 600 Teilnehmer in der DDR herstellen und mit Namen prägen zu lassen. Dazu benötigen wir allein 1.000,- Mark. Es wäre schön, wenn sie - vielleicht auch durch Gemeindekollekten - dazu einen zusätzlichen Beitrag leisten könnten.

Ich grüße Sie in der Verbundenheit der Osterfreude:

Christus ist auferstanden!

gez. Carl Ordnung

REGIONALAUSSCHUSS DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ

108 Berlin, Planckstr. 20

ANTWORT AUS DEN USA

Nationalrat der Kirchen Christi in den USA

29. Dezember 1977

Sehr geehrter Herr Ordnung!

Herr Thompson (= Präsident des Nationalrates, an ihn war unser Brief gerichtet - C.O.) hat mir Ihren Brief mit der beigelegten Erklärung des Regionalausschusses der Christlichen Friedenskonferenz in der Deutschen Demokratischen Republik zur Neutronenbombe übergeben. Wir begrüßen Ihren Brief und teilen Ihre tiefe Besorgnis in dieser Sache. Ich übersende Ihnen zur Information eine Zusammenfassung einiger Aktionen, die von den Kirchen in den Vereinigten Staaten während der letzten Monate im Blick auf die Abrüstung unternommen wurden. Wir wissen uns mit Ihnen in der Sorge um den Weltfrieden verbunden, und es ist unser Wunsch, mit Christen in aller Welt für wirklichen Frieden in Gerechtigkeit zusammenzuarbeiten.

Der erste Satz Ihrer Erklärung lautet: "Der Präsident der USA hat die Erlaubnis zum Bau von Neutronenbomben erteilt." Ich schicke Ihnen zur Information einen Überblick über den augenblicklichen Stand der Neutronen-Bomben-Angelegenheit in den Vereinigten Staaten. Daraus können Sie ersehen, daß diese Produktionserlaubnis nicht gegeben werden kann, bevor der Präsident nachweist (certifies), daß dies im nationalen Interesse ist. Nach unserem Verständnis sind die gegenwärtigen Gespräche zwischen unserer Regierung und ihren Verbündeten darauf gerichtet, die Meinung der NATO-Staaten zur Neutronenbombe kennenzulernen. Es läßt sich voraussehen, daß das Ergebnis dieser Gespräche einen bedeutenden Einfluß auf die Entscheidung des Präsidenten haben wird. Im Blick auf unser Anliegen stehen wir in Verbindung mit den Kirchen in den NATO-Nationen.

Ich danke Ihnen noch einmal für Ihren Brief. Seien Sie unserer fortgesetzten Anstrengungen für den Frieden versichert.

Hochachtungsvoll

gez. Alice Wimer
Exekutiv-Sekretär für
Internationale Angelegenheiten

Durchschlag an
William Thompson

x x x

Diesem Brief sind zwei kurze Informationspapiere beigelegt. In dem ersten wird berichtet, daß der Plan zur Produktion der Neutronenbombe in einem Gesetz enthalten - vielleicht muß man besser sagen: versteckt - war, das den Titel trägt "Gesetz über öffentliche Arbeiten zur Kraft- und Wasserentwicklung und zur Energieforschung" (Staatsgesetz Nr. 9596). Bei der Diskussion dieses Gesetzes im Repräsentantenhaus im Herbst 1977 blieben Versuche, den entsprechenden Absatz über "fortgeschrittenen Strahlungswaffen" ganz zu eliminieren, ohne Erfolg. Schließlich wurde ein Ergänzungsvorschlag von Senator Byrd angenommen. Er hat folgenden Wortlaut:

"Keiner der Fonds, die durch dieses Gesetz gebildet werden, soll für die Produktion von fortgeschrittenen Strahlungswaffen verwendet werden, solange der Präsident nicht dem Kongreß nachweist (certifies), daß die Produktion dieser Waffen im nationalen Interesse liegt; darüberhinaus wird bestimmt, daß nachdem ein solcher Nachweis entgegengenommen wurde, die Produktion aufgenommen wird, wenn nicht innerhalb von 45 Tagen der Kongreß durch eine Gegenresolution die Produktion ablehnt."

Bevor der Präsident Carter seine Entscheidung trifft, finden Konsultationen mit den europäischen NATO-Staaten statt.

Das zweite Informationspapier gibt einen kurzen Überblick über einige Abrüstungsaktivitäten des Nationalrates der Kirchen:

"Im September 1976 fand eine Begegnung mit wichtigen Mitgliedern des Stabes der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde in der US-Regierung zu Problemen der Abrüstung im allgemeinen und der Neutronenbombe im besonderen statt.

Im Blick auf die Tatsache, daß die drei größten Waffenlieferanten unter den westlichen Nationen Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten sind, arbeiten die katholische Kirche und die protestantischen Kirchen dieser drei Länder in Sorge wegen des Waffenhandels eng zusammen.

Der Nationalrat der Kirchen ergriff die Initiative zur Abhaltung einer interreligiösen Konsultation in Vorbereitung auf die UN-Sondersitzung über Abrüstung; er sicherte dafür die Zusammenarbeit mit der Katholischen Konferenz der USA, mit dem Synagogengrat von Amerika, dem Rat für Religion und Internationale Angelegenheiten und der USA-Sektion der Weltkonferenz Religion und Friede als gemeinsame Schirmherren der Konsultation, die am 10. und 11. November 1977 in New York stattfand. Die Beteiligung war ebenso hervorragend wie die Qualität der Leitung.

Das Washingtoner Büro des Nationalrates und andere interessierte Organisationen nahmen an gemeinsamen intensiven Erörterungen von Abrüstungsfragen teil. Ein Aspekt ihres Programms ist die Arbeit mit Kongreßmitgliedern und mit zuständigen Mitarbeitern der Regierung. Darüberhinaus versuchte man, die Basismitglieder der teilnehmenden Organisationen mit Informationen und Aktionsvorschlägen vertraut zu machen.

Im Juli 1977 trafen sich Kirchenvertreter für einen ganzen Tag in Washington. Am folgenden Tag hatten sie eine Begegnung mit hohen Beamten des Außenministeriums, bei der es um die Schlußakte von Helsinki und die Teilnahme der US-Regierung am Treffen in Belgrad ging. Auf diesem Treffen wurde die Bedeutung und die Zusammengehörigkeit aller Teile der Schlußakte unterstrichen. Es war eine fruchtbare Begegnung, der verschiedene Gespräche von kleineren Gruppen von Kirchenvertretern mit dem Außenministerium folgten."

x x x

Auf seiner Sitzung am 15. Februar hat sich der CFK-Regionalausschuß mit dieser Antwort beschäftigt. Er nahm den Brief des Nationalrates der Kirchen in den USA dankbar zur Kenntnis. Er geht davon aus, daß gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da in dieser Sache Entscheidungen in den NATO-Ländern anstehen, die Protestbewegung gegen die Herstellung von Neutronenwaffen intensiviert werden sollte und daß den Kirchen dabei eine große Verantwortung zufällt. Deshalb will er auch mit den CFK-Mitarbeitern in den USA und in anderen NATO-Staaten in dieser Angelegenheit in Kontakt bleiben.

X-X-X-X-X-X

BERICHTE

1. Bewußtsein für Abrüstung wecken

Am 21. und 22. Januar tagte in Duisburg die CFK-Regionalkonferenz-Nord in der BRD. Sie war Gast der Gemeinde Bruckhausen, die von Pfarrer Michael Höhn geleitet wird. Der CFK-Regionalausschuß in der DDR war vertreten durch Helga Brückner/Frankfurt O., und Pfarrer Eberhard Krispin/Oderberg. Die "Deutsche Volkszeitung" (BRD) veröffentlichte darüber am 26.1.78 den folgenden Bericht:

"Zur Unterstützung des für den 18. März nach Frankfurt einberufenen Kongresses 'Christen für Abrüstung' haben am Wochenende Mitglieder und Repräsentanten der Christlichen Friedenskonferenz, Regionalgruppe Nord der Bundesrepublik, aufgerufen. Zum Abschluß einer zweitägigen Konferenz in Duisburg-Bruckhausen, die dem Thema 'Weltweite Abrüstung - eine Forderung unserer Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt' gewidmet war, sprachen die Teilnehmer in einer Resolution die Überzeugung aus, daß 'Kirchen und Christen die Aufgabe haben, ein Bewußtsein für die Abrüstung in Erfüllung der biblischen Friedensbotschaft zu wecken.' Sie appellieren an Gemeinden und Kirchen, sich intensiv mit der Problematik der Abrüstung zu befassen und Alternativen zur Rüstung zu entwickeln.

In einer weiteren Erklärung sprachen sie sich dafür aus, am Weltabrustungstag, dem 17. Juni 1978, in den Kirchengemeinden der Bundesrepublik in Gottesdiensten um die Beendigung des Wettrüstens, die Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens und die vollständige Abrüstung zu bitten.

Die Bedeutung der Duisburger Konferenz wurde durch die Teilnahme des Generalsekretärs der Christlichen Friedenskonferenz, Bischof Dr. Karoly Tóth (Ungarn), des Vorsitzenden des 'Internationalen Friedensbüros' in Genf, A. Booth, einem Mitglied der Quäker-Organisation, und des Abtes der russisch-orthodoxen Kirche, Abt. J. Postutow, unterstrichen.

Bischof Dr. Tóth erklärte, die Kirchen hätten ein Jahrhunderte andauerndes Defizit an theologischem Einsatz für den Frieden nachzuholen. Das Jahr 1978 sei das Jahr der UNO-Sonderkonferenz zur Abrüstung und von den Weltfriedenskräften zum Jahr der Abrüstung erklärt worden. Aber es sei auch das Jahr der Solidarität mit den unterentwickelten Ländern, ein Thema, dem sich die im Frühjahr nach Genf einberufene Konferenz der Nichtregierungsorganisationen widmen wird.

Der Vorsitzende des 'Internationalen Friedensbüros', A. Booth, erklärte, gutgerüstete, unterernährte und von Angst geschützte Staaten seien die beste Voraussetzung für einen Krieg: 'Ich bin überzeugt, daß wir in der gefahrvollsten Periode der menschlichen Geschichte leben. Ob unsere Motivationen moralisch oder religiös begründet sind, wir alle sind darin engagiert, eine neue Gesellschaft zu schaffen, die uns mehr Sicherheit garantiert. Unsere Engagiertheit bedeutet auch, daß wir mehr Verantwortung haben. Das wichtigste ist, daß sich jeder von uns entschieden weigert, in die Vorbereitung eines Krieges verwickelt zu werden.'

Das zweite ist, daß wir Christen offen und ohne Furcht die Wahrheit sagen müssen, den Mächtigen wie den einfachen Menschen.

Das heißt, daß wir unsere nationalen Führer auffordern müssen, sich nach ihren öffentlich bezeugten Prinzipien, dem Frieden zu dienen, auch zu richten. Wenn wir das nicht tun, überlassen wir sie den Pressionen von Leuten, die sich nur nach ihren eigenen Interessen richten. Und dem einfachen Mann die Wahrheit sagen heißt, ihn über die harten Realitäten aufzuklären, und sie ihm verständlich zu machen. Trotz sieben Übereinkünften geht das Rüstungswettrennen weiter, nicht nur in den hochentwickelten Staaten, bestürzender noch in den Entwicklungsländern, und das in einer Welt, in der ein Entspannungsprozeß stattfin det.'

Über Abrüstung und Solidarität aus der Sicht der Gewerkschaften referierte der Betriebsratsvorsitzende der Mannesmann AG, Duisburg-Huckingen, Herbert Knapp. Die Aufgabe der Gewerkschaft müsse es sein, bei den Mitgliedern das Bewußtsein für die Bedeutung der Abrüstung zu schärfen.

Das geschäftsführende Mitglied der Christlichen Friedenskonferenz Gruppe Süd der Bundesrepublik, Pfarrer Hans Joachim Oeffler, schrieb über den Bevollmächtigten der Evangelischen Kirche am Sitz der BRD, Prälat Heinrich Binder, zur bevorstehenden zweiten Lesung des Bonner Haushalts einen Brief an den Bundestag, in dem er die Abgeordneten bittet, darauf hinzuwirken, daß der Verteidigungshaushalt endlich gesenkt wird:
'...Die Erkenntnis, daß nur noch durch Abrüstung das Potential zur Lösung der weltweiten Aufgaben wie Überwindung von Hunger, politischer und ökonomischer Abhängigkeit, Unterentwicklung und Analphabetismus in vielen Ländern bereitgestellt werden kann, setzt sich heute im Weltmaßstab durch.'

Ich möchte Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren des Bundestages nicht verhehlen, wie schwierig es heute geworden ist, als Christ und besonders als Bürger eines so reichen Landes wie der BRD solchen Erwartungen und oft sehr kritischen Fragen standzuhalten, solange die Bundesrepublik Deutschland noch zu den zwar werdenden, aber entscheidenden Staaten gezählt werden muß, die ihre Ausgaben auf dem militärischen Sektor im weitesten Sinne statt einzufrieren oder zu senken auch noch erhöhen und damit der politischen Aufgabe unserer Zeit entgegenwirken und unserem Engagement als Christen hohn sprechen!"

2. Interregionales Seminar auf Gemeindeebene in Bremen-Lüssum/BRD

Vom 7. bis 13. Februar 1978 fand in der Ev.-luth. Kirchengemeinde Lüssum in Bremen eine interregionale CFK-Begegnung auf Gemeindeebene statt. Ausgangspunkt war ein Seminar über die Teilnahme der Christen am Kampf um die Befreiung im südlichen Afrika. Dabei handelt es sich um die Fortsetzung des CFK-Seminars in Königswartha/DDR vom 12. bis 16. Oktober 1977. Beide Seminare waren das Ergebnis von Initiativen der Regionalausschüsse der CFK in der DDR und der BRD-Nord.

Während bei der Tagung in Königswartha das Zeugnis Bischof Colin Winters/Namibia (zur Zeit in London im Exil) im Mittelpunkt der Begegnung gestanden hatte, konnten diesmal die Ergebnisse des am 8. Januar 1978 in Königswartha erfolgten Informationsbesuches von Horst Kleinschmidt, dem Außenrepräsentanten des vom Vorster-Regime verbotenen Christlichen Instituts in Johannesburg/Südafrika (zur Zeit in Utrecht/Niederlande im

Exil) berichtet werden. Dabei wurde deutlich, daß die CFK den Christen und Kirchen wichtige Impulse vermittelt, nicht in Beschäftigung mit sich selbst zu verharren, sondern den universalen Auftrag des Evangeliums neu zu entdecken und auch am Kampf um Frieden und Gerechtigkeit konsequent teilzunehmen und sich darin zu bewähren. Dabei verhalfen Überlegungen Dietrich Bonhoeffers zur theologischen Klärung des Friedensdienstes als Nachfolge.

Höhepunkt der Begegnung war der Gemeindegottesdienst am Sonntag, dem 12. Februar, in dem Pfarrer Jan Laser aus Königswartha die Predigt über Römer 12, 1 und 2 zum rechten Verhalten der Christen in der Welt hielt.

Zum Abschluß des Besuchsprogramms fanden Gespräche mit dem Vorstand der CFK-BRD-Nord und im "Haus der Kirche" in Bremen mit Vertretern des Theologischen Ausschusses der bremischen Evangelischen Kirche sowie mit Bremer Pastoren statt.

3. Friedensarbeit an der Basis

Aus einem Brief von Pfarrer Horst Branig, Leuthen:

"Die Kirchengemeinden des Pfarrsprengels Leuthen werden weiterhin und verstärkt die Friedensarbeit der CFK mitunterstützen. Auch in diesem Jahr ist eine besondere Kollekte vorgesehen.

Wir haben den Appell von Buckow der KEK 1975 gehört und am Thema Frieden besonders nach unserer 'Kirchlichen Woche' weitergearbeitet. So wurde unter nicht wenigen ein neues Bewußtsein für Abrüstung und Solidarität geweckt und weiterentwickelt. Gemeindeglieder engagierten sich im Fürbittgottesdienst und riefen mit auf zum Protest gegen die Neutronenbombe. Sie bekundeten ihre Solidarität mit den Leidenden durch ihre Unterschrift unter die Forderung: Gerechtigkeit und Freiheit für die 'Wilmington Ten' - nach einem Informationsgottesdienst am 'Buß- und Betttag 1977'. Beide Aktionen fanden ein starkes Echo unter anderen. Nachdem Hunderte aus den Gemeinden um Leuthen ihren Namen für die zu Unrecht Verurteilten und Gefangenen in North-Carolina einsetzen, haben unseren Aufruf viele Christen in unserem Bezirk gehört. Überall in den verschiedenen Zusammenkünften von Christen wird informiert. Zusammen mit einer Protesterklärung zahlreicher Christen des Bezirkes Cottbus wollen wir die Unterschriften an eine der zuständigen Adressen senden.

Eine Gemeindegruppe wird Mitglied der CFK. Wir möchten diese für uns sehr bedeutende Sache mit einem Vortragsabend oder Gottesdienst verbinden."

X-X-X-X-X

Thesen zur Zionismusfrage
erarbeitet von der GFK-Studiengruppe "Friede im Nahen Osten"
(Januar 1976)

Die UNO hat in einem Beschuß am 10. November 1975 den Zionismus als eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung bezeichnet. Wer die politische Bedeutung dieser Resolution verstehen will, sollte sie in folgendem Zusammenhang sehen.

1. Es ist nicht das erstmal, daß UNO-Gremien oder andere Weltkonferenzen den Zionismus, wie er sich in der Politik des Staates Israel heute darstellt, scharf verurteilen und dabei zur Kennzeichnung dieser Politik auch Begriffe wie Rassismus verwenden.
2. Die Palästinenser sehen sich infolge der Politik des Staates Israel in einer Situation, von welcher sie meinen, daß sie jener ähnlich sein müsse, die die Juden unter dem Faschismus erfahren haben.

Sie fühlen sich in ihrer Meinung bestärkt:

- durch den Verlust der alten Heimat im Ergebnis des auf UNO-Beschluß zustande gekommenen Staates Israel,
- durch die Expansion Israels nach dem Krieg 1967 und ihre verminderten Rechte, besonders in den unter Besatzungsregime stehenden annexierten Gebieten,
- durch die Diskriminierung auf Grund des Araber-Seins.

Wer diese Erlebnislage und Fakten nicht ernst nimmt, wird keinen Ansatz zu einer friedlichen Lösung des Nahostproblems finden.

3. Der UNO-Resolution geht es nicht um eine Definition des komplexen historischen Phänomens Zionismus. Ihr geht es in erster Linie um die Verurteilung einer Politik, die als zionistisch und sich in die imperialistischen Verherrschungspläne im Nahen Osten einfügend aufgefaßt wird.

4. Eine Lösung des Nahostproblems wird nur auf der Grundlage der UNO-Resolution 242 möglich sein, vorausgesetzt, daß alle am Konflikt Beteiligten ernsthaft um eine politische Regelung bemüht sind. Das schließt einerseits die Anerkennung der gerechten Forderungen der palästinensischen Araber auf Eigenstaatlichkeit durch die Juden und andererseits die Zustimmung zur fortbestehenden Existenz des Staates Israel durch die Palästinenser ein.
5. Zionismus ist primär eine Spielart des Nationalismus und als solcher Bestandteil bürgerlicher und imperialistischer Ideologie und Politik. Nationalismus ist gekennzeichnet durch den Versuch der herrschenden Ausbeuterklassen,
 - a) ihre Interessen als nationale Interessen auszugeben,
 - b) eine Ideologie der Überbewertung der eigenen Nation zu propagieren,
 - c) das Klassenbewußtsein besonders der Arbeiterklasse zu untergraben und antagonistische Klassengegensätze zu verwischen.

Diese Versuche zielen darauf ab, die ideologischen Voraussetzungen für die Verwirklichung einer imperialistischen Expansionspolitik zu schaffen. Von daher ist auch die Haltung der KP Israels zu verstehen, deren Politbüromitglied und Sekretär des ZK, David Sasha Chenin, am 18. 11. 75 vor dem 34. Parteitag der KP Großbritanniens erklärte: "Wir sehen Israel als eine Klassengesellschaft. Für uns gibt es keine Trennung in Zionisten und Nicht-Zionisten, sondern in Ausbeuter und Ausgebeutete. Wir wollen Israels Platz in der Völkerfamilie des Nahen Ostens sicherstellen, und wir wollen ein Israel, in dem niemand mehr von anderen ausgebeutet wird."

Ag.-Nr. 224/9/76 4.

Mitteilungen der



Regionalausschuß DDR
November 1975 (Nr. 19)

Verantwortlich für den Inhalt:
Sekretär des Regionalausschusses,
Carl Ordnung,
1054 Berlin, Wilhelm-Pieck-Straße 5

AFA in Siófok

Der Ausschuß für die Fortsetzung der Arbeit der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) tagte auf Einladung des Rates der Ökumenischen Kirchen in Ungarn vom 16. bis 20. September 1975 in Siófok (Ungarn).

An den Sitzungen des AFA nahmen 239 Personen teil, Mitglieder aus 43 Ländern, Leiter und Sekretäre der Studienkommissionen, Vertreter der Mitgliedskirchen und Regionalgruppen der CFK, Beobachter verschiedener ökumenischer Friedensorganisationen, Gäste und Journalisten.

Die Beratungen des AFA standen unter dem Thema „Berufung der Christen zur Zusammenarbeit für Frieden und Gerechtigkeit“. Als Leiter dieser Tagung wurden gewählt: Prof. J. R. Chandran (Indien) zum Vorsitzenden, Metropolit Nicolae Corneanu (Rumänien) zum Vizevorsitzenden, Frau Esther Coker (Sierra Leone) und Dr. Carl Soule (USA) als Assistenten.

Wegen der Erweiterung der Bewegung beschloß der AFA, in Abänderung des Statuts seine Mitgliederzahl auf 100 zu erhöhen, und koptierte neue Mitglieder, darunter aus der DDR: Oberkirchenrat Hartmut Mittenheim, Eisenach, stellvertretender Vorsitzender des Regionalausschusses der CFK in der DDR.

Die Tagung wurde mit einem Gottesdienst eröffnet, den Prof. Ch. G. Baeta (Ghana) leitete. Prof. L. Pá-

kozdy (Ungarn) hielt die Predigt über Jes. 32, 13 bis 17.

Die Versammlung wurde im Namen des Ökumenischen Rates der Kirchen in Ungarn von dessen Vorsitzendem Bischof Dr. Tibor Bartha sowie von Vertretern des ungarischen römisch-katholischen Friedenskomitees „Opus pacis“, des ungarischen Friedensrates und der Stadtverwaltung von Siófok begrüßt. Unter anderen richteten der Ökumenische Rat der Kirchen, die Allafrikanische Kirchenkonferenz, die Konferenz Europäischer Kirchen, die Delegationen der DRV und der Republik Südvietnam sowie zahlreichen Gemeinden in Ungarn Grußadressen an die Versammelten.

In seiner Eröffnungsansprache charakterisierte der Präsident der CFK, Metropolit von Leningrad und Nowgorod, Dr. Nikodim, die jüngste politische Entwicklung. Er hob hervor, daß eine Reihe von Fragen, für deren Lösung wir seit Jahren gekämpft haben, einer konstruktiven Lösung zugeführt worden sind und nannte u. a. die Anerkennung der DDR, den Sieg des vietnamesischen Volkes sowie den Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Referate zum Hauptthema hielten Prof. M. J. Yutzis (Argentinien), Prof. K. Pröhle (Ungarn) und Prof. J. Will (USA). Prof. J. Bognár, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft der Universität Budapest, informierte als Experte die Teilnehmer über die Fragen der Neuordnung der Weltwirtschaft. In einer offenen und lebhaften Aussprache, an der sich aus der DDR Chefredakteur Günter Wirth beteiligte, setzten sich die Versammelten mit Thesen der Referate, insbesondere von Prof. Will und Prof. Bognár, auseinander.

Generalsekretär Dr. K. Tóth trug der Versammlung seinen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Bewegung in den letzten zwei Jahren vor. Breiten Raum nahmen in seinen Ausführungen das Problem einer neuen ökonomischen Weltordnung, das der Abrüstung sowie die Würdigung des Abschlusses der KSZE in Helsinki ein.

Der AFA setzte seine Arbeit in vier Kommissionen fort. Die Theologische Kommission arbeitete an der weiteren Klärung der Motivation von Christen zur Friedensarbeit. Die Po-

litische Kommission diskutierte aktuelle Fragen des Weltfriedens. Im Mittelpunkt der Arbeit der Ökonomischen Kommission stand das Problem der Notwendigkeit einer gerechten Neuordnung der Weltwirtschaft. Die Administrative Kommission widmete sich u. a. der Frage, wie durch eine erweiterte Beteiligung von Frauen und jungen Menschen die Friedensarbeit verbreitert werden kann.

Das Ergebnis der Beratung des AFA zu Problemen des Weltfriedens und der Kooperation von Christen für dieses Ziel wurde in einer Resolution, die wir nachfolgend abdrucken, zusammengefaßt und von der Versammlung angenommen. Weitere Botschaften wurden an die V. Vollversammlung des ÖRK in Nairobi und die Konferenz Europäischer Kirchen zur Frage der Europäischen Sicherheit gesandt (vgl. STANDPUNKT 10/1975).

Der AFA schickte Dankbriefe für die mannigfaltige Hilfe bei der Durchführung der Tagung an Präsident Pál Losonczi, Staatssekretär Imre Miklós und den Ökumenischen Rat der Kirchen in Ungarn. Eine Delegation der Leitung des AFA wurde von dem Präsidenten des Staatsrates der VR Ungarn, Losonczi, empfangen. Für die Teilnehmer an der Tagung des AFA gaben der Staatssekretär für Kirchliche Angelegenheiten, Imre Miklós, und der Vorsitzende des Ökumenischen Rates der Kirchen in Ungarn, Bischof Dr. Tibor Bartha, Empfänge.

Teilnehmer an der Tagung des AFA predigten in verschiedenen Gemeinden in Ungarn und vertieften durch den Besuch von Gottesdiensten die Kontakte zum kirchlichen Leben des gastgebenden Landes.

Die Tagung des AFA der CFK in Siófok 1975 hat die Überzeugung bekräftigt, daß nur die Zusammenarbeit aller Friedenskräfte einen dauerhaften und gerechten Frieden schaffen kann.

*

Zu dem Referat von Prof. Will heißt es in Nr. 40/1975 von ena:

„Exegetische Darlegungen zum biblischen Tagungsmotto („Und das Werk der Gerechtigkeit wird Friede sein“, Jes. 32, 17) verband Prof. Will mit der Beschreibung von Erwartungen an die Christliche Friedenskonferenz aus der Sicht von in den USA

und den dortigen gesellschaftlichen Bedingungen lebenden Freunden der CFK. Er widmete sich dabei ausführlich auch Fragen von Information, Kommunikation und Dialog. Der Versuch Wills, in diesem Zusammenhang ideologische Grundfragen sowie die Grundkonzeptionen der Politik der USA einerseits und der UdSSR andererseits in scheinbarem

Pragmatismus zu relativieren und eine Annäherung im Sinne der so genannten „Konvergenz-Theorie“ zu vertreten, fand in der anschließenden Diskussion lebhaften Widerspruch, wobei gerade auch Sprecher aus der „Dritten Welt“ auf die entscheidende Bedeutung einer sozialistischen Politik-Konzeption für die künftige Weltentwicklung hinwiesen.“

Schlußresolution des AFA

I

Die weltpolitische Entwicklung der letzten zweieinhalb Jahre war insgesamt und qualitativ von einer weiteren Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Welt zugunsten des Friedens bestimmt.

Der Sieg des heroischen vietnamesischen Volkes, der Sieg der Befreiungsstreitkräfte in Indochina überhaupt machte der ganzen Welt deutlich, daß die politische und moralische Kraft der Völker, die für Frieden und Gerechtigkeit eintreten, dem Imperialismus Grenzen zu ziehen und den Aggressor selbst und seine Helfershelfer zu schlagen vermag. Nach 30jährigem opferreichen Kampf hat jetzt das Volk der DRV und der RSV den Weg in eine Zukunft des Friedens und der Freiheit zu beschreiten begonnen.

In Afrika haben die Befreiungsbewegungen in Moçambique und in Guinea-Bissau gesiegt, in Angola ist das Ende der Kolonialherrschaft angebrochen, und in anderen Teilen Afrikas machen die Unabhängigkeitsbewegungen beträchtliche Fortschritte.

Der Vormarsch von Befreiungsbewegungen in den ehemaligen portugiesischen Kolonien blieb nicht ohne Rückwirkungen auf die Kolonialmacht selbst: Im April 1974 wurde das faschistische Regime in Portugal gestürzt. Ebenfalls 1974 konnte das Obristen-Regime in Griechenland beseitigt werden.

Auch an anderen Abschnitten des weltweiten Kampfes für Frieden, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit konnten neue Entwicklungen ver-

zeichnet werden: Es ist hier zu denken an die wachsende Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes und seiner Befreiungsbewegung, an die teilweise Aufhebung der Blockade gegen das sozialistische Kuba, an bedeutsame Fortschritte im Kampf der Arbeiterklasse in Westeuropa, insbesondere in Italien.

Von historischer Bedeutung ist der erfolgreiche Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Der Konsensus von Helsinki muß – vor allem in der Formulierung der grundlegenden zehn Prinzipien – als Kodex der praktizierten friedlichen Koexistenz in Europa bezeichnet werden.

Wenn früher die Gefahr bestand, daß von Europa aus weltweite Kriege drohen, so kann heute von Europa aus eine Inspiration in der Praktizierung der friedlichen Koexistenz erfolgen, und es können gleichzeitig mehr und neue Kräfte der Solidarität mit den um Frieden und Gerechtigkeit kämpfenden Völkern freigesetzt werden.

Die unterentwickelten Völker sind erfolgreich bemüht, eigene Ressourcen aus der Kontrolle der imperialistischen Mächte zurückzugewinnen und für ihre ökonomische Entwicklung einzusetzen.

Die Organisation der Vereinten Nationen hat in den letzten Jahren, etwa mit dem Blick auf die Entwicklung einer neuen gerechten internationalen Wirtschaftsordnung, eine Haltung zugunsten der Gestaltung der internationalen Beziehungen eingenommen, die für Frieden und Gerechtigkeit günstig ist.

Da die internationalen Prozesse des Friedens und des Fortschritts nicht automatisch ablaufen, kam es in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren auch zu rückläufigen Prozessen, ja zu Erscheinungen friedensgefährdenden Charakters. Es zeigt sich hierbei, daß der Imperialismus, an einer Stelle geschlagen, an einer anderen Stelle zu neuen Schlägen ausholt.

Der Putsch der faschistischen Junta in Chile muß uns immer von neuem zur Bekundung unserer Solidarität mit den unterdrückten Volkskräften in diesem Lande veranlassen. Die seit 1967 fortlaufende Okkupation des Territoriums arabischer Staaten ist auch durch Teil- und Zeitlösungen nicht beseitigt. Die Niederlage des Imperialismus in Indochina hat zur Zuspitzung der Lage in anderen Teilen Asiens (Bangladesh, Südkorea, Indischer Ozean) geführt. Die neue demokratische Entwicklung in Portugal wird von reaktionären Kräften bedroht. Der Rassismus im Süden Afrikas ist ein Feind der Menschlichkeit wie eh und je. Immer von neuem müssen wir auf die Gefahren des Wettrüstens, auf die Drohung des Einsatzes atomarer Waffen hinweisen. Nicht zuletzt sehen wir, wie Unterentwicklung, Hunger, ökologische Katastrophen die Menschheit bedrohen.

Wir sind immer für den Aufbau einer dauerhaften Friedensordnung durch Vertrauen und durch Verträge eingetreten. Wir tun dies heute in der Entwicklung eines Friedensbewußtseins, das uns für die Entwicklung einer Friedensordnung im Zeichen der Gerechtigkeit und in der Bekundung der Solidarität eintreten läßt.

Hierbei fühlt sich unsere Bewegung verbunden mit allen Friedenskräften, die im Weltkongress für den Frieden ihren Platz gefunden haben. Hierbei fühlt sie sich verbunden mit allen ökumenischen Gremien, die auf ihre Weise zum Ringen um Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung beitragen. Hierbei sind wir bereit, mit den friedliebenden Kräften anderer Religionen zusammenzuarbeiten.

Der Friede, den Gott uns schenkt, wird uns zum Auftrag solidarischen Handelns für den Frieden in dieser Welt.

II

A) Das Gipfeltreffen in Helsinki muß als einer der her-

vorragendsten Erfolge der von den sozialistischen Ländern eingeleiteten Politik der friedlichen Koexistenz interpretiert werden.

Den Hintergrund und die Basis dieser gemeinsamen Entscheidung bietet die Erkenntnis der verantwortlichen Politiker, daß ein bewaffneter Konflikt zwischen den führenden Mächten zur Vernichtung der ganzen Menschheit führen würde, während ihre Zusammenarbeit den Weg in die Zukunft zu öffnen vermöchte.

Sicherheit kann nicht durch Waffen erreicht werden, sondern muß auf dem Konsensus beruhen, daß nukleare Waffen eine unbeschreibliche Gefahr darstellen. Der kalte Krieg führt zu keinem anderen Ergebnis als zu Mißtrauen und Haß zwischen den Nationen und zu der Vergebung von Mitteln, die zur Lösung der dringenden Probleme der Dritten Welt dienen würden.

Obgleich politische, soziale, wirtschaftliche und ideologische Unterschiede und Konflikte zweifellos weiter bestehen, machten die erfolgreichen Beratungen über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit deutlich, daß es zur friedlichen Koexistenz keine Alternative gibt und daß sie unter Nationen mit diametral entgegengesetzten Ideologien und politischen Programmen möglich ist.

Die Schlußakte des Treffens in Helsinki ist ein hoffnungsvoller und historischer Anfang. Übereinstimmung wurde im Blick auf die zwischenstaatlichen Beziehungen regelnden Prinzipien erzielt. Die bestehenden nationalen Grenzen werden von allen anerkannt. Sie verkündet als Grundprinzip die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt. Die Würdigung der Menschenrechte und der fundamentalen Freiheiten ist einer der Punkte, die erfüllt werden müssen.

Als eine besondere Aufgabe der Christen und Kirchen ergibt sich hieraus, die Ausrottung der Ursachen von Argwohn, Mißtrauen und Haß zu unterstützen und die Verwirklichung der Zusammenarbeit unter den Ländern zu fördern. Vor uns steht die Erfüllung der moralischen und ethischen Aufgaben in der Einleitung von praktischen Schritten zur Bewußtseinsbildung. Die CFK betrachtet das Brüsseler Forum als ein wichtiges Ereignis im öffentlichen

Leben des heutigen Europas, schätzt die Entscheidungen des Zweiten Forums der Öffentlichen Meinung über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und hält es für notwendig, dessen weitere Aktivitäten wirksam zu unterstützen.

Kirchen und Christen, die in der CFK zur Förderung des Friedens vereinigt sind, werden ihr Mögliches zur Verbreitung der in Helsinki unterzeichneten Dokumente auf breiterster Ebene tun und sollten zur Erreichung ihrer Ziele beitragen.

Das Gipfeltreffen in Helsinki gab ein Beispiel für die Regelung zwischenstaatlicher Beziehungen auch in anderen Teilen der Welt. Es ist ein Modell dafür, daß keine Nation Verlierer sein muß, sondern daß die gesamte Menschheit Gewinner sein kann. Deshalb könnte es positive Folgen für die Lösung politischer Probleme in Asien, im Nahen Osten und Lateinamerika mit sich bringen.

B) Die Weltwirtschaft berührenden historischen Hauptereignisse in der Periode nach dem zweiten Weltkrieg sind die folgenden:

1. Die Entwicklung und Konsolidierung der sozialistischen Produktionsweise. Viele Nationen in Europa und der Dritten Welt haben mit dem ausbeuterischen kapitalistischen Wirtschaftssystem gebrochen und entwickeln eine vernünftige und gerechte Wirtschaftsordnung.

2. Der Prozeß der politischen Entkolonialisierung. Viele ehemalige Kolonien in Afrika und Asien haben ihre politische Unabhängigkeit erreicht. Sie haben jedoch entdeckt, daß dieser Status durch neue kolonialistische Formen ökonomischer Ausbeutung neutralisiert worden sind.

3. Die Konzentration der internationalen Finanzressourcen in den Händen mächtiger multinationaler Institutionen, die ihre Zentren in den kapitalistischen Staaten haben, zielen darauf ab, die imperialistische Kontrolle und Herrschaft über die natürlichen Ressourcen, die Arbeit, technische und finanzielle Möglichkeiten der Länder der Dritten Welt zu stärken.

Diese Momente haben eine Reihe ernst zu nehmender Trends hervorgerufen, die durch folgendes charakterisiert werden können:

1. Die Bedrohung durch Hunger in der Welt. Viele hundert Millionen

Menschen schwelen in Lebensgefahr durch den Hunger. In einer Welt, in der Wissenschaft, Technologie und Industrie aufblühen, bedeutet die Tatsache, daß ein derart großer Teil der Menschheit an den grausamen Konsequenzen der ökonomischen Ausbeutung leidet, einen Skandal.

2. In allen Teilen der Welt, in denen der Kapitalismus herrscht, wachsen Inflation und Arbeitslosigkeit. Inflation, als eine negative Umverteilung des Reichtums, trifft an erster Stelle die am meisten benachteiligten sozialen Gruppierungen und Nationen.

Indem die Konsumtion sinkt, trifft sie zweitens die kapitalistische Produktion selber empfindlich. Dies schafft die Bedingungen für wirtschaftliche Rezession und Massenarbeitslosigkeit.

3. Die Entstehung von Konfliktzentren zwischen den Nationen, die ihre Wirtschaft kontrollieren wollen, und imperialistischen Interessen. Die Vereinigten Staaten und andere Industriestaaten haben die Versuche der Dritten Welt, ökonomische Unabhängigkeit zu erreichen, mit aggressiven Drohungen und Interventionen in Übereinstimmung mit den nationalen Monopolen beantwortet.

4. Der Versuch der Entwicklungsländer, ihre natürlichen Ressourcen im Interesse ihrer eigenen Wirtschaftsentwicklung unter ihre Kontrolle zu stellen. Diese Weltkrise hat die abhängigen Nationen am empfindlichsten getroffen und dazu geführt, die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu fordern, wie sie durch die UNO auf ihrer VI. Sondersitzung im Jahre 1974 fixiert worden ist.

Man sollte anerkennen, daß letzten Endes eine Lösung, die das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln seitens der gesamten Menschheit nicht einbezieht, unzureichend sein würde: Eine Verbesserung der Marktwirtschaft, die auch heute noch in den meisten internationalen wirtschaftlichen Beziehungen dominierend ist, kann keine endgültige Lösung sein. Einstweilen jedoch sollte in einer Epoche, die durch die Koexistenz zwischen sozialistischem und kapitalistischem System gekennzeichnet ist, den folgenden Aspekten unmittelbare Aufmerksamkeit geschenkt werden:

1. Die Kontrolle und Erschließung von natürlichen Ressourcen und de-

Mitteilungen der CFK

ren Nutzung zur Entwicklung der jeweiligen Nationen.

2. Die Erreichung eines gerechteren Preisgefüges auf dem Weltmarkt. Dies wird die gegenwärtig ungünstige Position der unterentwickelten Nationen aufheben.

3. Die Schaffung von Formen der finanziellen Kooperation unter den Nationen ohne unterdrückenden Effekt bewirkt eine gerechtere und rationalere ökonomische Interdependenz. Auf diesem Wege werden die alten Formen internationaler Abhängigkeit und Herrschaft durch neue Beziehungen der Interdependenz basierend auf gegenseitiger Anerkennung der hiervon betroffenen Länder ersetzt.

Diese neue ökonomische Ordnung setzt eine bessere, rationalere und gerechtere Umverteilung der nationalen Produktion wie des Nationaleneinkommens im Interesse der gegenwärtig unterdrückten sozialen Gruppen und Klassen voraus. Deshalb muß eine neue internationale Wirtschaftsordnung durch die Schaffung gerechterer interner Beziehungen begleitet werden, die frei sind von der Unterdrückung durch die nationale Elite bzw. herrschende Klasse.

Das erfordert ebenso die Reduzierung militärischer Investitionen bzw. Ausgaben. Das wird finanzielle Ressourcen für natürliche Investitionen freisetzen.

Im Rahmen dieses Prozesses entdecken die unterentwickelten Nationen eine qualitative Differenz zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern. Die sozialistischen Länder treten für das Recht der Entwicklungsländer ein, frei über ihre nationalen Ressourcen zu verfügen und ihren Handel mit anderen Ländern auf der Basis der Gleichberechtigung zu führen.

Aus diesem Grunde bietet die Stärkung der ökonomischen Verbindungen zwischen den sozialistischen Staaten und den Ländern der Dritten Welt die Möglichkeit einer positiven Gestaltung in Richtung auf internationale Wirtschaftsbeziehungen auf gleichberechtigter Basis.

C) Das Abrüstungsproblem hat in der Arbeit der CFK von Anfang ihres Bestehens an eine zentrale Position eingenommen. Nach der Durchsetzung des Prinzips der friedlichen Koexistenz in entscheidenden Bereichen der internationa-

len Politik ist die Verwirklichung der Abrüstung zu einem ihrer Schlüsselprobleme geworden:

1. für die Bewahrung der Überlebenschance der Menschheit durch Ausschaltung und unwiderrufliche Beseitigung der nuklearen Vernichtungskapazitäten, die in den letzten Jahrzehnten so stark angewachsen sind, daß jeder einzelne jetzt lebende menschliche Erdbewohner von zehn Tonnen tödlichen Sprengstoffs bedroht ist („Over-kill“-Rüstungsausmaß);

2. für die internationale Entspannungspolitik als unverzichtbares Element ihrer Stabilisierung und Vertiefung sowie als ein wichtiges Kriterium ihrer Unumkehrbarkeit, besonders nach dem KSZE-Gipfel von Helsinki;

3. für die Herstellung einer neuen und gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung als Voraussetzung der Überwindung

a) des Mißbrauchs und der Verschwendungen wirtschaftlicher Produktionskapazitäten und natürlicher Rohstoff-Ressourcen,

b) der Entwicklungsbehinderung fortschrittlicher Gesellschaften und junger, aus Kolonialherrschaft befreiter Nationen,

c) des unmenschlich niedrigen Lebensstandards der Volksmassen in einigen Hochrüstungsländern der kapitalistischen Welt und den von faschistischen Militärregimen unterdrückten Ländern der Dritten Welt (z. B. Chile);

4. für die Verwirklichung des Rechts aller Völker auf nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung auch in den durch Militärstützpunkte und Waffenlieferungen an faschistische Militärregime noch unter Fremdherrschaft gehaltenen Territorialbereichen und Meereszonen;

5. für die Bewahrung des natürlichen Lebensbereiches der Menschheit, der irdischen Öko-Sphäre, die durch Waffentests und physikalische wie chemische Vernichtungsinstrumenten den Gefahren irreparabler Katastrophen ausgesetzt ist;

6. für die Schaffung einer internationalen Atmosphäre des Vertrauens und der Kooperationsbereitschaft, die eine Voraussetzung für die endgültige Ablösung zerstörerischer Konfrontationsformen und -mechanismen der internationalen Politik ist;

7. für die Rettung aller positiven Chancen der Menschlichkeit und des Menschseins, die dem Ebenbild Gottes im Evangelium verheißen sind. Aktuelle Gefahren der Rüstungsentwicklung bestehen

1. im Anwachsen der internationalen Rüstungskapazitäten und Rüstungsausgaben (1974: 220 Milliarden Dollar Weltrüstungsausgaben);

2. in der Schaffung von Voraussetzungen für die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen im Gegensatz zum Nonproliferations-Vertrag von 1968;

3. im Fortbestehen hochgerüsteter Militärblöcke trotz bedeutender Fortschritte der Entspannungspolitik, besonders in Europa, wo 80 Prozent der Rüstungspotentiale konzentriert sind;

4. im Ausbau militärischer Stützpunkte besonders im Pazifischen und Indischen Ozean (Diego Garcia);

5. in der Fortsetzung der französischen und chinesischen Nukleartests in der Atmosphäre unter Mißachtung

a) der Lebensinteressen der benachbarten Völker,

b) der Erfordernisse einer verantwortungsvollen Umweltpolitik,

c) des Moskauer Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963;

6. im internationalen Waffenhandel, durch die multinationalen Rüstungskonzerne im Profitinteresse Formen zerstörerischer Konfrontationen aufrechterhalten wollen;

7. in der Entwicklung neuer strategischer Waffensysteme, die Wetter-, Klima- und Vegetationsveränderungen als Einsatzwirkungen einkalkulieren und dauerhafte Schädigungen der Natur großräumiger Erdbereiche nach sich ziehen können.

Als nächste Abrüstungsschritte fordert die CFK zusammen mit anderen Friedenskräften:

1. die zügige Fortsetzung und Beendigung der zweiten Runde der SALT-Verhandlungen als Voraussetzung der Abschaffung aller offensiv einsetzbaren strategischen Waffensysteme und Nuklear-Sprengköpfen;

2. die strikte Einhaltung des Nonproliferations-Vertrages und des Teststopp-Abkommens sowie dessen Ausdehnung auch auf unterirdische Atomversuche; nicht zuletzt die Erweiterung des Verbots biologischer

Mitteilungen der CFK

Waffen auch auf alle chemischen Waffen;

3. die erfolgreiche Durchführung und Beendigung der Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierung in Europa;

4. die Errichtung rüstungs- und stützpunktfreier Zonen im Indischen Ozean und im Pazifischen Ozean;

5. Maßnahmen zur Kontrolle und Verringerung des internationalen Waffenhandels der multinationalen Konzerne;

6. die Unterstützung des Vorschlags Mexikos und der UdSSR, mit einer zehnprozentigen Reduzierung der Rüstungsausgaben der fünf ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates wirksame Schritte zur Unterstützung der Entspannungspolitik der Dritten Welt zu vollziehen;

7. die Einberufung der von der UNO prinzipiell beschlossenen Weltabrüstungskonferenz noch in den siebziger Jahren unter den Bedingungen universeller Teilnahme, d. h. auch unter Einbeziehung von Nichtmitgliedern der UNO, mit dem Ziel allgemeiner und vollständiger Abrüstung.

Einige Beiträge zur Verwirklichung der Abrüstung kann die CFK leisten

1. durch Hilfe bei der Weckung und Stärkung des internationalen Abrüstungsbewußtseins, des zur Zeit wichtigsten Teiles des öffentlichen Friedensbewußtseins;

2. durch Informationen der Mitgliedskirchen und -gruppen über aktuelle Abrüstungsfragen und -schritte;

3. durch Aufklärung der früher vielfach von Waffensegnung und Militärseelsorge beeinflußten Massen der Gläubigen über die Möglichkeit und über die Notwendigkeit der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, die schon 1959 von der UdSSR in der UNO vorgeschlagen wurde;

4. durch die Zusammenarbeit mit allen christlichen und nichtchristlichen Friedenskräften, besonders den Trägergruppen des Weltkongresses der Friedenskräfte, in den vielfältigen Kampagnen für Abrüstung (z. B. Weltabrüstungswoche, Weltabrüstungstag);

5. durch exemplarische und konkret hilfreiche Aktionen wie die vom Präsidenten der CFK zum Weltabrüstungstag empfohlene Solidaritäts-

sammlung zugunsten des Weltdüngemittel-Fonds für die ärmsten Länder der Dritten Welt;

6. durch wirksame Unterstützung des Bradford-Appells der NGOs vom August 1974 und der Initiative des Weltfriedensrates für eine internationale Woche vom 6. bis 12. Oktober 1975 zur weltweiten Unterstützung der Einberufung der UNO-Weltabrüstungskonferenz;

7. durch Abhaltung einer Konferenz von Kirchen und Christen gegen Rüstungswettlauf und Hunger, für Abrüstung und Entwicklung im Laufe des nächsten Jahres.

Als christliche Friedensbewegung steht die CFK unter den Worten des Propheten Jesaja: Der Herr wird zu rechtweisen viele Völker. Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, sie werden hinfest nicht mehr lernen, Krieg zu führen (Jes. 2, 4).

III

Trotz aller positiven Entwicklungen im Blick auf die Entspannung, auf die Entkolonialisierung und die besser werdende Zusammenarbeit gibt es eine Anzahl aktueller Gefahrenherde, von denen aus der Weltfriede bedroht ist:

1. Im Mittleren Osten ist es zwischen Ägypten und Israel zu einem weiteren Prozeß der Entflechtung ihrer Truppen auf dem Sinai gekommen. Trotzdem hält Israel noch große Teile der arabischen Gebiete okkupiert. Die übergroße Unterstützung mit den modernsten Waffen für Israel von Seiten der USA schafft weiterhin eine gefährliche Situation. Eine breite Öffentlichkeit ist ebenfalls über die Stationierung amerikanischer Experten in dem Krisengebiet sehr beunruhigt und erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß ein vergleichbares Engagement zu der gefährlichen Einmischung der USA in Vietnam geführt hatte.

Es bleibt eine Aufgabe der Kirchen, der ökumenischen Organisationen und der Christenheit, den israelisch-arabischen Konflikt auch unter dem theologischen Gesichtspunkt zu studieren. Wir unterstreichen unsere Erkenntnis, daß Israel ein säkularer Staat ist, daß der Text der Bibel nicht im zionistischen Sinne mißbraucht werden darf und daß zwi-

schen Judaismus und Zionismus sauber zu unterscheiden ist. Die Sünden, die die Christenheit in einem antisemitischen Mißverständnis biblischer Aussagen begangen hat, bekennen wir bußfertig und weisen jeden Geistesantisemitismus zurück. Doch ebensosehr müssen wir uns gegen jeden Versuch verwahren, die Sünden der Christenheit als Rechtfertigung für israelische Aggressionen heute zu verwenden.

Die Lösung des Nahost-Konflikts halten wir nur so für möglich, daß die von Israel okkupierten Gebiete zurückgegeben werden, daß dem Volk von Palästina das Recht auf Selbstbestimmung eingeräumt wird, daß das Existenzrecht des Staates Israel von den arabischen Staaten anerkannt wird, daß die Friedenskonferenz in Genf als bald zusammengerufen wird unter Beteiligung der palästinensischen Befreiungsbewegung und daß der Geist der Entspannung und der friedlichen Koexistenz allen Völkern im Nahen Osten Nutzen bringt.

Die Internationalisierung Jerusalems, der Stadt, die den Juden, den Christen und den Moslems heilig ist, unter der Autorität der UNO wäre von großer Bedeutung für den Frieden in jenem Raum.

2. Für Lateinamerika ist es von großer Bedeutung, daß immer mehr Staaten die Blockade gegen Kuba aufgeben. Dadurch werden Voraussetzungen für sich bessere Beziehungen zwischen dem sozialistischen Kuba und den anderen Staaten in Lateinamerika geschaffen. Die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt bringt es mit sich, daß selbst die USA ihre inhumane Blockade gegen Kuba Schritt für Schritt aufheben müssen.

Doch Lateinamerika bleibt ein Herd der Unruhe und der Unsicherheit. Im Zeichen des Neokolonialismus, ausgenutzt von oppressiven Oligarchien, herrschen Unterdrückung der Massen, Ausbeutung der Armen, Hunger der Kinder. Die Aufrechterhaltung der alten Ordnung der Ungerechtigkeit geschieht leider auch mit der Beihilfe maßgebender kirchlicher Kreise. Mit großer Aufmerksamkeit beobachten und unterstützen wir diejenigen Kräfte im Christentum, die für Gerechtigkeit und Freiheit kämpfen, und auch jene, die als Zeichen für ihre Emanzipation

Mitteilungen der CFK

von Jahrhunderten westlicher Vorherrschaft ihre „Theologie der Befreiung“ ausarbeiten.

Seit zwei Jahren herrscht in Chile die Hölle des Faschismus. Weltweite Solidarität hat die Befreiung einzelner Eingekerkerten bewirken können. Doch der Kampf um das Leben der vielen, die vom unmenschlichen Pinochet-System bedroht sind, geht weiter. Wir bedauern die Spaltung in der Evangelischen Lutherischen Kirche der deutschen Gemeinden, wo sich die Geschichte der Bekennenden Kirche im Dritten Reich gegen das Einbringen des faschistischen Ungeistes in die Kirche noch einmal wiederholt. Wir rufen die verführten und verirrten Brüder zurück zum Hören auf das Evangelium Christi und zur Einheit im Geist.

Wir geben unserer Hoffnung Ausdruck, daß die wachsende internationale Isolierung und Verachtung des faschistischen Regimes in Chile und der Kampf der Massen in diesem Land bald wieder zur Herstellung menschlicher und demokratischer Verhältnisse führen wird.

3. In Asien wäre die Errichtung eines Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit von großem Nutzen für den Frieden und für alle Menschen. Indochina erfreut sich nach Beendigung eines dreißigjährigen Krieges, hervorgerufen durch Aggressionen Frankreichs, Japans und Amerikas, der Tatsache seiner Befreiung. In besonderer Weise ist die große Leistung des heldenhaften Volkes von Vietnam zu würdigen, das seinen Kampf um Befreiung gegen einen übermächtigen, mit allen Mitteln moderner Industrie, Technik und Ökonomie ausgestatteten Gegner bestand und gewann.

Nun geht es um die Beseitigung der Schäden und um die Heilung der Wunden, die der Krieg geschaffen hat. Hierbei wird dem vietnamesischen Volk solidarische Hilfe von den Friedenskräften in aller Welt zuteil. Doch auch die USA sollten ihren Verpflichtungen gegenüber Indochina nachkommen und das wieder gutzumachen suchen, was ihre Politiker und ihre Militärs in unverantwortbarer Weise zerstörten. Die CFK hat wiederholt darauf hingewiesen, daß in Vietnam ein Krieg nicht nur zur Ausrottung eines Volkes, sondern auch zur Vernichtung der Natur geführt wurde. Die getöteten Men-

schen sind nicht wieder zum Leben zu erwecken, die verwundeten Menschen tragen die Narben des Krieges zeitlebens an ihrem Leib, doch es muß alles zur Regenerierung der Natur getan werden, um die Voraussetzungen für ein erfülltes menschliches Leben in den endlich vom Kriege befreiten Gebieten zu schaffen.

Die rasche Aufnahme der DRV und der RSV in die UNO ist ein Akt der Gerechtigkeit, welche die Welt dem Volk von Vietnam schuldet, und sie darf nicht zum Gegenstand eines politischen Geschäfts gemacht werden.

Wir solidarisieren uns mit Christen und Nichtchristen, die in Südkorea von dem immer grausamer werdenen Park-Regime unterdrückt werden. Eine friedliche Wiedervereinigung von Nord- und Südkorea ist mittels der Selbstbestimmung möglich. Dazu gehört der Abzug aller nuklearen Waffen und die Beseitigung aller fremden militärischen Basen von Südkorea.

Auf dem indischen Subkontinent drohen ebenfalls gefährliche Entwicklungen. Im Indischen Ozean schaffen die USA mit dem Ausbau einer Kette von Militärbasen, allen voran der Insel Diego Garcia, einen gefährlichen Krisenherd. Die CFK erneuert ihren Aufruf, den Indischen Ozean zu einer Friedenszone zu erklären. Die Völker der Inselwelt im Indischen Ozean, die Völker des indischen Subkontinents und die Völker an der Ostküste Afrikas würden dann bessere und friedliche Zeiten erleben.

Dasselbe gilt für den pazifischen Raum. Die Völker auf den Inseln im Pazifischen Ozean sehnen sich danach, ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen und ihr Schicksal selbst bestimmen zu können.

4. Die Weltchristenheit blickt in diesem Jahr, in dem die V. Vollversammlung des ÖRK in Nairobi in Kenia stattfindet, mit besonderem Interesse nach Afrika. Das Jahr 1975 kann mit Recht als das Jahr der endgültigen Beseitigung des Kolonialismus in Afrika angesehen werden. Moçambique und Guinea-Bissau sind befreit. Die Befreiung Angolas steht unmittelbar bevor. Niemanden verwundert es, daß imperialistische Kräfte den Prozeß der Befreiung aufzuhalten und zu stören versuchen und daß sie willige Handlanger fin-

den, die ihr den Völkern feindliches Werk unterstützen. Doch auch in Angola wird der Wille zum Frieden und zur Freiheit, wird die Vernunft über die Kräfte der Spaltung und Zerstörung den Sieg davontragen.

Ein Problem besonderer Art stellen die Rassisten-Regimes in Südafrika und in Simbabwe dar. Die Entwicklungen in den befreiten benachbarten, ehemals portugiesischen Kolonien zwingen die Regierungen, ihre Politik zu überprüfen. Dabei stellen wir fest, daß ihre Versprechungen keineswegs immer eingelöst werden. Wir erklären unsere Solidarität mit allen, die von Apartheid-Regimes betroffen sind. Südafrika muß die UNO-Beschlüsse zur Befreiung Namibias realisieren. Südafrika muß die Menschenrechte einhalten, um wieder ein geachtetes Glied der menschlichen Gesellschaft werden zu können.

IV

In der Würdigung der positiven Veränderungen der Kräfteverhältnisse in der Welt und in der Beachtung der rückläufigen Tendenzen kommt es für die Christliche Friedenskonferenz entscheidend darauf an, in der Wahrnehmung ihrer Verantwortung, in der Formulierung ihrer Ziele, in der Bestimmung ihrer Kräfte, in der Bemühung um Frieden und Gerechtigkeit weiterführende Schritte zu gehen.

Dabei sind wir uns darüber im klaren, daß es der Zusammenarbeit aller Kräfte bedarf, um in den internationalen Auseinandersetzungen diesen weitgesteckten Zielen näherzukommen.

Daher messen wir der Organisation der Vereinten Nationen, die gerade zu ihrer XXX. Vollversammlung zusammengetreten ist, eine so große Bedeutung im Ringen um die Verwirklichung von Frieden und Gerechtigkeit zu. Die UNO hat in den letzten Jahren nicht nur wichtige Beiträge zur Lösung zugesetzter politischer Probleme geleistet. Sie hat auch, mit Hilfe ihrer Spezialorganisationen, Grundfragen der friedlichen Entwicklung der Menschheit aufgeworfen: Kampf gegen den Hunger, Bevölkerungsprobleme, neue internationale Wirtschaftsordnung. Wir würdigen insbesondere die Pro-

Mitteilungen der CFK

klamierung des Jahres 1975 zum Internationalen Jahr der Frau.

Die CFK wird immer und in besonderer Weise in der Durchführung des Gebetstages für die UNO die Notwendigkeit betonen, daß alle moralischen und politischen Kräfte entfaltet werden müssen, um UNO-Beschlüsse Geltung zu verschaffen, die auf die Stabilisierung des Friedens und der Sicherheit, die auf Abrüstung und Entwicklung gerichtet sind.

Gleichzeitig wird die CFK – gemeinsam mit allen anderen Friedensbewegungen – helfen, auf die öffentliche Meinung in der Welt und in den Kirchen in dem Sinne Einfluß zu nehmen, daß das Friedens-, zumal das Abrüstungsbewußtsein entwickelt wird. Dies hat zur Folge, daß wir jenen Erscheinungsformen von Propaganda unsere Aufmerksamkeit widmen müssen, die gegen die friedlichen Beziehungen der Völker gerichtet sind und die als psychologischer Krieg den Entspannungsprozeß empfindlich zu stören vermögen.

Wir meinen, daß in den Gemeinden, in der theologischen Reflexion und in der kirchlichen Erziehung die Grundfragen des Ringens für Frieden und Gerechtigkeit und die der Motivierung unseres Engagements immer von neuem und immer genauer gestellt, beantwortet und in der Praxis unseres Lebens ihre Berücksichtigung finden müssen.

V

Ein geschichtlicher Rückblick auf die Beschäftigung mit der Friedensfrage stellt den Kirchen kein rühmliches Zeugnis aus. Sie haben sich mancher Versäumnisse schuldig gemacht. Auch heute geschieht dies etwa dort, wo Christen es immer noch als ihre Aufgabe ansehen, eine militante antikommunistische Haltung einzunehmen.

Die CFK darf den Anspruch erheben, seit ihrer Gründung diesbezüglich eine unentwegte Mahnerin gewesen zu sein. Sie richtet darum an alle Christen und Kirchen erneut den Appell, ihre Friedensarbeit zu intensivieren und alle Bemühungen um den Frieden, wie sie im weltlichen Bereich zu finden sind, durch ihr begleitendes Mitdenken und Mitaktivieren, eben durch ihren speziellen Beitrag, zu unterstützen.

In ihren theologischen Reflexionen

betreffend die Friedensarbeit geht die CFK davon aus, daß zwischen dem „inneren“ Frieden, den Gott durch seinen Geist in den Herzen wirkt, und dem Frieden unter den Menschen wie auch zwischen der

„Gerechtigkeit, die vor Gott gilt“, und der Gerechtigkeit im menschlichen Bereich ein klarer Zusammenhang besteht. Und wie in theologischer Hinsicht die in der Christusliebe geschenkte „Freiheit der Kinder Gottes“ die Voraussetzung des Geschehens der göttlichen Gerechtigkeit und des göttlichen Friedens ist, so ist auch die Freiheit im menschlichen Bereich der Gerechtigkeit und dem Frieden in der Welt, deren treuhänderische Verwaltung uns durch Gottes Mandat überantwortet wurde, dienlich.

Insbesondere führt die Botschaft von der Inkarnation zu fruchtbaren Erwägungen, drängt doch die in Christus erwiesene Liebe Gottes, seine Solidarität und Menschenfreundlichkeit, uns zur Solidarisierung mit ihm und den Menschen, auch mit den Menschen, die eine andere Religion oder Ideologie vertreten. Indem Gott sein Eigenwerk unter uns beginnt und zum Ziele führt, uns also in das Ereignis der Kirche hineinnimmt, stellt er unser menschliches Zusammenleben unter seine geistlichen Segenskräfte, die auch über den Raum der Kirche hinaus wirksam sein wollen. Es an der Solidarität und Liebe zu den Menschen fehlen zu lassen, würde bedeuten, daß wir unser ewiges Heil verspielen, was uns das Gleichnis vom Jüngsten Gericht deutlich macht. Gott läßt es eben nicht bewenden bei seinem versöhnenden Handeln in Christus, sondern heißt uns mit unseren Nächsten ebenso verfahren; der Weg der Versöhnung kann nicht der Weg der Unterdrückung und Ausbeutung sein. Wenn Gott uns in seiner Bundesgerechtigkeit Rettung bringt, dann will er, daß wir unser Leben danach gestalten. Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden werden so ernste Anliegen der theologischen Ethik, zumal der sozialen und politischen Ethik.

Die CFK darf darauf hinweisen, daß es ihr in ihren verschiedenen Sitzungen und Tagungen um ernstes Ringen um eine theologische Begründung des Friedensdienstes gelegen war, wobei es immer auch um das Bemühen ging, die unterschiedlichen

Traditionen der Spiritualität und der theologischen Konzeption ihrer Mitgliedskirchen zu berücksichtigen.

Die CFK erstrebt kein neutrales Theologisieren. Ihre Arbeit wurzelt in der christlichen Existenz, ausgedrückt in theologischen Reflexionen. Sie will den Brüdern und Schwestern in den Gemeinden, die der Friedensarbeit mißtrauisch gegenüberstehen, zeigen, daß ihr Mißtrauen nicht im Glauben begründet ist.

Auch mit denen, die den christlichen Glauben nicht teilen, fühlt sie sich in gemeinsamer Verantwortung für das Leben und das Überleben der heutigen und künftiger Generationen, das in der ganzen Welt in unvorstellbarer Weise bedroht ist, verbunden. Über allen droht das Risiko einer totalen Vernichtung. Jegliche Ausrüstung muß als Verschwendug von Gütern und Erfinderkraft angesehen werden. Sie könnten der Verbesserung der Lebenslage eines ganzen Teiles der Menschheit zugute kommen. Eine politische Bekehrung ist unerlässlich. Diese hat zum Inhalt auch die Bereitschaft, die Angst zu überwinden sowie die Quellen der Angst, das sind falsche Vorstellungen, unwirksam zu machen, was durch bessere, ehrliche Information geschehen kann.

Wir wissen, wie wenig der gute Wille des Menschen den Gewalten gewachsen ist, die dem Frieden entgegenstehen. Versagen bedeutet jedoch vor Gott und vor Menschen in Schuld fallen. Im Glauben aber werden uns neue Möglichkeiten geschenkt, die menschliche Kraft und unser Vorstellungsvermögen übersteigen. Das ist unser eigentlicher Beitrag im weltweiten Kampf um Gerechtigkeit und Frieden.

Auf dieser Grundlage können wir mit denen, die unseren Glauben nicht teilen, zusammenarbeiten, neuen Mut und neue Hoffnung fassen, Kraft zu Liebe und Opferbereitschaft.

In aller Bescheidenheit gesellen wir uns zu ihnen, um mit ihnen zu leben und zu arbeiten, aus der Kraft dessen, der alle Dinge neu macht.

*

In einer Stellungnahme verurteilten der Präsident der CFK, Metropolit Nikodim, und Generalsekretär Dr. Tóth die Unmenschlichkeit des Franco-Regimes.

Hiroshima und Nagasaki nach 30 Jahren

Von Prof. Dr. Gerhard Bassarak

Es war ein sehr wohl begründeter Vorschlag von Professor Benedykto-wicz aus Warschau, der schon zweimal an Veranstaltungen zum Gedenken an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki teilgenommen hatte, zum 30. Jahrestag dieses bisher in der Geschichte unvergleichlichen und bis dahin auch unvorstellbaren Massenmordes eine stärkere CFK-Delegation (auf Einladung des Gensuikyo) nach Japan zu entsenden. So erhielt ich die Gelegenheit, neben dem polnischen Theologieprofessor und neben Pastor Christie Rosa aus Sri Lanka zehn eindrucksvolle Tage in Japan zu verbringen. Gensuikyo ist die Bewegung gegen A- und H-Bomben, die sich auf eine breite Öffentlichkeit stützen kann. Imposant waren die vier Massenmeetings in der Disziplinartheit ihrer Organisation und in der Präzision ihrer politischen Forderungen, zwei in Hiroshima und je eines in Tokio und Nagasaki, jedes von rund zehntausend Japanern besucht. Wie nahezu allenthalben in der Welt, konnte es auch in Japan die sozialdemokratische Partei – unter eindeutiger Einwirkung aus den USA – nicht unterlassen, die Bewegung zu spalten und einen eigenen Kongreß zu schaffen. Bei allen Bemühungen, die Einheit zum gemeinsamen Kampf wieder herzustellen, und bei aller Konzessionsbereitschaft des Gensuikyo ist eine Aktionseinheit leider noch nicht wieder zustande gekommen. Die Berichte über die Einigungsverhandlungen spielten auf allen Massenmeetings eine wesentliche Rolle, da die Massen nach Einheit streben.

Es ist unmöglich, die Emotionen zu schildern, die einen Menschen bewegen, der die Tateinheit der Verbrechen des deutschen Faschismus und des japanischen Militarismus voller Abscheu und im Bewußtsein unentrinnbarer Mitschuld erlebt hat und nun nacherlebt; der weiß, daß die Atombomben, die auf japanische Städte fielen, für Berlin bestimmt waren und hier nur deshalb nicht

zum Einsatz kamen, weil dank der heroischen Taten der sowjetischen Armeen der Krieg in Europa früher als die Herstellung der Bombe beendet war; der sieht, wie heute die Amerikaner die „Resultate“ ihrer (selbst durch die Untaten der Achse Berlin–Tokio nicht zu rechtfertigenden) Anwendung der Massenvernichtungsmittel in einer Klinik oberhalb Hiroshimas testen... Ja, diese Emotionen wurden durch die Anwesenheit des polnischen Kollegen, der die Parallele zwischen Auschwitz und Hiroshima zog, noch durchaus verstärkt. Gerade auf einem solchen Hintergrund war es sehr bedeutsam, daß ich für einen deutschen Staat sprechen konnte, der die faschistische und militaristische Tradition auf immer wirkungsvoll verbannt hat und der als Garant dafür auftritt, daß vergleichbares Unheil nie wieder von deutschem Boden ausgehen kann.

Die Japaner, die uns begegneten, besaßen ein hohes Maß politischer Reife. Sie hatten jede Form von Selbstbemitleidung längst überwunden und sahen ihren Kampf gegen eine Wiederholung der atomaren Verbrechen von Hiroshima und Nagasaki im Gesamtzusammenhang des Kampfes gegen den Imperialismus und des Ringens für die weltweite Abrüstung und für die friedliche Koexistenz. Kein Wunder, daß unter den etwa 80 ausländischen Gästen so profilierte und international anerkannte Persönlichkeiten waren wie die Friedensnobelpreisträger Noel Baker und Sean McBride oder als Vertreter des Genfer Friedensbüros Arthur Booth, der erst im April 1975 anlässlich der Sitzung der Internationalen Kommission der CFK in der DDR einen wichtigen Beitrag zur Abrüstungsdiskussion geliefert hatte. Außerdem waren Vertreter aus beiden Vietnam anwesend. Ihr Sieg wurde stürmisch gefeiert. Es gab weiter Vertreter aus Namibia und von der Palästinensischen Befreiungsorganisation ebenso wie aus

Chile und von den um ihre Befreiung ringenden Inseln im Pazifischen Ozean. Die große Breite der Repräsentanz zeigt, daß es sich bei dem Hiroshima-Gedenken nicht um ein „japanisches“ Problem der Überwindung der Folgen der Strahlenschäden handelte, sondern um die Frage des Friedens in der ganzen Welt, der Befreiung vom Joch des Imperialismus.

Neben den Massenveranstaltungen war ein Forum von 200 Wissenschaftlern in Hiroshima am interessantesten. Die Anwesenheit von drei Vertretern der CFK – den einzigen Repräsentanten der Weltchristenheit – wurde zum Anlaß der Frage, welchen Beitrag die Christenheit zu den anstehenden Problemen der Abrüstung und vor allem der Abrüstung im nuklearen Bereich leisten könnte. Hier wurden Hinweise auf die Ergebnisse der bisher von der CFK geleisteten Arbeit mit ebenso großer Anteilnahme registriert wie die Vorschau und die Erwartungen, die an die V. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Nairobi gerichtet sind. Man will die Vertreter der japanischen Christenheit anregen, in Nairobi auf die Dringlichkeit der Unterstützung der Abrüstungsbemühungen durch die Ökumene hinzuweisen. Die Vertreter der CFK haben es übernommen, den Mitgliedskirchen der CFK die aus Japan kommende Bitte zu übermitteln, ihrerseits in Nairobi darauf zu dringen, daß die Probleme der Abrüstung diskutiert werden und daß es zu hilfreichen Beschlüssen in dieser Sache kommt.

*

Auf Einladung des CFK-Regionalausschusses in der DDR tagte vom 23. bis 26. September 1975 die Studienabteilung der Christlichen Friedenskonferenz unter Leitung von Prof. Dr. Gerhard Bassarak in Weimar. Gastgeber war die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen.

Es wurden Referate von Prof. Tadros (Arabische Republik Ägypten), Dr. Kaltenborn (DDR), Prof. Ossipow (UdSSR), Dr. Boer (Niederlande), K. Ehrler (Westberlin), Pfarrer Kovach (Ungarn), Prof. Chivaroff (Bulgarien) und Prof. Renate Riemeck (BRD) gehalten.

Darüber hinaus wurde ein Preisaus schreiben der CFK ausgewertet.

CHRISTLICHE FRIEDENSKONFERENZ
Regionalausschuß in der DDR

A u f r u f
=====

Am 18. und 19. März findet in Amsterdam eine internationale Manifestation gegen Wettrüsten und Neutronenbombe statt. Vertreter der Öffentlichkeit aus allen Helsinki-Signatara-Staaten werden daran teilnehmen. In den Niederlanden hat der Kampf gegen die Herstellung neuer Todeswaffen den Charakter einer Volksbewegung angenommen. Er wird unterstützt durch die Katholische Bischofskonferenz und den Niederländischen Rat der Kirchen.

Auch in den anderen NATO-Ländern wächst die Zahl der Christen, die sich in die Protestbewegung einreihen. Am gleichen Wochenende findet in Frankfurt/Main ein Kongreß der Bewegung "Christen für die Abrüstung" in der BRD statt.

In dieser Situation wendet sich der Regionalausschuß der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR an alle Mitglieder der CFK und an alle Kirchengemeinden in unserem Land mit der dringenden Bitte, am Palmsonntag 1978 in Information, Predigt und Fürbitte die Solidarität mit diesem Kampf zu bezeugen.

Zur Information:

Die holländischen Bischöfe gegen die Neutronenbombe

Utrecht, 15. Febr. (dpa) Die sieben katholischen Bischöfe der Niederlande haben sich in einer am Mittwoch in Utrecht veröffentlichten Erklärung gegen die Einführung der Neutronenbombe ausgesprochen. Sie fordern die Regierung auf, sich dafür einzusetzen, daß diese Waffe nicht in das Verteidigungssystem des Westens aufgenommen wird. Die Bischofskonferenz schließt sich damit der Haltung des Niederländischen Rates der Kirchen an, der in der vorigen Woche die Neutronenwaffe verurteilt hatte. In einer ausführlichen Erklärung des Rates als Dachverband der neun größten niederländischen Kirchen hatte es geheißen, die Neutronenbombe macht es notwendig, daß sich die Kirchen mehr noch als bisher um die Gewissensformung ihrer Mitglieder bemühen. Der einzelne müsse begreifen, daß durch den Protest aller versucht werden müsse, "den wahnsinnigen Waffenwettlauf" zu beenden.

Mitteilungen der
CFK

Regionalausschuß DDR
Mai 1977 (Nr. 20)

Verantwortlich für den Inhalt:
 Sekretär des Regionalausschusses,
 Carl Ordnung,
 1054 Berlin, Wilhelm-Pieck-Straße 5

**CFK-Seminar
 vor Moskau**

Am 1./2. März 1977 fand in Berlin unter dem Thema „Kirchen und Weltreligionen in der Zusammenarbeit für den Frieden“ ein vom CFK-Regionalausschuß veranstaltetes Seminar statt, an dem mehr als 70 kirchliche Amtsträger, Theologen und andere CFK-Mitarbeiter teilnahmen. Metropolit Philaret eröffnete das Seminar mit einem richtungweisenden Grußwort. Als Exarch des Patriarchen von Moskau und ganz Rußland, von dem die Initiative zur Moskauer Konferenz ausging, konnte er Segenswünsche nicht nur seiner Kirche, sondern auch anderer religiöser Persönlichkeiten seines Landes übermitteln.

Unter den Gästen befanden sich der Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe, der Berliner Generalsuperintendent Hartmut Grünbaum und die Sekretärin des Westberliner CFK-Ausschusses, Pastorin Bé Ruyss.

Der erste Redner war Dr. Alexej Bujewski, Sekretär des Außenamtes der Russischen Orthodoxen Kirche, der gleichzeitig einer der vier Sekretäre des Vorbereitungskomitees für die Konferenz in Moskau ist. Er wies darauf hin, daß die Zusammenarbeit von Anhängern verschiedener Kirchen und Religionen in der UdSSR eine gewisse Tra-

dition habe. Da der sozialistische Staat dem politischen Mißbrauch religiöser Gefühle und Einrichtungen ein Ende gesetzt habe, hätten sich ganz neue Möglichkeiten des Zusammenwirkens vor allem im Ringen um den Frieden ergeben. Deshalb sei es nicht verwunderlich, daß die Initiative zum Weltkongreß in seinem Land ergriffen wurde. Solche Zusammenarbeit habe sich zunächst im Rahmen der Friedensbewegung entwickelt, führte Dr. Bujewski weiter aus. Erste interreligiöse Friedensgespräche habe es später auch auf internationaler Ebene regelmäßig am Rande der großen Weltfriedenkongresse gegeben, zum letztenmal 1973 in Sagorsk. Sosehr das in Vorbereitung stehende Welttreffen sich dieser Tradition verpflichtet wisse, soweit gehe es gleichzeitig um etwas qualitativ Neues. Angesichts der heutigen Weltsituation müsse alles getan werden, um die in vielen Kirchen und Religionen noch brachliegenden Friedenskräfte zu mobilisieren. Das sei das Motiv für die Initiative seiner Kirche.

Mit Nachdruck unterstrich Dr. Bujewski, daß das nicht auf einen religiösen Synkretismus hinauslaufe. „Denn für uns ist die Grundlage für alle Zusammenarbeit unser eigener Glaube.“ Der Moskauer Kongreß wolle eine offene Plattform für unterschiedliche Auffassungen sein. Diese Offenheit müsse allerdings dort ihre Grenze finden, wo friedensfeindliche Positionen vertreten würden.

Propst Dr. Heino Falcke, Erfurt, der den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammen mit Oberkirchenrätin Christa Lewek im Vorbereitungskomitee für den Moskauer Kongreß vertritt, wies darauf hin, daß die Kritik des Religiösen, wie sie von Barth und Bonhoeffer formuliert worden sei, ganz offensichtlich „gegen das Religiöse im Raume des Christentums“ gerichtet gewesen sei. Es sei deshalb nicht wirklich durchschlaggebend, wenn man sich unter Berufung darauf der Sache entziehen wolle, um die es in Moskau gehe. Die Religionen, die nicht zu übersehende sozialpolitische Gegebenheiten in unserer Welt der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit darstellten, hätten in der Vergangenheit eher Trennungsgräben gezogen als Brücken gebaut, eher Konflikte verschärft, als sie zu über-

winden geholfen, sagte Dr. Falcke unter Hinweis auf ähnliche Überlegungen in den entsprechenden Arbeitsgremien des Ökumenischen Rates der Kirchen. Worum es heute gehe, das sei der Erweis, daß Religionen etwas für den Frieden in der Welt tun könnten. Dazu müßten sie das ihnen häufig eigene partikulare Denken überwinden und all das fördern, was zu einem echten Dialog helfe. Wenn es auch nicht möglich sei, von einer gemeinsamen Basis auszugehen, so müsse man doch von verschiedenen Basen her aufeinander zugehen.

Als Vertreter der BERLINER KONFERENZ katholischer Christen aus europäischen Staaten ergriff Dr. Klaus Hebler (Westberlin) das Wort zu einem Referat über den mühsamen Weg der katholischen Kirche in die internationale Friedensarbeit. Er verwies dabei auf die hilfreichen Ansätze, die sich in einigen päpstlichen Enzykliken und gewissen Dokumenten des Konzils gefunden hätten.

Aus den drei weiteren Referaten folgen wörtliche Auszüge:

Es handelt sich hierbei um die drei Referate von Pastor Christie Rosa, dem stellvertretenden Generalsekretär der Christlichen Friedenskonferenz, von Dr. Peter Kirchner, dem Vorsitzenden der Berliner Jüdischen Gemeinde, und von Dr. Karl-Wolfgang Tröger von der Sektion Theologie der Humboldt-Universität zu Berlin.

**Vom Blickpunkt
 Asiens**

Von Pastor Christie Rosa

Frieden ist die höchste Erfahrung jedes Glaubens. Shanti im Hinduismus, Samaya im Buddhismus und Salaam im Islam werden erreicht durch Meditation, Gebet, Anbetung, Yoga und ernste Übung. Der Weltfrieden wird gewonnen durch die Ausbreitung des Friedens, den der einzelne errungen hat.

Nur als einer, der bereit ist zu lernen, findet der Christ einen realistischen Zugang zu den Weltreligio-

nen – in der bescheidenen Erkenntnis, daß „Gott, nachdem er manchmal und auf mancherlei Weise geredet hat zu den Vätern durch die Propheten, hat er am letzten in diesen Tagen zu uns geredet durch den Sohn“ (Hebr. 1, 1 und 2).

Dieses Wort drückt die nicht in Frage zu stellende Souveränität Gottes über den Glauben aller Menschen aus. Wir müssen das mit allen Konsequenzen anerkennen. Das bedeutet zuerst, daß wir die negative Beurteilung aller lebendigen Weltreligionen, des Heidentums und der Heiden zurückweisen müssen.

Alles Studium der Weltreligionen sollte ausgerichtet sein auf die aktive Teilnahme an allen Bemühungen, die Erde menschlicher zu machen. Es wird zu tiefen Einblicken und neuen Ausblicken führen. Es wird uns mit jenen Ländern vertraut machen, wo diese Religionen seit Jahrhunderten vor Christi Geburt bis in die Gegenwart zu den dominierenden Kräften gehörten und gehören.

Die christliche Botschaft wurde von Menschen des Westens nach Asien gebracht. Dabei wurden die christliche Lehre und Theologie in einer westlichen Terminologie dargestellt, die dem östlichen Denken und Verständnis weithin fremd ist. Von daher brach immer wieder die Frage auf, in welcher Weise das Evangelium vergegenwärtigt werden könnte, damit es von Asiaten in seiner Bedeutung begriffen werden kann. Man hat intensive Studien und Experimente auf diesem Gebiet unternommen. Zeitweise war man der Meinung, daß radikale Veränderungen im Leben der Kirche, in Liturgie und Gottesdienst vorgenommen werden müßten mit dem Ziel, die Anhänger anderer Religionen davon zu überzeugen, daß der christliche Glaube nicht fremder Import, sondern tief verwurzelt ist im Boden Asiens. Es folgten Bestrebungen zur Einheimischmachung des christlichen Kultus im Rahmen etwa Ashrams, indem buddhistische und hinduistische Formen der Architektur und des Zusammenlebens benutzt wurden. Zweifellos waren solche Projekte von großem Einfluß. Aber um uns wirklich Wollen und Fühlen östlichen Denkens zu öffnen, sind wir nun in eine Phase eingetreten, in der es darum geht, den christlichen Glau-

ben auch in Begriffen des Hinduismus, Buddhismus oder Islam ausdrücken.

Es gibt eine Plattform für praktische, dynamische Zusammenarbeit mit dem Ziel, das Leben auf dieser Erde sinnvoll und erträglich zu machen. Ahimsa im Buddhismus meint nicht (negativ) Gewaltlosigkeit, sondern aktives Eintreten für Leben und Überleben. Als Mensch geboren zu sein, ist nicht nur das höchste Stadium des Karma, auch ins Nirvana kann man nur als Mensch eingehen. Menschliches Leben ist deshalb das Heiligste auf Erden, es verlangt nach Erhaltung und Entwicklung.

sollte, mit Armut, Hunger, Arbeitslosigkeit, Krankheit und vorzeitigem Tod geschlagen wird.

Weil auch die Weltreligionen die Würde und Entwicklung des Menschen für einen zentralen Wert halten, können sich Christen mit ihren Anhängern vereinen und die legitime Forderung der Entwicklungsländer nach einer schnellen Verwirklichung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung unterstützen.

Aus jüdischer Sicht

Von Dr. Peter Kirchner

Die Auseinandersetzung des einzelnen mit der Friedensliebe darf nicht dem Wunsche entspringen, seiner Religion etwas zuzusprechen, was gelten sollte. Es sollte ihn vielmehr dazu anregen, von seiner Religion ausgehend, vor sich selbst Rechenschaft abzulegen und das aus der Geschichte Erfahrene, das in ihm zum Persönlichen wird, reden zu lassen. An dieser Stelle beginnt die Problematik. Es ist bekannt, daß das jüdische Schrifttum – ebenso wie das der meisten anderen Religionen – den Frieden als Ideal, ja als unabdingbare Forderung hinstellt. Doch ebenso findet man in den Überlieferungen Hinweise zu kriegerischem Handeln. Dieser Zwiespalt der Schrift hat sich auf das Handeln der Menschen ausgewirkt, seit eh und je. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß selbst Menschen, die tief religiös waren und denen das Streben nach Macht und Gewalt fremd war, in den Stunden der Entscheidung den Weg zum Frieden nur im Kriege sahen und in diesen Krieg zogen, überzeugt von der Gewißheit, damit einer Pflicht zu genügen. Jeder Mensch ist eingeschlossen in ihm auferlegte Verpflichtungen, seien diese religiöser Natur, oder bestimmt durch die gesellschaftlichen Verhältnisse. Er wird versucht sein, seinen Weg im Leben unter Berücksichtigung dieser Pflichten zu finden. Aber nicht immer läßt sich die Sehnsucht nach dem Guten befriedigen, und oft irrt der Mensch ab von seinem Wege, wissend um ein Ziel und es doch nicht erreichend.

Während jährlich 375 Millionen Dollar für die Produktion von Waffen, d.h. also mit dem Ziel der Zerstörung des Menschen und seiner Errungenschaften, verschwendet werden müßten mit dem Ziel, die Anhänger anderer Religionen davon zu überzeugen, daß der christliche Glaube nicht fremder Import, sondern tief verwurzelt ist im Boden Asiens. Es folgten Bestrebungen zur Einheimischmachung des christlichen Kultus im Rahmen etwa Ashrams, indem buddhistische und hinduistische Formen der Architektur und des Zusammenlebens benutzt wurden. Zweifellos waren solche Projekte von großem Einfluß. Aber um uns wirklich Wollen und Fühlen östlichen Denkens zu öffnen, sind wir nun in eine Phase eingetreten, in der es darum geht, den christlichen Glau-

Der Friedensgedanke steht im Judentum sehr wohl im Mittelpunkt, enden doch alle Gebete mit der Bitte um Frieden und schließt auch der Priestersegen die Verheißung des Friedens ein. Im babylonischen Talmud heißt es: „Der Herr, er sei gelobt, hat keine Waffe gefunden, die dem Volke Israel mehr Segen brächte als der Frieden.“ Und im Psalm 34 wird gesagt: „Meide das Böse und tue das Gute, liebe den Frieden und jage ihm nach.“ Wie soll man diese Aussagen verstehen: Die Friedensaufgabe darf nie auf die bloße gegenwärtige Nützlichkeit ausgerichtet sein, sie darf nicht allein eine gewisse Befriedigung der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Nöte in oder zwischen den Staaten bedeuten. Als aus der Religion erwachsen, muß sie vielmehr davon bestimmt sein, das von Gott verheiße Ziel allen menschlichen Suchens und Rings zu erfassen. Andererseits darf das Friedensideal aber auch nie bloßes Zukunftshoffen sein, etwas überirdisch Unerreichbares. Seinen religiösen Gehalt erhält es dadurch, daß es den Menschen bewußt wird, was um des Friedens willen Gott ihm heute, morgen und immer gebietet.

Religiöse Friedensaufgabe im Judentum ist ein Arbeiten und Mühen, um Frieden im Nahen zu beginnen und damit den ersten Schritt zum Fernziel zu tun.

Es ist die Arbeit aller füreinander, für das Recht eines jeden auf seinem Platz in der Gesellschaft, auf Güte und Wärme. Welch blühender Garten hätten jene Stätten des Leids, jene Orte ohne Freude und Licht werden können, wenn diesem wahren Frieden auch nur ein Teil der Opfer gewährt worden wären, die dem Krieg und seinem vermeintlichen Frieden in der Geschichte der Menschheit gebracht worden sind. Was alles hätte errichtet werden können, wenn nur ein Teil derer, die sich für den Krieg einsetzen, ein gleiches für den Frieden getan hätten!

Ich erinnere an den tiefen Sinn des biblischen Wortes SCHALOM, welches man so gern mit FRIEDE übersetzt, und das doch eine so viel größere Bedeutung hat. Mit ihm meint man nicht nur die Unterbrechung oder Beendigung des Krieges, es beinhaltet sehr viel mehr. Doch es würde zu weit führen, hier eine Analyse des Begriffsgehaltes zu geben.

Gefragt ist vielmehr, was sich aus alledem ableiten läßt für unser Verständnis hier und heute, für unsere Arbeit, bezogen auf die vor uns liegenden Aufgaben und da wiederum ganz konkret im Bezug auf die Vorbereitung der Weltkonferenz religiöser Repräsentanten für dauerhafte Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen zwischen den Völkern, die im Juni dieses Jahres in Moskau stattfinden wird. Unter den Vertretern der Weltreligionen werden auch solche aus dem Judentum sein. Dies zeigt sich u.a. in der Tatsache, daß das geistliche Oberhaupt der Moskauer Jüdischen Gemeinde, Rabbiner Fischmann, im Vorbereitungsausschuß mitarbeitet.

Man kann an dieser Stelle vielleicht die Frage aufwerfen, ob es in unserer Zeit heute überhaupt notwendig sei, eine eigene interreligiöse Friedensarbeit zu fördern und zu betreiben, da es doch zahlreiche säkulare Friedensbewegungen gibt. Würde es nicht genügen, sich im Rahmen dieser Organisationen zu engagieren? Sicherlich – und doch wäre es nicht ausreichend.

Im Namen der Religionen und Kirchen wurden sogenannte „Heilige Kriege“ geführt. Auch die Auseinandersetzungen im Nahen Osten werden oft unter diesem Begriff interpretiert, und doch liegen die Dinge so ganz anders. Der ursprüngliche Machtanspruch der einen Religion gegenüber der anderen war stets nur Ausdruck des Widerstreites verschiedener Gesellschaftsordnungen und Klassen. Dies wird uns nicht zuletzt an den so grausamen Auseinandersetzungen im Libanon demonstriert.

Die alttestamentlich überlieferte jüdische Geschichte ist angefüllt mit den Berichten über kriegerische Auseinandersetzungen, die nur zum kleinsten Teil eine nachträgliche Rechtfertigung zuließen – wenn überhaupt. Diese Erkenntnis läßt sich im Verlaufe der Geschichte der sogenannten „christlichen Nationen“ weiter verfolgen.

Unser heutiges Wissen um die wahren Zusammenhänge, die bitteren Erfahrungen der am eigenen Leibe erlittenen Leiden des zweiten Weltkrieges und das Miterleben der Kriege in Korea, Vietnam, im Nahen Osten und in Afrika haben uns stets erneut gezeigt, daß der Krieg über

die von ihm betroffenen Völker unendliches Unglück gebracht hat. Das Bemühen um den Frieden kann nicht nur Aufgabe der Politiker sein, sondern ist die Aufgabe aller Menschen. Aus ihrem Versagen und Mitschuldigwordensein in der Vergangenheit ist es eine Verpflichtung für alle Religionen und für die sie repräsentierenden Gläubigen, mitzuwirken an einer Welt des Friedens.

Der Friede in den Weltreligionen

Von Dr. Karl-Wolfgang Tröger

Es geht um den WELT-Frieden.

Wenn wir heute vom „Frieden“ reden, meinen wir die Abwesenheit von Krieg. Es gibt nur eine Alternative zum WELT-Krieg – den WELT-Frieden. Daher gilt es, das Prinzip der friedlichen Koexistenz weltweit durchzusetzen und zu sichern. Längerfristig stellt sich darüber hinaus die Aufgabe, überall in der Welt solche gesellschaftlichen Strukturen zu schaffen, die dem Krieg seinen Nährboden entziehen.

Die religiösen Menschen überall in der Welt können an dieser „Frage des Friedens“ (Lenin, 1917) nicht unbeteiligt vorübergehen. Denn sie sind alle unmittelbar mitbetroffen. Sie leiden unter den Folgen eines Krieges genauso wie alle anderen Menschen, und sie sehnen sich nach Frieden wie jeder andere auch. Dieser auch von den Gläubigen ersehnte WELT-Frieden ist jedoch kein religiöses Gebilde, nicht schon das eschatologische Friedensreich, sondern zunächst einmal der realpolitische Frieden in der Welt. Um diesen geht es im weltweiten Friedenkampf.

Was die Geschichte der Weltreligionen angeht, muß man feststellen, daß sie aufs ganze gesehen leider keine exemplarische Friedengeschichte gewesen ist. Deshalb können die Religionen nicht oder nur bedingt auf ihre Geschichte verweisen und an diese anknüpfen, wenn es um das Thema „Weltfrieden“ geht.

Was verstehen die einzelnen Religionen unter „Frieden“?

Der Rückgriff auf die unterschiedlichen theologischen Systeme bereitet nicht weniger Schwierigkeiten als der Rückgriff auf die Geschichte der Religionen. Die Bedeutung und der Stellenwert dessen, was unser bereits vielschichtiger Begriff „Friede(n)“ intendiert, ist in den einzelnen Religionen naturgemäß sehr verschieden. So ist z.B. das realpolitische Anliegen eines weltweiten Friedens für die neutestamentlichen Autoren gar nicht aktuell (vgl. die PAX Romana). Denn im Zentrum der christlichen Botschaft geht es um die Alternative von Heil oder Unheil des im Glauben geretteten oder durch Unglauben verlorenen Menschen – nicht um die Alternative Frieden oder Krieg. Eine vordergründige und direkte Ableitung christlichen Friedensdienstes aus dem neutestamentlichen Friedensbegriff ist somit nicht möglich. Wenn man nach einer „schriftgemäßen“ Motivation für die Friedensarbeit sucht, muß man sie aus der biblischen Grundhaltung zum Menschen und zur Welt erheben.

Der alttestamentliche Befund, der umfangreiche Bedeutungsgehalt von Schalom, bringt ein ähnliches Ergebnis. Schalom ist auf die Heilsgemeinde, das Volk Gottes bezogen und meint nur gelegentlich das friedliche Verhältnis zwischen Menschen und Völkern und damit die Abwesenheit von Krieg. Freilich kennt das Alte Testament auch die Erwartung eines endzeitlichen Friedensreiches (auch an Stellen, wo Schalom als Begriff fehlt). Aber eine Motivation zum Friedensdienst wird an „Schalom“ nur sehr bedingt anknüpfen können. Sie bedarf einer dimensional weiteren Grundlegung.

An dieser Stelle ist eine Beobachtung festzuhalten, die in allen Religionen gemacht werden kann: Der religiöse Friede des Gläubigen, seine Soteria, hängt nicht vom äußeren Frieden ab. Das gilt für den christlichen und jüdischen Glauben genauso wie für den Hinduismus, Buddhismus und Islam. Deswegen kann der äußere Frieden nicht einfach von einem „inneren“ Frieden hergeleitet werden. Die Festigung einer Glaubenshaltung führt nicht notwendig zum Einsatz für den Frieden in der Welt. Die zahlreichen weltflüchtigen religiösen

Richtungen zeigen das sehr deutlich. Betrachtet man noch die Äquivalente für „Frieden“ im Hinduismus und Buddhismus: die Befreiung von der Ruhelosigkeit des Daseins, vor allem von dem Zwang, wiedergeboren zu werden, und die Überwindung allen Leidens durch das Eingehen ins Nirvana – so wird die Problematik einer den Religionen gemeinsamen Friedensvorstellung noch deutlicher.

Im Islam schließlich zeigt sich die Vielfalt des Problems einerseits im religiösen Gebot des „heiligen Krieges“, andererseits im weltflüchtigen Glaubensziel der islamischen Mystiker, mit Allah eins zu werden. Ein eschatologisches, universales Friedensreich erwarten sowohl Sunnitn als auch Schiiten.

Läßt sich eine den Religionen gemeinsame „Theologie des Friedens“ finden? Diese Frage muß meines Erachtens verneint werden. Wollte man das versuchen, so wäre das Resultat bei den erheblichen Unterschieden der Religionen sicherlich ein negatives und würde dem gemeinsamen Anliegen der religiösen Friedenskräfte eher schaden denn nützen...

Der positive Ansatzpunkt ist das HUMANUM.

Im Grunde ist es zunächst der gesunde Menschenverstand, der religiöse Menschen in aller Welt die Sachzwänge zu einem Weltfrieden klar erkennen läßt und sie im Kampf um den Frieden vereint. Hart gesagt: Wenn die Menschen nicht überleben, überleben auch ihre Religionen nicht! Wenn uns das Überleben der Menschheit nicht gleichgültig ist – von manchen religiösen Heilsvorstellungen her wäre das durchaus denkbar –, dann geht es beim Einsatz um den Weltfrieden nicht um den „Frieden, der höher ist als alle Vernunft“, sondern um den Frieden der Menschheit, den die Vernunft gebietet. Das ist die Frage nach dem HUMANUM.

Bei aller Unterschiedlichkeit des Menschenbildes in den Weltreligionen, findet sich in ihnen allen der Aspekt der Menschlichkeit, der Menschenwürde: in den indischen Religionen z. B. die friedliche und freundschaftliche Gesinnung gegenüber Mensch und Tier und im Christentum die Verantwortung des Glaubenden für Gottes Schöpfung und Geschöpfe. Schließlich ist die HUMANITAS auch dasjenige, was

Gläubige und Nichtgläubige miteinander verbindet. „In unserer zunehmend verflochtenen Welt ist das Menschliche allein universell genug, um eine Grundlage für Verständigung und Frieden zu schaffen“ (E. C. Blake).

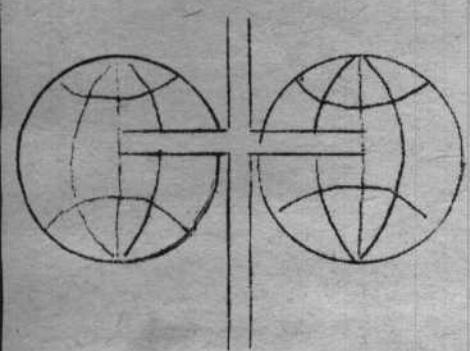
Wenn die großen Religionen nicht im theologischen Gegeneinander, sondern im menschlichen Miteinander

Vom 7. bis 11. Februar 1977 hat in New York die Tagung des Ausschusses der Nichtregierungsorganisationen (NGO) des „Economic and Social Council“ (ECOSOC) der UNO stattgefunden. Die CFK hat seit dem Jahre 1973 einen beratenden Status der Kategorie „Roster“ beim ECOSOC; auf Grund ihrer Aktivitäten im Kampf gegen Rassismus und Apartheid sowie durch ihre Unterstützung der UNO und der Abrüstung hat sie die Erteilung des beratenden Status der II. Kategorie beantragt. Dieser Antrag wurde vom Ausschuß empfohlen und wird der Frühjahrstagung des ECOSOC zur Entscheidung vorgelegt werden. Der Status der II. Kategorie würde es der CFK ermöglichen, ihre Beobachter zu allen öffentlichen Sitzungen des Rates zu entsenden und schriftliche Erklärungen entsprechend ihrem Kompetenzbereich und der Tätigkeit des ECOSOC vorzulegen.

*

Der Regionalausschuß der CFK in der DDR beschäftigte sich auf seiner letzten Zusammenkunft mit der Vorbereitung der Tagung der internationalen CFK-Kommission „Abrüstung“, die Ende Juni 1977 in der DDR zusammentreffen soll. Er stellte erste Überlegungen zur diesjährigen Regionalkonferenz an, die für Ende November 1977 vorgesehen ist.

über den realpolitischen Weltfrieden reden, werden sie einen guten Beitrag für den Frieden leisten können. Daß sie dabei auch von ihren jeweiligen religiösen Vorstellungen motiviert werden, steht außer Frage. Entscheidend aber ist, daß man konkret verhandelt, was die Religionen – alle gemeinsam und jede für sich und an ihrem Ort – für den Frieden in der Welt tun können.



CFK GRUNDBRIEF

3/77

Liebe Freunde!

Dem Regionalausschuß lag auf seiner letzten Sitzung der Kassenbericht 1976 vor. Er wies aus, daß eine große Zahl von Ihnen die Arbeit treu und regelmäßig auch finanziell unterstützt. Ihnen soll dafür herzlich gedankt sein. Nicht wenige kommen den eingegangenen Verpflichtungen leider nur ungenügend oder gar nicht nach. Sie sollen mit diesem Rundbrief freundlich daran erinnert werden. Im ganzen ist unsere Finanzlage schlecht, was umso schwerer wiegt, als mit der Vorbereitung der V. Allchristlichen Friedensversammlung eine Reihe zusätzlicher Aufgaben auf uns zukommen.

Es sind vor allem unsere internationalen Verpflichtungen und die Besuche ausländischer Gäste, die die Kasse belasten. Die Zahl ausländischer Besucher weist eine steigende Tendenz auf. Das ist erfreulich, stellt aber auch erhöhte organisatorische Anforderungen. Es ist das Ziel des Regionalausschusses, in zunehmendem Maße Begegnungen auf der Gemeindeebene zu ermöglichen. Dazu brauchen wir Ihre Mithilfe. Für die Zeit vom 11. bis 16. Oktober hat sich beispielsweise eine Gruppe von 12 japanischen Protestanten angesagt. Sie unternimmt eine Studienreise durch alle sozialistischen Länder. Wer könnte für ein oder zwei Tage ein sinnvolles Programm für diese Gruppe gestalten? Bitte melden Sie sich, wenn Sie an Besuchen ausländischer Gäste der CFK interessiert sind.

gez. Carl Ordnung

REGIONALAUSSCHUß DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ
108 Berlin, Planckstr. 20

Arbeitsausschuß in Limuru, Kenya vom 22. - 27. April 1977

I.

Die Frühjahrstagung des Arbeitsausschusses der CFK fand diesmal auf afrikanischem Boden in Kenya statt. Der nationale Christenrat Kenyas hatte die CFK eingeladen, die Tagung im Konferenz- und Ausbildungszentrum Limuru, etwa 40 km von der Hauptstadt Nairobi entfernt, abzuhalten. Die 70 Teilnehmer aus 22 Ländern fanden in diesem Konferenzzentrum ideale Arbeitsbedingungen vor. Angesichts des umfangreichen Arbeitsprogrammes blieb nur wenig Zeit, Eindrücke von Land und Leuten zu gewinnen. Trotzdem nutzten viele Teilnehmer die Gelegenheit, eine unvergeßliche Safari in den nahe gelegenen Nationalpark zu unternehmen und die Stadt Nairobi nicht nur bei Empfängen in Hotels kennenzulernen. Ein Ausflug in den nahe gelegenen Nationalpark, Fahrten zum Markttag in Limuru und an den Rand des ostafrikanischen Grabenbruches, sowie zahlreiche Gespräche und Empfänge mit Afrikanern, haben tiefe Eindrücke bei allen Teilnehmern hinterlassen. Ein besonderer Höhepunkt war die Begegnung mit afrikanischer Frömmigkeit bei den Sonntagsgottesdiensten in Nairobi und Limuru. In vielen Gesprächen wurde deutlich, daß die Anliegen der Christlichen Friedenskonferenz in Afrika vorurteilsfrei und aufgeschlossen aufgenommen werden. Dabei war es wichtig, daß bei dieser Arbeitsausschußtagung die Fragen und Probleme von Gerechtigkeit, Frieden und Befreiung in Afrika und der Beitrag der Christen im Vordergrund der Beratung standen. So ging auch der Generalsekretär in seinem Bericht auf Impulse der afrikanischen Theologie ein und machte deutlich, daß diese eigene theologische Reflektion auf afrikanischem Boden für die ökumenische Bewegung eine wichtige Funktion übernommen hat. In den Resolutionen der Tagung wurde die Konzentration auf die Probleme Afrikas dadurch deutlich, daß drei Dokumente angenommen wurden

1. Eine Resolution über das südliche Afrika, in der die gegenwärtige, gefährliche Situation analysiert wird und die CFK ihre Solidarität mit den christlichen Führern und den Völkern des südlichen Afrikas zum Ausdruck bringt. "Die Befreiungsbewegung im südlichen Afrika bekommt neuen Aufschwung, und nur diejenigen, die den Lehren der Geschichte gegenüber blind sind, können die Schrift an der Wand nicht entschlüsseln".
2. Eine Resolution über die Entmilitarisierung des Indischen Ozeans, in der gefordert wird, daß unverzüglich alle Militär- und Luft- See-Basen in diesem Gebiet abgebaut werden müssen und der Indische Ozean zur Friedenszone erklärt wird.
3. Eine Resolution über den Nahen Osten, in der die Hoffnung ausgedrückt wird, daß die realistischen Kräfte in Israel davon überzeugt werden, eine friedliche Lösung auszuarbeiten, die die Anerkennung eines unabhängigen palästinensischen Staates einschließt und daß die Feindseligkeiten im Libanon nicht wieder aufflammen. "Wir rufen alle Christen, Kirchen

und religiösen Vereinigungen auf, weiterhin für den Frieden im Heiligen Land zu beten, und bitten alle Menschen guten Willens, den Initiativen für eine friedliche Lösung Unterstützung zukommen zu lassen."

Zu einer eigenen Erklärung zur Situation in Uganda kam es nach längerer Aussprache nicht. Der Arbeitsausschuß entschied, daß die Handreichung zum Afrika-Sonntag 1977, die durch eine Gruppe des Regionalausschusses der DDR vorbereitet wurde, einen Abschnitt enthält, in dem auf die besondere Prüfungssituation der Christen und Kirchen in Uganda hingewiesen wird. "Wir wissen sehr wohl, daß die Ereignisse in Uganda historische Wurzeln haben, daß hier die verschiedensten Faktoren gesellschaftlicher und politischer Provenienz aus der Vergangenheit her wirksam sind, Kolonialismus, die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung durch die weiße usw. Das zwingt uns jedoch umso mehr, mit wachem Gewissen und mit großer Sorgfalt die Entwicklung in diesem Lande zu verfolgen, und wir sind sicher, daß gerade am Afrika-Sonntag viele Schwestern und Brüder in dieser Welt ihrer Schwestern und Brüder in Uganda gedenken und sie in ihr Gebet einschließen."

In der Presse und im Fernsehen Kenyas fanden diese Arbeitsergebnisse eine positive Wertung, besonders hervorgehoben wurde der Einsatz der CFK gegen die Apartheidspolitik im Süden Afrikas. Bei den Empfängen durch den Magistrat von Nairobi in der city-hall, des nationalen Christenrates und der Allafrikanischen Kirchenkonferenz wurde diese klare Parteilichkeit begrüßt und gewürdigt.

Einen großen Raum nahm bei den Beratungen des Arbeitsausschusses die Entgegennahme von Berichten über Aktivitäten der CFK ein, seit der letzten Arbeitsausschusssitzung in Bad Saarow, DDR. Zu Beginn der Sitzung mußte sich der Arbeitsausschuß mit der ernsten Gesundheitssituation des Präsidenten Nikodim befassen, der aus Gesundheitsgründen auch an der Arbeitsausschusssitzung selbst nicht teilnehmen konnte. In einem Schreiben wies er darauf hin, daß er während der Arbeitsausschusssitzung in Bad Saarow einen fünften Herzinfarkt erlitten hat und darum nicht mehr im vollen Umfang die Arbeit eines Präsidenten der Bewegung wahrnehmen kann. Der Arbeitsausschuß entschied, daß Metropolit Nikodim weiterhin Präsident der Bewegung bleibt, aber Metropolit Filaret, Kiew, in den Arbeitsausschuß kooptiert wird und er die Russische Orthodoxe Kirche als einer der Vizepräsidenten vertritt und in Zukunft die Amtsgeschäfte des Präsidenten im wesentlichen übernimmt. Aus der Fülle der Berichte können nur einige hervorgehoben werden. Die Bedeutung der CFK als einer Weltbewegung wird dadurch unterstrichen, daß sie als Nichtregierungsorganisation (NGO) bei den Vereinten Nationen die Kategorie II zugesprochen bekam. Interessant ist, daß bei der Debatte im Wirtschafts- und Sozialratsskomitee Frankreich und Großbritannien zuerst zurückhaltend waren und Chile eine Vertagung versuchte, daß der Antrag dann besonders durch die sozialistischen Staaten, Tunesien, Kenya, Japan, Irak und Schweden unterstützt wurde und auch die USA einverstanden waren. Die CFK hat nun das Recht, eigene schriftliche Initiativen den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zuzuleiten und an allen wichtigen Weltkonferenzen teilzunehmen.

Im Dezember 1977 wird in Sierra Leone eine afrikanische CFK gegründet werden. Damit ist die weitere Regionalisierung der Bewegung geplant, nachdem die asiatische CFK sich schon vor einem Jahr konstituierte. In Mexiko hat sich eine lateinamerikanische Regionalgruppe gebildet. Der Arbeitsausschuß nahm einen Bericht über eine Reise einer CFK-Delegation durch asiatische Länder entgegen, die große Aufgeschlossenheit zeigten. An der nächsten Allchristlichen Friedensversammlung werden auch Vertreter Australiens und einiger asiatischer Länder erwartet, die bisher nicht an der Bewegung teilgenommen haben. Über eine Konsultation mit der Konferenz Europäischer Kirchen in Österreich wurde berichtet und festgestellt, daß die thematische Zusammenarbeit fortgesetzt und intensiviert wird. Im Anschluß an die Arbeitsausschusssitzung in Bad Saarow war es zu einer Begegnung von Repräsentanten der CFK mit dem Vorstand des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR gekommen. Dabei wurde festgestellt, daß die Kirchen in der DDR gern Gastgeber für internationale Konferenzen der CFK sind und bei Seminaren und Konsultationen mitarbeiten werden. Ein regelmäßiger Gedankenaustausch in Abständen von zwei bis drei Jahren wurde verabredet.

Es wurde auch berichtet, daß sich in Großbritannien wieder ein Regionalausschuß bildet. Für die großen Konferenzen der Friedenskräfte in Warschau und der religiösen Repräsentanten für den Frieden in Moskau, wurden die Delegationen zusammengestellt und Richtlinien für den Beitrag der CFK erarbeitet. Dies sind nur einige Punkte aus dem umfangreichen Arbeitsprogramm des Arbeitsausschusses. Über die Planung berichtet Professor Bassarak.

Superintendent Rolf-Dieter Günther

II.

Bruder Günther, der bei der Sitzung des Arbeitsausschusses in Nairobi den Internationalen Sekretär, Bruder Gutsch, vertrat, hat es übernommen, über den Rahmen der Tagung zu berichten und inhaltlich auf den ersten Teil einzugehen - dabei handelt es sich um die Übersicht über die bis dahin von der CFK geleistete Arbeit.

Meine Verantwortung für den hier vorzulegenden Bericht betrifft den zweiten Teil der Verhandlungen, beginnend mit den beiden Referaten über die politische und kirchliche Situation in Afrika und über die bevorstehenden Aufgaben.

Ein afrikanischer Politiker, der stellvertretende Staatssekretär im Außenministerium von Kenya, J.B.K. Mwaura, sprach zu den politischen Fragen. Sein Chef, der Außenminister, der ursprünglich selber zugesagt hatte zu kommen, war verhindert, weil er akutelle Verhandlungen leiten mußte. Es war für uns in gewisser Weise erstaunlich zu hören, daß der Referent sich lediglich auf einen einzigen Punkt beschränkte und konzentrierte: den Kampf gegen das Apartheidsregime in der Republik

Süd Afrika. Da die Grenze zwischen Kenya und Tansania erneut gesperrt war, da die Zeitungen voller Sensationen über die Grenzsperrung waren, fragten wir nach diesem Problem. Allerdings waren wir selber ein wenig irritiert dadurch, daß ein Mitarbeiter der CFK aus Dar es Salaam, der auch bei uns bekannte Generalsekretär des Tansanischen Kirchenrates, Pfarrer Shauri, unangefochten in Nairobi hatte erscheinen können, an der Sitzung des AA teilnahm, und daß auch die Aeroflot offenbar ohne Schwierigkeiten die Strecke Nairobi - Dar es Salaam - Nairobi beflogt. Der Redner wies dann auch auf die Anwesenheit von Pfarrer Shauri und erklärte, daß zwischen beiden Regierungen Verhandlungen gepflegt würden.

Der Arbeitsausschuß stand unter der Leitung von Pfarrer Vizepräsident Andriamanjato aus Madagaskar. Er mußte allerdings vorzeitig abreisen, da in seinem Lande Wahlen bevorstehen. Er ist bekanntlich der Chef einer Partei (zudem Oberbürgermeister der Hauptstadt von Tananarive). Er versprach uns, von der zweiten Hälfte des Jahres ab wieder stärker für die Arbeit der CFK zur Verfügung zu stehen. Seine persönliche Situation hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren: - seit der ersten Sitzung des AA auf afrikanischem Boden im Herbst 1974 eben in Tananarive - wesentlich konsolidiert. Damals sagte er uns, daß seine Sicherheit gefährdet sei, wenn er in bestimmten Ländern Afrikas angetroffen würde. Nun konnte er uns darüber informieren, daß diese Gefährdung nicht mehr vorhanden sei.

Der Generalsekretär der AAC (Gesamtafrikanische Konferenz der Kirchen), Kanonikus Burgess Carr, der in Nairobi amtiert und residiert, beschränkte sich nicht nur auf den Bericht über die Lage der Kirchen. Hier sah er für die Zukunft verhältnismäßig optimistisch, trotz gegenwärtiger Probleme, Schwierigkeiten, ja Verfolgungen und Märtyrium in manchen Ländern. So wurden in jüngster Zeit drei Christen in Bischofsämtern getötet (in Äthiopien, in Uganda und in Kongo-Brazzaville). Trotzdem nimmt man an, daß Afrika im Jahre 2000 der christlichste Kontinent sein wird. Carr urteilte über die politische und ökonomische Lage sehr negativ. Zur Zeit sei die Ausbeutung Afrikas auf dem Wege des Neokolonialismus durch die transnationalen Konzerne mit Hilfe der Schwarzen Kombradoren-Bourgeoisie weitaus gefährlicher als zu allen Zeiten des Kolonialismus, die mit Sklavenhandel, Zerstörung bodenständiger Kultur und landeseigener Ökonomie (Monokulturen!) doch wahrlich entsätzliche Scheuchlichkeiten bewirkt hatte. Im Urteil von Carr standen die drei genannten Länder sehr tief (für Äthiopien setzte sich Erzbischof Salomon Sellassie eindrucksvoll zur Wehr). Weniger schroff fiel das Urteil über Angola und Mozambique aus. Doch auch hier war Carr der Meinung, es könne sich nicht um Modelle für die politische Entwicklung in Afrika handeln.

Die meisten der Afrikaner, mit denen wir es zu tun hatten, gehören kirchlichen Kreisen und soziologischen Mittelschichten an. Atmosphärisch war es interessant, wie der Einfluß der westlichen Medien propagandistisch wirkt. In der Pressekonferenz insistierte man auf einigen Fragen nach den Menschenrechten der Sowjetunion, die durch den neuen amerika-

nischen Präsidenten Carter ausgelöst waren. Belustigend für uns war ein offenbar weitverbreitetes Schreckgespenst unter der Vorstellung: "die Russen kommen". Hier liegt eine völlig irrationale Befürchtung vor, der man, zumal als Fremder aus einem sozialistischen Land kommend, mit rationalen Argumenten nur schwer mit Erfolg begegnen kann.

Von Interesse könnte die Mitteilung sein, daß in dem kirchlichen Konferenzzentrum Limuru, 35 km von Nairobi entfernt, wo der Arbeitsausschuß tagte, ein ungarischer Mitarbeiter tätig ist. Er unterrichtet dort mit einem Dreijahresvertrag Systematische Theologie und andere Fächer. Uns hat er auf vielerlei Weise behilflich sein können, auch im Blick auf das Verständnis der Bevölkerung dort und ihrer Lage. Er hat zweieinhalb Jahre vor sich. Wir können ihm für seine Tätigkeit nur unsere besten Wünsche ausdrücken.

Für den Regionalausschuß in der DDR sind aus dem Aufgabenplan, der im AA diskutiert wurde, die folgenden Gegenstände von besonderem Interesse:

1. Der "Afrika-Sonntag", zu dem der Regionalausschuß in der DDR Material ausgearbeitet hat, der Weltabruszungstag am 17. Juni und der UNO-Sonntag, am 23. Oktober, für den die Freunde in den USA eine Konzeption ausarbeiten.
2. Im Oktober kommt eine Delegation von der Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz (GAKC) zu Mitgliedskirchen und Regionalausschüssen der CFK in Europa, dabei auch zu uns in die DDR. Ebenso wird im Oktober wieder - wie in der letzten Zeit fast schon zur jährlichen Regel geworden - eine Delegation aus Japan uns besuchen.
3. Zur Zeit ist eine CFK-Delegation auf dem Wege nach Vietnam. Es ist die erste ökumenische Delegation, die nach dem Sieg des vietnamesischen Volkes die Republik Vietnam besucht. Wir sollten in der Fürbitte daran denken. Eine weitere Delegation wird noch in Kürze die Kirchen Australiens besuchen.
4. Kommissionssitzungen, an denen Mitglieder unseres Regionalausschusses beteiligt sind, finden wie folgt statt:
 - a) Kommission "für Probleme der Gleichberechtigung" 20.-25.5. BRD
 - b) Antirassismus 27.6. - 1.7. USA
 - c) Subkommission Abrüstung 27. - 30.6. DDR
 - d) Subkommission UNO 1. - 3.9. Finnland
 - e) Subkommission Nahost 5. - 10.9. Schweiz
 - f) Theologische Kommission 19. - 22.9. Westberlin
 - g) Ökonomie und Politik 14. - 20.11. Japan
 - h) Jugendkommission 29.11. - 3.12. UdSSR

Das Internationale Sekretariat tagte im Juni in Bukarest und tagt im September in Amsterdam, der Arbeitsausschuß im November in Arnoldshain/Taunus (BRD).

Es würde zu weit führen, alle Aktionen und Aktivitäten, die außerdem noch stattfinden, hier zu erwähnen. Abschließend ist aber noch darauf hinzuweisen, daß die V. Allchristliche Friedensversammlung vom 22. - 29. Juni 1978 in Prag tagen wird. Unter den insgesamt 450 Delegierten rechnet man mit 20 Teilnehmern aus der DDR, dazu kommen allerdings noch Gäste,

Beobachter und Presse. Das Thema heißt: "Gottes Ruf zur Solidarität". Unterthema: "Christen für Frieden, Gerechtigkeit und Befreiung". Als biblisches Motto ist gewählt Luk. 1,79: "...und richte unsere Füße auf den Weg des Friedens".

Die Vorbereitung für diese große Versammlung wird vom Internationalen Sekretariat in Zusammenarbeit mit dem Prager Stab geleistet. Auch wir sollten unsere Gedanken schon auf diese Vollversammlung hin ausrichten.

Prof. Dr. Gerhard Bassarak

x-x-x-x

Friede und Gleichberechtigung

Vom 20. bis 25. Mai tagte im Josef L.-Hromádka-Haus in Zweifall (BRD) die "CFK-Frauenkommission". Sie fragte nach der biblischen Botschaft von der Gleichberechtigung und analysierte vergangene und aktuelle Formen ihrer Verfälschung. Die Hauptreferate wurden von Pastorin Ilsegret Fink /DDR und Bernadeen Silva /Sri Lanka gehalten.

Die Aussagen dieser Tagung, bei der übrigens Frau N. Hromádka, Prag, zur Ehrenvorsitzenden dieser CFK-Kommission gewählt wurde, sollen von der entsprechenden Arbeitsgruppe in der DDR aufgenommen und weiter diskutiert werden. Frau Ingeborg Philipp hat vorgeschlagen, daß sich alle interessierten Frauen und Männer am Sonnabend, dem 1. Oktober 1977, von 10 bis 16 Uhr dazu im Gemeindehaus in Hennigsdorf zusammenfinden. Bitte notieren Sie sich diesen Termin. Einladungen dazu ergehen im September. Vielleicht provozieren die nachfolgenden Sätze aus dem Referat von B. Silva in Zweifall Ihr Interesse an dieser Arbeit.

Bernadene Silva

Es ist unsere These, daß die relevanten Aspekte der christlichen Offenbarung eine fundamentale Gleichheit von Frau und Mann behaupten. Der Unterschied ist weniger bedeutsam als die Gleichheit. Theologie ist keine Biologie. Diskriminierung der Frau kommt tatsächlich von der Kultur der Völker und von der Kirchenpraxis der betreffenden Kulturreiche, also nicht von der göttlichen Offenbarung.

*

Wenn Jesus nur eine maskuline Gestalt annahm, und wenn diese Männlichkeit Jesu die Überlegenheit des Mannes über die Frau bedeuten sollte, wie könnte Weihnachten von den Frauen gefeiert werden? Weihnachten sollte dann ein Trauertag für sie sein, es wäre dann der Tag, an dem Gott die Frauen im Stich ließ - während er doch von einer Frau geboren wurde? Die Lehre Jesu Christi ist in ihren Grundlagen universal. Im Reiche Gottes gibt es keinen Vorrang des Mannes. Es ist wichtig zu betonen, daß Jesus nicht "die Kirche" predigte, sondern das Reich Gottes und seine Werte. Nur zweimal spricht Jesus in den Evangelien von der Kirche. Grundlage seiner

Lehre ist das Reich Gottes und seine Werte. Dieses Reich ist offen für alle, für Juden und Heiden, für Männer und Frauen. Jesus sagt sogar: für Huren und Prostituierte, welche einen höheren Platz bekommen werden als Pharisäer und Schriftgelehrte (die Männer waren).

*

Jesus sagt, daß er gekommen ist, um zu dienen, nicht daß man ihm diene. Wenn die Männer mit Jesus mehr verwandt sind (wie die letzte Vatikanische Erklärung über die Ordination behauptet), sollten sie mehr Lust dazu haben zu dienen als zu herrschen. Das Evangelium unterstreicht die Meinung, nach der der Dienst immer Priorität hat.

*

Gott muß von der Vorstellung befreit werden, daß er nach dem Bilde des Mannes geschaffen worden ist.

CFK-Delegation in Vietnam

Am 22. Juni berichtete Pfarrer Dr. Günther Berndt von der Evangelischen Akademie in Westberlin vor Freunden und Mitarbeitern der CFK in der DDR über seine Eindrücke von einem Besuch der Sozialistischen Republik Vietnam. Er weilte Anfang Mai für einige Tage in Hanoi und in Ho-Chi-Minh-Stadt als Mitglied einer fünfköpfigen CFK-Delegation, die vom Nationalen Verbindungskomitee der Patriotischen katholischen Priester eingeladen worden war.

Trotz der schrecklichen Verwüstungen und Zerstörungen, die der Krieg hinterlassen habe, sei Vietnam ein Land der Hoffnung, wie er es selten erlebt habe, sagte Dr. Berndt. Es werde als ganz selbstverständlich empfunden, daß man das Land als ein sozialistisches wieder aufbaue. Die Kommunisten genießen überall großes Vertrauen - aufgrund ihrer Leistungen und Opfer, die sie in den 30 Kriegsjahren gebracht haben.

Für den Wiederaufbau brauche Vietnam einfach alles, was man sich vorstellen könne, aber so dankbar man für alle Hilfe sei, man mache sich nicht davon abhängig. "Wenn wir diesen Krieg gewonnen haben, dann werden wir auch den friedlichen Aufbau schaffen", wurde den Gästen immer wieder gesagt.

Als besonders beeindruckend bezeichnete Dr. Berndt die große Disziplin und Pünktlichkeit, die man immer wieder beobachtet habe. Ohne solche Eigenschaften hat das vietnamesische Volk nicht die größte imperialistische Militärmacht zurückschlagen können.

Die Delegation traf mit zahlreichen katholischen Priestern und Laien zusammen; sie wurde vom Erzbischof von Saigon empfangen. Sie hatte auch eine Begegnung mit Vertretern der protestantischen Gruppen. Vor allem unter den Katholiken gibt es zahlreiche politisch Engagierte, die in der Tradition des Befreiungskampfes stehen und ihren Weg auch theologisch reflektieren. Die CFK-Delegation wurde vom Sekretär des ZK der Partei der Werktätigen Xuan Thuy empfangen, der seinerzeit Leiter der vietnamesischen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Paris war.

C.O.

US-Präsident Carter zu Vietnam

Die USA-Wochenschrift "Seven Days" veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 23.5.77 unter der Überschrift "Menschenrechte: neue Entschuldigung für Einmischung der USA" einen Aufsatz von Prof. Noam Chomsky. Darin schreibt der Wissenschaftler, der seinerzeit der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg angehörte, folgendes: "Um die Aufrichtigkeit des Moralisten (Carter) feststellen zu können, fragen wir zuerst, wie er auf die Verletzungen der Menschenrechte reagiert, die er unterstützt hat und für die er mitverantwortlich ist... In einer der Diskussionen über Menschenrechte wurde Präsident Carter gefragt, ob die Vereinigten Staaten 'eine moralische Verpflichtung zum Wiederaufbau Vietnams' haben. Überhaupt nicht, antwortete er: 'Die Zerstörung erfolgte gegenseitig.' Wir haben ihre Dörfer bombardiert, und sie haben unsere Piloten abgeschossen, da 'wir ohne den Wunsch, ... den amerikanischen Willen einem anderen Volk aufzuzwingen, nach Vietnam gingen', sondern lediglich 'um die Freiheit der Südvietnamesen zu verteidigen', und da in jedem Fall 'die Zerstörung gegenseitig erfolgte', haben wir keinen Grund, uns 'zu entschuldigen oder Selbtkritik zu üben oder uns schuldig zu bekennen'. Wir haben auch keine Schuld abzutragen."

Leitartikler und politische Kommentatoren finden nichts seltsames an dieser Interpretation der Geschichte und diesem Ausdruck der christlichen Moral. Und als ein offizieller Vertreter es wagte, eine Entschuldigung für das amerikanische Verhalten in Chile anzubieten, würde er umgehend gemäßregelt und - wie es das Außenministerium ausdrückt - ins Amt gerufen, um 'sicher zu gehen, daß er die Grundregeln begreift'.

So ist die Schlußfolgerung offenbar gerechtfertigt, daß die gegenwärtige Glorifizierung der Menschenrechte kaum mehr ist als eine Bemühung der Regierung und Ihrer Propaganda-Experten, um das System der Überzeugungen, daß durch den Vietnam-Krieg unterminiert wurde, zu restaurieren."

x-x-x-x

Ökumenische Besuche

Vom 26. bis 30. Juni hielt die internationale Subkommission -Abrüstung- ihre diesjährige Tagung auf Einladung des Regionalausschusses in Weimar und Burgscheidungen. Am Abend des 26. Juni kam es in Weimar zu einer Begegnung der Kommissionsmitglieder mit dem Superintendenten und den Pfarrern im Sophienhaus. Am 30. Juni waren einige ausländische Teilnehmer der Tagung in Gemeinden zu Gast, und zwar

- Pfarrer George Mac Leod, Lord of Fuinary, früherer Präsident der Kirche von Schottland aus Edinburgh in Rathenow
- der Vizepräsident der Union der Baptisten-Evangeliumschristen in der Sowjetunion, Pastor Ilja Orlow, Moskau, bei der baptistischen Gemeinde in Erfurt

- der katholische Theologe Prof. Dr. Frantisek Vymetal aus Olomouc (CSSR) in Kapellendorf
- Mag. Klaus Ehrler, Westberlin, Mitglied des internationalen Stabes der CFK in Prag in Hettstedt.

*

Vom 16. bis 19. Juni war eine Studiengruppe der Gemeinde Bremen-Lüssum unter Leitung von Pfarrer Arend Bertzbach bei der korporativ in der CFK mitarbeitenden Kirchengemeinde Oderberg zu Gast. Auch die Bremer Gemeinde ist aktiv in der CFK. Die Gäste weilten für einen Tag in Berlin und führten Gespräche mit Vertretern des Staatssekretariats für Kirchenfragen, der CDU und der CFK.

*

Vom 11. bis 16. Juli unternahm eine elfköpfige Gruppe von Theologiestudenten aus Frankfurt/Main auf Einladung des Regionalausschusses eine Studienreise in die DDR, die zu Begegnungen in Berlin, Potsdam, Templin und Weimar führte. Einige Mitglieder der Gruppe gehören dem MSB Spartakus an; von ihnen war die Initiative für die Studienreise ausgegangen.

X-X-X-X

Gespräch mit Arbeitsgruppe des Kirchenbundes

Im Herbst 1976 hatte die Theologische Studienabteilung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR eine umfangreiche Arbeitshilfe zum Thema "Erziehung zum Frieden" herausgegeben. Der Regionalausschuß hat sich intensiv mit dieser Arbeitshilfe beschäftigt und eine Stellungnahme dazu erarbeitet. Diese Stellungnahme wurde dem Arbeitskreis Friedensfragen beim Bund übermittelt, der für die Ausarbeitung der Arbeitshilfe verantwortlich zeichnet. Am 21. Juni d.J. führten Vertreter des Regionalausschusses mit Mitgliedern des Arbeitskreises ein ebenso intensives wie konstruktives Gespräch.

Interessenten wird die Stellungnahme des Regionalausschusses auf Wunsch gern zugestellt.

*

Mitteilung der Studiengruppe "Friede im Nahen Osten"

Liebe Freunde!

Im vergangenen Jahr hatten wir als regionale CFK-Studiengruppe "Friede im Nahen Osten" fünf Thesen entworfen, die Stellungnahmen zu der Zionismus-Resolution der UN-Vollversammlung vom 10. November 1975.

Das Echo auf diese, den Mitarbeitern in vervielfältigter Form zur Verfügung gestellten Thesen war erfreulich breit. Eine ganze Reihe unserer Mitarbeiter hat uns Stellungnahmen

bzw. kritische Anmerkungen zu unserem Papier geschickt, für die wir uns im Rahmen dieses Rundbriefes sehr herzlich bedanken möchten, zeigt doch diese Reaktion, wie engagiert und in welchem konstruktiv-kritischen Geist unsere Regionalarbeit getragen wird.

Nachdem wir in unserer letzten Zusammenkunft als Berliner Studiengruppe "Nahost" die Anregungen aller Zuschriften ausgewertet haben, sind wir zu dem Schluß gekommen, daß eine bloße Überarbeitung der Thesen nicht sinnvoll ist. Einige Zuschriften machten mit Recht geltend, daß die Thesen-Form bei einem so komplizierten Thema schon deshalb nicht angemessen wäre, weil dabei zuviel vorausgesetzt werden müßte. So nehmen wir die vielfältigen Anregungen und Kritiken zum Anlaß, auf eine Informations- und Dokumentationsbroschüre hinzuarbeiten.

In der Hoffnung, auch hierbei mit einer konstruktiv-kritischen Mitarbeit innerhalb unserer Regionalkonferenz rechnen zu können

grüßen wir Sie alle
gez. Dr. C.J. Kaltenborn

x-x-x-x

Zum Moskauer Weltkongreß religiöser Friedenskräfte

Diesem Rundbrief liegen die (als Beilage zur Monatsschrift "Standpunkt" gedruckten) CFK-Mitteilungen Nr. 20 bei. Sie enthalten Materialien unseres Vorbereitungsseminars auf Moskau, die sich jetzt gut für die Nacharbeit eignen dürften. Der Regionalausschuß plant für den 10. Oktober 1977 eine Veranstaltung mit internationaler Beteiligung, auf der erörtert werden soll, wie die Impulse von Moskau aufgenommen und weitergeführt werden können. Bitte merken Sie sich den Termin vor!

x-x-x-x

cfk informationen cfk

Informationsabteilung der Christlichen Friedenskonferenz
Prag 1, Jungmannova 9, Tschechoslowakei — Tel.: 248866, 248536

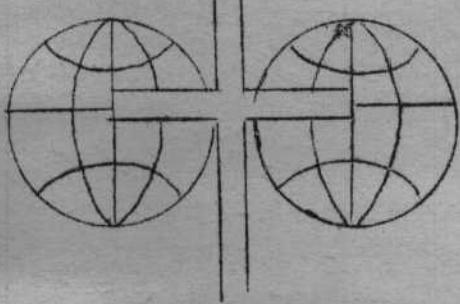
INHALT:

- Das Internationale Sekretariat der CFK tagte in Bukarest
- Inthronisation Seiner Seligkeit Justin, des neuen Patriarchen der Rumänischen Orthodoxen Kirche
- Die Zusammenarbeit der Weltreligionen im Interesse des gerechten Friedens und der Abrüstung
- Zusammenarbeit der CFK mit verschiedenen Organisationen
- CFK-Delegation in Australien
- Regionalarbeit der CFK

Das Internationale Sekretariat der CFK tagte in Bukarest (Kommuqué)

Das Internationale Sekretariat der Christlichen Friedenskonferenz hielt seine Arbeitstagung vom 16.-19. Juni 1977 auf Einladung der Rumänischen Orthodoxen Kirche in Bukarest. Die Versammlung im Theologischen Universitätsinstitut von Bukarest wurde mit einem orthodoxen Gottesdienst eröffnet. Die Mitglieder des Internationalen Sekretariats wurden namens Seiner Seligkeit, des Patriarchen Justin, durch seine Exzellenz Nestor Severineanul, Weihbischof der Erzdiözese Kraiova, begrüßt. In seiner Grussadresse machte er unter anderem an einer Reihe von Ereignissen die vordringlichen aktuellen Aufgaben des rumänischen Volkes und der Rumänischen Orthodoxen Kirche deutlich.

Der Hauptverhandlungsgegenstand der Zusammenkunft war: "Die Europäische Zusammenarbeit zwischen Helsinki und Belgrad". Als Ehrengast sprach zu diesem Thema seine Exzellenz Vasile Gliga, der erste Stellvertreter des Aussenministers der Sozialistischen Republik Rumänien. Dabei stellte er das besondere Interesse heraus, das Rumänien den Problemen des Friedens und der Internationalen Zusammenarbeit gewidmet hat, ein Beitrag, zu dem alle Staaten und alle Völker aufrufen sind, um Entspannung, Sicherheit und Frieden Wirklichkeit werden zu lassen. Die Darlegungen des stellvertretenen Ministers wurden mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt und riefen eine lebhafte Aussprache hervor.



CFK RUNDBLIEF

3/78

Liebe Freunde!

Wenn Sie diesen Rundbrief erhalten, sind es nur noch wenige Wochen bis zur V. Allchristlichen Friedensversammlung. Die meisten von Ihnen können nicht direkt daran teilnehmen. Aus der DDR sind 20 Delegierte eingeladen. Aber diese Weltkonferenz ist mehr als das, was in den Tagen zwischen dem 22. und 28. Juni in Prag an Reden und Hören, Beten und Begegnung passiert. Zu ihr gehört Ihr Mittenken und Ihre Fürbitte.

An zwei Tagen der kommenden Wochen könnte sich das in besonderer Weise zeigen:

am 28. Mai, der auf Vorschlag der CFK wieder als AFRIKA-SONNTAG begangen werden soll,
und
am 17. Juni, dem WELTABRÜSTUNGSTAG.

Damit sind zwei Brennpunkte im Ringen um den Weltfrieden genannt. Wir rufen Sie auf, die damit angesprochenen Aufgaben in Ihre Arbeit einzubeziehen. Das wäre ein guter Beitrag zur Vorbereitung des Treffens in Prag.

Wir haben sowohl zu Fragen der Abrüstung wie zu denen des südlichen Afrika in den letzten Rundbriefen Informationsmaterial veröffentlicht. In diesem Rundbrief machen wir Ihnen einen Teil des Materials zugänglich, das vom Stab der CFK für den AFRIKA-SONNTAG erarbeitet wurde. Gleichzeitig informieren wir Sie darüber, daß der Ökumenische Jugenddienst in der DDR seine letzten beiden INFORMATIONEN ganz dem Thema "Südliches Afrika" gewidmet hat. Nr. 3/78 enthält unter dem Titel "Südafrika - vor dem Fall" eine Zusammenfassung dessen, was der Direktor der Außenstelle des Christlichen Instituts von Südafrika, Horst Kleinschmidt, bei seinem Besuch in der DDR Anfang Januar auf verschiedenen Veranstaltungen gesagt hat.

Nr. 4/78 bringt im Wortlaut eine Studie des Antirassismusprogramms des Ökumenischen Rates "Südafrika - Hoffnung um welchen Preis?"

Außerdem wird Mitte Mai eine umfangreichere Arbeitsmappe zu Fragen der Abrüstung vorliegen, die von der gemeinsamen Arbeitsgruppe "Abrüstung" der CFK und der Goßner-Mission für den Informationsdienst in Gemeinden und kirchlichen Gruppen erarbeitet wurde.

Diese Materialien werden Ihnen auf Bestellung gegen ein Entgelt für Druck- und Versandkosten zugestellt.
Bestellen Sie bitte rechtzeitig!

gez. Carl Ordnung

GEBETE FÜR DEN AFRIKA-SONNTAG

Dankgebet

Wir danken Dir, Herr, für den Mut und die Selbstlosigkeit vieler unbekannter Männer, Frauen und Kinder in Namibia, Zimbabwe und Südafrika, die für Gerechtigkeit und Menschenwürde eingetreten sind und dabei ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben.

Wir danken Dir für die Hoffnung, die sie in die scheinbar hoffnungslose Situation ihrer Länder hineinragen.

Über allen irdischen Mächten regierst Du, o Gott: hilf uns, daß wir Dich als König anerkennen.

Mehr als alle irdischen Verluste sind die Schätze Deiner Gnade: laß uns erkennen, daß wir in Dir alles haben und außer Dir nichts anderes brauchen.

Jenseits aller irdischen Schwäche steht Deine Kraft: laß uns sehen, daß Du uns nahe bist, wenn unsere Kraft schwindet.

Wir danken Dir, o Gott, daß alle diejenigen, die am Befreiungskampf teilnehmen, nichts von der Liebe Christi scheiden kann, daß sie auch in Trübsal, Angst, Verfolgung, Hunger, Blöße, Fährlichkeit oder Schwert mehr als Überwinder sind durch den, der sie liebt, durch unseren Herrn Jesus Christus.

Herr, erbarme Dich

Herr, wir bitten Dich für alle, die eingekerkert sind, für jene, die auf Lebenszeit nach Robben Island verbannt sind, und für die die Millionen, die am Befreiungskampf teilnehmen.

Herr, erbarme Dich ihrer. Gib, daß sie volles Vertrauen behalten.

Herr, erbarme Dich unser. Gib, daß ihr Mut, ihre Selbstlosigkeit und Menschlichkeit unsere Herzen bewegt.

Herr, erbarme Dich unserer Erde. Gib, daß sie zu einem Ort wird, wo Gerechtigkeit und Friede herrschen.

Fürbitten

Gebet für die Menschen auf dem afrikanischen Kontinent

Du, der Du Liebe bist und alles Leid, alle Ungerechtigkeit und Not kennst, Dich flehen wir an, hab Erbarmen mit allen Völkern in Afrika. Blick gnädig auf die Armen, Unterdrückten und auf alle, die durch Diskriminierung, Apartheid und Rassismus verfolgt sind. Beschleunige, o Herr, das Kommen Deines Reiches der Gerechtigkeit, Wahrheit und Liebe.

... für die Befreiungsbewegungen

Wir gedenken vor Dir, o Gott, der Leiter und Kämpfer in den Befreiungsbewegungen und bitten, daß sie durch ihren Kampf nicht nur den Sieg über die Vorherrschaft der Weißen gewinnen, sondern auch das falsche Machtstreben der schwarzen Eliten zu nichten machen, so daß Millionen und Abermillionen von Armen und Unterdrückten wirkliche und echte Befreiung gewinnen. Gib allen, die auf der Vorhut wahrer Befreiung stehen, daß Sie Deine Führung suchen und den Mut, Deinen Willen zu tun, damit die Massen auf dem afrikanischen Kontinent Würde, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden gewinnen.